Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5359

26. 08. 96

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Jahressteuergesetzes (JStG) 1997

A. Zielsetzung

Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie der dazugehörigen Bewertung des Grundbesitzes aufgrund der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Juni 1995.

Wegfall der Vermögensteuer.

Umsetzung steuerrechtlicher Maßnahmen des Aktionsprogramms für Investitionen und Arbeitsplätze der Bundesregierung und des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung der Koalitionsfraktionen (u. a. Senkung des Solidaritätszuschlags; Förderung von Existenzgründern; Verbesserung der Rahmenbedingungen für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse).

Umsetzung von EU-Recht bei der Umsatzsteuer.

Abbau von Steuervergünstigungen.

Steuervereinfachung.

B. Lösung

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie die dazugehörige Bewertung des Grundbesitzes werden neu geregelt. Insbesondere werden die persönlichen Freibeträge für Ehegatten auf 1 Mio. und für Kinder auf 750 000 DM angehoben. Grundbesitz wird nur bei Bedarf gegenwartsnah bewertet. Die Entlastungen für Betriebsvermögen werden weiter verbessert. Die Höchststeuersätze werden abgesenkt.

Das Vermögensteuergesetz wird zum 1. Januar 1997 aufgehoben. Die private Vermögensteuer wird mit der Erbschaft- und Schenkungsteuer zusammengefaßt.

Der Solidaritätszuschlag wird ab 1. Januar 1997 von 7,5 v. H. auf 6,5 v. H. und ab 1. Januar 1998 auf 5,5 v. H. abgesenkt. Im Zusammenhang damit werden die Bundesanteile an der Umsatzsteuer angehoben.

Existenzgründer werden durch eine Verbesserung der Ansparanschreibung und damit durch eine Stärkung der Eigenkapitalbildung steuerlich gefördert.

Für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse wird der Sonderausgabenabzug – unter Wegfall der bisherigen Abzugsvoraussetzungen – auf 24 000 DM verdoppelt, wenn aufgrund der Beschäftigungsverhältnisse Pflichtbeiträge zur inländischen gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet werden.

Die Erhöhung des Kindergelds, des Kinderfreibetrags und des Grundfreibetrags wird um ein Jahr auf den 1. Januar 1998 verschoben.

Das Umsatzsteuergesetz wird an neueres EU-Recht angepaßt. Die Möglichkeit einer Fiskalvertretung wird eingeführt.

Sonderabschreibungen auf Schiffe und Flugzeuge gemäß § 82f EStDV sollen für Bau- bzw. Kaufverträge nach dem 30. April 1996 entfallen.

Vereinfachung des Steuerrechts und des Besteuerungsverfahrens durch Abschaffung der Vermögensteuer und Verzicht auf eine allgemeine Neubewertung des Grundbesitzes, durch Schaffung eines einfachen Ertragswertverfahrens bei der Bewertung im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, durch eine leicht handhabbare und bürgernahe Grundstücksbewertung sowie durch gezielte Einzelmaßnahmen, z. B. durch Anhebung der 1 200 DM-Grenze für die jährliche Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer auf 1 600 DM.

Fortentwicklung des Steuerrechts; für beschränkt Steuerpflichtige, die den Steuerabzug nach § 50a Abs. 4 Einkommensteuergesetz in der durch das Jahressteuergesetz 1996 geänderten Fassung unterliegen, soll ab dem Veranlagungsjahr 1996 ein Veranlagungswahlrecht eingeführt werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

Für die Haushalte der Gebietskörperschaften ergeben sich in den Rechnungsjahren 1997 bis 2000 die nachfolgenden finanziellen Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen des Jahressteuergesetzes 1997 in den Rechnungsjahren 1997 bis 2000

Gebiets-körperschaft	Steuermehr (+)-/Steuermindereinnahmen (–) in Mio. DM in den Rechnungsjahren			
	1997	1998	1999	2000
Bund	+1 152	– 5 007	– 5 526	– 5 939
Länder	–7 553	– 9 723	–10 710	–11 224
Gemeinden ...	+ 715	+ 29	– 38	– 42
Insgesamt	–5 686	–14 701	–16 274	–17 205

Einzelheiten sind aus dem beigefügten Finanztableau ersichtlich.

Der Vollzugsaufwand ist nicht bezifferbar.

E. Sonstige Kosten

Die vorgeschlagenen Maßnahmen führen insgesamt nicht zu zusätzlichen Kosten bei Wirtschaftsunternehmen. Insbesondere durch den Wegfall der Vermögensteuer und den Verzicht auf eine allgemeine Neubewertung des Grundbesitzes werden die Wirtschaftsunternehmen, insbesondere auch die mittelständischen Unternehmen von den damit verbundenen Kosten entlastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (432) – 522 00 – Ste 216/96

Bonn, den 25. Juli 1996

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Jahressteuergesetzes (JStG) 1997 mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 699. Sitzung am 5. Juli 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Dr. Helmut Kohl

Anlage 1

Entwurf eines Jahressteuergesetzes (JStG) 1997

Der Text des Gesetzentwurfs und der Begründung ist gleichlautend mit dem Text auf den Seiten 5 bis 93 der Drucksache 13/4839.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

1. Zu den Artikeln 1 bis 8

Die Artikel 1 bis 8 werden wie folgt gefaßt:

‚Artikel 1

Änderung des Bewertungsgesetzes

Das Bewertungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1991 (BGBl. I S. 230), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 15. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1783), wird wie folgt geändert:

1. § 11 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Anteile an Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung), die nicht unter Absatz 1 fallen, sind mit dem gemeinen Wert anzusetzen. Läßt sich der gemeine Wert nicht aus Verkäufen ableiten, die weniger als ein Jahr zurückliegen, so ist er unter Berücksichtigung auch des Vermögens und der Ertragsaussichten der Kapitalgesellschaft zu schätzen."

2. § 12 Abs. 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Noch nicht fällige Ansprüche aus Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherungen werden mit dem Rückkaufswert angesetzt. Rückkaufswert ist der Betrag, den das Versicherungsunternehmen dem Versicherungsnehmer im Falle der vorzeitigen Aufhebung des Vertragsverhältnisses zu erstatten hat. Gutgeschriebene Gewinnanteile und dergleichen, über die der Versicherungsnehmer auch vor Eintritt des Versicherungsfalls verfügen kann, sind als laufende Guthaben im Sinne des § 110 Abs. 1 Nr. 2 anzusetzen. Gutgeschriebene Gewinnanteile und dergleichen, über die der Versicherungsnehmer nicht vor Eintritt des Versicherungsfalls verfügen kann, sind, soweit sie im Rückkaufswert berücksichtigt sind, nicht besonders anzusetzen und, soweit sie im Rückkaufswert nicht berücksichtigt sind, als Kapitalforderungen im Sinne des § 110 Abs. 1 Nr. 1, die bis zum Eintritt des Versicherungsfalls befristet sind, anzusetzen. Hat der Versicherungsnehmer bei dem Versicherungsunternehmen ein Darlehen (Policedarlehen) aufgenommen oder von dem Unternehmen eine Vorauszahlung erhalten, sind das Policedarlehen oder die Vorauszahlung vom Rückkaufswert nicht abzusetzen; das Darlehen oder die Vorauszahlung ist bei der Ermittlung des Vermögens als Schuld abzuziehen."

3. § 16 wird wie folgt gefaßt:

„§ 16

Begrenzung des Jahreswerts von Nutzungen

Bei der Ermittlung des Kapitalwerts der Nutzungen eines Wirtschaftsguts kann der Jahreswert dieser Nutzungen höchstens den Wert betragen, der sich ergibt, wenn der für das genutzte Wirtschaftsgut nach den §§ 95 bis 121 und §§ 138 bis 155 anzusetzende Wert durch 18,6 geteilt wird."

4. § 17 wird wie folgt gefaßt:

„§ 17

Geltungsbereich

(1) Die §§ 19 bis 94, 122, 125 bis 133 gelten für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer.

(2) Die §§ 95 bis 121 und die §§ 137 bis 155 gelten für die Vermögensteuer, und nach näherer Regelung durch die in Betracht kommenden Gesetze auch für die Erbschaftsteuer und die Grunderwerbsteuer.

(3) Soweit sich nicht aus den §§ 95 bis 109a und § 137 etwas anderes ergibt, finden neben diesen bei der Feststellung von Einheitswerten des Betriebsvermögens auch die Vorschriften des Ersten Teils dieses Gesetzes (§§ 1 bis 16) Anwendung.

(4) § 16 findet auf die Grunderwerbsteuer keine Anwendung."

5. § 18 wird wie folgt gefaßt:

„§ 18

Vermögensarten

Das Vermögen, das nach den Vorschriften des Zweiten Teils dieses Gesetzes zu bewerten ist, umfaßt die folgenden Vermögensarten:

1. Land- und forstwirtschaftliches Vermögen (§§ 33 bis 67, §§ 125 bis 128, §§ 139 bis 143, § 31),
2. Grundvermögen (§§ 68 bis 94, §§ 129 bis 132, §§ 144 bis 155, § 31),
3. Betriebsvermögen (§§ 95 bis 109a, § 137, § 31),
4. Sonstiges Vermögen (§§ 110 bis 113)."

6. § 23 wird wie folgt gefaßt:

„§ 23

Nachfeststellung

(1) Für wirtschaftliche Einheiten, für die ein Einheitswert festzustellen ist, wird der Einheitswert nachträglich festgestellt (Nachfeststellung), wenn nach dem Hauptfeststellungszeitpunkt (§ 21 Abs. 2)

1. die wirtschaftliche Einheit neu entsteht;
2. eine bereits bestehende wirtschaftliche Einheit erstmals zur Grundsteuer oder Gewerbesteuer herangezogen werden soll.

(2) Der Nachfeststellung werden vorbehaltlich des § 27 die Verhältnisse im Nachfeststellungs-

zeitpunkt zugrunde gelegt. Nachfeststellungszeitpunkt ist in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 der Beginn des Kalenderjahrs, das auf die Entstehung der wirtschaftlichen Einheit folgt, und in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 der Beginn des Kalenderjahrs, in dem der Einheitswert erstmals der Grundsteuer oder Gewerbesteuer zugrunde gelegt wird. Die Vorschriften in § 35 Abs. 2, §§ 54, 59, 106 und 112 über die Zugrundelegung eines anderen Zeitpunkts bleiben unberührt."

7. In § 24 werden jeweils der Klammerzusatz „(Untereinheit)" sowie in Absatz 1 die Nummer 3 gestrichen.

8. § 28 wird wie folgt gefaßt:

„§ 28
Erklärungspflicht

(1) Erklärungen zur Feststellung des Einheitswerts des Grundbesitzes oder zum Ersatzwirtschaftswert (§ 125 Abs. 2) sind abzugeben, wenn der Einheitswert für die Festsetzung der Grundsteuer oder Gewerbesteuer benötigt wird.

(2) Erklärungen zur Feststellung des Einheitswerts des Betriebsvermögens sind auf jeden Hauptfeststellungszeitpunkt abzugeben, wenn

1. das Gewerbekapital im Sinne des § 12 des Gewerbesteuergesetzes den Freibetrag nach § 13 Abs. 1 des Gewerbesteuergesetzes übersteigt oder

2. der Betriebsinhaber eine Vermögensteuererklärung abzugeben hat.

(3) Erklärungen zur Feststellung von Grundbesitzwerten sind abzugeben, wenn der Grundbesitzwert für die Besteuerung benötigt wird.

(4) Die Erklärungen sind innerhalb der Frist abzugeben, die das Bundesministerium der Finanzen im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder bestimmt. Die Frist ist im Bundesanzeiger bekanntzumachen. Fordert die Finanzbehörde zur Abgabe einer Erklärung auf einen Hauptfeststellungszeitpunkt oder auf einen anderen Feststellungszeitpunkt besonders auf (§ 149 Abs. 1 Satz 2 der Abgabenordnung), hat sie eine besondere Frist zu bestimmen, die mindestens einen Monat betragen soll.

(5) Erklärungspflichtig ist derjenige, dem Grundbesitz oder Betriebsvermögen zuzurechnen ist. Der Nutzer des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens (§ 125 Abs. 2 Satz 2) hat dem Finanzamt, in dessen Bezirk das genutzte Vermögen oder sein wertvollster Teil liegt, eine Erklärung zum Ersatzwirtschaftswert abzugeben. Die Steuererklärung ist eigenhändig zu unterschreiben."

9. § 29 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Die nach Bundes- oder Landesrecht zuständigen Behörden haben den Finanzbehörden die ihnen im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung bekanntgewordenen rechtlichen und tatsächlichen Umstände mitzuteilen, die für die Feststellung von Einheitswerten des Grundbesitzes, für die Feststellung von Grundbesitzwerten oder für die Grundsteuer von Bedeutung sein können. Den Behörden stehen die Stellen gleich, die für die Sicherung der Zweckbestimmung solcher Wohnungen zuständig sind, die mit Mitteln im Sinne der §§ 6, 87a und 88 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 1994 (BGBl. I S. 2137), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1959), oder des § 4 oder des § 38 des Wohnungsbaugesetzes für das Saarland in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. November 1990 (Amtsblatt des Saarlandes S. 273), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1959), gefördert worden sind."

b) Nach Absatz 3 wird folgender neuer Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Ermittlung von Ersatzwirtschaftswerten und die Feststellung von Grundbesitzwerten sinngemäß."

10. § 30 wird wie folgt gefaßt:

„§ 30
Abrundung

Es werden nach unten abgerundet:

1. die Einheitswerte beim Grundbesitz und die Ersatzwirtschaftswerte auf volle hundert Deutsche Mark,

2. die Einheitswerte bei Gewerbebetrieben und Grundbesitzwerte auf volle tausend Deutsche Mark."

11. § 32 wird wie folgt gefaßt:

„§ 32
Bewertung von inländischem Sachvermögen

Für die Bewertung des inländischen land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, Grundvermögens und Betriebsvermögens für Zwecke der Grundsteuer und Gewerbesteuer gelten die Vorschriften der §§ 33 bis 109a, 122, 125 bis 132 und 137. Für die Bewertung des inländischen land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, Grundvermögens und Betriebsvermögens für Zwecke der Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer gelten die Vorschriften der §§ 95 bis 121 und 137 bis 155. Nach diesen Vorschriften sind auch die inländischen Teile einer wirtschaftlichen Einheit zu bewerten, die sich sowohl auf das Inland als auch auf das Ausland erstreckt."

12. § 97 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„§ 34 Abs. 6a, §§ 51a, 140 Abs. 2 und § 141 Abs. 1 bleiben unberührt."

b) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 1 a eingefügt:

„(1 a) Der Einheitswert des Betriebsvermögens von Gesellschaften im Sinne des Absatzes 1 Nr. 5 ist wie folgt aufzuteilen:

1. Sonderbetriebsvermögen ist dem jeweiligen Gesellschafter vorab mit dem Wert zuzurechnen, mit dem es im Einheitswert enthalten ist. Außerdem sind Vermögensänderungen nach dem Abschlußzeitpunkt nach § 107 im Rahmen der Aufteilung vorweg abzurechnen beziehungsweise zuzurechnen. Die Kapitalkonten aus der Steuerbilanz sind gegebenenfalls entsprechend den Vorabzurechnungen zu bereinigen.

2. Für die weitere Aufteilung ist von den – gegebenenfalls nach Nummer 1 bereinigten – Kapitalkonten der Gesellschafter aus der Steuerbilanz auszugehen. Die Summe dieser Kapitalkonten ist dem nach Abzug der Vorabzurechnungen nach Nummer 1 verbleibenden Einheitswert gegenüberzustellen; der Unterschiedsbetrag ist nach dem für die Gesellschaft maßgebenden Gewinnverteilungsschlüssel auf die Gesellschafter aufzuteilen.

3. Für jeden Gesellschafter ergibt die Summe aus den Vorabzurechnungen nach Nummer 1, dem bereinigten Kapitalkonto aus der Steuerbilanz und dem anteiligen Unterschiedsbetrag nach Nummer 2 den Anteil am Einheitswert."

13. § 99 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Dient das Grundstück, das, losgelöst von dem Gewerbebetrieb, zum Grundvermögen gehören würde, zu mehr als der Hälfte seines Werts dem Gewerbebetrieb, so gilt das ganze Grundstück als Teil des Gewerbebetriebs und als Betriebsgrundstück. Dient das Grundstück nur zur Hälfte seines Werts oder zu einem geringeren Teil dem Gewerbebetrieb, so gehört das ganze Grundstück zum Grundvermögen. Grundstücke des Ehegatten des Betriebsinhabers, die dem Gewerbebetrieb zu mehr als der Hälfte ihres Werts dienen, sind Betriebsgrundstücke. Ein Grundstück, an dem neben dem Betriebsinhaber oder seinem Ehegatten noch andere Personen beteiligt sind, gilt auch hinsichtlich des Anteils des Betriebsinhabers oder seines Ehegatten nicht als Betriebsgrundstück. Abweichend von den Sätzen 1 bis 4 gehört der Grundbesitz der in § 97 Abs. 1 bezeichneten inländischen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen stets zu den Betriebsgrundstücken."

14. In § 102 Abs. 2 werden die Worte „Artikel 17 des Gesetzes vom 25. Februar 1992 (BGBl. I S. 207)" durch die Worte „Artikel 4 des Gesetzes vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3267)" ersetzt.

15. In § 104 Abs. 4 werden die Worte „Artikel 33 des Gesetzes vom 18. Dezember 1989, BGBl. I S. 2261" durch die Worte „Artikel 91 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994, BGBl. I S. 2911" ersetzt.

16. § 109 Abs. 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Wirtschaftsgüter, für die ein Grundbesitzwert festzustellen ist, sind mit dem nach den §§ 138 bis 155 festgestellten Grundbesitzwert anzusetzen. § 115 ist bei Betriebsgrundstücken und sonstigen Wirtschaftsgütern, soweit diese nicht zur Veräußerung bestimmt sind, entsprechend anzuwenden."

17. § 111 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 5 wird wie folgt gefaßt:

„5. Ansprüche nach folgenden Gesetzen in der jeweils geltenden Fassung:

a) Lastenausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 845), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 1994 (BGBl. I S. 1311),

Währungsausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2059), zuletzt geändert durch Artikel 3 d des Gesetzes vom 24. Juli 1992 (BGBl. I S. 1389),

Altsparergesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 621-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 65 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911),

Flüchtlingshilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 1971 (BGBl. I S. 681), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014),

Reparationsschädengesetz vom 12. Februar 1969 (BGBl. I S. 105), zuletzt geändert durch Artikel 3e des Gesetzes vom 24. Juli 1992 (BGBl. I S. 1389),

b) Allgemeines Kriegsfolgengesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 653-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 67 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 1389),

Gesetz zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen vom 17. März 1965 (BGBl. I S. 79), zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 18 des Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2317),

c) Häftlingshilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 838), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juni 1994 (BGBl. I S. 1214),

d) Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz vom 29. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1814), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 23. Juni 1994 (BGBl. I S. 1311),

e) Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829),

f) Vertriebenenzuwendungsgesetz vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624, 2635),

g) Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz vom 23. Juni 1994 (BGBl. I S. 1311) und Berufliches Rehabilitierungsgesetz vom 23. Juni 1994 (BGBl. I S. 1311);".

b) In Nummer 7 Buchstabe a wird die Zahl „20 000" durch die Zahl „100 000" ersetzt.

18. § 117a Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Ist land- und forstwirtschaftliches Vermögen, soweit es ertragsteuerlich nicht zum Privatvermögen gehört und für welches ein Grundbesitzwert für Zwecke der Vermögensteuer festgestellt ist, sowie Betriebsvermögen, für das ein Einheitswert für Zwecke der Vermögensteuer festgestellt ist, insgesamt positiv, bleibt es bei der Ermittlung des Gesamtvermögens bis zu einem Betrag von 500 000 Deutsche Mark außer Ansatz. Der übersteigende Teil ist mit 75 vom Hundert anzusetzen."

19. § 118 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 Satz 3 wird gestrichen.

bb) Nummer 2 Satz 2 wird gestrichen.

cc) In Nummer 3 wird das Wort „Wirtschaftswert" durch das Wort „Betriebswert" und das Wort „Wirtschaftsteil" durch das Wort „Betriebsteil" ersetzt.

b) In Absatz 3 werden die Zahlen „20 000" und „40 000" jeweils durch die Zahl „100 000" ersetzt.

20. Die Überschrift vor § 121a

„Dritter Teil
Übergangs- und Schlußbestimmungen"

wird gestrichen.

21. § 121a wird wie folgt gefaßt:

„§ 121a
Sondervorschrift für die Anwendung
der Einheitswerte 1964

Während der Geltungsdauer der auf den Wertverhältnissen am 1. Januar 1964 beruhenden Einheitswerte des Grundbesitzes sind Grundstücke (§ 70) und Betriebsgrundstücke im Sinne des § 99 Abs. 1 für die Gewerbesteuer mit 140 vom Hundert des Einheitswerts anzusetzen."

22. § 121b wird aufgehoben.

23. In § 122 entfällt in Absatz 1 die Absatzbezeichnung und werden die Absätze 2 bis 5 aufgehoben.

24. § 123 wird wie folgt gefaßt:

„§ 123
Ermächtigungen

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates die in § 12 Abs. 4, § 21 Abs. 1, § 39 Abs. 1, § 51 Abs. 4, § 55 Abs. 3, 4 und 8, den §§ 81, 90 Abs. 2 und § 113a vorgesehenen Rechtsverordnungen zu erlassen."

25. § 124 wird aufgehoben.

26. Die Überschrift vor § 125 wird wie folgt gefaßt:

„Dritter Abschnitt
Vorschriften für die Bewertung von Vermögen
in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages
genannten Gebiet".

27. § 127 wird aufgehoben.

28. § 128 wird aufgehoben.

29. § 133 wird wie folgt gefaßt:

„§ 133
Sondervorschrift für die Anwendung
der Einheitswerte 1935

Die Einheitswerte 1935 der Grundstücke und Betriebsgrundstücke im Sinne des § 99 Abs. 1 sind für die Gewerbesteuer wie folgt anzusetzen:

1. Mietwohngrundstücke mit 100 vom Hundert des Einheitswerts 1935,
2. Geschäftsgrundstücke mit 400 vom Hundert des Einheitswerts 1935,
3. gemischtgenutzte Grundstücke, Einfamilienhäuser und sonstige bebaute Grundstücke mit 250 vom Hundert des Einheitswerts 1935,
4. unbebaute Grundstücke mit 600 vom Hundert des Einheitswerts 1935.

Bei Grundstücken im Zustand der Bebauung bestimmt sich die Grundstückshauptgruppe für den besonderen Einheitswert im Sinne des § 33a Abs. 3 der weiter anzuwendenden Durchführungsverordnung zum Reichsbewertungsgesetz nach dem tatsächlichen Zustand, der nach Fertigstellung des Gebäudes besteht."

30. § 135 wird aufgehoben.

31. § 136 wird aufgehoben.

32. Nach § 137 wird der folgende Abschnitt eingefügt:

„Vierter Abschnitt:
Vorschriften für die Bewertung von Grundbesitz
für die Erbschaftsteuer ab 1. Januar 1996
und für die Vermögensteuer
sowie die Grunderwerbsteuer ab 1. Januar 1997

A. Allgemeines

§ 138
Feststellung von Grundbesitzwerten

(1) Einheitswerte, die für Grundbesitz nach den Wertverhältnissen vom 1. Januar 1935 oder 1. Januar 1964 festgestellt worden sind, werden bei der Erbschaftsteuer ab 1. Januar 1996 und bei

der Vermögensteuer sowie der Grunderwerbsteuer ab dem 1. Januar 1997 nicht mehr angewendet. Anstelle dieser Einheitswerte und Ersatzwirtschaftswerte werden abweichend von § 19 Abs. 1 Nr. 1 und § 126 Abs. 2 land- und forstwirtschaftliche Grundbesitzwerte für das in Absatz 2 und Grundstückswerte als Grundbesitzwerte für das in Absatz 3 bezeichnete Vermögen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse zum Besteuerungszeitpunkt und der Wertverhältnisse zum 1. Januar 1996 festgestellt.

(2) Für die wirtschaftlichen Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und für Betriebsgrundstücke im Sinne des § 99 Abs. 1 Nr. 2 sind die land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzwerte unter Anwendung der §§ 30 und 139 bis 143 zu ermitteln.

(3) Für die wirtschaftlichen Einheiten des Grundvermögens und für Betriebsgrundstücke im Sinne des § 99 Abs. 1 Nr. 1 sind Grundbesitzwerte unter Anwendung der §§ 30, 69, 99 Abs. 2 und §§ 144 bis 155 zu ermitteln. § 68 gilt mit der Maßgabe, daß Wohngebäude oder Wohngebäudeteile eines Inhabers eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des dazugehörigen Grund und Bodens stets zum Grundvermögen gehören (§ 139 Abs. 2). § 70 gilt mit der Maßgabe, daß der Anteil des Eigentümers eines Grundstücks an anderem Grundvermögen (z. B. an gemeinschaftlichen Hofflächen oder Garagen) abweichend von Absatz 2 Satz 1 dieser Vorschrift in das Grundstück einzubeziehen ist, wenn der Anteil zusammen mit dem Grundstück genutzt wird. § 20 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden. Die §§ 92 und 94 sind vorbehaltlich der §§ 30 und 144 bis 155 sinngemäß anzuwenden.

(4) Die Wertverhältnisse zum 1. Januar 1996 gelten für Feststellungen von Grundbesitzwerten bis zum 31. Dezember 2001.

(5) Die Grundbesitzwerte sind gesondert festzustellen, wenn sie für die Erbschaftsteuer, Vermögensteuer oder Grunderwerbsteuer erforderlich sind (Bedarfsbewertung). In dem Feststellungsbescheid sind auch Feststellungen zu treffen,

1. über die Art der wirtschaftlichen Einheit,
   a) bei Grundstücken auch über die Grundstücksart (§ 148),
   b) bei Betriebsgrundstücken, die zu einem Gewerbebetrieb gehören (wirtschaftliche Untereinheit), auch über den Gewerbebetrieb;
2. über die Zurechnung der wirtschaftlichen Einheit und bei mehreren Beteiligten über die Höhe des Anteils, für dessen Besteuerung ein Anteil am Grundbesitzwert erforderlich ist.

Für die Feststellung von Grundbesitzwerten gelten die Vorschriften der Abgabenordnung über die Feststellung von Einheitswerten des Grundbesitzes sinngemäß.

B. Land- und forstwirtschaftliches Vermögen

§ 139
Wirtschaftliche Einheit und Umfang des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens

(1) Der Begriff der wirtschaftlichen Einheit und der Umfang des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens richten sich vorbehaltlich Absatz 2 nach § 33.

(2) Wohngebäude und Wohngebäudeteile einschließlich des dazugehörigen Grund und Bodens, die dem Wohnteil (§ 34 Abs. 3) zuzurechnen sind, gehören abweichend von § 33 Abs. 2 nicht zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen. Sie sind als Wohngrundstücke dem Grundvermögen zuzuordnen und nach den dafür geltenden Vorschriften zu bewerten.

(3) Zur Berücksichtigung von Besonderheiten, die sich im Falle einer engen räumlichen Verbindung der in Absatz 2 genannten Wohngrundstücke mit dem Betrieb ergeben, ist deren Ausgangswert (§ 149) unbeschadet der Regelung in § 153 um 10 vom Hundert zu ermäßigen.

§ 140
Umfang des Betriebs der Land- und Forstwirtschaft

(1) Der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft umfaßt

a) den Betriebsteil,

b) die Betriebswohnungen.

(2) Der Betriebsteil umfaßt den Wirtschaftsteil eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft (§ 34 Abs. 2) jedoch ohne die Betriebswohnungen (Absatz 3). § 34 Abs. 4 bis 7 sind bei der Ermittlung des Umfangs des Betriebsteils anzuwenden.

(3) Betriebswohnungen sind Wohnungen einschließlich des dazugehörigen Grund und Bodens, die einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb zu dienen bestimmt sind, aber nicht dem Wohnteil zuzurechnen sind.

§ 141
Betriebswert

(1) Der Wert des Betriebsteils (Betriebswert) wird unter sinngemäßer Anwendung der §§ 35, 36 Abs. 1 und 2, §§ 42, 43, 44 Abs. 1, §§ 45, 48a, 49, 51, 51a, 53, 54, 56, 59 und 62 Abs. 1 ermittelt.

(2) Der Wert des Betriebsteils (Betriebswert) setzt sich zusammen aus den Einzelertragswerten (Absatz 3) für die Nebenbetriebe (§ 42), das Abbauland (§ 43), die gemeinschaftliche Tierhaltung (§ 51a) und die in Nummer 5 nicht genannten Nutzungsteile der sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung sowie den folgenden Ertragswerten:

1. Landwirtschaftliche Nutzung

   a) Landwirtschaftliche Nutzung ohne Hopfen und Spargel

      Der Ertragswert ist auf der Grundlage der Ergebnisse der Bodenschätzung zu ermitteln.

      Er beträgt: .... 0,86 DM je Ertragsmeßzahl.

      Zur landwirtschaftlichen Nutzung gehörende Tierbestände (§ 51) sind in dem Ertragswert bis zu zwei Vieheinheiten je Hektar der vom Inhaber des Betriebs regelmäßig landwirtschaftlich genutzten Fläche abgegolten. Der Ertragswert der darüber hinausgehenden Tierbestände beträgt 711 DM je Vieheinheit.

   b) Nutzungsteil Hopfen .... 167 DM je Ar;

   c) Nutzungsteil Spargel .... 149 DM je Ar.

2. Forstwirtschaftliche Nutzung

   a) Nutzungsgrößen bis zu zehn Hektar, Flächen mit einer Geländeneigung über 30 vom Hundert, Nichtwirtschaftswald, Baumartengruppe Kiefer, Baumartengruppe Buche und sonstiges Laubholz bis zu 100 Jahren, Eiche bis zu 140 Jahren .... 1 DM je Ar,

   b) Baumartengruppe Fichte über 60 bis zu 80 Jahren .... 21 DM je Ar,

   c) Baumartengruppe Fichte über 80 bis zu 100 Jahren .... 40 DM je Ar,

   d) Baumartengruppe Fichte über 100 Jahre .... 52 DM je Ar,

   e) Baumartengruppe Buche und sonstiges Laubholz über 100 Jahre, Plenterwald ...... 15 DM je Ar,

   f) Eiche über 140 Jahre .... 25 DM je Ar.

3. Weinbauliche Nutzung

   a) Traubenerzeugung und Faßweinausbau

      aa) in den Weinbaugebieten Ahr, Franken und Württemberg .... 80 DM je Ar,

      bb) in den übrigen Weinbaugebieten .... 35 DM je Ar;

   b) Flaschenweinausbau

      aa) in den Weinbaugebieten Ahr, Baden, Franken, Rheingau und Württemberg .... 160 DM je Ar,

      bb) in den übrigen Weinbaugebieten 70 DM je Ar.

4. Gärtnerische Nutzung

   a) Nutzungsteil Gemüse, Blumen- und Zierpflanzenbau

      aa) Gemüsebau
      Freilandflächen .... 230 DM je Ar,

      Flächen unter Glas und Kunststoffen .... 2 000 DM je Ar,

      bb) Blumen und Zierpflanzenbau
      Freilandflächen .... 700 DM je Ar,

      beheizbare Flächen unter Glas und Kunststoffen ...... 7 000 DM je Ar,

      nichtbeheizbare Flächen unter Glas und Kunststoffen ..... 3 500 DM je Ar;

   b) Nutzungsteil Obstbau .... 60 DM je Ar;

   c) Nutzungsteil Baumschulen

      Freilandflächen .... 630 DM je Ar,

      Flächen unter Glas und Kunststoffen .... 5 000 DM je Ar.

5. Sonstige land- und forstwirtschaftliche Nutzung

   a) Nutzungsteil Wanderschäferei .... 20 DM je Mutterschaf

   b) Nutzungsteil Weihnachtsbaumkultur .... 260 DM je Ar.

6. Geringstland
   Der Ertragswert für Geringstland (§ 44) beträgt .... 1 DM je Ar.

(3) Lasten aus laufenden Pensionszahlungen und Pensionsverpflichtungen, die mit einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft in Zusammenhang stehen, sind durch die in Absatz 1 Nr. 1 bis 6 genannten Ertragswerte abgegolten.

(4) Für die nach § 117a BewG und § 13a ErbStG begünstigten Betriebe der Land- und Forstwirtschaft kann unwiderruflich beantragt werden, den Betriebswert abweichend von Absatz 2 Nr. 1 bis 6 insgesamt als Einzelertragswert zu ermitteln.

§ 142

Wert der Betriebswohnungen

Der Wert der Betriebswohnungen (§ 140 Abs. 3) ist nach den Vorschriften zu ermitteln, die beim Grundvermögen für die Bewertung von Wohngrundstücken gelten (§§ 146 bis 155).

§ 143
Zusammensetzung des Grundbesitzwerts

Der Betriebswert und der Wert der Betriebswohnungen bilden zusammen den Grundbesitzwert des Betriebs.

C. Grundvermögen

I. Unbebaute Grundstücke

§ 144
Begriff

(1) Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine benutzbaren Gebäude befinden. Die Benutzbarkeit beginnt im Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit. Gebäude sind als bezugsfertig anzusehen, wenn den zukünftigen Bewohnern oder sonstigen Benutzern zugemutet werden kann, sie zu benutzen; die Abnahme durch die Bauaufsichtsbehörde ist nicht entscheidend.

(2) Befinden sich auf einem Grundstück Gebäude von insgesamt geringem Wert, so gilt das Grundstück als unbebaut. Der Wert der Gebäude bleibt außer Ansatz.

(3) Als unbebautes Grundstück gilt auch ein Grundstück, auf dem infolge der Zerstörung oder des Verfalls der Gebäude auf die Dauer benutzbarer Raum nicht mehr vorhanden ist.

§ 145
Bewertung

Der Wert unbebauter Grundstücke ist auf der Grundlage von Bodenrichtwerten (§ 196 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986, BGBl. I S. 2253, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. November 1994, BGBl. I S. 3486) unter Berücksichtigung der möglichen baulichen Nutzung zu schätzen. Die Bodenrichtwerte sind von den Gutachterausschüssen nach dem Baugesetzbuch auf den 1. Januar 1996 zu ermitteln und den Finanzämtern mitzuteilen. Der Wert nach Satz 1 ist um den Abschlag nach § 153 zu ermäßigen.

II. Bebaute Grundstücke

§ 146
Begriff

Bebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich benutzbare Gebäude befinden, mit Ausnahme der in § 144 Abs. 2 und 3 bezeichneten Grundstücke. Wird ein Gebäude in Bauabschnitten errichtet oder verzögert sich die Benutzbarkeit eines Gebäudes nicht nur vorübergehend, ist der bezugsfertige Teil als benutzbares Gebäude anzusehen.

§ 147
Gebäude und Gebäudeteile
für den Zivilschutz

Gebäude, Teile von Gebäuden und Anlagen, die wegen der in § 1 des Zivilschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 1976 (BGBl. I S. 2109), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325) bezeichneten Zwecke geschaffen worden sind und im Frieden nicht oder nur gelegentlich oder geringfügig für andere Zwecke benutzt werden, bleiben bei der Ermittlung des Grundstückswerts außer Betracht.

§ 148
Grundstücksarten

(1) Bei der Bewertung bebauter Grundstücke sind folgende Grundstücksarten zu unterscheiden:

1. Einfamilienhäuser,
2. Zweifamilienhäuser,
3. Wohnungseigentumsgrundstücke,
4. Mietwohngrundstücke,
5. Wohn-/Geschäftsgrundstücke,
6. Gewerbegrundstücke,
7. sonstige bebaute Grundstücke.

(2) Einfamilienhäuser sind Wohngrundstücke, die nur eine Wohnung enthalten. Dies gilt auch, wenn sie zu weniger als 50 vom Hundert, berechnet nach der Wohn- und Nutzfläche, zu gewerblichen oder öffentlichen Zwecken mitbenutzt werden.

(3) Zweifamilienhäuser sind Wohngrundstükke, die nur zwei Wohnungen enthalten. Absatz 2 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Wohnungseigentumsgrundstücke sind Grundstücke in Form des Wohnungseigentums nach dem Wohnungseigentumsgesetz. § 70 Abs. 2 und § 138 Abs. 3 Satz 3 bleiben unberührt.

(5) Mietwohngrundstücke sind Grundstücke, die zu mehr als 80 vom Hundert, berechnet nach der Wohn- und Nutzfläche, Wohnzwecken dienen mit Ausnahme der Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser und Wohnungseigentumsgrundstücke (Absatz 2 bis 4).

(6) Wohn-/Geschäftsgrundstücke sind Grundstücke, die ganz oder teilweise gewerblichen Zwecken oder teilweise Wohnzwecken dienen mit Ausnahme der Grundstücke im Sinne von Absatz 1 Nr. 1 bis 4 und 6. Die Nutzung zu öffentlichen Zwecken ist der Nutzung zu gewerblichen Zwecken gleichgestellt. Zu den Wohn-/Geschäftsgrundstücken gehören auch Grundstücke in Form des Teileigentums.

(7) Gewerbegrundstücke sind die in der Anlage 14 genannten Grundstücke und vergleichbare Grundstücke, die ganz oder teilweise gewerblichen Zwecken dienen, mit Ausnahme der Grundstücke im Sinne von Absatz 1 Nr. 1 bis 4. Absatz 6 Satz 2 gilt entsprechend.

(8) Sonstige bebaute Grundstücke sind solche Grundstücke, die nicht unter Absatz 2 bis 7 fallen. Absatz 6 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 149
Bewertung

Bei der Ermittlung des Grundstückswerts ist vom Bodenwert (§ 150) und vom Gebäudewert (§§ 151 und 152) auszugehen (Ausgangswert). Bei der Wertermittlung ist der Ausgangswert nach § 153 zu ermäßigen.

§ 150
Bodenwert

Der Grund und Boden ist mit dem Wert anzusetzen, der sich nach § 145 Satz 1 ergeben würde, wenn das Grundstück unbebaut wäre.

§ 151
Gebäudewert

(1) Bei der Ermittlung des Gebäudewerts von Grundstücken im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 1 und 2 sowie 4 bis 7 ist von den durchschnittlichen Herstellungskosten nach den Baupreisverhältnissen zum 1. Januar 1996 je Quadratmeter Wohn-/Nutzfläche oder je Kubikmeter umbauten Raumes und bei der Ermittlung des Gebäudewerts von Grundstücken im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 3 von dem aus Kaufpreisen abgeleiteten Preis pro Quadratmeter Wohn-/Nutzfläche auszugehen.

(2) Bei Grundstücken im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 ergibt sich der Gebäudenormalherstellungswert vorbehaltlich Absatz 6 durch Vervielfachung der Anzahl der Quadratmeter Wohn-/Nutzfläche mit einem aus Anlage 15 zu entnehmenden Preis für einen Quadratmeter Wohn-/Nutzfläche (Flächenpreis). Die Ausstattung ist wie folgt zu bestimmen:

- einfache Ausstattung:
  Außenfassade verputzt, Bad oder Dusche mit WC sowie Beheizung durch Einzelöfen,
- durchschnittliche Ausstattung:
  alle Gebäude oder Gebäudeteile, die nicht einfach oder gut ausgestattet sind,
- gute Ausstattung:
  Außenfassade überwiegend verklinkert, mehrere Sanitärräume mit Bad oder Dusche – bezogen auf eine Wohnung – sowie zusätzlich zur Sammelheizung weitere Heizquellen, insbesondere ein Kachelofen oder ein offener Kamin, oder aufwendige Heiztechnik, mit Ausnahme von Solar- oder Wärmerückgewinnungsanlagen, die nicht ausstattungserhöhend berücksichtigt werden.

(3) Bei Grundstücken im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 3 ergibt sich der Gebäudewert vorbehaltlich des Absatzes 6 durch Vervielfachung der Anzahl der Quadratmeter Wohn-/Nutzfläche mit dem aus Anlage 15 für diese Grundstücksart zu entnehmenden Flächenpreis. Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend.

(4) Bei Grundstücken im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 5 wird der Gebäudenormalherstellungswert vorbehaltlich des Absatzes 6 durch Vervielfachung der Anzahl der Quadratmeter Wohn-/Nutzfläche mit einem Flächenpreis ermittelt, der sich nach der Nutzung und Ausstattung bestimmt. Der Preisrahmen für die Flächenpreise ergibt sich aus Anlage 15.

(5) Bei Grundstücken im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 6 und 7 wird der Gebäudenormalherstellungswert vorbehaltlich des Absatzes 6 regelmäßig durch Vervielfachung der Anzahl der Kubikmeter umbauten Raumes mit einem durchschnittlichen Preis für einen Kubikmeter umbauten Raumes (Raummeterpreis) ermittelt, der sich nach der Nutzung und der Ausstattung bestimmt. Der Preisrahmen für die Raummeterpreise ergibt sich aus Anlage 16.

(6) Bei einem unterschiedlich genutzten oder ausgestatteten Gebäude ist der Gebäudenormalherstellungswert für jeden Gebäudeteil unabhängig von der Grundstücksart gesondert zu ermitteln, wenn nach Art der Nutzung und Ausstattung unterschiedliche Preise anzusetzen sind. Bei Gebäudeteilen, deren Anteil am Gesamtgebäude nicht mehr als 10 vom Hundert, berechnet nach der Wohn- und Nutzfläche, beträgt, richtet sich der Flächenpreis oder der Raummeterpreis nach dem Wert für den Gebäudeteil, dessen Wohn- und Nutzfläche mehr als 50 vom Hundert der gesamten Wohn- und Nutzfläche des Gebäudes ausmacht. Ist ein Gebäudeteil mit einer überwiegenden Nutzung nicht vorhanden, ist der Gebäudenormalherstellungswert jedes Gebäudeteils unabhängig von seinem Umfang gesondert zu ermitteln. Bei Tennishallen oder Reithallen oder vergleichbaren Hallen ist der Sozialteil gesondert zu bewerten.

(7) Der Gebäudenormalherstellungswert ist bei Grundstücken im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 1, 2 sowie 4 bis 7 wegen des Alters des Gebäudes am 1. Januar 1996 (§ 152) zu mindern (Gebäudewert), während er bei Grundstücken im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 3 dem Gebäudewert entspricht. Bei Einzelgaragen, Doppelgaragen und Reihengaragen sind die aus Anlage 16 zu entnehmenden Festpreise je Stellplatz ohne Berücksichtigung einer Wertminderung wegen Alters als Gebäudewert anzusetzen.

§ 152
Wertminderung wegen Alters

(1) Die Wertminderung wegen Alters bestimmt sich nach dem Alter des Gebäudes am 1. Januar 1996 und der gewöhnlichen Lebensdauer von Gebäuden gleicher Art und Nutzung. Als Alter des Gebäudes gilt die Zeit zwischen dem Beginn des Jahres, in dem das Gebäude bezugsfertig geworden ist, und dem 1. Januar 1996. Dabei ist von einer gleichbleibenden jährlichen Wertminderung auszugehen.

(2) Ist im Feststellungszeitpunkt die restliche Lebensdauer eines Gebäudes infolge baulicher

Maßnahmen wesentlich verlängert, ist bei der Berechnung der Wertminderung wegen Alters nach Absatz 1 von einem der Verlängerung der gewöhnlichen Lebensdauer entsprechenden späteren Baujahr (fiktives Baujahr) auszugehen.

(3) Die Wertminderung wegen Alters ist in einem Hundertsatz vom Gebäudenormalherstellungswert vorzunehmen. Als Wertminderung darf insgesamt kein höherer Betrag abgesetzt werden, als sich bei einem Alter von 70 vom Hundert der Lebensdauer ergibt.

§ 153

Abschlag

Der Wert unbebauter Grundstücke (§ 145 Satz 1) und der Ausgangswert bebauter Grundstücke (§ 149) sind um einen Abschlag von 10 vom Hundert zu ermäßigen.

§ 154

Grundstücke im Zustand der Bebauung

Bei Grundstücken im Zustand der Bebauung sind die nicht bezugsfertigen Gebäude oder Gebäudeteile mit dem Betrag zu erfassen, der nach dem Grad ihrer Fertigstellung dem Gebäudewertanteil entspricht, mit dem sie im Grundstückswert nach Fertigstellung enthalten sein werden. Der Wert nach Satz 1 darf den Grundstückswert nach Fertigstellung der Gebäude nicht übersteigen.

§ 155

Ansatz eines abweichenden Grundstückswerts

Ein niedrigerer Grundstückswert ist anzusetzen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß der tatsächliche Wert des Grundstücks niedriger als der nach den §§ 145, 147 bis 154 ermittelte Wert ist."

33. Nach dem neuen § 155 wird folgender Teil eingefügt:

„Dritter Teil

Schlußbestimmungen

§ 156

Bekanntmachung

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, den Wortlaut dieses Gesetzes und der zu diesem Gesetz erlassenen Durchführungsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung mit neuem Datum, neuer Überschrift und neuer Paragraphenfolge bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

§ 157

Anwendung des Gesetzes

Diese Fassung des Gesetzes ist erstmals zum 1. Januar 1997 und für die Erbschaftsteuer erstmals zum 1. Januar 1996 anzuwenden."

34. Folgende Anlagen werden angefügt:

Anlage 14
(zu § 148)

Verzeichnis der Gewerbegrundstücke und der sonstigen bebauten Grundstücke im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 6 und 7

Altenheime
Baracken
Behelfsbauten
Bootshäuser
Clubhäuser
Container
Fabrikationshallen
Ferienheime
Fitneßstudios
Garagen
Gewächshäuser
Hallenbäder
Hochgaragen
Kindergärten
Kinderheime
Kliniken
Kühlhäuser
Laboratorien
Lagerhallen
Lichtspielhäuser
Markthallen
Mehrzweckhallen
Messehallen
Parkpaletten
Pflegeheime
Pförtnergebäude
Privatschulen
Reithallen ohne Sozialteil
Restaurations- und Sozialteile von Tennis- und Reithallen
Saalbauten
Sanatorien
Saunastudios
Sozialgebäude
Tankstellengrundstücke (Wasch- und Pflegehallen)
Tennishallen ohne Sozialteil
Textilbauten
Theater
Tiefgaragen
Überdachungen mit einer überdachten Fläche von mehr als 30 m^2
Vereinshäuser
Verkaufsstände mit einer Nutzfläche bis zu 50 m^2
Werkstatthallen
Zelthallen

Anlage 15
(zu § 151)

Flächenpreise für Grundstücke im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4

Grundstücksart/Nutzung	einfache Ausstattung	durchschnittliche Ausstattung	gute Ausstattung
	DM/m²		
Einfamilienhaus			
I. nicht unterkellert			
1. ausgebautes Dachgeschoß	1 600	1 800	2 000
2. nicht ausgebautes Dachgeschoß	1 800	2 000	2 200
II. unterkellert			
1. ausgebautes Dachgeschoß	2 100	2 300	2 500
2. nicht ausgebautes Dachgeschoß	2 300	2 500	2 700
Zweifamilienhaus			
I. nicht unterkellert	1 500	1 700	1 900
II. unterkellert	1 800	2 000	2 200
Mietwohngrundstück sowie Wohnflächen in den übrigen Grundstücken	1 600	1 800	2 000

Flächenpreise für Wohn-/Geschäftsgrundstücke im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 5

Nutzung als	unter Wert für den Preisrahmen in DM/m²	oberer Wert für den Preisrahmen in DM/m²
	einfache Ausstattung	aufwendige Ausstattung
Verwaltungs- und Bürogebäude, Praxis, Laden	1 200	3 100
Bank-, Hotel- und Versicherungsgebäude	1 400	3 300
Restaurationsgebäude, Gaststätte	1 000	3 200
Warenhaus	1 500	3 300

Flächenpreise für Grundstücke im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 3

Baujahrsgruppe					
bis einschließlich 1948 DM/m²	von 1949 bis einschließlich 1960 DM/m²	von 1961 bis einschließlich 1970 DM/m²	von 1971 bis einschließlich 1980 DM/m²	von 1981 bis einschließlich 1989 DM/m²	ab 1990
herkömmliche Bauweise					
1 200	1 400	1 600	1 800	2 000	2 200
Plattenbauweise					
1 100	1 200	1 300	1 400	1 500	1 600

Anlage 16
(zu § 151)

Raummeterpreise und Festpreise für Grundstücke im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 6 und 7

Nutzung als	unterer Wert für den Preisrahmen in DM/m³	oberer Wert für den Preisrahmen in DM/m³
Teil A		
	einfache Ausstattung	sehr gute Ausstattung
Kindergarten, Kinderheim; Ferien-, Alten- oder Pflegeheim; Privatschule	250	560
Verkaufsstand bis 50 m²	450	850
	einfache Ausstattung	aufwendige Ausstattung
Restaurations- und Sozialteil von Tennis- oder Reithallen; Club- oder Vereinshaus; Sauna- oder Fitneßstudio	230	710
Saalbau, Lichtspielhaus, Mehrzweckhalle	200	470
Sozialgebäude, Pförtnergebäude, Laboratorium	250	580
Theater	400	870
Hallenbad	430	810
Klinik, Sanatorium	320	840
Teil B		
	einfache Ausstattung	durchschnittliche Ausstattung
Reithalle ohne Sozialteil	25	53
Behelfsbau (mit Ausnahme von Teil C)	130	260
	einfache Ausstattung	gute Ausstattung
Fabrikations-, Werkstatt- oder Lagerhaus, Kühlhalle		
1. Skelett-, Rahmen- und Fachwerkkonstruktion	74	166
2. Massivbau	102	231
Gewächshaus	50	170
Tankstellengrundstück (Wasch- oder Pflegehalle)	220	470
Baracke, Container	220	360
Tennishalle ohne Sozialteil	50	110
	einfache Ausstattung	aufwendige Ausstattung
Markt- oder Messehalle	100	350

noch Anlage 16
(zu § 151)

noch Raummeterpreise und Festpreise für Grundstücke im Sinne des § 148 Abs. 1 Nr. 6 und 7

Teil C	
Nutzung als	Festpreise DM/m³
Behelfsbau mit einfachen Wänden	100
Bootshaus aus Holz	74
Textilbau	108
Zelthalle	27
Überdachung über 30 m²	Festpreise DM/m²
1. leichte Bauausführung	130
2. Holzkonstruktion	300
3. Stahl- oder Stahlbetonkonstruktion	400
Garage oder Parkhaus	Festpreise DM/Stellplatz
1. Einzel-, Doppel-, Reihengarage für Personenkraftwagen	10 000
2. Parkpalette	10 000
3. Hochgarage	16 000
4. Tiefgarage	22 000

Artikel 2

Änderung der Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz

§ 73 der Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz vom 2. Februar 1935 (BGBl. I S. 81), die zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 25. Februar 1992 (BGBl. I S. 297) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 3

Änderung des Vermögensteuergesetzes

Das Vermögensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. November 1990 (BGBl. I S. 2467), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1959) wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:

   „1. das Bundeseisenbahnvermögen, die Monopolverwaltungen des Bundes, die staatlichen Lotterieunternehmen und der Erdölbevorratungsverband nach § 2 Abs. 1 des Erdölbevorratungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2510);"

2. § 6 wird wie folgt gefaßt:

„§ 6
Freibeträge für natürliche Personen

(1) Bei der Veranlagung einer unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Person bleiben 300 000 Deutsche Mark und im Falle der Zusammenveranlagung von Ehegatten 600 000 Deutsche Mark vermögensteuerfrei. Verstirbt ein Ehegatte, bleiben bei der Veranlagung des überlebenden Ehegatten weiterhin 600 000 Deutsche Mark vermögensteuerfrei.

(2) Für jedes Kind, das mit einem Steuerpflichtigen oder mit Ehegatten zusammen veranlagt wird, sind weitere 200 000 Deutsche Mark vermögensteuerfrei. Kinder im Sinne des Gesetzes sind eheliche Kinder, für ehelich erklärte Kinder, nichteheliche Kinder, Stiefkinder, Adoptivkinder und Pflegekinder.

(3) Weitere 100 000 Deutsche Mark sind steuerfrei, wenn der Steuerpflichtige das 60. Lebensjahr vollendet hat oder voraussichtlich für mindestens drei Jahre behindert im Sinne des Schwerbehindertengesetzes mit einem Grad der Behinderung von 100 ist. Werden mehrere Steuerpflichtige zusammen veranlagt (§ 14 des Vermögensteuergesetzes), wird der Freibetrag mit der Zahl der zu-

sammen veranlagten Steuerpflichtigen, bei denen die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen, vervielfacht."

3. § 7 wird gestrichen.

4. In § 8 wird jeweils die Zahl „20 000" durch die Zahl „30 000" ersetzt.

5. In § 9 wird jeweils die Zahl „20 000" durch die Zahl „30 000" ersetzt.

6. § 10 wird wie folgt gefaßt:

„§ 10

Steuersatz

Die Vermögensteuer beträgt jährlich 0,5 vom Hundert des steuerpflichtigen Vermögens."

7. § 14 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Auf gemeinsamen Antrag der Ehegatten oder auf Antrag der mit Kindern zusammenveranlagten Einzelperson kann die Zusammenveranlagung mit allen oder einzelnen Kindern ausgeschlossen werden; soweit die Kinder nicht in die Zusammenveranlagung einbezogen werden, sind sie getrennt zu veranlagen."

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Ehegatten, die nicht dauernd getrennt leben, werden getrennt veranlagt, wenn ein Ehegatte dies beantragt. Hat ein Ehegatte die getrennte Veranlagung beantragt, können die Ehegatten durch gemeinsamen Antrag bestimmen, mit wem die Kinder zusammen veranlagt werden. Stellen die Ehegatten keinen gemeinsamen Antrag, wird das Vermögen der Kinder sowie der Freibetrag nach § 6 Abs. 2 bei der getrennten Veranlagung der Ehegatten je zur Hälfte berücksichtigt."

c) In Absatz 2 Nr. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Absatz 1a gilt entsprechend."

8. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. natürliche Personen,

a) die allein veranlagt werden, wenn ihr Gesamtvermögen 300 000 Deutsche Mark übersteigt,

b) die mit anderen Personen zusammen veranlagt werden (§ 14), wenn das Gesamtvermögen der zusammen veranlagten Personen die Summe der zu gewährenden Freibeträge gemäß § 6 Abs. 1 und 2 übersteigt;".

b) In Absatz 2 Nr. 2 und in Absatz 3 wird jeweils die Zahl „20 000" durch die Zahl „30 000" ersetzt.

9. § 24b wird aufgehoben.

10. § 24c wird aufgehoben.

11. § 25 wird wie folgt gefaßt:

„§ 25

Anwendung des Gesetzes

Die vorstehende Fassung des Gesetzes ist erstmals auf die Vermögensteuer des Kalenderjahres 1997 anzuwenden."

Artikel 4

Änderung des Gesetzes zur Reform des Vermögensteuerrechts und zur Änderung anderer Steuergesetze (Vermögensteuerreformgesetz 1974)

Das Gesetz zur Reform des Vermögensteuerrechts und zur Änderung anderer Steuergesetze vom 17. April 1974 (BGBl. I S. 949) wird wie folgt geändert:

In Artikel 10 § 3 werden die Worte „die Vermögensteuer," und „ ,die Ermittlung des Nutzungswertes der selbstgenutzten Wohnung im eigenen Einfamilienhaus sowie die Grunderwerbsteuer" gestrichen.

Artikel 5

Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes

Das Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1991 (BGBl. I S. 468), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 11. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1250), wird wie folgt geändert:

1. In § 10 Absatz 1 Satz 4 wird die Zahl „100" durch das Wort „tausend" ersetzt.

2. § 12 wird wie folgt gefaßt:

„§ 12

Bewertung

(1) Die Bewertung richtet sich, soweit nicht in den Absätzen 2 bis 5 etwas anderes bestimmt ist, nach den Vorschriften des Ersten Teils des Bewertungsgesetzes (Allgemeine Bewertungsvorschriften).

(2) Grundbesitz (§ 19 des Bewertungsgesetzes) ist mit dem Grundbesitzwert anzusetzen, der nach dem Vierten Abschnitt des Zweiten Teils des Bewertungsgesetzes (Besondere Bewertungsvorschriften für Grundbesitz – Bedarfsbewertung) auf den Zeitpunkt der Entstehung der Steuer festgestellt wird.

(3) Bodenschätze, die nicht zum Betriebsvermögen gehören, werden angesetzt, wenn für sie Absetzungen für Substanzverringerung bei der Einkunftsermittlung vorzunehmen sind; sie werden mit ihren ertragsteuerlichen Werten angesetzt.

(4) Für den Bestand und die Bewertung von Betriebsvermögen mit Ausnahme der Betriebsgrundstücke (Absatz 2) sind die Verhältnisse zur Zeit der Entstehung der Steuer maßgebend. Die

Vorschriften der §§ 95 bis 99, 103 und 104, sowie 109 Abs. 1, 2 und 4 Satz 2 und § 137 des Bewertungsgesetzes sind entsprechend anzuwenden. Zum Betriebsvermögen gehörende Wertpapiere, Anteile und Genußscheine von Kapitalgesellschaften sind mit dem nach § 11 oder § 12 des Bewertungsgesetzes ermittelten Wert anzusetzen.

(5) Ausländischer Grundbesitz und ausländisches Betriebsvermögen werden nach § 31 des Bewertungsgesetzes bewertet."

3. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. a) Hausrat einschließlich Wäsche und Kleidungsstücke beim Erwerb durch Personen der Steuerklasse I,

soweit der Wert insgesamt 80 000 Deutsche Mark nicht übersteigt,

b) andere bewegliche körperliche Gegenstände, die nicht nach Nummer 2 befreit sind, beim Erwerb durch Personen der Steuerklasse I,

soweit der Wert insgesamt 20 000 Deutsche Mark nicht übersteigt,

c) Hausrat einschließlich Wäsche und Kleidungsstücke und andere bewegliche körperliche Gegenstände, die nicht nach Nummer 2 befreit sind, beim Erwerb durch Personen der Steuerklassen II und III,

soweit der Wert insgesamt 20 000 Deutsche Mark nicht übersteigt.

Die Befreiung gilt nicht für Gegenstände, die zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, zum Grundvermögen oder zum Betriebsvermögen gehören, für Zahlungsmittel, Wertpapiere, Edelmetalle, Edelsteine und Perlen;".

bb) In Nummer 6 wird die Zahl „40 000" jeweils durch die Zahl „80 000" ersetzt.

cc) Nummer 7 wird wie folgt gefaßt:

„7. Ansprüche nach folgenden Gesetzen in der jeweils geltenden Fassung:

a) Lastenausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 845), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 1994 (BGBl. I S. 1311),

Währungsausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2059), zuletzt geändert durch Artikel 3d des Gesetzes vom 24. Juli 1992 (BGBl. I S. 1389),

Altsparergesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 621-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 65 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911),

Flüchtlingshilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 1971 (BGBl. I S. 681), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014),

Reparationsschädengesetz vom 12. Februar 1969 (BGBl. I S. 105), zuletzt geändert durch Artikel 3e des Gesetzes vom 24. Juli 1992 (BGBl. I S. 1389),

b) Allgemeines Kriegsfolgengesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 653-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 67 des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 1389),

Gesetz zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen vom 17. März 1965 (BGBl. I S. 79), zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 18 des Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2317),

c) Häftlingshilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 838), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juni 1994 (BGBl. I S. 1214),

d) Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz vom 29. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1814), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 23. Juni 1994 (BGBl. I S. 1311),

e) Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829),

f) Vertriebenenzuwendungsgesetz vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624, 2635),

g) Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz vom 23. Juni 1994 (BGBl. I S. 1311) und Berufliches Rehabilitierungsgesetz vom 23. Juni 1994 (BGBl. I S. 1311);".

dd) In Nummer 9 wird die Zahl „2 000" durch die Zahl „10 000" ersetzt.

ee) Nummer 16 Buchstabe c wird wie folgt gefaßt:

„c) an ausländische Religionsgesellschaften, Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen der in den Buchstaben a und b bezeichneten Art unter der Voraussetzung, daß der ausländische Staat für Zuwendungen an deutsche Rechtsträger der in den

Buchstaben a und b bezeichneten Art eine entsprechende Steuerbefreiung gewährt und das Bundesministerium der Finanzen dies durch förmlichen Austausch entsprechender Erklärungen mit dem ausländischen Staat feststellt;".

b) Absatz 2a wird aufgehoben.

4. Nach § 13 wird folgender neuer § 13a eingefügt:

„§ 13a

Begünstigungen für Betriebsvermögen, für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und Anteile an Kapitalgesellschaften

(1) Begünstigtes Betriebsvermögen, begünstigte Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und begünstigte Anteile an Kapitalgesellschaften (im Sinne des Absatzes 4) bleiben vorbehaltlich des Satzes 2 insgesamt bis zu einem Wert von 500 000 Deutsche Mark außer Ansatz

1. beim Erwerb von Todes wegen; beim Erwerb durch mehrere Erwerber ist für jeden Erwerber ein Teilbetrag von 500 000 Deutsche Mark entsprechend einer vom Erblasser schriftlich verfügten Aufteilung des Freibetrags maßgebend; hat der Erblasser keine Aufteilung verfügt, steht der Freibetrag den Erwerbern zu gleichen Teilen zu,

2. beim Erwerb im Wege der vorweggenommenen Erbfolge, wenn der Schenker dem Finanzamt unwiderruflich erklärt, daß der Freibetrag für diese Schenkung in Anspruch genommen wird; dabei hat der Schenker, wenn zum selben Zeitpunkt mehrere Erwerber bedacht werden, den für jeden Bedachten maßgebenden Teilbetrag von 500 000 Deutsche Mark zu bestimmen.

Wird ein Freibetrag nach Satz 1 Nr. 2 gewährt, kann für weiteres, innerhalb von zehn Jahren nach dem Erwerb von derselben Person anfallendes begünstigtes Vermögen ein Freibetrag weder vom Bedachten noch von anderen Erwerbern in Anspruch genommen werden.

(2) Der nach Anwendung des Absatzes 1 verbleibende Wert des begünstigten Betriebsvermögens, der begünstigten Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und der begünstigten Anteile an Kapitalgesellschaften ist mit 75 vom Hundert anzusetzen.

(3) Ein Erwerber kann den Freibetrag oder Freibetragsanteil (Absatz 1) und den verminderten Wertansatz (Absatz 2) nicht in Anspruch nehmen, soweit er erworbenes begünstigtes Betriebsvermögen, begünstigte Betriebe der Land- und Forstwirtschaft oder erworbene begünstigte Anteile an Kapitalgesellschaften aufgrund einer letztwilligen Verfügung des Erblassers oder einer rechtsgeschäftlichen Verfügung des Erblassers oder Schenkers auf einen Dritten überträgt. Der bei ihm entfallende Freibetrag oder Freibetragsanteil geht auf den Dritten über, bei mehreren Dritten zu gleichen Teilen.

(4) Begünstigt sind

1. inländisches Betriebsvermögen beim Erwerb eines ganzen Gewerbebetriebs, eines Teilbetriebs, eines Anteils an einer Gesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 oder § 18 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes, eines Anteils eines persönlich haftenden Gesellschafters einer Kommanditgesellschaft auf Aktien oder eines Anteils daran,

2. inländisches land- und forstwirtschaftliches Vermögen mit Ausnahme des Vermögens, das ertragsteuerlich zum Privatvermögen gehört,

3. Anteile an einer Kapitalgesellschaft, wenn die Kapitalgesellschaft zur Zeit der Entstehung der Steuer Sitz oder Geschäftsleitung im Inland hat und der Erblasser oder Schenker am Nennkapital dieser Gesellschaft zu mehr als einem Viertel unmittelbar beteiligt war.

(5) Der Freibetrag oder Freibetragsanteil (Absatz 1) und der verminderte Wertansatz (Absatz 2) fallen mit Wirkung für die Vergangenheit weg, soweit der Erwerber innerhalb von fünf Jahren nach dem Erwerb

1. einen Gewerbebetrieb oder einen Teilbetrieb, einen Anteil an einer Gesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 oder § 18 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes, einen Anteil eines persönlich haftenden Gesellschafters einer Kommanditgesellschaft auf Aktien oder einen Anteil daran veräußert; als Veräußerung gilt auch die Aufgabe des Gewerbebetriebs. Gleiches gilt, wenn wesentliche Betriebsgrundlagen eines Gewerbebetriebs veräußert oder in das Privatvermögen übergeführt oder anderen betriebsfremden Zwecken zugeführt werden oder wenn Anteile an einer Kapitalgesellschaft veräußert werden, die der Veräußerer durch eine Sacheinlage (§ 20 Abs. 1 des Umwandlungssteuergesetzes) aus dem begünstigten Betriebsvermögen erworben hat, oder ein Anteil an einer Gesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 oder § 18 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes oder ein Anteil daran veräußert wird, den der Veräußerer durch eine Einbringung begünstigten Betriebsvermögens in eine Personengesellschaft (§ 24 Abs. 1 des Umwandlungssteuergesetzes) erworben hat,

2. einen begünstigten Betrieb der Land- und Forstwirtschaft oder einen Teilbetrieb oder einen Anteil an einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft ganz oder teilweise veräußert; als Veräußerung gilt auch die Aufgabe des Betriebs der Land- und Forstwirtschaft. Nummer 1 Satz 2 gilt entsprechend,

3. begünstigte Anteile an Kapitalgesellschaften ganz oder teilweise veräußert; eine verdeckte Einlage der Anteile in eine Kapitalgesellschaft steht der Veräußerung der Anteile gleich. Gleiches gilt, wenn die Kapitalgesellschaft innerhalb der Frist aufgelöst oder ihr Nennkapital herabgesetzt wird, wenn diese wesentliche Betriebsgrundlage veräußert und das Vermö-

gen an die Gesellschafter verteilt wird oder wenn Vermögen der Kapitalgesellschaft auf eine Personengesellschaft, eine natürliche Person oder eine andere Körperschaft (§§ 3 bis 16 des Umwandlungssteuergesetzes) übertragen wird."

5. § 14 wird wie folgt gefaßt:

„§ 14

Berücksichtigung früherer Erwerbe

(1) Mehrere innerhalb von zehn Jahren von derselben Person anfallende Vermögensvorteile werden in der Weise zusammengerechnet, daß dem letzten Erwerb die früheren Erwerbe nach ihrem früheren Wert zugerechnet werden. Von der Steuer für den Gesamtbetrag wird die Steuer abgezogen, die für die früheren Erwerbe nach den persönlichen Verhältnissen des Erwerbers und auf der Grundlage der geltenden Vorschriften zur Zeit des letzten Erwerbs zu erheben gewesen wäre. War die für die in die Zusammenrechnung einbezogenen früheren Erwerbe tatsächlich zu entrichtende Steuer höher als die fiktive Steuer zur Zeit des letzten Erwerbs, ist diese abzuziehen. Erwerbe, für die sich nach den steuerlichen Bewertungsgrundsätzen kein positiver Wert ergeben hat, bleiben unberücksichtigt.

(2) Die durch jeden weiteren Erwerb veranlaßte Steuer darf nicht mehr betragen als 46 vom Hundert dieses Erwerbs."

6. § 15 wird wie folgt gefaßt:

„§ 15

Steuerklassen

(1) Nach dem persönlichen Verhältnis des Erwerbers zum Erblasser oder Schenker werden die folgenden drei Steuerklassen unterschieden:

Steuerklasse I

1. der Ehegatte,
2. die Kinder und Stiefkinder sowie deren Abkömmlinge,
3. die Eltern und Voreltern bei Erwerben von Todes wegen.

Steuerklasse II

1. die Eltern und Voreltern, soweit sie nicht zur Steuerklasse I gehören,
2. die Geschwister und deren Abkömmlinge ersten Grades,
3. die Stiefeltern,
4. die Schwiegerkinder,
5. die Schwiegereltern,
6. der geschiedene Ehegatte.

Steuerklasse III

alle übrigen Erwerber und die Zweckzuwendungen.

(2) Die Steuerklassen I und II Nr. 1 und 2 gelten auch dann, wenn die Verwandtschaft durch Annahme als Kind bürgerlich-rechtlich erloschen ist.

(3) In den Fällen des § 3 Abs. 2 Nr. 1 und des § 7 Abs. 1 Nr. 8 ist der Besteuerung das Verwandtschaftsverhältnis des nach der Stiftungsurkunde entferntest Berechtigten zu dem Erblasser oder Schenker zugrunde zu legen, sofern die Stiftung wesentlich im Interesse einer Familie oder bestimmter Familien im Inland errichtet ist. In den Fällen des § 7 Abs. 1 Nr. 9 gilt als Schenker der Stifter oder derjenige, der das Vermögen auf den Verein übertragen hat; der Besteuerung ist mindestens der Vomhundertsatz der Steuerklasse II zugrunde zu legen. In den Fällen des § 1 Abs. 1 Nr. 4 wird der doppelte Freibetrag nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 gewährt; die Steuer ist nach dem durchschnittlichen Vomhundertsatz zu berechnen, der sich unter Anwendung des Tarifs für die Steuerklasse I gemäß § 19 Abs. 1 für die Hälfte des steuerpflichtigen Vermögens ergeben würde.

(4) Im Falle des § 2269 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und soweit der überlebende Ehegatte an die Verfügung gebunden ist, sind die mit dem verstorbenen Ehegatten näher verwandten Erben und Vermächtnisnehmer als seine Erben anzusehen, soweit sein Vermögen beim Tode des überlebenden Ehegatten noch vorhanden ist. § 6 Abs. 2 Satz 3 bis 5 gilt entsprechend."

7. § 16 wird wie folgt gefaßt:

„§ 16

Freibeträge

(1) Steuerfrei bleibt in den Fällen des § 2 Abs. 1 der Erwerb

1. des Ehegatten in Höhe von 250 000 Deutsche Mark,
2. der übrigen Personen der Steuerklasse I in Höhe von 90 000 Deutsche Mark,
3. der Personen der Steuerklasse II in Höhe von 20 000 Deutsche Mark,
4. der Personen der Steuerklasse III in Höhe von 10 000 Deutsche Mark.

(2) Bei dem Ehegatten und den übrigen Personen der Steuerklasse I bleibt zusätzlich zum Freibetrag nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 ein Erwerb von insgesamt 500 000 Deutsche Mark steuerfrei. Bei mehreren Erwerbern ist für jeden Erwerber ein Teilbetrag von 500 000 Deutsche Mark entsprechend einer vom Erblasser schriftlich verfügten Aufteilung maßgebend; hat der Erblasser keine Aufteilung verfügt, steht der Freibetrag den Erwerbern zu gleichen Teilen zu. Die Sätze 1 und 2 gelten nur bei Erwerbern von Todes wegen.

(3) An die Stelle der Freibeträge nach den Absätzen 1 und 2 tritt in den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 3 ein Freibetrag von 5 000 Deutsche Mark."

8. § 17 wird wie folgt gefaßt:

„§ 17

Besonderer Versorgungsfreibetrag

(1) Neben den Freibeträgen nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 und § 16 Abs. 2 wird dem überlebenden Ehegatten ein besonderer Versorgungsfreibetrag von 500 000 Deutsche Mark gewährt. Der Freibe-

trag wird bei Ehegatten, denen aus Anlaß des Todes des Erblassers nicht der Erbschaftsteuer unterliegende Versorgungsbezüge zustehen, um den nach § 14 des Bewertungsgesetzes zu ermittelnden Kapitalwert dieser Versorgungsbezüge gekürzt.

(2) Neben den Freibeträgen nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 und § 16 Abs. 2 wird Kindern und Stiefkindern für Erwerbe von Todes wegen ein besonderer Versorgungsfreibetrag in folgender Höhe gewährt:

1. bei einem Alter bis zu 5 Jahren in Höhe von 100 000 Deutsche Mark,
2. bei einem Alter von mehr als 5 bis 10 Jahren in Höhe von 80 000 Deutsche Mark,
3. bei einem Alter von mehr als 10 bis 15 Jahren in Höhe von 60 000 Deutsche Mark,
4. bei einem Alter von mehr als 15 bis 20 Jahren in Höhe von 40 000 Deutsche Mark,
5. bei einem Alter von mehr als 20 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres in Höhe von 20 000 Deutsche Mark.

Stehen dem Kind aus Anlaß des Todes des Erblassers nicht der Erbschaftsteuer unterliegende Versorgungsbezüge zu, wird der Freibetrag um den nach § 13 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes zu ermittelnden Kapitalwert dieser Versorgungsbezüge gekürzt. Bei der Berechnung des Kapitalwerts ist von der nach den Verhältnissen am Stichtag (§ 11) voraussichtlichen Dauer der Bezüge auszugehen."

9. § 19 wird wie folgt gefaßt:

„§ 19
Tarif

(1) Die tarifliche Erbschaftsteuer bemißt sich nach dem Wert des steuerpflichtigen Erwerbs (§ 10). Sie beträgt bei Erwerben von

1. Personen der Steuerklasse I bis 3 000 000 Deutsche Mark:
   (y · 0,035 + 50) · y Deutsche Mark
   und ab 3 000 000 Deutsche Mark:
   y · 260 – 315 000 Deutsche Mark,
2. Personen der Steuerklasse II bis 3 000 000 Deutsche Mark:
   (y · 0,035 + 150) · y Deutsche Mark
   und ab 3 000 000 Deutsche Mark:
   y · 360 – 315 000 Deutsche Mark,
3. Personen der Steuerklasse III bis 3 000 000 Deutsche Mark:
   (y · 0,035 + 250) · y Deutsche Mark
   und ab 3 000 000 Deutsche Mark:
   y · 460 – 315 000 Deutsche Mark.

‚y' ist ein Tausendstel des abgerundeten steuerpflichtigen Erwerbs.

(2) Ist im Falle des § 2 Abs. 1 Nr. 1 ein Teil des Vermögens der inländischen Besteuerung auf Grund eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung entzogen, so ist die Steuer nach dem Tarif zu erheben, der für den ganzen Erwerb gelten würde.

(3) Die zur Berechnung der tariflichen Erbschaftsteuer erforderlichen Rechenschritte sind in der Reihenfolge auszuführen, die sich nach dem Horner-Schema ergibt. Dabei sind die sich aus den Multiplikationen ergebenden Zwischenergebnisse für jeden weiteren Rechenschritt mit den sich ergebenden drei Dezimalstellen anzusetzen. Der sich ergebende Steuerbetrag ist auf den nächsten vollen Deutsche-Mark-Betrag abzurunden.

(4) Für steuerpflichtige Erwerbe bis 3 000 000 Deutsche Mark ergibt sich die nach den Absätzen 1 bis 3 berechnete tarifliche Erbschaftsteuer aus den diesem Gesetz beigefügten Anlagen 1 bis 3 (Erbschaftsteuertabellen für die Steuerklassen I bis III)."

10. § 27 wird wie folgt geändert:
    a) In Absatz 1 werden die Worte „oder II" gestrichen.
    b) In Absatz 2 werden die Sätze 2 und 3 gestrichen.
11. § 37 wird wie folgt gefaßt:

„§ 37
Anwendung des Gesetzes

(1) Die vorstehende Fassung dieses Gesetzes findet auf Erwerbe Anwendung, für die die Steuer nach dem 31. Dezember 1995 entstanden ist oder entsteht.

(2) In Erbfällen, die vor dem 31. August 1980 eingetreten sind, und für Schenkungen, die vor diesem Zeitpunkt ausgeführt worden sind, ist weiterhin § 25 in der Fassung des Gesetzes vom 17. April 1974 anzuwenden, auch wenn die Steuer infolge Aussetzung der Versteuerung nach § 25 Abs. 1 Buchstabe a erst nach dem 30. August 1980 entstanden ist oder entsteht."

12. In § 37a werden die Absätze 1 und 3 aufgehoben.
13. § 39 wird aufgehoben.
14. Folgende Anlagen werden angefügt:

    [Die hier einzufügende Erbschaftsteuertabelle Steuerklassen I bis III ist diesem Gesetz als Anlage beigefügt].

Artikel 6

Änderung des Gesetzes zur Reform des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrechts

Das Gesetz zur Reform des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrechts vom 17. April 1974 (BGBl. I S. 933) wird wie folgt geändert:

Die Artikel 2, 9 und 10 § 3 werden aufgehoben.

Artikel 7

Änderung der Erbschaftsteuer-Durchführungsverordnung

Die Erbschaftsteuer-Durchführungsverordnung (ErbStDV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1962 (BGBl. I S. 22), zuletzt geändert durch den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. I S. 889, 986), wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 werden die Worte „§ 187a Abs. 1 der Reichsabgabenordnung dem im Bezirk der zuständigen Oberfinanzdirektion nächstgelegenen" durch die Worte „§ 33 Abs. 1 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes dem nach dem Wohnort des Erblassers" ersetzt.

   b) In Absatz 4 Nr. 2 wird die Zahl „1 000" durch die Zahl „2 000" ersetzt.

2. In § 6 werden hinter den Worten „eines Verstorbenen dem" die Worte „nach dem Wohnsitz des Erblassers" eingefügt und die Worte „§ 187a Abs. 2 der Reichsabgabenordnung" durch die Worte „§ 33 Abs. 2 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes" ersetzt.

3. § 7 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 werden die Worte „§ 187a Abs. 3 der Reichsabgabenordnung" durch die Worte „§ 33 Abs. 3 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes" ersetzt.

   b) In Absatz 3 werden die Worte „§ 187a Abs. 3 der Reichsabgabenordnung ist dem" durch die Worte „§ 33 Abs. 3 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes ist dem nach dem Wohnsitz des Versicherungsnehmers" ersetzt.

   c) In Absatz 4 wird die Zahl „1 000" durch die Zahl „2 000" ersetzt.

4. § 12 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 werden hinter den Worten „Die Gerichte haben dem" die Worte „nach dem Wohnsitz des Erblassers" und hinter den Worten „über die Einleitung" die Worte „oder Aufhebung" eingefügt.

   b) In Absatz 4 Nr. 1 werden die Zahlen „5 000" und „1 000" jeweils durch die Zahl „10 000" und die Worte „anderer Nachlaß" durch die Worte „anderes Vermögen" ersetzt.

5. § 13 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 wird der Klammerzusatz „(§ 3 des Gesetzes)" durch den Klammerzusatz „(§ 7 des Gesetzes)" und der Klammerzusatz „(§ 4 Nr. 2 des Gesetzes)" durch den Klammerzusatz „(§ 8 des Gesetzes)" ersetzt.

   b) In Absatz 2 werden nach den Worten „Die Gerichte haben dem" die Worte „nach dem Wohnsitz des Übertragenden" eingefügt.

   c) In Absatz 4 werden die Zahlen „5 000" und „1 000" jeweils durch die Zahl „10 000" ersetzt.

6. § 15 wird wie folgt gefaßt:

„§ 15

Die vorstehende Fassung der Verordnung findet auf Erwerbe Anwendung, für die die Steuer nach dem 31. Dezember 1995 entstanden ist oder entsteht."

Artikel 8

Änderung des Gesetzes zur Änderung des Hauptfeststellungszeitraums für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens sowie des Hauptveranlagungszeitraums für die Vermögensteuer

Das Gesetz zur Änderung des Hauptfeststellungszeitraums für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens sowie des Hauptveranlagungszeitraums für die Vermögensteuer vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944) erhält folgende Fassung:

„Gesetz zur Änderung
des Hauptfeststellungszeitraums
für die wirtschaftlichen Einheiten
des Betriebsvermögens sowie
des Hauptveranlagungszeitraums
für die Vermögensteuer

§ 1

Änderung des Hauptfeststellungszeitraums für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens

Abweichend von § 21 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes findet für wirtschaftliche Einheiten des Betriebsvermögens die nächste Hauptfeststellung der Einheitswerte auf den 1. Januar 1997 statt.

§ 2

Änderung des Hauptveranlagungszeitraums für die Vermögensteuer

Abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 des Vermögensteuergesetzes findet die nächste Hauptveranlagung der Vermögensteuer auf den 1. Januar 1997 statt."

Als Folge werden in der Inhaltsübersicht die ersten acht Angaben wie folgt gefaßt:

	Artikel
„Änderung des Bewertungsgesetzes	1
Änderung der Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz	2
Änderung des Vermögensteuergesetzes	3
Änderung des Gesetzes zur Reform des Vermögensteuerrechts und zur Änderung anderer Steuergesetze	4
Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes	5
Änderung der Erbschaftsteuer-Durchführungsverordnung	6
Änderung des Gesetzes zur Reform des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrechts	7
Änderung des Gesetzes zur Änderung des Hauptfeststellungszeitraums für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens sowie des Hauptveranlagungszeitraums für die Vermögensteuer	8".

Begründung

I. Allgemeiner Teil

Ziel der Neufassung der Artikel 1 bis 8 des Gesetzentwurfs ist die Schaffung der verfassungsgemäßen rechtlichen Voraussetzungen für die weitere Erhebung der Vermögensteuer und Erbschaft- und Schenkungsteuer.

In seinen Beschlüssen vom 22. Juni 1995 – 2 BvL 37/91 (BStBl 1995 II, 655 ff., 660) und 2 BvR 552/91 (BStBl 1995 II, 671 ff., 674) – hat das Bundesverfassungsgericht die Unvereinbarkeit der bisherigen Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung mit dem Grundgesetz insoweit festgestellt, als das zu Gegenwartswerten erfaßte Vermögen mit demselben Steuersatz erfaßt wird wie der Grundbesitz, dessen Bewertung entgegen dem gesetzlichen Konzept gegenwartsnaher Bewertung seit 1964/1974 nicht mehr der Wertentwicklung angepaßt worden ist. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31. Dezember 1996 eine Neuregelung für die Vermögensteuer mit Wirkung ab 1. Januar 1997 und für die Erbschaftsteuer mit Wirkung ab 1. Januar 1996 zu schaffen.

Da mit diesem Gesetzentwurf die vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Verfassungswidrigkeit durch eine neue Bewertung des Grundbesitzes für Vermögensteuer- und Erbschaftsteuerzwecke beseitigt werden soll, tritt der Fall des Artikels 10 § 3 des Vermögensteuerreformgesetzes vom 17. April 1974 ein, so daß das gesamte Vermögensteuergesetz ab Geltung der neuen Bewertungsvorschriften außer Kraft treten würde. Da jedoch das Konzept der derzeitigen Vermögensteuer vom Bundesverfassungsgericht als ergänzender Ertragsteuer anerkannt wurde, wird die derzeit geltende Vermögensteuer grundsätzlich beibehalten und nur in Teilbereichen orientiert an den Entscheidungsgründen des Vermögensteuer-Beschlusses reformiert, insbesondere hinsichtlich der Bewertung des Grundbesitzes und der Freistellung des sogenannten Gebrauchsvermögens und des Steuertarifs. Gleichzeitig wird Artikel 10 § 3 des Vermögensteuerreformgesetzes hinsichtlich der Vermögensteuer und Grunderwerbsteuer außer Kraft gesetzt.

Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für eine Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer beziehen sich neben der zeitnahen Bewertung des Grundbesitzes ebenfalls auf die Freistellung sogenannten Gebrauchsvermögens bei Erwerbern der Steuerklasse I sowie auf die Garantie des Erbrechts in seinem Kern.

Dies beachtet die vorgeschlagene Fassung durch die Neuschaffung eines erblasserbezogenen Gebrauchsvermögensfreibetrags und angemessene Anhebung der sachlichen und persönlichen Freibeträge sowie durch Einführung eines neuen linear-progressiven Steuertarifs unter Absenkung der derzeitigen Höchststeuersätze.

Hinsichtlich der aktiven Land- und Forstwirtschaft wird sowohl bei der Vermögensteuer wie auch bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer eine Gleichsetzung mit der gewerblichen und freiberuflichen Erwerbstätigkeit durch Einbeziehung in die für diese bereits bestehenden Freibetrags- und Abschlagsregelungen (§ 117a BewG, § 13 Abs. 2a, jetzt § 13a ErbStG) vorgenommen.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Bewertungsgesetz)

Vorbemerkung

Durch beide Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts wurde letztlich die derzeitige Einheitsbewertung des Grundbesitzes, beruhend auf der Wertbasis von 1964 (in den neuen Bundesländern 1935), als nicht genügend gegenwartsnah für Vermögensteuer- und Erbschaftsteuerzwecke verworfen. Da eine neue Einheitsbewertung für sämtliche Einheiten des Grundbesitzes selbst bei vernünftiger Streckung der Arbeiten auf fünf Jahre einen bei der derzeitigen Haushaltssituation nicht zu verantwortenden Personalmehrbedarf von ca. 4 500 Arbeitskräften erfordern würde, und verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine Weiterverwendung der alten Einheitswerte als Verteilungsmaßstab bei der Grundsteuer nicht bestehen – bei dieser Steuer treten die Werte nicht in Konkurrenz mit anders ermittelten (Gegenwarts-) Werten anderer Vermögensgegenstände, sondern lediglich in Konkurrenz untereinander, wobei unterstellt werden kann, daß die Werte relativ gleichmäßig hinter der zwischenzeitlichen Wertentwicklung zurückgeblieben sind –, geht der Gesetzentwurf von einer Lösung aus, die die alten Einheitswerte für Grundsteuer- und Gewerbesteuerzwecke beibehält und eine Neubewertung in den Fällen vorsieht, wo sie für Vermögensteuer-, Erbschaftsteuer- und Grunderwerbsteuerzwecke benötigt wird (Bedarfsbewertung). Diese Verfahrensweise reduziert den Personalmehrbedarf von ca. 4 500 auf ca. 1 000 Arbeitskräfte und läßt die Möglichkeit offen, entweder wieder zu einer Einheitsbewertung zurückzukehren oder aber im Rahmen einer späteren Neuregelung der Grundsteuer die Erhebung dieser Steuer ganz, d. h. einschließlich der Ermittlung der – möglicherweise stark vereinfachten – Bemessungsgrundlage, in die Hände der Gemeinden zu legen, so daß auf der Ebene der Landesverwaltung ein erheblicher Personalabbau und gesamtwirtschaftlich unter Berücksichtigung des möglicherweise gegebenen Personalmehrbedarfs auf

Gemeindeebene ein deutlicher Personalabbau möglich wird.

Der Vorschlag geht für die Land- und Forstwirtschaft von einem hektarbezogenen Bewertungsverfahren mit 24 festen Ertragswerten (Festwertverfahren) aus. Diese Festwerte wurden auf Bund-Länder-Ebene durch die zuständigen Sachverständigen-Gremien ermittelt und gebilligt.

Für das übrige Grundvermögen geht der Vorschlag von einer Bewertung nach der Wohn-/Nutzfläche (Wohn-/Nutzflächenverfahren) bzw. bei Gewerbegrundstücken und sonstigen bebauten Grundstükken nach dem umbauten Raum (Kubikmeterverfahren) aus. Das Wohn-/Nutzflächenverfahren wurde von der sachverständigen Fachebene als das in der Kürze der Zeit am schnellsten realisierbare und aufwandfreundlichste Verfahren empfohlen. Bei ihm werden der Bodenwert und der Gebäudewert getrennt ermittelt und an den gemeinen Wert angeglichen. Der Bodenwert wird nach den vorhandenen gemeindlichen Bodenrichtwerten festgelegt und der Gebäudewert als Flächenwert entsprechend der Nutzung typisierend aus den Raummeterpreisen des Kubikmeterverfahrens abgeleitet, bei den Wohngrundstücken gestaffelt nach drei Ausstattungsmerkmalen (einfach/gut/sehr gut). Bauart und Alter der Gebäude wird durch eine Alterswertminderung berücksichtigt. Bewertungsziel dieses Verfahrens ist, den Gegenwartswert zu ermitteln, der vom Gehalt und der Höhe her vergleichbar mit dem Wert anderer Vermögensteile (z. B. Kapitalvermögen) ist. Diesen Gegenwartswert als Basis für die Bewertung aller Vermögenswerte hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich zugelassen. Es hat insoweit keine Empfehlung oder gar Entscheidung für ein Ertragswertverfahren abgegeben.

Auch vom Sinn und Zweck her bezogen auf die von der Bewertung abhängige Vermögensteuer, die nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus den Erträgen bezahlbar sein muß, ergibt sich nicht die Notwendigkeit der Wertermittlung in einem Ertragswertverfahren. Auch ein solches Verfahren muß nach verfassungsrechtlichem Gebot zu dem mit dem Wert anderer Vermögensgegenstände vergleichbaren Gegenwartswert führen, zu dem das Wohn-/Nutzflächenverfahren ebenfalls führt.

Zu Nummer 1 (§ 11 BewG)

Die Schätzung des gemeinen Werts (§ 9 Abs. 2 BewG) nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften unter Berücksichtigung des Vermögens und der Ertragsaussichten kann die in den Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens steckenden stillen Reserven nicht außer acht lassen. Gerade dies wird jedoch bei der Ermittlung des Einheitswerts des Betriebsvermögens, der (mit Zu- und Abrechnungen dort [nicht] erfaßter Wirtschaftsgüter) nach § 11 Abs. 2 Satz 3 bis 5 BewG als Vermögen angesetzt werden soll, durch die Übernahme der ertragsteuerlichen Bilanzansätze getan. Da der zu ermittelnde Wert vergleichbar sein muß mit nach Börsenkursen oder Verkäufen ermittelten Werten von Anteilen an Kapitalgesellschaften, wobei bei diesen Werten in der Regel stille Reserven wertbildend berücksichtigt wurden, ist es schon verfassungsrechtlich unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten geboten, auch bei der nach § 11 Abs. 2 Satz 2 gebotenen Schätzung die stillen Reserven zu berücksichtigen. Dies ist jedoch durch die gesetzliche Einschränkung des von der Verwaltung zu entwickelnden Schätzverfahrens nicht möglich. Durch die Streichung der Sätze 3 bis 5 des § 11 Abs. 2 BewG soll dies ermöglicht werden. Darüber hinaus wird klargestellt, daß bei der Schätzung nach § 11 Abs. 2 Satz 2 Zweite Alternative BewG neben der Einbeziehung des Vermögens und der Ertragsaussichten ein Rückgriff auch auf frühere oder spätere Verkäufe nicht ausgeschlossen ist. Im übrigen wird hierdurch der Rechtszustand vor 1993 wiederhergestellt.

Zu Nummer 2 (§ 12 BewG)

Da mittlerweile alle Versicherungsunternehmen den Rückkaufswert noch nicht fälliger Ansprüche aus Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherungen mitteilen können, ist die bisherige gesetzliche Wertermittlung an Hand einer Hilfsberechnung (Zwei-Drittel-Regelung) überholt. Die bisher in § 73 Abs. 1 Nr. 2 der Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz enthaltene Regelung über die Behandlung von Gewinnanteilen aus den Versicherungen wird in das Gesetz übernommen.

Zu Nummer 3 (§ 16 BewG)

Der Bezug auf die Vorschriften des Bewertungsgesetzes muß beschränkt werden, da die Einheitswerte des Grundbesitzes (§§ 33 bis 94) zwar noch weiter wegen ihrer fortgeltenden Bedeutung für die Grundsteuer und Gewerbesteuer im Bewertungsgesetz geregelt bleiben, jedoch für die Beschränkung des Jahreswerts von Nutzungen nicht mehr in Betracht kommen.

Zu Nummer 4 (§ 17 BewG)

Der Geltungsbereich der einzelnen Vorschriften des Bewertungsgesetzes muß neu geregelt werden, da die Einheitswerte nur noch für Grundsteuer- und Gewerbesteuerzwecke und die neuen Grundbesitzwerte für die Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer Anwendung finden.

Zu Nummer 5 (§ 18 BewG)

Die Angabe der Vorschriften des zweiten Teils des Bewertungsgesetzes, nach denen die einzelnen Vermögensarten zu bewerten sind, wird durch die vorgenommenen Ergänzungen aktualisiert.

Zu den Nummern 6 und 7 (§§ 23 und 24 BewG)

Bei den Änderungen bzw. Streichungen handelt es sich um eine Anpassung an die zukünftig nur noch eingeschränkte Bedeutung der Einheitswerte des Grundbesitzes für die Grundsteuer und Gewerbesteuer.

Zu Nummer 8 (§ 28 BewG)

Die Erklärungspflicht hinsichtlich der Einheitswerte des Grundbesitzes wird wegen der begrenzten Bedeutung dieser Werte eingeschränkt (Absatz 1).

Die Erklärungspflicht hinsichtlich der Ersatzwirtschaftswerte (bisheriger § 127 BewG) wird in die allgemeine Vorschrift des § 28 BewG einbezogen (Absätze 1 und 5 Satz 2).

Die Erklärungspflicht hinsichtlich der Grundbesitzwerte wird in der allgemeinen Vorschrift des § 28 BewG festgeschrieben (Absatz 3).

Zu Nummer 9 (§ 29 BewG)

Die Auskunfts- und Mitteilungspflichten sollen auch für die Ersatzwirtschaftswerte und Grundbesitzwerte gelten. Daher muß die gesetzliche Vorschrift auf diese Werte ausgedehnt werden (Absätze 3 und 4). Im übrigen werden die Gesetzeszitate in Absatz 3 aktualisiert.

Zu Nummer 10 (§ 30 BewG)

Die spezielle Abrundungsvorschrift des § 128 BewG für Ersatzwirtschaftswerte wird in die allgemeine Abrundungsvorschrift übernommen (Ergänzung der Nummer 1) sowie eine Regelung für die Grundbesitzwerte getroffen (Ergänzung der Nummer 2). Angesichts der gegenüber den Einheitswerten erheblich höheren Grundbesitzwerte ist eine Abrundung auf volle 1 000 DM angemessen und vertretbar. Sie bewirkt aber auch, daß bei Stückländereien im Bereich der Land- und Forstwirtschaft eine Vielzahl dieser Flächen wegen ihres Wertes unter 1 000 DM künftig nicht mehr bewertet werden.

Zu Nummer 11 (§ 32 BewG)

Es handelt sich um eine Folgeänderung der eingeschränkten Geltung der Einheitswerte des Grundbesitzes und der Einführung von Grundbesitzwerten für Vermögensteuer-, Erbschaftsteuer- und Grunderwerbsteuerzwecke. Im übrigen erfolgt eine Gesetzesänderung durch die Aufnahme der bereits bestehenden Vorschriften für die neuen Länder.

Zu Nummer 12 (§ 97 BewG)

Die Ergänzung des Gesetzeszitats ist eine Folgeänderung aus der Einführung der Grundbesitzwerte.

Die neue Aufteilungsregelung für den Einheitswert des Betriebsvermögens bei Personengesellschaften (neuer Absatz 1 a) stellt die gesetzliche Normierung eines einfach zu praktizierenden Verfahrens dar, das berücksichtigt, daß bei der Feststellung des Einheitswerts des Betriebsvermögens seit 1993 grundsätzlich die ertragsteuerlichen Bilanzwerte maßgebend sind. Wollte man weiter die zur Rechtslage vor dem 1. Januar 1993 ergänzende höchstrichterliche Rechtsprechung anwenden, nach der die Aufteilung entsprechend den Unternehmenswertanteilen der Beteiligten zu erfolgen habe, müßte in diesen Fällen der tatsächliche Wert des Unternehmens einschließlich der stillen Reserven allein für Aufteilungszwecke ermittelt werden. Gerade dies, nämlich eine besondere Wertermittlung, wollte man jedoch aus Vereinfachungsgründen durch die Übernahme der Steuerbilanzwerte vermeiden.

Zu Nummer 13 (§ 99 BewG)

Die Ergänzungen des § 99 Abs. 2 um die Folgen des § 26 dienen der Klarstellung, daß § 26 auch für Betriebsgrundstücke gilt.

Zu den Nummern 14 und 15 (§§ 102 und 104 BewG)

Aktualisierung von Gesetzeszitaten.

Zu Nummer 16 (§ 109 BewG)

Betriebsgrundstücke sollen nicht mehr mit dem Einheitswert, sondern mit dem Grundbesitzwert in die Einheitsbewertung des Betriebsvermögens eingehen.

Zu Nummer 17 (§ 111 BewG)

Die Gesetzeszitate in Nummer 5 werden aktualisiert.

Da Kinder im Falle der durch Option möglichen von den Eltern getrennten Vermögensteuerveranlagung statt des Kinderfreibetrages in Höhe von 200 000 DM den vollen persönlichen Freibetrag in Höhe von 300 000 DM erhalten, dafür aber ihren Unterhaltsanspruch als Vermögenswert bis zur Höhe von 100 000 DM ansetzen sollen, muß die Grenze der Steuerfreistellung von Unterhaltsansprüchen entsprechend angehoben werden. Parallel dazu wird auch die Höchstgrenze für den Ansatz der Unterhaltsverpflichtung in § 118 Abs. 3 entsprechend angehoben.

Zu Nummer 18 (§ 117 a BewG)

Durch die Änderung wird auch land- und forstwirtschaftliches Vermögen, soweit es zu einem aktiven Betrieb und ertragsteuerlich nicht zum Privatvermögen gehört, in die Freibetrags- und Abschlagsregelung einbezogen.

Zu Nummer 19 (§ 118 BewG)

Die Änderungen in Absatz 1 sind eine Anpassung an die neue Bewertung der land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzwerte. Gemäß dem neuen § 141 Abs. 3 sind Lasten aus laufenden Pensionszahlungen sowie Pensionsverpflichtungen durch die bei der Ermittlung des Betriebswertes angewendeten festen Hektarertragswerte abgegolten. Im übrigen handelt es sich um eine terminologische Anpassung der Vorschrift.

Die Änderung in Absatz 3 steht im Zusammenhang mit der Änderung in § 111 Nr. 7 Buchstabe a, nach welcher gesetzliche Unterhaltsansprüche bis zu einer Höhe von 100 000 DM steuerpflichtig sind. Entsprechend müssen gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen auch in dieser Höhe als Schuld abgesetzt werden können. Da der Berechtigte bei einem einheitlichen Anspruch gegen mehrere Personen (z. B. Kind gegen

beide Elternteile) insgesamt nur 100 000 DM als steuerpflichtig behandeln muß, kann auch die entsprechende gemeinsame Unterhaltsverpflichtung nur in dieser Höhe abziehbar sein.

Zu Nummer 20 (Überschrift vor § 121a BewG)

Es handelt sich um eine Folgeänderung einer systematischen Neuordnung des Bewertungsgesetzes hinsichtlich der Eingliederung der Vorschriften für die Bewertung von Vermögen in den neuen Bundesländern und die Bedarfsbewertung des Grundbesitzes für Erbschaftsteuer-, Vermögensteuer- und Grunderwerbsteuerzwecke ab 1996 bzw. 1997.

Zu Nummer 21 (§ 121a BewG)

Der Anwendungsbereich des § 121a wird auf die Gewerbesteuer reduziert. Für die übrigen Steuern hat die Vorschrift ihre Bedeutung verloren.

Zu Nummer 22 (§ 121b BewG)

Die Bedeutung dieser Vorschrift ist zum 31. Dezember 1992 ausgelaufen. Sie kann daher gestrichen werden.

Zu Nummer 23 (§ 122 BewG)

Die Vorschrift wird auf den gegenwärtigen Geltungsbereich reduziert. Die Regelungen in den bisherigen Absätzen 2 bis 5 sind zeitlich ausgelaufen.

Zu Nummer 24 (§ 123 BewG)

Redaktionelle Aktualisierung an die derzeit im Gesetz gegebenen Ermächtigungen. Die Ermächtigung zur Neufassung des Gesetzes wird im Zuge der systematischen Umgliederung in den neuen § 156 übernommen.

Zu Nummer 25 (§ 124 BewG)

Die Anwendungsvorschrift wird aufgehoben und entsprechend der systematischen Umgliederung an den Schluß des Gesetzes (§ 157) gesetzt.

Zu Nummer 26 (Überschrift vor § 125 BewG)

Folgeänderung einer systematischen Neuordnung (vgl. Nummer 20).

Zu Nummer 27 (§ 127 BewG)

Der bisherige Regelungsbereich wird in die allgemeine Vorschrift des § 28 übernommen.

Zu Nummer 28 (§ 128 BewG)

Der bisherige Regelungsbereich wird in die allgemeinen Vorschriften der §§ 29 und 30 übernommen.

Zu Nummer 29 (§ 133 BewG)

Da die Einheitswerte 1935 künftig nur noch für die Gewerbesteuer Bedeutung haben, kann der Regelungsbereich dieser Vorschrift entsprechend eingeschränkt werden.

Zu Nummer 30 (§ 135 BewG)

Diese Regelung hat künftig keine Bedeutung mehr und kann daher aufgehoben werden.

Zu Nummer 31 (§ 136 BewG)

Da die neuen Bundesländer ab 1997 den alten Bundesländern vermögensteuerlich und bewertungsrechtlich gleichgestellt werden sollen, ist die bisherige Sondervorschrift aufzuheben.

Zu Nummer 32 (Vierter Abschnitt)

Vorbemerkung

Der neue Vierte Abschnitt regelt die Neubewertung des Grundbesitzes für die Erhebung der Erbschaftsteuer ab 1996, der Vermögensteuer und Grunderwerbsteuer ab 1997. Das vorgesehene Konzept entspricht im wesentlichen dem der Bundesregierung, unterscheidet sich jedoch in einzelnen Details. So bleibt nach dem vorgelegten Konzept Maßstab für die Werte des Grundbesitzes nach wie vor der Gegenwartswert (gemeiner Wert, § 9).

Zu § 138

§ 138 regelt in Absatz 1, daß die bisherigen Einheitswerte 1935 und Ersatzwirtschaftswerte für die Land- und Forstwirtschaft in den neuen Ländern und Einheitswerte 1964 in den alten Ländern bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer ab dem 1. Januar 1996 sowie bei der Vermögensteuer und Grunderwerbsteuer ab dem 1. Januar 1997 nicht mehr anzuwenden sind. Anstelle dieser Werte sind neue Grundbesitzwerte zu ermitteln und bei diesen Steuern als Bemessungsgrundlage anzusetzen.

In Absatz 2 ist geregelt, welche Vorschriften für die Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens anzuwenden sind.

Absatz 3 bestimmt, welche Vorschriften für die Ermittlung der neuen Grundstückswerte gelten. Aus dem „alten" Bewertungsrecht sollen neben den allgemeinen Vorschriften über die wirtschaftliche Einheit, die aufschiebende und auflösende Bedingung sowie Befristung die Abgrenzungsgrundsätze des § 69 in bezug auf die Land- und Forstwirtschaft weiter angewendet werden. § 68, der das Grundvermögen definiert, ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß der Wohnteil eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des dazugehörigen Grund und Bodens zum Grundvermögen gehört und dort als Wohngrundstück bewertet wird. § 70 Abs. 2 Satz 1 gilt im neuen Recht mit der Maßgabe, daß ein Grundstück mit einem anderen Grundstücksteil zusammen bewertet werden kann, wenn das Grundstück und der Grundstücksanteil zusammen genutzt werden. Künftig kommt es nicht mehr darauf an, daß alle Anteile an dem gemeinschaftlichen Grundvermögen Eigentümern von Grundstücken gehören, die ihren Anteil jeweils zusammen mit ihrem Grundstück nutzen. Werden z. B. Garagen im Anschluß an eine Reihenhaussiedlung auf einem gesonderten Grundstück errichtet, so wird die Garage mit dem Reihenhaus als

eine wirtschaftliche Einheit des Grundvermögens bewertet, wenn beide von dem Grundstückseigentümer einheitlich, entweder zu eigenen Wohnzwecken oder zu Vermietungszwecken, genutzt werden. Dabei wirkt sich der Umstand, daß einzelne Garagen nicht von Eigentümern eines Reihenhauses errichtet und genutzt werden, auf die Zusammenfassung zu einer wirtschaftlichen Einheit bei anderen Grundstückseigentümern nicht schädlich aus. Dies war nach der bisherigen Fassung des § 70 Abs. 2 Satz 1 anders. Billigkeitsmaßnahmen sollen bei der Ermittlung der neuen Grundstückswerte nur als Übergangsregelung im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden aller Länder getroffen werden können. Die Vorschriften zur Bewertung von Erbbaurechten und von Gebäuden auf fremdem Grund und Boden sollen weiterhin sinngemäß gelten.

In Absatz 4 sollen die Wertverhältnisse für einen Zeitraum von sechs Jahren festgeschrieben werden. Nach Ablauf dieses Festschreibungszeitraums müssen die Bemessungsgrundlagen, bei unbebauten Grundstücken sind dies die Bodenrichtwerte, und bei bebauten Grundstücken sind dies zusätzlich die Flächen- und Raummeterpreise, zumindest überprüft und ggf. den veränderten Verhältnissen auf dem Grundstücksmarkt angepaßt werden. Maßgebend sind stets die tatsächlichen Verhältnisse vom Besteuerungszeitpunkt und die Wertverhältnisse vom 1. Januar 1996. Feststellungsstichtag ist z. B. bei der Erbschaftsteuer der Erwerbszeitpunkt.

Absatz 5 schreibt vor, daß Grundbesitzwerte nur in den Fällen festgestellt werden, in denen sie für die Vermögensteuer, Erbschaftsteuer oder Grunderwerbsteuer benötigt werden. Darüber hinaus wird in diesem Absatz das Verfahrensrecht geregelt. Die neuen Grundbesitzwerte werden gesondert festgestellt. In dem Feststellungsbescheid ist darauf hinzuweisen, ob es sich um einen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb oder um eine wirtschaftliche Einheit des Grundvermögens handelt. Beim Grundvermögen ist zusätzlich die Grundstücksart und die Zugehörigkeit eines Grundstücks zum Gewerbebetrieb anzugeben. Gehört das Grundstück einem Eigentümer, so ist diesem das Grundstück zuzurechnen. Sind mehrere an dem Grundstück beteiligt, so ist im Rahmen der Bedarfsbewertung der Grundstückswert zu ermitteln und in dem Feststellungsbescheid der Anteil des Miteigentümers anzugeben, für dessen Besteuerung dieser Anteil benötigt wird. Für die Durchführung des Feststellungsverfahrens gelten die Vorschriften der Abgabenordnung sinngemäß.

Zu § 139

Absatz 1 stellt eine weitgehende Übernahme der bewährten Definition des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens gemäß § 33 sicher.

In Absatz 2 wird die Zuordnung des Wohnteils eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft neu geregelt. Die Wohnung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen sowie die Altenteilerwohnung, die bisher als Wohnteil Bestandteil des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens waren, werden aus folgenden Gründen dem Grundvermögen zugeordnet:

a) Gleichbehandlung mit anderen Wohnungen,

b) einheitliche Behandlung bei Bewertung und Ertragsteuern,

c) einheitliche Behandlung in alten und neuen Bundesländern.

Durch die einheitliche Behandlung bei Bewertung und Ertragsteuern werden zusätzliche Abgrenzungsarbeiten vermieden. Die im Rahmen der sog. Privatgutlösung erfolgten bzw. bis Ende 1998 noch vorzunehmenden Abgrenzungen können gleichzeitig bei der Bewertung verwendet werden.

Bei sog. Eindachhöfen können die darin belegenen Wohnungen nach dem gleichen Verfahren wie bei den Wohnungen in Wohn-/Geschäftsgrundstücken bewertet werden.

Absatz 3 regelt die Berücksichtigung von Besonderheiten analog zu § 47. Dadurch sollen vor allem die Nachteile, die sich aus dem Konsumzwang für die im oder unmittelbar beim Betrieb belegene Wohnung ergeben, abgegolten werden. Da die weiteren Besonderheiten, wie z. B. Geräusch- oder Geruchsbelästigungen im Rahmen des Wohn-/Nutzflächenverfahrens auch nicht besonders oder nur über die Öffnungsklausel (§ 155) berücksichtigt werden, ist hier insoweit ein geringerer Abschlag als in § 47 gerechtfertigt.

Zu § 140

§ 140 enthält eine Beschreibung des Bewertungsobjekts „Betrieb der Land- und Forstwirtschaft" analog zu § 34. Die Definition des Betriebsteils deckt sich mit dem Begriff Wirtschaftsteil; Ausnahme sind Betriebswohnungen (z. B. Landarbeiterwohnungen), die im Wirtschaftsteil bisher nicht gesondert erfaßt wurden. Aus Gründen der Gleichbehandlung mit dem gewerblichen Betriebsvermögen sollen die Betriebswohnungen zwar innerhalb des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens verbleiben, jedoch dort gesondert bewertet werden.

Zu § 141

§ 141 enthält die Bewertungsvorschriften mit Vorschlägen für standardisierte Ertragswerte, die bei den wichtigsten Nutzungen und Nutzungsteilen anzuwenden sind. Diese Ertragswerte basieren auf den in Deutschland durchschnittlichen Ertragsverhältnissen zum 1. Januar 1996. Die Vorschläge sind nach den in § 36 Abs. 2 genannten Vorschriften in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung der Länder ermittelt worden.

Das in Absatz 1 genannte Einzelertragswertverfahren war schon bisher für die Nebenbetriebe und das Abbauland gesetzlich vorgeschrieben. Wegen der relativ geringen Fallzahlen und stark voneinander ab-

weichender Ertragsverhältnisse soll es auch bei gemeinschaftlichen Tierhaltungen und einigen Nutzungsteilen der sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, wie z. B. der Saatzucht, Imkerei und der Teichwirtschaft, zum Einsatz kommen.

Absatz 2 stellt sicher, daß die Grundsätze des Ertragswertverfahrens auch bei der Ermittlung der Einzelertragswerte Anwendung finden.

Absatz 3 vereinfacht die Bewertung erheblich, da ein gesonderter Abzug für Pensionslasten beim übrigen Vermögen zukünftig entfällt. Eine ausdrückliche Berücksichtigung von Pensionslasten ist nur im Rahmen der Einzelertragswerte möglich.

Absatz 4 dient der Vermeidung von Benachteiligungen, die bei dem Ansatz von standardisierten Ertragswerten entstehen könnten, falls im Einzelfall von den durchschnittlichen Verhältnissen erheblich abweichende Ertragsbedingungen vorliegen. Deshalb soll auf Antrag das Einzelertragswertverfahren für die Bewertung des gesamten Betriebs zugelassen werden.

Zu § 142

§ 142 stellt die wertmäßige Gleichbehandlung der Betriebswohnungen mit anderen Wohnungen sicher.

Zu § 143

§ 143 entspricht § 48, jedoch mit den für die Bedarfsbewertung geltenden Begriffen.

Zu § 144

Neu ist in § 144 gegenüber der bisherigen Fassung des § 72 die Begriffsbestimmung von Gebäuden, die gegenüber dem Grundstückswert von untergeordneter Bedeutung sind. Bisher stellt das Bewertungsgesetz bei diesen Gebäuden auf die Zweckbestimmung und den Wert des Gebäudes im Vergleich zur Zweckbestimmung und zum Wert des Grund und Bodens ab. Künftig soll das Merkmal „Zweckbestimmung" und der Vergleich zum Wert des unbebauten Grundstücks wegfallen. Für die Bewertung als unbebautes Grundstück kommt es zukünftig allein darauf an, ob die Gebäude, die sich auf dem Grundstück befinden, insgesamt einen geringen Wert haben. Was als geringer Wert anzusehen ist, muß in den Richtlinien geklärt werden.

Zu § 145

Ausgangsgröße für die Ermittlung der Bodenwerte sind die Bodenrichtwerte, die von den Gutachterausschüssen der Gemeinden aus der von ihnen zu führenden Kaufpreissammlung abgeleitet werden (§ 193 Abs. 3 i. V. mit § 196 Abs. 1 BauGB). Grundsätzlich sind die Gutachterausschüsse verpflichtet, zum Ende eines jeden Kalenderjahres für das Gemeindegebiet eine Bodenrichtwertkarte zu erstellen. In der Praxis werden die Bodenrichtwertkarten häufig nicht jährlich, sondern zum Ende jedes zweiten Kalenderjahres herausgegeben. Für Zwecke der steuerlichen Grundstücksbewertung sind die Bodenrichtwerte auf jeden Fall zum „Quasi-Hauptfeststellungszeitpunkt" zu ermitteln. Für die Bedarfsbewertung nach den Wertverhältnissen vom 1. Januar 1996 müssen daher die Bodenrichtwerte von allen Gutachterausschüssen zu diesem Stichtag zur Verfügung gestellt werden (§ 196 Abs. 1 Satz 3 BauGB).

Die Bodenrichtwerte werden in der Regel für eine Mehrzahl von Grundstücken mit im wesentlichen gleichen Nutzungs- und Wertverhältnissen (sog. Bodenrichtwertzonen) ermittelt und auf einen Quadratmeter Grundstücksfläche bezogen. Bei den Bodenrichtwerten handelt es sich somit um Durchschnittswerte für gebietstypische Grundstücke.

Die Bodenrichtwerte sollen bei der Bewertung des einzelnen Grundstücks nur noch an eine abweichende bauliche Nutzung angepaßt werden. Dies kann mit Hilfe der Anlage 23 zu den Wertermittlungs-Richtlinien 1976 erfolgen, in der für die Umrechnung von Geschoßflächenzahlen Umrechnungskoeffizienten vorgegeben werden. Weitere wertbeeinflussende Merkmale, wie z. B. Ecklage, Grundstücksgröße, Zuschnitt, Oberflächenbeschaffenheit und Beschaffenheit des Baugrunds, sollen abweichend von der bisherigen Grundstücksbewertung (vgl. Abschnitt 7 Abs. 2 BewRGr) außer Ansatz bleiben wie auch weitere wertmindernde Umstände, z. B. Lärm-, Staub- oder Geruchsbelästigung, Bodendenkmal, Bergschadensgefahren und Altlasten. Soweit solche Belastungen nicht bereits aufgrund der zukünftig enger zu ziehenden Bodenrichtwertzonen in den Bodenrichtwert eingeflossen sind, können sie über die Öffnungsklausel (§ 155) vom Steuerpflichtigen über den Nachweis eines tatsächlich niedrigeren Werts des Grundstücks geltend gemacht werden.

Zu § 146

Die Begriffsbestimmung der bebauten Grundstücke in § 146 entspricht weitgehend dem § 74. Neu aufgenommen wurden bei der Annahme von bezugsfertigen Teilen eines Gebäudes die Fälle, in denen sich die Benutzbarkeit eines Gebäudes nicht nur vorübergehend verzögert hat. In diesen Fällen kommt es nicht darauf an, ob die Planung des Gebäudes in Bauabschnitten erfolgt ist. Vielmehr reicht allein eine „längere" Unterbrechung der Bebauung für die Bewertung eines bezugsfertigen Teils des Gesamtgebäudes aus.

Zu § 147

§ 147 enthält in Fortführung des bisherigen § 71 eine Befreiung von Gebäuden und Gebäudeteilen, die für den Zivilschutz genutzt werden. Die Befreiung ist wie bisher davon abhängig, daß die Gebäude oder Gebäudeteile im Frieden nicht oder nur gelegentlich oder geringfügig für andere Zwecke benutzt werden. Die Befreiung wirkt sich nicht nur auf die Vermögensteuer und Erbschaftsteuer aus, sondern auch auf die Grunderwerbsteuer.

Zu § 148

Die Grundstücksarten in § 148 sind in zwei Obergruppen zu unterteilen, und zwar zum einen in die Wohngrundstücke und zum anderen in die Nichtwohngrundstücke. Bei den Wohngrundstücken wird neben den bisherigen Grundstücksarten (Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Mietwohngrundstücke) eine neue Grundstücksart „Wohneigentumsgrundstücke" eingeführt. Dies ist erforderlich, weil Wohnungseigentumsgrundstücke in einem besonderen Wohn-/Nutzflächenverfahren bewertet werden. Denn bei dieser Grundstücksart wird nicht ein Gebäudeneuwert ermittelt und in Anschluß daran die Alterswertminderung abgezogen, sondern die Flächenpreise beinhalten bereits die Alterswertminderung, so daß sich aus der Vervielfachung der Wohn-/Nutzfläche und des Flächenpreises der Gebäudewert ergibt (vgl. § 151 Abs. 1 zweiter Halbsatz). Die bisherige Unterteilung in Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser und Mietwohngrundstücke wurde beibehalten, weil für jede Grundstücksart gesonderte Flächenpreise vorgesehen sind.

Bei den Nichtwohngrundstücken ist eine Unterteilung in drei Grundstücksarten erfolgt, und zwar in die Wohn-/Geschäftsgrundstücke, die nach dem Wohn-/Nutzflächenverfahren bewertet werden, sowie in die Gewerbegrundstücke und sonstigen bebauten Grundstücke, die beide im Kubikmeterverfahren bewertet werden. Eine Unterscheidung der Gewerbegrundstücke und der sonstigen bebauten Grundstücke wäre zwar nach dem Bewertungsverfahren nicht erforderlich gewesen – beide Grundstücksarten werden unter Ansatz des Bodenwerts und des Gebäudewerts, ermittelt nach dem umbauten Raum und dem Raummeterpreis, bewertet –, jedoch erschien eine Trennung in Anlehnung an die bisherigen Begriffsbestimmungen sinnvoll, um die noch zu erstellenden Raummeterpreistabellen übersichtlicher strukturieren zu können.

Bei der Abgrenzung der Einfamilienhäuser von den Wohn-/Geschäftsgrundstücken wird bei gewerblicher oder freiberuflicher Mitbenutzung allein darauf abgestellt, ob die Wohnfläche überwiegt oder zumindest 50 v. H. der gesamten Wohn- und Nutzfläche ausmacht. Auf das äußere Erscheinungsbild, insbesondere bei einer gewerblichen Mitbenutzung, kommt es demnach nicht mehr an. Auch bei einer gewerblichen Mitbenutzung liegt ein Einfamilienhaus stets dann vor, wenn die gewerblich genutzte Fläche weniger als 50 v. H. der gesamten Wohn- und Nutzfläche beträgt. Liegt ein Einfamilienhaus vor, so sind für die Wohnzwecken dienende Teilfläche die Flächenpreise für Einfamilienhäuser und für die gewerblich genutzte Teilfläche die Flächenpreise für Wohn-/Geschäftsgrundstücke, abhängig von der Nutzung und Ausstattung, anzusetzen. Verliert das Grundstück aufgrund seiner gewerblichen oder beruflichen Mitbenutzung die Eigenschaft als „Einfamilienhaus", so ist die zu Wohnzwecken genutzte Fläche mit den Flächenpreisen für Mietwohngrundstücke anzusetzen.

Bei der Abgrenzung von Mietwohngrundstücken gegenüber Wohn-/Geschäftsgrundstücken ist im Hinblick auf das Wohn-/Nutzflächenverfahren nicht mehr die Jahresrohmiete, sondern die Wohn- und Nutzfläche als Abgrenzungskriterium zugrunde zu legen.

Die Gewerbegrundstücke sind in einer Anlage zum Gesetz typisiert und nicht abschließend aufgezählt.

Zu § 149

In § 149 wird in Satz 1 der Ausgangswert definiert, und zwar als Summe von Bodenwert und Gebäudewert. In Satz 2 wird auf den Abschlag zur Anpassung der Wertermittlung wegen der starken Typisierung und der großen Wertspanne aufgrund der geringeren Verkehrsfähigkeit von Grundvermögen (§ 153) hingewiesen. Der Wert der Außenanlagen soll nicht mehr gesondert angesetzt werden; er ist durch den Ansatz des Boden- und Gebäudewerts berücksichtigt. Damit würde auch im Vergleich zu unbebauten Grundstücken, die ebenfalls mit Außenanlagen, z. B. Parkplätzen und Zufahrtswegen, ausgestattet sind, eine gewisse „Bewertungsgleichheit" erreicht.

Zu § 150

Der Bodenwert eines bebauten Grundstücks ist nach den Bodenrichtwerten unter Berücksichtigung der möglichen baulichen Nutzung zu bewerten. Die Bebauung selbst wirkt sich nicht als wertmindernder Umstand aus. Auf den Abschlag, der bei unbebauten Grundstücken vorzunehmen ist, wird in § 150 nicht verwiesen, da ein solcher Abschlag von der Summe aus Bodenwert und Gebäudewert vorzunehmen ist (§ 149).

Zu § 151

In Absatz 1 wird bestimmt, daß die durchschnittlichen Herstellungskosten nach den Baupreisverhältnissen zum 1. Januar 1996 zu ermitteln und entweder auf den Quadratmeter Wohn-/Nutzfläche oder auf den Kubikmeter umbauten Raums zu beziehen sind. Bei Wohnungseigentumsgrundstücken sind die Flächenpreise aus aktuellen Kauffällen abzuleiten.

In Absatz 2 wird die Ermittlung des Gebäudenormalherstellungswerts für Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser und Mietwohngrundstücke nach dem Wohn-/Nutzflächenverfahren dargestellt. Hier ergibt sich der Gebäudenormalherstellungswert durch Vervielfachung der Anzahl der Quadratmeter Wohn-/Nutzfläche mit dem Flächenpreis. Für die Bestimmung des Flächenpreises sind die Grundstücksart sowie die Nutzung und Ausstattung von Bedeutung. Allerdings wird aus Gründen der Förderung des Einsatzes alternativer Energiequellen das Vorhandensein von Solar- und Wärmerückgewinnungsanlagen bei der Einordnung in die Ausstattungsgüte nicht als werterhöhend berücksichtigt.

In Absatz 3 wird die Ermittlung des Gebäudenormalherstellungswerts für Wohnungseigentumsgrundstücke geregelt. Der Wert ergibt sich durch die Vervielfachung der Anzahl der Quadratmeter

Wohn-/Nutzfläche mit dem Flächenpreis, der nach Alter und Bauweise gestaffelt ist.

In Absatz 4 wird die Ermittlung des Gebäudenormalherstellungswerts für Wohn-/Geschäftsgrundstücke geregelt. Der Wert ergibt sich durch Vervielfachung der Anzahl der Quadratmeter Wohn-/Nutzfläche, der nach Nutzung und Ausstattung differenziert ist.

Absatz 5 behandelt die Ermittlung des Gebäudenormalherstellungswerts nach dem Kubikmeterverfahren für Gewerbegrundstücke und sonstige gebaute Grundstücke. Hier wird der umbaute Raum, gemessen in Kubikmetern, mit dem Raummeterpreis vervielfacht. Die Höhe des Raummeterpreises ist von der Nutzung und Ausstattung abhängig; die Gebäudeart – ob Gewerbegrundstück oder sonstiges bebautes Grundstück – wirkt sich auf den Raummeterpreis nicht aus. Um eine Ermittlung des Gebäudenormalherstellungswerts nicht allein nach dem umbauten Raum, sondern auch nach anderen Kriterien, z. B. der überdachten Fläche bei Überdachungen, vornehmen zu können, ist in dem Gesetzestext das Wort „regelmäßig" eingefügt worden.

Absatz 6 behandelt die Fälle, in denen bei einem Gebäude wegen der unterschiedlichen Nutzung bzw. Ausstattung entweder unterschiedliche Flächenpreise, unterschiedliche Raummeterpreise oder Flächenpreise und Raummeterpreise anzusetzen sind. Hier gilt der Grundsatz: Bei einem solchen „gemischtgenutzten" Gebäude ist jeder Gebäudeteil gesondert zu bewerten. Nur bei den Gebäudeteilen, die von ihrem Umfang her von untergeordneter Bedeutung sind – dies sind Gebäudeteile mit nicht mehr als 10 v. H. der gesamten Wohn- und Nutzfläche – wird auf eine gesonderte Bewertung verzichtet, vorausgesetzt, es ist ein Gebäudeteil vorhanden, der gemessen an der gesamten Wohn- und Nutzfläche überwiegt. In diesem Fall erhalten die Gebäudeteile von untergeordneter Bedeutung den Preis, der für den Gebäudeteil mit überwiegender Nutzung anzusetzen ist. Ausgenommen von dieser Regelung sind Tennishallen, Reithallen oder vergleichbare Hallen. Hier ist der Sozialteil (z. B. Duschen und Umkleidekabinen) bereits verfahrensbeding, und zwar durch den Ansatz gesonderter Raummeterpreise für den Sozialteil einerseits und für die Halle andererseits, stets gesondert zu bewerten, unabhängig davon, ob er von untergeordneter Bedeutung ist. Die Verinfachungsvorschrift in § 151 Abs. 6 Satz 2 ist darüber hinaus in den Fällen nicht anzuwenden, in denen ein Gebäudeteil mit einer überwiegenden Nutzung nicht vorhanden ist. In diesen Fällen ist stets jeder Gebäudeteil, unabhängig von seinem Umfang, gesondert zu bewerten, wenn sich die Nutzung bzw. Ausstattung in unterschiedlichen Preisen ausdrücken sollte.

Absatz 7 definiert den Gebäudewert, und zwar als Gebäudenormalherstellungswert abzüglich Alterswertminderung. Bei Wohnungseigentumsgrundstükken ist die Alterswertminderung bereits bei der Festlegung der Flächenpreise berücksichtigt. Bei Garagen handelt es sich um einen Festpreis ohne Alterswertminderung.

Zu § 152

§ 152 entspricht weitgehend dem § 86. Neben der redaktionellen Überarbeitung der Vorschrift ist auf zwei Änderungen gegenüber dem bisherigen Recht hinzuweisen:

Bei einer Verlängerung der Lebensdauer infolge baulicher Maßnahmen wird dies künftig in der Weise berücksichtigt, daß bei der Berechnung der Alterswertminderung von einem fiktiven Baujahr ausgegangen wird. Hat sich z. B. bei einem Gebäude, das 1950 fertiggestellt worden ist, infolge baulicher Maßnahmen die restliche Lebensdauer, die zum 1. Januar 1996 noch 54 Jahre betragen würde, um 20 Jahre verlängert, so ist bei der Alterswertminderung nicht von dem tatsächlichen Baujahr 1950, sondern von dem fiktiven Baujahr 1970 auszugehen. Die Alterswertminderung würde demnach nicht mit 46 Jahren, sondern nur mit 26 Jahren berücksichtigt, allerdings bezogen auf die gewöhnliche Lebensdauer von z. B. 100 Jahren bei Massivgebäuden.

Die Umschreibung „wesentliche Verlängerung der restlichen Lebensdauer infolge baulicher Maßnahmen" muß den Richtlinien vorbehalten bleiben. Ihre praktische Durchführbarkeit dürfte, wie in der Vergangenheit, in der Praxis Schwierigkeiten bereiten.

Beim „Restwert" in Höhe von 30 v. H. des Gebäudenormalherstellungswerts ist – abweichend vom bisherigen Recht – darauf verzichtet worden, daß dieser Betrag bei einer außergewöhnlichen Wertminderung unterschritten werden kann. Hier bleibt dem Steuerpflichtigen die Möglichkeit, über die Öffnungsklausel (vgl. § 155) einen insgesamt niedrigeren Wertansatz nachzuweisen.

Zu § 153

Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Neuregelung der Vermögensteuer und Erbschaftsteuer sind die zu besteuernden Werte in realitätsgerechter Relation abzubilden. Dies bedeutet im Hinblick auf die Bewertung des Kapitalvermögens, daß sich der im standardisierten Verfahren gefundene Wert für den Grundbesitz nicht allzu weit vom Verkehrswertniveau entfernen darf. Dies bedeutet, daß im statistischen Mittel ein wesentliches Unterschreiten des Verkehrswertes verfassungsrechtlich nicht akzeptabel ist. Um dieses Wertniveau nicht zu unterschreiten, wird der bei einem standardisierten Verfahren durchaus zulässige Anpassungsabschlag wegen nicht abschätzbarer Unsicherheiten beim Wohn-/Nutzflächen- und Kubikmeterverfahren auf 10 v. H. festgelegt. Eventuell verbleibende Überbewertungen lassen sich durch die Öffnungsklausel (§ 155) beseitigen.

Im Gegensatz zum Konzept der Bundesregierung dient der Abschlag nicht der Abgeltung sämtlicher wertmindernder Umstände, da es verfassungsrechtlich zweifelhaft ist, daß diese Wertminderungen über einen allgemeinen Abschlag, der jedem, also auch demjenigen, der keine wertmindernden Umstände geltend machen kann, zugute kommt. Der vorliegende Gesetzentwurf geht davon aus, daß wertmindern-

de Umstände lediglich über die Öffnungsklausel (§ 155) durch den Nachweis eines insgesamt niedrigeren als nach den §§ 145, 147 bis 154 ermittelten Wertes berücksichtigt werden können.

Zu § 154

In Anlehnung an § 91 Abs. 2 bestimmt § 154, daß Gebäudeteile, die bis zum Bewertungsstichtag noch nicht fertiggestellt sind, zusätzlich zu dem Bodenwert und den ggf. bezugsfertigen Gebäudeteilen im neuen Grundstückswert erfaßt werden. Der Wert der nicht bezugsfertigen Gebäudeteile ist dabei mit dem Betrag anzusetzen, der nach dem Grad ihrer Fertigstellung dem Gebäudewertanteil entspricht, mit dem sie im Grundstückswert nach Fertigstellung enthalten sein werden. Wie bisher besteht somit auch künftig die Möglichkeit, diesen Wert entweder im Verhältnis der Herstellungskosten oder im Verhältnis der Bausubstanz zu ermitteln. Die bisherige Obergrenze „Grundstückswert nach Fertigstellung" ist für den neuen Grundstückswert im Zustand der Bebauung beibehalten worden.

Zu § 155

Sollte der Grundstückseigentümer gegenüber dem Finanzamt nachweisen, daß sein tatsächlicher Grundstückswert zum Stichtag niedriger als der nach den Bewertungsvorschriften ermittelte Grundstückswert ist, so ist der tatsächliche Grundstückswert als steuerlicher Grundstückswert anzusetzen (§ 155). Der Nachweis wird in der Regel durch ein Gutachten eines vereidigten Bausachverständigen oder eines Gutachterausschusses erbracht werden können.

Zu Nummer 33 (Dritter Teil)

Nach der neuen Systematik werden die Schlußbestimmungen in den Dritten Teil im Anschluß an die neuen Abschnitte des Zweiten Teils aufgenommen.

Zu § 156

Die Ermächtigung zur Neufassung und -bekanntmachung des Gesetzes war bisher in § 123 Abs. 2 geregelt.

Zu § 157

§ 157 regelt die erstmalige Anwendung des Gesetzes in der vorliegenden Fassung zum 1. Januar 1996 für die Erbschaftsteuer und zum 1. Januar 1997 für die übrigen Steuern.

Zu Nummer 34 (Anlagen)

Es handelt sich um die in den §§ 148 und 151 bezogenen Anlagen, aus denen sich die typischen Gewerbegrundstücke (Anlage 14), die Quadratmeterpreise des Wohn-/Nutzflächenverfahrens (Anlage 15) sowie die Raummeterpreise des Kubikmeterverfahrens (Anlage 16) ergeben.

Zu Artikel 2 (Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz)

Der Wert noch nicht fälliger Ansprüche aus Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherungen soll sich nach der neuen Regelung in § 12 Abs. 4 BewG nur noch nach dem Rückkaufswert bemessen. Der Rest-Regelungsbereich des § 73 wird in § 12 Abs. 4 des Bewertungsgesetzes übernommen. Dementsprechend wird § 73 aufgehoben.

Zu Artikel 3 (Vermögensteuergesetz)

Vorbemerkung

Neben der verfassungsrechtlichen Verwerfung des einheitlichen Steuersatzes auf Wirtschaftsgüter, die mit dem Gegenwartswert erfaßt werden, und auf solche, die mit einem Einheitswert unterbewertet angesetzt werden, hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Beschlußbegründung die Vermögensteuer als eine die Ertragsbesteuerung ergänzende Sollertragsteuer qualifiziert und gleichzeitig die Grenze der durch beide Steuern hervorgerufenen Gesamtbelastung in der annähernd hälftigen Teilung des Sollertrags zwischen privater und öffentlicher Hand gesehen. Dies bedeutet allerdings nicht, daß neben der derzeitigen Ertragsbesteuerung kein Raum mehr für die Erhebung einer ergänzenden Vermögensteuer gegeben ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat seine frühere Rechtsprechung zur Zulässigkeit der Vermögensbesteuerung als vorbereitende Grundlage seines jetzigen Beschlusses zitiert, ohne sie aufzugeben, und dabei dargelegt, daß es bereits früher einen die Ertragsbesteuerung ergänzenden mäßigen Zugriff auf das Vermögen für grundsätzlich verfassungsmäßig zulässig erachtet hat. Sodann stellt es ausdrücklich fest, daß das Konzept der Vermögensteuer den von ihm aufgestellten verfassungsrechtlichen Vorgaben entspricht. Allerdings lasse das Gesamtsystem der gegenwärtigen Besteuerung für eine ergänzende Vermögensbesteuerung nur noch einen engen Spielraum.

Da seither die Ertragsbesteuerung von ihrer Spitzenbelastung, z. T. aber auch von ihrer Durchschnittsbelastung her nicht angehoben, sondern sogar abgesenkt worden ist (z. B. Absenkung der Einkommensteuerspitzenbelastung auf gewerbliche Einkünfte auf 47 v. H. und der Körperschaftsteuer auf 45 v. H.) dürfte eine Vermögensbesteuerung, die gegenüber dem damaligen Recht in ihrer Tarifbelastung gleich und in der Steuer zu unterwerfenden Vermögen schmaler ausgestaltet ist, keinen verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen.

Daher sieht die vorgeschlagene Neufassung einen einheitlichen Vermögensteuersatz von 0,5 v. H. und eine Erhöhung der persönlichen Freibeträge zur Freistellung eines angemessenen persönlichen Gebrauchsvermögens vor. Durch die Vereinheitlichung des Vermögensteuersatzes wird zum einen die teilweise Doppelbelastung des Vermögens in der Hand juristischer Personen durch Besteuerung bei dieser

und über den Anteilswert beim Anteilseigner abgebaut. Zum anderen wird durch die Absenkung des Steuersatzes für juristische Personen von 0,6 v. H. auf 0,5 v. H. auch die Mehrbelastung durch die höhere Bewertung des Grundvermögens abgemildert, in der Regel sogar kompensiert.

Mit der Beibehaltung und Neuregelung der Vermögensteuer zum 1. Januar 1997 soll auch eine neue Vermögensteuer-Hauptveranlagung zu diesem Zeitpunkt durchgeführt werden. Dabei soll die Vermögensteuer ab diesem Zeitpunkt auch in den neuen Bundesländern erhoben werden. Bei allgemeiner Beibehaltung der Vermögensteuer, wie sie in diesem Vorschlag vorgesehen ist, ist deren Aussetzung in den neuen Ländern über den 31. Dezember 1996 hinaus bereits EG-rechtlich nicht mehr zulässig, könnte aber auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung zu verfassungsrechtlichen Bedenken führen. Auch die verwaltungstechnischen Defizite, die u. a. für die bisherige Aussetzung der Vermögensteuer angeführt wurden, sind inzwischen weitgehend ausgeglichen worden, so daß einer Erhebung der Vermögensteuer in den neuen Bundesländern ab 1997 nichts mehr entgegenstehen sollte.

Zu Nummer 1 (§ 3 VStG)

Redaktionelle Neufassung des Absatzes 1 Nr. 1, da die Postnachfolgeunternehmen ab 1996 steuerpflichtig sind.

Zu Nummer 2 (§ 6 VStG)

Die Freibeträge für natürliche Personen stellen durch die Schonung kleinerer bis mittlerer Vermögen sicher, daß zumindest das sogenannte Gebrauchsvermögen (werthaltige Wirtschaftsgüter der persönlichen Lebensgestaltung) nicht der Vermögensteuer unterworfen wird. Zum Wert eines solchen Gebrauchsvermögens (abgesehen vom ohnehin freigestellten Hausrat und dergleichen) hat das Bundesverfassungsgericht ausgeführt, daß er sich an dem Wert durchschnittlicher Einfamilienhäuser orientieren könne. Da eine sachliche Befreiung von einzelnen Vermögensgegenständen aufgrund der Vielfalt der Gestaltungsmöglichkeiten der ganz persönlichen (Gebrauchs-)Vermögensverhältnisse und angesichts der Tatsache, daß gleiche Gegenstände in einem Fall der persönlichen Lebensgestaltung, im anderen Fall der Vermögensanlage dienen, nicht in Betracht gezogen werden kann, kommt nur eine Freistellung über den persönlichen Freibetrag in Betracht.

Angesichts der Meinungsvielfalt über die Gestaltung und Ausstattung eines durchschnittlichen Einfamilienhauses und dem durchaus vorhandenen regionalen Preisgefälle auf dem Immobiliensektor geht der Gesetzentwurf bei der Bemessung des Freibetrags von einer Typisierung und bundesweiten Durchschnittsbildung aus, wobei unterstellt werden kann, daß ein typisches durchschnittliches Einfamilienhaus nicht von einer Einzelperson, sondern von einer Familie mit einem bis zwei Kindern bewohnt wird, so daß mit dem Freibetrag für eine Person der Wohnbedarf einer einzelnen Person gemessen an deren Anteil an einem Einfamilienhaus abgedeckt wird. Der Betrag von 300 000 DM (bei Ehegatten 600 000 DM) ist in diesem Sinne durchaus angemessen und großzügig (Absatz 1). Zum bisherigen Recht (120 000 DM bzw. 240 000 DM) stellt dies mehr als eine Verdoppelung dar.

Zur Wahrung der Kontinuität des Ehe- und Familiengutes, auf welches sich die Ehegatten eingestellt und ihre individuelle Lebensgestaltung ausgerichtet haben, sieht der Vorschlag eine Fortführung des Ehegattenfreibetrags durch den überlebenden Ehegatten vor (Absatz 1 Satz 2).

Bei Kindern, soweit sie mit ihren Eltern zusammen veranlagt werden, kann der Freibetrag geringer als der für ihre Eltern ausfallen, weil ihr Wohnbedarf – zumal bei Eingliederung in den Haushalt der Eltern – geringer ist als der von Erwachsenen. Die in der Neufassung (Absatz 2) vorgesehenen 200 000 DM berücksichtigen den Kinderbedarf in angemessener und ausreichender Weise und stellen darüber hinaus auch eine Verbesserung zum bisherigen Recht (120 000 DM) dar. Im übrigen ist zur Wahrung der Gleichbehandlung mit erwachsenen Steuerpflichtigen eine Optionsmöglichkeit zu einer von den Eltern getrennten Veranlagung (§ 14) vorgesehen.

In Absatz 3 wird der Freibetrag wegen Alters oder Behinderung unter Berücksichtigung der Geldentwertung und der gestiegenen Bedeutung der Alters- und Existenzsicherung auf 100 000 DM angehoben (Verdoppelung gegenüber dem bisherigen Recht).

Zu Nummer 3 (§ 7 VStG)

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie Vereine, die Land- und Forstwirtschaft betreiben, würden durch die Beibehaltung der bisherigen Freibetragsregelung doppelt begünstigt, da land- und forstwirtschaftliche Betriebe in die Freibetrags- und Abschlagsregelung des § 117a BewG einbezogen werden. Daher muß diese Regelung des alten Rechts entfallen.

Zu Nummer 4 (§ 8 VStG)

Anhebung der Besteuerungsgrenze entsprechend der Wertentwicklung von 20 000 DM auf 30 000 DM.

Zu Nummer 5 (§ 9 VStG)

Folgeänderungen zu § 8.

Zu Nummer 6 (§ 10 VStG)

Wie bereits in der Vorbemerkung dargelegt, wird zur Wahrung eines nur mäßigen Zugriffs auf das Vermögen und zum Ausgleich für die Höherbewertung des Grundvermögens der Steuersatz auf einheitlich 0,5 v. H. festgelegt. Dies bedeutet vor allem für Geld-, Forderungs- und Grundvermögen eine Absenkung (Halbierung) des gegenwärtigen Steuersatzes. Aber auch für einen großen Teil des betrieblichen Vermögens, nämlich soweit es in Kapitalgesellschaften gebunden ist, bedeutet die Vereinheitlichung des Steuersatzes eine Steuersenkung und einen Ausgleich für die Höherbewertung des Grundvermögens.

Zu Nummer 7 (§ 14 VStG)

Grundsätzlich wird an der bisherigen Regelung der Zwangszusammenveranlagung familienrechtlich verbundener, in Haushaltsgemeinschaft lebender Personen festgehalten. Allerdings werden Optionsmöglichkeiten eröffnet, nach denen jeder Beteiligte an der Veranlagungsgemeinschaft die getrennte Veranlagung beantragen kann.

Bei Kindern eröffnet diese Option (Absatz 1 Satz 2) die Möglichkeit, bei vorhandenem eigenem Vermögen die Gewährung des vollen Freibetrags für eine unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Person (§ 6 Abs. 1) zu erlangen und somit mit einer solchen gleichgestellt zu werden.

Ehegatten eröffnet die Option (Absatz 1a) die Möglichkeit, ihre Vermögensverhältnisse nicht gegenseitig offenbaren zu müssen. Dies kann aus den verschiedensten Gründen sinnvoll sein, z. B. im Falle des zwischenzeitlichen Getrenntlebens bei Abgabe der Erklärung für einen früheren Veranlagungszeitpunkt, zu dem noch eine Zusammenveranlagung vorzunehmen wäre.

Zu Nummer 8 (§ 19 VStG)

Redaktionelle Anpassung des bisherigen Rechts an die Neuregelung.

Zu Nummer 9 (§ 24b VStG)

Die Vorschrift ist zeitlich überholt und wird daher aufgehoben.

Zu Nummer 10 (§ 24c VStG)

Wie in der Vorbemerkung dargelegt, soll die Vermögensteuer ab 1997 auch in den neuen Bundesländern erhoben werden. Die Befreiung ist daher aufzuheben.

Zu Nummer 11 (§ 25 VStG)

Regelung der Anwendung des neuen Vermögensteuergesetzes ab dem Kalenderjahr 1997.

Zu Artikel 4 (Änderung des Vermögensteuerreformgesetzes)

Da mit Wirksamwerden der Grundbesitzwerte für die Erhebung der Vermögensteuer und Grunderwerbsteuer diese Steuern gemäß Artikel 10 § 3 nicht mehr erhoben werden könnten, muß die Vorschrift insoweit aufgehoben werden.

Zu Artikel 5 (Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes)

Vorbemerkung

Gemäß Artikel 10 § 3 des Erbschaftsteuerreformgesetzes 1974 treten die Vorschriften über die Bewertung (§ 12), die Freibeträge (§§ 16, 17) und die Steuersätze (§ 19) außer Kraft, sobald die Grundstücke und Betriebsgrundstücke nicht mehr mit 140 v. H. ihres Einheitswertes 1964 anzusetzen sind. Daher müssen diese Vorschriften neu beschlossen werden. Es handelt sich aber auch um Bereiche, für die das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 22. Juni 1996 Vorgaben für eine Neuregelung gemacht hat. Danach soll das sogenannte Gebrauchsvermögen der Familie belastungsfrei übergehen können und im übrigen der Kern des Erbrechts garantiert, d. h. der größte Teil des Erbes dem Erben belassen bleiben. Das bedeutet neben der Anhebung von Freibeträgen eine erhebliche Absenkung der Steuersätze dort, wo diese nahe oder über 50 v. H. liegen.

Zu Nummer 1 (§ 10 ErbStG)

Die Änderung der Abrundungsvorschrift wird durch die Einführung des Formeltarifs notwendig. Der Formeltarif erfordert im Anhang zum Gesetz die Veröffentlichung von Steuertabellen für den Progressionsbereich. Damit diese vom Umfang her noch einigermaßen handhabbar bleiben, ist eine Begrenzung der jeweiligen Tabelle auf höchstens 3 000 Schritte erforderlich.

Zu Nummer 2 (§ 12 ErbStG)

§ 12 muß wie bisher die Verbindung zu den Bewertungsregelungen des BewG herstellen. Für Grundbesitz wird ein Wert nur im Bedarfsfall, bei einem Teilerwerb auch nur der jeweilige Teilbetrag auf den Zeitpunkt der Steuerentstehung benötigt (vgl. § 138 BewG). Die bisherigen Absätze 3 und 4 sind entbehrlich. Der bisherige Absatz 1a ebenfalls, da in § 11 Abs. 2 BewG wieder der Rechtszustand vor 1993 hergestellt wird.

Zu Nummer 3 (§ 13 ErbStG)

In § 13 Abs. 1 Nr. 1 wird Hausrat bei Erwerbern aus der engen Familie (Steuerklasse I) bis 80 000 DM befreit, andere bewegliche körperliche Gegenstände bis zu einem neuen Höchstbetrag von 20 000 DM. Alle anderen Erwerber erhalten nur einen zusammengefaßten Freibetrag von 20 000 DM.

Die Freibeträge in den Nummern 6 und 9 werden angemessen erhöht.

Die Gesetzeszitate in Nummer 7 werden aktualisiert.

In Nummer 16 Buchstabe c wird klargestellt, daß das Bundesministerium der Finanzen die Gegenseitigkeit nicht im Einzelfall, sondern nur allgemein feststellt.

Der bisherige Absatz 2a wird in einen neuen § 13a aufgenommen.

Zu Nummer 4 (§ 13a ErbStG)

Die Vorschrift über die Vergünstigungen für Betriebsvermögen und für Anteile an Kapitalgesellschaften wird aus technischen Gründen anstatt in § 13 Abs. 2a in einem eigenen Paragraphen 13a zusammengefaßt.

§ 13a erweitert die Vergünstigungen auf den Erwerb von LuF-Vermögen und den Kreis der Berechtigten für die Vergünstigungen (Freibetrag und Bewer-

tungsabschlag) bei gleichzeitigem Ausschluß von Mehrfachinanspruchnahme. Die Vergünstigungen folgen dem Erwerb von begünstigtem Vermögen unabhängig vom Erwerbsgrund beim einzelnen Erwerber.

Die Vorschrift ist redaktionell überarbeitet. Sie enthält auch die Angleichung der Vergünstigung beim Erwerb von Betriebsvermögen an die Behaltensregelung; hierüber war im Vermittlungsverfahren zum JStG 1996 grundsätzlich bereits Einigkeit erzielt worden.

Zu Nummer 5 (§ 14 ErbStG)

In § 14 Abs. 1 wird das ursprüngliche Gesetzeskonzept für die Ermittlung der anrechenbaren Steuer, das in der praktischen Anwendung aufgrund der Rechtsprechung des BFH weitgehend aufgegeben wurde, wieder klargestellt: Sie ist auf der Grundlage der im Zeitpunkt des Letzterwerbs geltenden Besteuerungsgrößen, insbesondere des Freibetrags und des Steuersatzes, zu ermitteln. Um auch künftig den vom BFH angestellten Billigkeitserwägungen zu folgen, daß ein Steuerpflichtiger durch die Zusammenrechnung mehrerer Einzelerwerbe unter Anrechnung einer lediglich fiktiv ermittelten Steuer auf die Vorerwerbe nicht insgesamt mit einer höheren Steuer belastet werden dürfe, als wenn nur eine einheitliche Zuwendung vorläge, wird dem durch den neuen Satz 3 Rechnung getragen.

In Absatz 2 wird der Vomhundertsatz an den neuen Spitzensteuersatz in der Steuerklasse III angepaßt.

Zu Nummer 6 (§ 15 ErbStG)

Der § 15 sieht nunmehr nur noch drei Steuerklassen vor, wobei die bisherigen Steuerklassen I und II in der jetzigen Steuerklasse I zusammengefaßt und die bisherigen Steuerklassen III und IV zu den Steuerklassen II und III werden.

Zu Nummer 7 (§ 16 ErbStG)

Die persönlichen Freibeträge für Personen der neuen Steuerklassen II und III (Absatz 1) und der Freibetrag für steuerpflichtige Vermögensanfälle gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 (Absatz 3) wurden angemessen angehoben.

In Absatz 2 wird ein neuer Freibetrag für das Familiengebrauchsvermögen von 500 000 DM eingeführt. Er soll dieses Vermögen eines Erblassers beim Übergang auf einen Angehörigen der Steuerklasse I (Ehegatte, Kinder und deren Abkömmlinge sowie Eltern) zusätzlich zu den persönlichen Freibeträgen (Absatz 1) freistellen. Beim Erwerb durch mehrere Erwerber erfolgt eine Aufteilung.

Dieser Freibetrag steht den Erwerbern der Steuerklasse I zu, weil nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Juni 1995 – 2 BvR 552/91 – der Erwerb eines kleineren Vermögens von Todes wegen durch Familienangehörige der bisherigen Steuerklasse I steuerfrei zu belassen ist.

Zur Bemessung der Größenordnung eines kleineren Vermögens wird als Orientierungsmaßstab auf den in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Vermögensteuer vom 22. Juni 1995 – 2 BvL 37/91 – gefundenen Begriff des persönlichen Gebrauchsvermögens hingewiesen, das sich wiederum an dem Wert eines durchschnittlichen Einfamilienhauses orientieren soll. Unter Berücksichtigung statistischer Mittelwerte erscheint ein Nachlaßfreibetrag in Höhe von 500 000 DM ausreichend und angemessen.

Mit den weiterhin gewährten persönlichen Freibeträgen verbleiben in einem durchschnittlichen Erbfall dem Ehegatten und zwei Kindern 930 000 DM steuerfrei. Mit einer Freistellung in dieser Größenordnung wird den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und den Wertsteigerungen durch die Neubewertung des Grundbesitzes angemessen Rechnung getragen. Ergänzend mildern die in den §§ 13, 13a und 17 geregelten Freibeträge und die faktische Freistellung des Zugewinnausgleichs (§ 5) die steuerliche Belastung.

Einer Begünstigung von Schenkungen bedarf es nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Freistellung des persönlichen Gebrauchsvermögens nur bei Erwerben von Todes wegen gefordert, was im Hinblick auf die Planbarkeit von Schenkungen gerechtfertigt ist, zumal das persönliche Gebrauchsvermögen üblicherweise nicht verschenkt wird.

Zu Nummer 8 (§ 17 ErbStG)

Die besonderen Versorgungsfreibeträge für Ehegatte und Kinder werden verdoppelt. Dadurch wird einem Ehegatten z. B. ein monatlicher steuerfreier Bezug von ca. 3 500 DM gesichert. Auf die bisherige Abschmelzungsregelung bei Kindern kann verzichtet werden, da die aufgrund der erhöhten Versorgungsfreibeträge monatlichen steuerfreien Bezüge nicht überzogen hoch erscheinen.

Zu Nummer 9 (§ 19 ErbStG)

Es wird ein sehr einfacher linear-progressiver Formeltarif eingeführt, bei dem die Eingangssteuersätze unter Berücksichtigung der Einführung des Gebrauchsvermögensfreibetrags, der Verdoppelung des Versorgungsfreibetrags und der z. T. erheblichen Anhebung der persönlichen Freibeträge gegenüber dem bisherigen Recht leicht angehoben werden, die Progressionszone bis 3 Mio. DM reicht und die obere Proportionalzone mit erheblich abgesenkten Endsteuersätzen ausgestaltet ist.

In der Progressionszone bis zu 3 Mio. DM steigt die Grenzsteuerbelastung in den einzelnen Steuerklassen wie folgt:

Steuerklasse I von 5 vom Hundert bis 26 vom Hundert,

Steuerklasse II von 15 vom Hundert bis 36 vom Hundert

und

Steuerklasse III von 25 vom Hundert bis 46 vom Hundert.

Die Durchschnittssteuerbelastung liegt deutlich niedriger. Sie beträgt bei einem steuerpflichtigen Erwerb von 3 Mio. DM

- in der Steuerklasse I 15,5 vom Hundert,
- in der Steuerklasse II 25,5 vom Hundert

und

- in der Steuerklasse III 35,5 vom Hundert.

In Absatz 3 werden die Berechnung der tariflichen Erbschaftsteuer in ihren einzelnen Schritten und die Rundung des Steuerbetrags festgelegt.

In Absatz 4 wird die Veröffentlichung von Steuertabellen für die einzelnen Steuerklassen zur besseren Handhabbarkeit des Gesetzes für den Steuerpflichtigen festgelegt.

Zu Nummer 10 (§ 27 ErbStG)

Absatz 1 war nach Zusammenlegung der bisherigen Steuerklassen I und II redaktionell anzupassen. In Absatz 2 wird die Berechnung der Steuerermäßigung bei mehrfachem Erwerb desselben Vermögens grundlegend vereinfacht, indem auf die bisherige Berücksichtigung des Erwerberfreibetrags bei der Ermittlung des begünstigten Vermögens verzichtet wird. Die bisherige Regelung ist unnötig kompliziert. Die Streichung wirkt sich geringfügig zugunsten eines Steuerzahlers aus.

Zu Nummer 11 (§ 37 ErbStG)

In Absatz 1 wird die Anwendung der neuen Vorschriften entsprechend dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts auf Erwerbe nach dem 31. Dezember 1995 festgeschrieben. Im Hinblick auf noch nicht abgeschlossene Aussetzungsfälle muß die bisher in Absatz 1 Satz 2 und 3 enthaltene Ausnahmeregelung für Erwerbe vor dem 31. August 1980 fortbestehen (Absatz 2).

Zu Nummer 12 (§ 37 a ErbStG)

Die Sondervorschrift aus Anlaß der Wiedervereinigung ist überholt und wird daher aufgehoben.

Zu Nummer 13 (§ 39 ErbStG)

Die Inkrafttretensvorschrift aus dem Erbschaftsteuerreformgesetz 1974 ist aufgrund der späteren Änderungsgesetze inzwischen überholt.

Zu Nummer 14 (Anlagen)

Es handelt sich um die in § 19 Abs. 4 angesprochenen Steuertabellen für die Steuerklassen I bis III.

Zu Artikel 6 (Erbschaftsteuerreformgesetz 1974)

Der Ersatz der Einheitswerte 1964 durch die Grundbesitzwerte bei der Erbschaftsteuer macht Artikel 2 gegenstandslos.

Artikel 9 ist überholt. Artikel 10 § 3 ebenfalls, da mit diesem Gesetz die dort genannten Paragraphen neu gefaßt werden.

Zu Artikel 7 (Änderung der Erbschaftsteuer-Durchführungsverordnung)

Zu Nummer 1 (§ 5 ErbStDV)

Zur schnelleren Zuordnung der Anzeige zu dem tatsächlich zuständigen Finanzamt sollen die Vermögensverwahrer und -verwalter ihre Anzeige nunmehr direkt diesem erstatten. Die Bestimmung des zuständigen Finanzamtes ist diesem Personenkreis möglich und auch zumutbar.

Die Betragsanpassung in Absatz 4 vollzieht lediglich die derzeitige Anweisungslage.

Zu Nummer 2 (§ 6 ErbStDV)

Änderung hinsichtlich der Zuständigkeit wie in § 5 und redaktionelle Anpassung an die derzeitige Rechtslage.

Zu Nummer 3 (§ 7 ErbStDV)

Hinsichtlich der Zuständigkeit Änderung wie in § 5 und redaktionelle Anpassung an die derzeitige Rechtslage.

Zu Nummer 4 (§ 12 ErbStDV)

Hinsichtlich der Zuständigkeit Änderung wie in § 5, Erweiterung der Anzeigepflicht auch für die Aufhebung einer Nachlaßpflegschaft oder Nachlaßverwaltung (Absatz 1) und betragsmäßige Anpassung an die zwischenzeitliche Wertentwicklung (Absatz 4).

Zu Nummer 5 (§ 13 ErbStDV)

Anpassung der Gesetzeszitate an die derzeitige Rechtslage (Absatz 1). Änderung hinsichtlich der Zuständigkeit wie in § 5 (Absatz 2). Anpassung an die zwischenzeitliche Wertentwicklung (Absatz 4).

Zu Nummer 6 (§ 15 ErbStDV)

Inkrafttreten

Zu Artikel 8 (Gesetz zur Änderung des Hauptfeststellungszeitraums für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens sowie des Hauptveranlagungszeitraums für die Vermögensteuer)

Die bisherige Regelung, nach der die nächste Hauptfeststellung bzw. Hauptveranlagung zum 1. Januar 1999 durchzuführen ist, muß durch die Bestimmung des 1. Januar 1997 als nächster Zeitpunkt ersetzt werden.

Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1	0	0	60	59 000	3 071
2	1 000	50	61	60 000	3 126
3	2 000	100	62	61 000	3 180
4	3 000	150	63	62 000	3 234
5	4 000	200	64	63 000	3 288
6	5 000	250	65	64 000	3 343
7	6 000	301	66	65 000	3 397
8	7 000	351	67	66 000	3 452
9	8 000	402	68	67 000	3 507
10	9 000	452	69	68 000	3 561
11	10 000	503	70	69 000	3 616
12	11 000	554	71	70 000	3 671
13	12 000	605	72	71 000	3 726
14	13 000	655	73	72 000	3 781
15	14 000	706	74	73 000	3 836
16	15 000	757	75	74 000	3 891
17	16 000	808	76	75 000	3 946
18	17 000	860	77	76 000	4 002
19	18 000	911	78	77 000	4 057
20	19 000	962	79	78 000	4 112
21	20 000	1 014	80	79 000	4 168
22	21 000	1 065	81	80 000	4 224
23	22 000	1 116	82	81 000	4 279
24	23 000	1 168	83	82 000	4 335
25	24 000	1 220	84	83 000	4 391
26	25 000	1 271	85	84 000	4 446
27	26 000	1 323	86	85 000	4 502
28	27 000	1 375	87	86 000	4 558
29	28 000	1 427	88	87 000	4 614
30	29 000	1 479	89	88 000	4 671
31	30 000	1 531	90	89 000	4 727
32	31 000	1 583	91	90 000	4 783
33	32 000	1 635	92	91 000	4 839
34	33 000	1 688	93	92 000	4 896
35	34 000	1 740	94	93 000	4 952
36	35 000	1 792	95	94 000	5 009
37	36 000	1 845	96	95 000	5 065
38	37 000	1 897	97	96 000	5 122
39	38 000	1 950	98	97 000	5 179
40	39 000	2 003	99	98 000	5 236
41	40 000	2 056	100	99 000	5 293
42	41 000	2 108	101	100 000	5 350
43	42 000	2 161	102	101 000	5 407
44	43 000	2 214	103	102 000	5 464
45	44 000	2 267	104	103 000	5 521
46	45 000	2 320	105	104 000	5 578
47	46 000	2 374	106	105 000	5 635
48	47 000	2 427	107	106 000	5 693
49	48 000	2 480	108	107 000	5 750
50	49 000	2 534	109	108 000	5 808
51	50 000	2 587	110	109 000	5 865
52	51 000	2 641	111	110 000	5 923
53	52 000	2 694	112	111 000	5 981
54	53 000	2 748	113	112 000	6 039
55	54 000	2 802	114	113 000	6 096
56	55 000	2 855	115	114 000	6 154
57	56 000	2 909	116	115 000	6 212
58	57 000	2 963	117	116 000	6 270
59	58 000	3 017	118	117 000	6 329

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
119	118 000	6 387
120	119 000	6 445
121	120 000	6 504
122	121 000	6 562
123	122 000	6 620
124	123 000	6 679
125	124 000	6 738
126	125 000	6 796
127	126 000	6 855
128	127 000	6 914
129	128 000	6 973
130	129 000	7 032
131	130 000	7 091
132	131 000	7 150
133	132 000	7 209
134	133 000	7 269
135	134 000	7 328
136	135 000	7 387
137	136 000	7 447
138	137 000	7 506
139	138 000	7 566
140	139 000	7 626
141	140 000	7 686
142	141 000	7 745
143	142 000	7 805
144	143 000	7 865
145	144 000	7 925
146	145 000	7 985
147	146 000	8 046
148	147 000	8 106
149	148 000	8 166
150	149 000	8 227
151	150 000	8 287
152	151 000	8 348
153	152 000	8 408
154	153 000	8 469
155	154 000	8 530
156	155 000	8 590
157	156 000	8 651
158	157 000	8 712
159	158 000	8 773
160	159 000	8 834
161	160 000	8 896
162	161 000	8 957
163	162 000	9 018
164	163 000	9 079
165	164 000	9 141
166	165 000	9 202
167	166 000	9 264
168	167 000	9 326
169	168 000	9 387
170	169 000	9 449
171	170 000	9 511
172	171 000	9 573
173	172 000	9 635
174	173 000	9 697
175	174 000	9 759
176	175 000	9 821
177	176 000	9 884
178	177 000	9 946
179	178 000	10 008
180	179 000	10 071
181	180 000	10 134
182	181 000	10 196
183	182 000	10 259
184	183 000	10 322
185	184 000	10 384
186	185 000	10 447
187	186 000	10 510
188	187 000	10 573
189	188 000	10 637
190	189 000	10 700
191	190 000	10 763
192	191 000	10 826
193	192 000	10 890
194	193 000	10 953
195	194 000	11 017
196	195 000	11 080
197	196 000	11 144
198	197 000	11 208
199	198 000	11 272
200	199 000	11 336
201	200 000	11 400
202	201 000	11 464
203	202 000	11 528
204	203 000	11 592
205	204 000	11 656
206	205 000	11 720
207	206 000	11 785
208	207 000	11 849
209	208 000	11 914
210	209 000	11 978
211	210 000	12 043
212	211 000	12 108
213	212 000	12 173
214	213 000	12 237
215	214 000	12 302
216	215 000	12 367
217	216 000	12 432
218	217 000	12 498
219	218 000	12 563
220	219 000	12 628
221	220 000	12 694
222	221 000	12 759
223	222 000	12 824
224	223 000	12 890
225	224 000	12 956
226	225 000	13 021
227	226 000	13 087
228	227 000	13 153
229	228 000	13 219
230	229 000	13 285
231	230 000	13 351
232	231 000	13 417
233	232 000	13 483
234	233 000	13 550
235	234 000	13 616
236	235 000	13 682

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
237	236 000	13 749
238	237 000	13 815
239	238 000	13 882
240	239 000	13 949
241	240 000	14 016
242	241 000	14 082
243	242 000	14 149
244	243 000	14 216
245	244 000	14 283
246	245 000	14 350
247	246 000	14 418
248	247 000	14 485
249	248 000	14 552
250	249 000	14 620
251	250 000	14 687
252	251 000	14 755
253	252 000	14 822
254	253 000	14 890
255	254 000	14 958
256	255 000	15 025
257	256 000	15 093
258	257 000	15 161
259	258 000	15 229
260	259 000	15 297
261	260 000	15 366
262	261 000	15 434
263	262 000	15 502
264	263 000	15 570
265	264 000	15 639
266	265 000	15 707
267	266 000	15 776
268	267 000	15 845
269	268 000	15 913
270	269 000	15 982
271	270 000	16 051
272	271 000	16 120
273	272 000	16 189
274	273 000	16 258
275	274 000	16 327
276	275 000	16 396
277	276 000	16 466
278	277 000	16 535
279	278 000	16 604
280	279 000	16 674
281	280 000	16 744
282	281 000	16 813
283	282 000	16 883
284	283 000	16 953
285	284 000	17 022
286	285 000	17 092
287	286 000	17 162
288	287 000	17 232
289	288 000	17 303
290	289 000	17 373
291	290 000	17 443
292	291 000	17 513
293	292 000	17 584
294	293 000	17 654
295	294 000	17 725
296	295 000	17 795
297	296 000	17 866
298	297 000	17 937
299	298 000	18 008
300	299 000	18 079
301	300 000	18 150
302	301 000	18 221
303	302 000	18 292
304	303 000	18 363
305	304 000	18 434
306	305 000	18 505
307	306 000	18 577
308	307 000	18 648
309	308 000	18 720
310	309 000	18 791
311	310 000	18 863
312	311 000	18 935
313	312 000	19 007
314	313 000	19 078
315	314 000	19 150
316	315 000	19 222
317	316 000	19 294
318	317 000	19 367
319	318 000	19 439
320	319 000	19 511
321	320 000	19 584
322	321 000	19 656
323	322 000	19 728
324	323 000	19 801
325	324 000	19 874
326	325 000	19 946
327	326 000	20 019
328	327 000	20 092
329	328 000	20 165
330	329 000	20 238
331	330 000	20 311
332	331 000	20 384
333	332 000	20 457
334	333 000	20 531
335	334 000	20 604
336	335 000	20 677
337	336 000	20 751
338	337 000	20 824
339	338 000	20 898
340	339 000	20 972
341	340 000	21 046
342	341 000	21 119
343	342 000	21 193
344	343 000	21 267
345	344 000	21 341
346	345 000	21 415
347	346 000	21 490
348	347 000	21 564
349	348 000	21 638
350	349 000	21 713
351	350 000	21 787
352	351 000	21 862
353	352 000	21 936
354	353 000	22 011

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
355	354 000	22 086	414	413 000	26 619
356	355 000	22 160	415	414 000	26 698
357	356 000	22 235	416	415 000	26 777
358	357 000	22 310	417	416 000	26 856
359	358 000	22 385	418	417 000	26 936
360	359 000	22 460	419	418 000	27 015
361	360 000	22 536	420	419 000	27 094
362	361 000	22 611	421	420 000	27 174
363	362 000	22 686	422	421 000	27 253
364	363 000	22 761	423	422 000	27 332
365	364 000	22 837	424	423 000	27 412
366	365 000	22 912	425	424 000	27 492
367	366 000	22 988	426	425 000	27 571
368	367 000	23 064	427	426 000	27 651
369	368 000	23 139	428	427 000	27 731
370	369 000	23 215	429	428 000	27 811
371	370 000	23 291	430	429 000	27 891
372	371 000	23 367	431	430 000	27 971
373	372 000	23 443	432	431 000	28 051
374	373 000	23 519	433	432 000	28 131
375	374 000	23 595	434	433 000	28 212
376	375 000	23 671	435	434 000	28 292
377	376 000	23 748	436	435 000	28 372
378	377 000	23 824	437	436 000	28 453
379	378 000	23 900	438	437 000	28 533
380	379 000	23 977	439	438 000	28 614
381	380 000	24 054	440	439 000	28 695
382	381 000	24 130	441	440 000	28 776
383	382 000	24 207	442	441 000	28 856
384	383 000	24 284	443	442 000	28 937
385	384 000	24 360	444	443 000	29 018
386	385 000	24 437	445	444 000	29 099
387	386 000	24 514	446	445 000	29 180
388	387 000	24 591	447	446 000	29 262
389	388 000	24 669	448	447 000	29 343
390	389 000	24 746	449	448 000	29 424
391	390 000	24 823	450	449 000	29 506
392	391 000	24 900	451	450 000	29 587
393	392 000	24 978	452	451 000	29 669
394	393 000	25 055	453	452 000	29 750
395	394 000	25 133	454	453 000	29 832
396	395 000	25 210	455	454 000	29 914
397	396 000	25 288	456	455 000	29 995
398	397 000	25 366	457	456 000	30 077
399	398 000	25 444	458	457 000	30 159
400	399 000	25 522	459	458 000	30 241
401	400 000	25 600	460	459 000	30 323
402	401 000	25 678	461	460 000	30 406
403	402 000	25 756	462	461 000	30 488
404	403 000	25 834	463	462 000	30 570
405	404 000	25 912	464	463 000	30 652
406	405 000	25 990	465	464 000	30 735
407	406 000	26 069	466	465 000	30 817
408	407 000	26 147	467	466 000	30 900
409	408 000	26 226	468	467 000	30 983
410	409 000	26 304	469	468 000	31 065
411	410 000	26 383	470	469 000	31 148
412	411 000	26 462	471	470 000	31 231
413	412 000	26 541	472	471 000	31 314

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
473	472 000	31 397
474	473 000	31 480
475	474 000	31 563
476	475 000	31 646
477	476 000	31 730
478	477 000	31 813
479	478 000	31 896
480	479 000	31 980
481	480 000	32 064
482	481 000	32 147
483	482 000	32 231
484	483 000	32 315
485	484 000	32 398
486	485 000	32 482
487	486 000	32 566
488	487 000	32 650
489	488 000	32 735
490	489 000	32 819
491	490 000	32 903
492	491 000	32 987
493	492 000	33 072
494	493 000	33 156
495	494 000	33 241
496	495 000	33 325
497	496 000	33 410
498	497 000	33 495
499	498 000	33 580
500	499 000	33 665
501	500 000	33 750
502	501 000	33 835
503	502 000	33 920
504	503 000	34 005
505	504 000	34 090
506	505 000	34 175
507	506 000	34 261
508	507 000	34 346
509	508 000	34 432
510	509 000	34 517
511	510 000	34 603
512	511 000	34 689
513	512 000	34 775
514	513 000	34 860
515	514 000	34 946
516	515 000	35 032
517	516 000	35 118
518	517 000	35 205
519	518 000	35 291
520	519 000	35 377
521	520 000	35 464
522	521 000	35 550
523	522 000	35 636
524	523 000	35 723
525	524 000	35 810
526	525 000	35 896
527	526 000	35 983
528	527 000	36 070
529	528 000	36 157
530	529 000	36 244
531	530 000	36 331
532	531 000	36 418
533	532 000	36 505
534	533 000	36 593
535	534 000	36 680
536	535 000	36 767
537	536 000	36 855
538	537 000	36 942
539	538 000	37 030
540	539 000	37 118
541	540 000	37 206
542	541 000	37 293
543	542 000	37 381
544	543 000	37 469
545	544 000	37 557
546	545 000	37 645
547	546 000	37 734
548	547 000	37 822
549	548 000	37 910
550	549 000	37 999
551	550 000	38 087
552	551 000	38 176
553	552 000	38 264
554	553 000	38 353
555	554 000	38 442
556	555 000	38 530
557	556 000	38 619
558	557 000	38 708
559	558 000	38 797
560	559 000	38 886
561	560 000	38 976
562	561 000	39 065
563	562 000	39 154
564	563 000	39 243
565	564 000	39 333
566	565 000	39 422
567	566 000	39 512
568	567 000	39 602
569	568 000	39 691
570	569 000	39 781
571	570 000	39 871
572	571 000	39 961
573	572 000	40 051
574	573 000	40 141
575	574 000	40 231
576	575 000	40 321
577	576 000	40 412
578	577 000	40 502
579	578 000	40 592
580	579 000	40 683
581	580 000	40 774
582	581 000	40 864
583	582 000	40 955
584	583 000	41 046
585	584 000	41 136
586	585 000	41 227
587	586 000	41 318
588	587 000	41 409
589	588 000	41 501
590	589 000	41 592

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
591	590 000	41 683
592	591 000	41 774
593	592 000	41 866
594	593 000	41 957
595	594 000	42 049
596	595 000	42 140
597	596 000	42 232
598	597 000	42 324
599	598 000	42 416
600	599 000	42 508
601	600 000	42 600
602	601 000	42 692
603	602 000	42 784
604	603 000	42 876
605	604 000	42 968
606	605 000	43 060
607	606 000	43 153
608	607 000	43 245
609	608 000	43 338
610	609 000	43 430
611	610 000	43 523
612	611 000	43 616
613	612 000	43 709
614	613 000	43 801
615	614 000	43 894
616	615 000	43 987
617	616 000	44 080
618	617 000	44 174
619	618 000	44 267
620	619 000	44 360
621	620 000	44 454
622	621 000	44 547
623	622 000	44 640
624	623 000	44 734
625	624 000	44 828
626	625 000	44 921
627	626 000	45 015
628	627 000	45 109
629	628 000	45 203
630	629 000	45 297
631	630 000	45 391
632	631 000	45 485
633	632 000	45 579
634	633 000	45 674
635	634 000	45 768
636	635 000	45 862
637	636 000	45 957
638	637 000	46 051
639	638 000	46 146
640	639 000	46 241
641	640 000	46 336
642	641 000	46 430
643	642 000	46 525
644	643 000	46 620
645	644 000	46 715
646	645 000	46 810
647	646 000	46 906
648	647 000	47 001
649	648 000	47 096
650	649 000	47 192
651	650 000	47 287
652	651 000	47 383
653	652 000	47 478
654	653 000	47 574
655	654 000	47 670
656	655 000	47 765
657	656 000	47 861
658	657 000	47 957
659	658 000	48 053
660	659 000	48 149
661	660 000	48 246
662	661 000	48 342
663	662 000	48 438
664	663 000	48 534
665	664 000	48 631
666	665 000	48 727
667	666 000	48 824
668	667 000	48 921
669	668 000	49 017
670	669 000	49 114
671	670 000	49 211
672	671 000	49 308
673	672 000	49 405
674	673 000	49 502
675	674 000	49 599
676	675 000	49 696
677	676 000	49 794
678	677 000	49 891
679	678 000	49 988
680	679 000	50 086
681	680 000	50 184
682	681 000	50 281
683	682 000	50 379
684	683 000	50 477
685	684 000	50 574
686	685 000	50 672
687	686 000	50 770
688	687 000	50 868
689	688 000	50 967
690	689 000	51 065
691	690 000	51 163
692	691 000	51 261
693	692 000	51 360
694	693 000	51 458
695	694 000	51 557
696	695 000	51 655
697	696 000	51 754
698	697 000	51 853
699	698 000	51 952
700	699 000	52 051
701	700 000	52 150
702	701 000	52 249
703	702 000	52 348
704	703 000	52 447
705	704 000	52 546
706	705 000	52 645
707	706 000	52 745
708	707 000	52 844

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
709	708 000	52 944
710	709 000	53 043
711	710 000	53 143
712	711 000	53 243
713	712 000	53 343
714	713 000	53 442
715	714 000	53 542
716	715 000	53 642
717	716 000	53 742
718	717 000	53 843
719	718 000	53 943
720	719 000	54 043
721	720 000	54 144
722	721 000	54 244
723	722 000	54 344
724	723 000	54 445
725	724 000	54 546
726	725 000	54 646
727	726 000	54 747
728	727 000	54 848
729	728 000	54 949
730	729 000	55 050
731	730 000	55 151
732	731 000	55 252
733	732 000	55 353
734	733 000	55 455
735	734 000	55 556
736	735 000	55 657
737	736 000	55 759
738	737 000	55 860
739	738 000	55 962
740	739 000	56 064
741	740 000	56 166
742	741 000	56 267
743	742 000	56 369
744	743 000	56 471
745	744 000	56 573
746	745 000	56 675
747	746 000	56 778
748	747 000	56 880
749	748 000	56 982
750	749 000	57 085
751	750 000	57 187
752	751 000	57 290
753	752 000	57 392
754	753 000	57 495
755	754 000	57 598
756	755 000	57 700
757	756 000	57 803
758	757 000	57 906
759	758 000	58 009
760	759 000	58 112
761	760 000	58 216
762	761 000	58 319
763	762 000	58 422
764	763 000	58 525
765	764 000	58 629
766	765 000	58 732
767	766 000	58 836
768	767 000	58 940
769	768 000	59 043
770	769 000	59 147
771	770 000	59 251
772	771 000	59 355
773	772 000	59 459
774	773 000	59 563
775	774 000	59 667
776	775 000	59 771
777	776 000	59 876
778	777 000	59 980
779	778 000	60 084
780	779 000	60 189
781	780 000	60 294
782	781 000	60 398
783	782 000	60 503
784	783 000	60 608
785	784 000	60 712
786	785 000	60 817
787	786 000	60 922
788	787 000	61 027
789	788 000	61 133
790	789 000	61 238
791	790 000	61 343
792	791 000	61 448
793	792 000	61 554
794	793 000	61 659
795	794 000	61 765
796	795 000	61 870
797	796 000	61 976
798	797 000	62 082
799	798 000	62 188
800	799 000	62 294
801	800 000	62 400
802	801 000	62 506
803	802 000	62 612
804	803 000	62 718
805	804 000	62 824
806	805 000	62 930
807	806 000	63 037
808	807 000	63 143
809	808 000	63 250
810	809 000	63 356
811	810 000	63 463
812	811 000	63 570
813	812 000	63 677
814	813 000	63 783
815	814 000	63 890
816	815 000	63 997
817	816 000	64 104
818	817 000	64 212
819	818 000	64 319
820	819 000	64 426
821	820 000	64 534
822	821 000	64 641
823	822 000	64 748
824	823 000	64 856
825	824 000	64 964
826	825 000	65 071

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
827	826 000	65 179
828	827 000	65 287
829	828 000	65 395
830	829 000	65 503
831	830 000	65 611
832	831 000	65 719
833	832 000	65 827
834	833 000	65 936
835	834 000	66 044
836	835 000	66 152
837	836 000	66 261
838	837 000	66 369
839	838 000	66 478
840	839 000	66 587
841	840 000	66 696
842	841 000	66 804
843	842 000	66 913
844	843 000	67 022
845	844 000	67 131
846	845 000	67 240
847	846 000	67 350
848	847 000	67 459
849	848 000	67 568
850	849 000	67 678
851	850 000	67 787
852	851 000	67 897
853	852 000	68 006
854	853 000	68 116
855	854 000	68 226
856	855 000	68 335
857	856 000	68 445
858	857 000	68 555
859	858 000	68 665
860	859 000	68 775
861	860 000	68 886
862	861 000	68 996
863	862 000	69 106
864	863 000	69 216
865	864 000	69 327
866	865 000	69 437
867	866 000	69 548
868	867 000	69 659
869	868 000	69 769
870	869 000	69 880
871	870 000	69 991
872	871 000	70 102
873	872 000	70 213
874	873 000	70 324
875	874 000	70 435
876	875 000	70 546
877	876 000	70 658
878	877 000	70 769
879	878 000	70 880
880	879 000	70 992
881	880 000	71 104
882	881 000	71 215
883	882 000	71 327
884	883 000	71 439
885	884 000	71 550
886	885 000	71 662
887	886 000	71 774
888	887 000	71 886
889	888 000	71 999
890	889 000	72 111
891	890 000	72 223
892	891 000	72 335
893	892 000	72 448
894	893 000	72 560
895	894 000	72 673
896	895 000	72 785
897	896 000	72 898
898	897 000	73 011
899	898 000	73 124
900	899 000	73 237
901	900 000	73 350
902	901 000	73 463
903	902 000	73 576
904	903 000	73 689
905	904 000	73 802
906	905 000	73 915
907	906 000	74 029
908	907 000	74 142
909	908 000	74 256
910	909 000	74 369
911	910 000	74 483
912	911 000	74 597
913	912 000	74 711
914	913 000	74 824
915	914 000	74 938
916	915 000	75 052
917	916 000	75 166
918	917 000	75 281
919	918 000	75 395
920	919 000	75 509
921	920 000	75 624
922	921 000	75 738
923	922 000	75 852
924	923 000	75 967
925	924 000	76 082
926	925 000	76 196
927	926 000	76 311
928	927 000	76 426
929	928 000	76 541
930	929 000	76 656
931	930 000	76 771
932	931 000	76 886
933	932 000	77 001
934	933 000	77 117
935	934 000	77 232
936	935 000	77 347
937	936 000	77 463
938	937 000	77 578
939	938 000	77 694
940	939 000	77 810
941	940 000	77 926
942	941 000	78 041
943	942 000	78 157
944	943 000	78 273

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
945	944 000	78 389
946	945 000	78 505
947	946 000	78 622
948	947 000	78 738
949	948 000	78 854
950	949 000	78 971
951	950 000	79 087
952	951 000	79 204
953	952 000	79 320
954	953 000	79 437
955	954 000	79 554
956	955 000	79 670
957	956 000	79 787
958	957 000	79 904
959	958 000	80 021
960	959 000	80 138
961	960 000	80 256
962	961 000	80 373
963	962 000	80 490
964	963 000	80 607
965	964 000	80 725
966	965 000	80 842
967	966 000	80 960
968	967 000	81 078
969	968 000	81 195
970	969 000	81 313
971	970 000	81 431
972	971 000	81 549
973	972 000	81 667
974	973 000	81 785
975	974 000	81 903
976	975 000	82 021
977	976 000	82 140
978	977 000	82 258
979	978 000	82 376
980	979 000	82 495
981	980 000	82 614
982	981 000	82 732
983	982 000	82 851
984	983 000	82 970
985	984 000	83 088
986	985 000	83 207
987	986 000	83 326
988	987 000	83 445
989	988 000	83 565
990	989 000	83 684
991	990 000	83 803
992	991 000	83 922
993	992 000	84 042
994	993 000	84 161
995	994 000	84 281
996	995 000	84 400
997	996 000	84 520
998	997 000	84 640
999	998 000	84 760
1 000	999 000	84 880
1 001	1 000 000	85 000
1 002	1 001 000	85 120
1 003	1 002 000	85 240
1 004	1 003 000	85 360
1 005	1 004 000	85 480
1 006	1 005 000	85 600
1 007	1 006 000	85 721
1 008	1 007 000	85 841
1 009	1 008 000	85 962
1 010	1 009 000	86 082
1 011	1 010 000	86 203
1 012	1 011 000	86 324
1 013	1 012 000	86 445
1 014	1 013 000	86 565
1 015	1 014 000	86 686
1 016	1 015 000	86 807
1 017	1 016 000	86 928
1 018	1 017 000	87 050
1 019	1 018 000	87 171
1 020	1 019 000	87 292
1 021	1 020 000	87 414
1 022	1 021 000	87 535
1 023	1 022 000	87 656
1 024	1 023 000	87 778
1 025	1 024 000	87 900
1 026	1 025 000	88 021
1 027	1 026 000	88 143
1 028	1 027 000	88 265
1 029	1 028 000	88 387
1 030	1 029 000	88 509
1 031	1 030 000	88 631
1 032	1 031 000	88 753
1 033	1 032 000	88 875
1 034	1 033 000	88 998
1 035	1 034 000	89 120
1 036	1 035 000	89 242
1 037	1 036 000	89 365
1 038	1 037 000	89 487
1 039	1 038 000	89 610
1 040	1 039 000	89 733
1 041	1 040 000	89 856
1 042	1 041 000	89 978
1 043	1 042 000	90 101
1 044	1 043 000	90 224
1 045	1 044 000	90 347
1 046	1 045 000	90 470
1 047	1 046 000	90 594
1 048	1 047 000	90 717
1 049	1 048 000	90 840
1 050	1 049 000	90 964
1 051	1 050 000	91 087
1 052	1 051 000	91 211
1 053	1 052 000	91 334
1 054	1 053 000	91 458
1 055	1 054 000	91 582
1 056	1 055 000	91 705
1 057	1 056 000	91 829
1 058	1 057 000	91 953
1 059	1 058 000	92 077
1 060	1 059 000	92 201
1 061	1 060 000	92 326
1 062	1 061 000	92 450

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 063	1 062 000	92 574	1 122	1 121 000	100 032
1 064	1 063 000	92 698	1 123	1 122 000	100 160
1 065	1 064 000	92 823	1 124	1 123 000	100 289
1 066	1 065 000	92 947	1 125	1 124 000	100 418
1 067	1 066 000	93 072	1 126	1 125 000	100 546
1 068	1 067 000	93 197	1 127	1 126 000	100 675
1 069	1 068 000	93 321	1 128	1 127 000	100 804
1 070	1 069 000	93 446	1 129	1 128 000	100 933
1 071	1 070 000	93 571	1 130	1 129 000	101 062
1 072	1 071 000	93 696	1 131	1 130 000	101 191
1 073	1 072 000	93 821	1 132	1 131 000	101 320
1 074	1 073 000	93 946	1 133	1 132 000	101 449
1 075	1 074 000	94 071	1 134	1 133 000	101 579
1 076	1 075 000	94 196	1 135	1 134 000	101 708
1 077	1 076 000	94 322	1 136	1 135 000	101 837
1 078	1 077 000	94 447	1 137	1 136 000	101 967
1 079	1 078 000	94 572	1 138	1 137 000	102 096
1 080	1 079 000	94 698	1 139	1 138 000	102 226
1 081	1 080 000	94 824	1 140	1 139 000	102 356
1 082	1 081 000	94 949	1 141	1 140 000	102 486
1 083	1 082 000	95 075	1 142	1 141 000	102 615
1 084	1 083 000	95 201	1 143	1 142 000	102 745
1 085	1 084 000	95 326	1 144	1 143 000	102 875
1 086	1 085 000	95 452	1 145	1 144 000	103 005
1 087	1 086 000	95 578	1 146	1 145 000	103 135
1 088	1 087 000	95 704	1 147	1 146 000	103 266
1 089	1 088 000	95 831	1 148	1 147 000	103 396
1 090	1 089 000	95 957	1 149	1 148 000	103 526
1 091	1 090 000	96 083	1 150	1 149 000	103 657
1 092	1 091 000	96 209	1 151	1 150 000	103 787
1 093	1 092 000	96 336	1 152	1 151 000	103 918
1 094	1 093 000	96 462	1 153	1 152 000	104 048
1 095	1 094 000	96 589	1 154	1 153 000	104 179
1 096	1 095 000	96 715	1 155	1 154 000	104 310
1 097	1 096 000	96 842	1 156	1 155 000	104 440
1 098	1 097 000	96 969	1 157	1 156 000	104 571
1 099	1 098 000	97 096	1 158	1 157 000	104 702
1 100	1 099 000	97 223	1 159	1 158 000	104 833
1 101	1 100 000	97 350	1 160	1 159 000	104 964
1 102	1 101 000	97 477	1 161	1 160 000	105 096
1 103	1 102 000	97 604	1 162	1 161 000	105 227
1 104	1 103 000	97 731	1 163	1 162 000	105 358
1 105	1 104 000	97 858	1 164	1 163 000	105 489
1 106	1 105 000	97 985	1 165	1 164 000	105 621
1 107	1 106 000	98 113	1 166	1 165 000	105 752
1 108	1 107 000	98 240	1 167	1 166 000	105 884
1 109	1 108 000	98 368	1 168	1 167 000	106 016
1 110	1 109 000	98 495	1 169	1 168 000	106 147
1 111	1 110 000	98 623	1 170	1 169 000	106 279
1 112	1 111 000	98 751	1 171	1 170 000	106 411
1 113	1 112 000	98 879	1 172	1 171 000	106 543
1 114	1 113 000	99 006	1 173	1 172 000	106 675
1 115	1 114 000	99 134	1 174	1 173 000	106 807
1 116	1 115 000	99 262	1 175	1 174 000	106 939
1 117	1 116 000	99 390	1 176	1 175 000	107 071
1 118	1 117 000	99 519	1 177	1 176 000	107 204
1 119	1 118 000	99 647	1 178	1 177 000	107 336
1 120	1 119 000	99 775	1 179	1 178 000	107 468
1 121	1 120 000	99 904	1 180	1 179 000	107 601

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 181	1 180 000	107 734
1 182	1 181 000	107 866
1 183	1 182 000	107 999
1 184	1 183 000	108 132
1 185	1 184 000	108 264
1 186	1 185 000	108 397
1 187	1 186 000	108 530
1 188	1 187 000	108 663
1 189	1 188 000	108 797
1 190	1 189 000	108 930
1 191	1 190 000	109 063
1 192	1 191 000	109 196
1 193	1 192 000	109 330
1 194	1 193 000	109 463
1 195	1 194 000	109 597
1 196	1 195 000	109 730
1 197	1 196 000	109 864
1 198	1 197 000	109 998
1 199	1 198 000	110 132
1 200	1 199 000	110 266
1 201	1 200 000	110 400
1 202	1 201 000	110 534
1 203	1 202 000	110 668
1 204	1 203 000	110 802
1 205	1 204 000	110 936
1 206	1 205 000	111 070
1 207	1 206 000	111 205
1 208	1 207 000	111 339
1 209	1 208 000	111 474
1 210	1 209 000	111 608
1 211	1 210 000	111 743
1 212	1 211 000	111 878
1 213	1 212 000	112 013
1 214	1 213 000	112 147
1 215	1 214 000	112 282
1 216	1 215 000	112 417
1 217	1 216 000	112 552
1 218	1 217 000	112 688
1 219	1 218 000	112 823
1 220	1 219 000	112 958
1 221	1 220 000	113 094
1 222	1 221 000	113 229
1 223	1 222 000	113 364
1 224	1 223 000	113 500
1 225	1 224 000	113 636
1 226	1 225 000	113 771
1 227	1 226 000	113 907
1 228	1 227 000	114 043
1 229	1 228 000	114 179
1 230	1 229 000	114 315
1 231	1 230 000	114 451
1 232	1 231 000	114 587
1 233	1 232 000	114 723
1 234	1 233 000	114 860
1 235	1 234 000	114 996
1 236	1 235 000	115 132
1 237	1 236 000	115 269
1 238	1 237 000	115 405
1 239	1 238 000	115 542
1 240	1 239 000	115 679
1 241	1 240 000	115 816
1 242	1 241 000	115 952
1 243	1 242 000	116 089
1 244	1 243 000	116 226
1 245	1 244 000	116 363
1 246	1 245 000	116 500
1 247	1 246 000	116 638
1 248	1 247 000	116 775
1 249	1 248 000	116 912
1 250	1 249 000	117 050
1 251	1 250 000	117 187
1 252	1 251 000	117 325
1 253	1 252 000	117 462
1 254	1 253 000	117 600
1 255	1 254 000	117 738
1 256	1 255 000	117 875
1 257	1 256 000	118 013
1 258	1 257 000	118 151
1 259	1 258 000	118 289
1 260	1 259 000	118 427
1 261	1 260 000	118 566
1 262	1 261 000	118 704
1 263	1 262 000	118 842
1 264	1 263 000	118 980
1 265	1 264 000	119 119
1 266	1 265 000	119 257
1 267	1 266 000	119 396
1 268	1 267 000	119 535
1 269	1 268 000	119 673
1 270	1 269 000	119 812
1 271	1 270 000	119 951
1 272	1 271 000	120 090
1 273	1 272 000	120 229
1 274	1 273 000	120 368
1 275	1 274 000	120 507
1 276	1 275 000	120 646
1 277	1 276 000	120 786
1 278	1 277 000	120 925
1 279	1 278 000	121 064
1 280	1 279 000	121 204
1 281	1 280 000	121 344
1 282	1 281 000	121 483
1 283	1 282 000	121 623
1 284	1 283 000	121 763
1 285	1 284 000	121 902
1 286	1 285 000	122 042
1 287	1 286 000	122 182
1 288	1 287 000	122 322
1 289	1 288 000	122 463
1 290	1 289 000	122 603
1 291	1 290 000	122 743
1 292	1 291 000	122 883
1 293	1 292 000	123 024
1 294	1 293 000	123 164
1 295	1 294 000	123 305
1 296	1 295 000	123 445
1 297	1 296 000	123 586
1 298	1 297 000	123 727

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 299	1 298 000	123 868
1 300	1 299 000	124 009
1 301	1 300 000	124 150
1 302	1 301 000	124 291
1 303	1 302 000	124 432
1 304	1 303 000	124 573
1 305	1 304 000	124 714
1 306	1 305 000	124 855
1 307	1 306 000	124 997
1 308	1 307 000	125 138
1 309	1 308 000	125 280
1 310	1 309 000	125 421
1 311	1 310 000	125 563
1 312	1 311 000	125 705
1 313	1 312 000	125 847
1 314	1 313 000	125 988
1 315	1 314 000	126 130
1 316	1 315 000	126 272
1 317	1 316 000	126 414
1 318	1 317 000	126 557
1 319	1 318 000	126 699
1 320	1 319 000	126 841
1 321	1 320 000	126 984
1 322	1 321 000	127 126
1 323	1 322 000	127 268
1 324	1 323 000	127 411
1 325	1 324 000	127 554
1 326	1 325 000	127 696
1 327	1 226 000	127 839
1 328	1 327 000	127 982
1 329	1 328 000	128 125
1 330	1 329 000	128 268
1 331	1 330 000	128 411
1 332	1 331 000	128 554
1 333	1 332 000	128 697
1 334	1 333 000	128 841
1 335	1 334 000	128 984
1 336	1 335 000	129 127
1 337	1 336 000	129 271
1 338	1 337 000	129 414
1 339	1 338 000	129 558
1 340	1 339 000	129 702
1 341	1 340 000	129 846
1 342	1 341 000	129 989
1 343	1 342 000	130 133
1 344	1 343 000	130 277
1 345	1 344 000	130 421
1 346	1 345 000	130 565
1 347	1 346 000	130 710
1 348	1 347 000	130 854
1 349	1 348 000	130 998
1 350	1 349 000	131 143
1 351	1 350 000	131 287
1 352	1 351 000	131 432
1 353	1 352 000	131 576
1 354	1 353 000	131 721
1 355	1 354 000	131 866
1 356	1 355 000	132 010
1 357	1 356 000	132 155
1 358	1 357 000	132 300
1 359	1 358 000	132 445
1 360	1 359 000	132 590
1 361	1 360 000	132 736
1 362	1 361 000	132 881
1 363	1 362 000	133 026
1 364	1 363 000	133 171
1 365	1 364 000	133 317
1 366	1 365 000	133 462
1 367	1 366 000	133 608
1 368	1 367 000	133 754
1 369	1 368 000	133 899
1 370	1 369 000	134 045
1 371	1 370 000	134 191
1 372	1 371 000	134 337
1 373	1 372 000	134 483
1 374	1 373 000	134 629
1 375	1 374 000	134 775
1 376	1 375 000	134 921
1 377	1 376 000	135 068
1 378	1 377 000	135 214
1 379	1 378 000	135 360
1 380	1 379 000	135 507
1 381	1 380 000	135 654
1 382	1 381 000	135 800
1 383	1 382 000	135 947
1 384	1 383 000	136 094
1 385	1 384 000	136 240
1 386	1 385 000	136 387
1 387	1 386 000	136 534
1 388	1 387 000	136 681
1 389	1 388 000	136 829
1 390	1 389 000	136 976
1 391	1 390 000	137 123
1 392	1 391 000	137 270
1 393	1 392 000	137 418
1 394	1 393 000	137 565
1 395	1 394 000	137 713
1 396	1 395 000	137 860
1 397	1 396 000	138 008
1 398	1 397 000	138 156
1 399	1 398 000	138 304
1 400	1 399 000	138 452
1 401	1 400 000	138 600
1 402	1 401 000	138 748
1 403	1 402 000	138 896
1 404	1 403 000	139 044
1 405	1 404 000	139 192
1 406	1 405 000	139 340
1 407	1 406 000	139 489
1 408	1 407 000	139 637
1 409	1 408 000	139 786
1 410	1 409 000	139 934
1 411	1 410 000	140 083
1 412	1 411 000	140 232
1 413	1 412 000	140 381
1 414	1 413 000	140 529
1 415	1 414 000	140 678
1 416	1 415 000	140 827

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 417	1 416 000	140 976
1 418	1 417 000	141 126
1 419	1 418 000	141 275
1 420	1 419 000	141 424
1 421	1 420 000	141 574
1 422	1 421 000	141 723
1 423	1 422 000	141 872
1 424	1 423 000	142 022
1 425	1 424 000	142 172
1 426	1 425 000	142 321
1 427	1 426 000	142 471
1 428	1 427 000	142 621
1 429	1 428 000	142 771
1 430	1 429 000	142 921
1 431	1 430 000	143 071
1 432	1 431 000	143 221
1 433	1 432 000	143 371
1 434	1 433 000	143 522
1 435	1 434 000	143 672
1 436	1 435 000	143 822
1 437	1 436 000	143 973
1 438	1 437 000	144 123
1 439	1 438 000	144 274
1 440	1 439 000	144 425
1 441	1 440 000	144 576
1 442	1 441 000	144 726
1 443	1 442 000	144 877
1 444	1 443 000	145 028
1 445	1 444 000	145 179
1 446	1 445 000	145 330
1 447	1 446 000	145 482
1 448	1 447 000	145 633
1 449	1 448 000	145 784
1 450	1 449 000	145 936
1 451	1 450 000	146 087
1 452	1 451 000	146 239
1 453	1 452 000	146 390
1 454	1 453 000	146 542
1 455	1 454 000	146 694
1 456	1 455 000	146 845
1 457	1 456 000	146 997
1 458	1 457 000	147 149
1 459	1 458 000	147 301
1 460	1 459 000	147 453
1 461	1 460 000	147 606
1 462	1 461 000	147 758
1 463	1 462 000	147 910
1 464	1 463 000	148 062
1 465	1 464 000	148 215
1 466	1 465 000	148 367
1 467	1 466 000	148 520
1 468	1 467 000	148 673
1 469	1 468 000	148 825
1 470	1 469 000	148 978
1 471	1 470 000	149 131
1 472	1 471 000	149 284
1 473	1 472 000	149 437
1 474	1 473 000	149 590
1 475	1 474 000	149 743
1 476	1 475 000	149 896
1 477	1 476 000	150 050
1 478	1 477 000	150 203
1 479	1 478 000	150 356
1 480	1 479 000	150 510
1 481	1 480 000	150 664
1 482	1 481 000	150 817
1 483	1 482 000	150 971
1 484	1 483 000	151 125
1 485	1 484 000	151 278
1 486	1 485 000	151 432
1 487	1 486 000	151 586
1 488	1 487 000	151 740
1 489	1 488 000	151 895
1 490	1 489 000	152 049
1 491	1 490 000	152 203
1 492	1 491 000	152 357
1 493	1 492 000	152 512
1 494	1 493 000	152 666
1 495	1 494 000	152 821
1 496	1 495 000	152 975
1 497	1 496 000	153 130
1 498	1 497 000	153 285
1 499	1 498 000	153 440
1 500	1 499 000	153 595
1 501	1 500 000	153 750
1 502	1 501 000	153 905
1 503	1 502 000	154 060
1 504	1 503 000	154 215
1 505	1 504 000	154 370
1 506	1 505 000	154 525
1 507	1 506 000	154 681
1 508	1 507 000	154 836
1 509	1 508 000	154 992
1 510	1 509 000	155 147
1 511	1 510 000	155 303
1 512	1 511 000	155 459
1 513	1 512 000	155 615
1 514	1 513 000	155 770
1 515	1 514 000	155 926
1 516	1 515 000	156 082
1 517	1 516 000	156 238
1 518	1 517 000	156 395
1 519	1 518 000	156 551
1 520	1 519 000	156 707
1 521	1 520 000	156 864
1 522	1 521 000	157 020
1 523	1 522 000	157 176
1 524	1 523 000	157 333
1 525	1 524 000	157 490
1 526	1 525 000	157 646
1 527	1 526 000	157 803
1 528	1 527 000	157 960
1 529	1 528 000	158 117
1 530	1 529 000	158 274
1 531	1 530 000	158 431
1 532	1 531 000	158 588
1 533	1 532 000	158 745
1 534	1 533 000	158 903

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 535	1 534 000	159 060
1 536	1 535 000	159 217
1 537	1 536 000	159 375
1 538	1 537 000	159 532
1 539	1 538 000	159 690
1 540	1 539 000	159 848
1 541	1 540 000	160 006
1 542	1 541 000	160 163
1 543	1 542 000	160 321
1 544	1 543 000	160 479
1 545	1 544 000	160 637
1 546	1 545 000	160 795
1 547	1 546 000	160 954
1 548	1 547 000	161 112
1 549	1 548 000	161 270
1 550	1 549 000	161 429
1 551	1 550 000	161 587
1 552	1 551 000	161 746
1 553	1 552 000	161 904
1 554	1 553 000	162 063
1 555	1 554 000	162 222
1 556	1 555 000	162 380
1 557	1 556 000	162 539
1 558	1 557 000	162 698
1 559	1 558 000	162 857
1 560	1 559 000	163 016
1 561	1 560 000	163 176
1 562	1 561 000	163 335
1 563	1 562 000	163 494
1 564	1 563 000	163 653
1 565	1 564 000	163 813
1 566	1 565 000	163 972
1 567	1 566 000	164 132
1 568	1 567 000	164 292
1 569	1 568 000	164 451
1 570	1 569 000	164 611
1 571	1 570 000	164 771
1 572	1 571 000	164 931
1 573	1 572 000	165 091
1 574	1 573 000	165 251
1 575	1 574 000	165 411
1 576	1 575 000	165 571
1 577	1 576 000	165 732
1 578	1 577 000	165 892
1 579	1 578 000	166 052
1 580	1 579 000	166 213
1 581	1 580 000	166 374
1 582	1 581 000	166 534
1 583	1 582 000	166 695
1 584	1 583 000	166 856
1 585	1 584 000	167 016
1 586	1 585 000	167 177
1 587	1 586 000	167 338
1 588	1 587 000	167 499
1 589	1 588 000	167 661
1 590	1 589 000	167 822
1 591	1 590 000	167 983
1 592	1 591 000	168 144
1 593	1 592 000	168 306
1 594	1 593 000	168 467
1 595	1 594 000	168 629
1 596	1 595 000	168 790
1 597	1 596 000	168 952
1 598	1 597 000	169 114
1 599	1 598 000	169 276
1 600	1 599 000	169 438
1 601	1 600 000	169 600
1 602	1 601 000	169 762
1 603	1 602 000	169 924
1 604	1 603 000	170 086
1 605	1 604 000	170 248
1 606	1 605 000	170 410
1 607	1 606 000	170 573
1 608	1 607 000	170 735
1 609	1 608 000	170 898
1 610	1 609 000	171 060
1 611	1 610 000	171 223
1 612	1 611 000	171 386
1 613	1 612 000	171 549
1 614	1 613 000	171 711
1 615	1 614 000	171 874
1 616	1 615 000	172 037
1 617	1 616 000	172 200
1 618	1 617 000	172 364
1 619	1 618 000	172 527
1 620	1 619 000	172 690
1 621	1 620 000	172 854
1 622	1 621 000	173 017
1 623	1 622 000	173 180
1 624	1 623 000	173 344
1 625	1 624 000	173 508
1 626	1 625 000	173 671
1 627	1 626 000	173 835
1 628	1 627 000	173 999
1 629	1 628 000	174 163
1 630	1 629 000	174 327
1 631	1 630 000	174 491
1 632	1 631 000	174 655
1 633	1 632 000	174 819
1 634	1 633 000	174 984
1 635	1 634 000	175 148
1 636	1 635 000	175 312
1 637	1 636 000	175 477
1 638	1 637 000	175 641
1 639	1 638 000	175 806
1 640	1 639 000	175 971
1 641	1 640 000	176 136
1 642	1 641 000	176 300
1 643	1 642 000	176 465
1 644	1 643 000	176 630
1 645	1 644 000	176 795
1 646	1 645 000	176 960
1 647	1 646 000	177 126
1 648	1 647 000	177 291
1 649	1 648 000	177 456
1 650	1 649 000	177 622
1 651	1 650 000	177 787
1 652	1 651 000	177 953

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 653	1 652 000	178 118
1 654	1 653 000	178 284
1 655	1 654 000	178 450
1 656	1 655 000	178 615
1 657	1 656 000	178 781
1 658	1 657 000	178 947
1 659	1 658 000	179 113
1 660	1 659 000	179 279
1 661	1 660 000	179 446
1 662	1 661 000	179 612
1 663	1 662 000	179 778
1 664	1 663 000	179 944
1 665	1 664 000	180 111
1 666	1 665 000	180 277
1 667	1 666 000	180 444
1 668	1 667 000	180 611
1 669	1 668 000	180 777
1 670	1 669 000	180 944
1 671	1 670 000	181 111
1 672	1 671 000	181 278
1 673	1 672 000	181 445
1 674	1 673 000	181 612
1 675	1 674 000	181 779
1 676	1 675 000	181 946
1 677	1 676 000	182 114
1 678	1 677 000	182 281
1 679	1 678 000	182 448
1 680	1 679 000	182 616
1 681	1 680 000	182 784
1 682	1 681 000	182 951
1 683	1 682 000	183 119
1 684	1 683 000	183 287
1 685	1 684 000	183 454
1 686	1 685 000	183 622
1 687	1 686 000	183 790
1 688	1 687 000	183 958
1 689	1 688 000	184 127
1 690	1 689 000	184 295
1 691	1 690 000	184 463
1 692	1 691 000	184 631
1 693	1 692 000	184 800
1 694	1 693 000	184 968
1 695	1 694 000	185 137
1 696	1 695 000	185 305
1 697	1 696 000	185 474
1 698	1 697 000	185 643
1 699	1 698 000	185 812
1 700	1 699 000	185 981
1 701	1 700 000	186 150
1 702	1 701 000	186 319
1 703	1 702 000	186 488
1 704	1 703 000	186 657
1 705	1 704 000	186 826
1 706	1 705 000	186 995
1 707	1 706 000	187 165
1 708	1 707 000	187 334
1 709	1 708 000	187 504
1 710	1 709 000	187 673
1 711	1 710 000	187 843
1 712	1 711 000	188 013
1 713	1 712 000	188 183
1 714	1 713 000	188 352
1 715	1 714 000	188 522
1 716	1 715 000	188 692
1 717	1 716 000	188 862
1 718	1 717 000	189 033
1 719	1 718 000	189 203
1 720	1 719 000	189 373
1 721	1 720 000	189 544
1 722	1 721 000	189 714
1 723	1 722 000	189 884
1 724	1 723 000	190 055
1 725	1 724 000	190 226
1 726	1 725 000	190 396
1 727	1 726 000	190 567
1 728	1 727 000	190 738
1 729	1 728 000	190 909
1 730	1 729 000	191 080
1 731	1 730 000	191 251
1 732	1 731 000	191 422
1 733	1 732 000	191 593
1 734	1 733 000	191 765
1 735	1 734 000	191 936
1 736	1 735 000	192 107
1 737	1 736 000	192 279
1 738	1 737 000	192 450
1 739	1 738 000	192 622
1 740	1 739 000	192 794
1 741	1 740 000	192 966
1 742	1 741 000	193 137
1 743	1 742 000	193 309
1 744	1 743 000	193 481
1 745	1 744 000	193 653
1 746	1 745 000	193 825
1 747	1 746 000	193 998
1 748	1 747 000	194 170
1 749	1 748 000	194 342
1 750	1 749 000	194 515
1 751	1 750 000	194 687
1 752	1 751 000	194 860
1 753	1 752 000	195 032
1 754	1 753 000	195 205
1 755	1 754 000	195 378
1 756	1 755 000	195 550
1 757	1 756 000	195 723
1 758	1 757 000	195 896
1 759	1 758 000	196 069
1 760	1 759 000	196 242
1 761	1 760 000	196 416
1 762	1 761 000	196 589
1 763	1 762 000	196 762
1 764	1 763 000	196 935
1 765	1 764 000	197 109
1 766	1 765 000	197 282
1 767	1 766 000	197 456
1 768	1 767 000	197 630
1 769	1 768 000	197 803
1 770	1 769 000	197 977

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 771	1 770 000	198 151
1 772	1 771 000	198 325
1 773	1 772 000	198 499
1 774	1 773 000	198 673
1 775	1 774 000	198 847
1 776	1 775 000	199 021
1 777	1 776 000	199 196
1 778	1 777 000	199 370
1 779	1 778 000	199 544
1 780	1 779 000	199 719
1 781	1 780 000	199 894
1 782	1 781 000	200 068
1 783	1 782 000	200 243
1 784	1 783 000	200 418
1 785	1 784 000	200 592
1 786	1 785 000	200 767
1 787	1 786 000	200 942
1 788	1 787 000	201 117
1 789	1 788 000	201 293
1 790	1 789 000	201 468
1 791	1 790 000	201 643
1 792	1 791 000	201 818
1 793	1 792 000	201 994
1 794	1 793 000	202 169
1 795	1 794 000	202 345
1 796	1 795 000	202 520
1 797	1 796 000	202 696
1 798	1 797 000	202 872
1 799	1 798 000	203 048
1 800	1 799 000	203 224
1 801	1 800 000	203 400
1 802	1 801 000	203 576
1 803	1 802 000	203 752
1 804	1 803 000	203 928
1 805	1 804 000	204 104
1 806	1 805 000	204 280
1 807	1 806 000	204 457
1 808	1 807 000	204 633
1 809	1 808 000	204 810
1 810	1 809 000	204 986
1 811	1 810 000	205 163
1 812	1 811 000	205 340
1 813	1 812 000	205 517
1 814	1 813 000	205 693
1 815	1 814 000	205 870
1 816	1 815 000	206 047
1 817	1 816 000	206 224
1 818	1 817 000	206 402
1 819	1 818 000	206 579
1 820	1 819 000	206 756
1 821	1 820 000	206 934
1 822	1 821 000	207 111
1 823	1 822 000	207 288
1 824	1 823 000	207 466
1 825	1 824 000	207 644
1 826	1 825 000	207 821
1 827	1 826 000	207 999
1 828	1 827 000	208 177
1 829	1 828 000	208 355
1 830	1 829 000	208 533
1 831	1 830 000	208 711
1 832	1 831 000	208 889
1 833	1 832 000	209 067
1 834	1 833 000	209 246
1 835	1 834 000	209 424
1 836	1 835 000	209 602
1 837	1 836 000	209 781
1 838	1 837 000	209 959
1 839	1 838 000	210 138
1 840	1 839 000	210 317
1 841	1 840 000	210 496
1 842	1 841 000	210 674
1 843	1 842 000	210 853
1 844	1 843 000	211 032
1 845	1 844 000	211 211
1 846	1 845 000	211 390
1 847	1 846 000	211 570
1 848	1 847 000	211 749
1 849	1 848 000	211 928
1 850	1 849 000	212 108
1 851	1 850 000	212 287
1 852	1 851 000	212 467
1 853	1 852 000	212 646
1 854	1 853 000	212 826
1 855	1 854 000	213 006
1 856	1 855 000	213 185
1 857	1 856 000	213 365
1 858	1 857 000	213 545
1 859	1 858 000	213 725
1 860	1 859 000	213 905
1 861	1 860 000	214 086
1 862	1 861 000	214 266
1 863	1 862 000	214 446
1 864	1 863 000	214 626
1 865	1 864 000	214 807
1 866	1 865 000	214 987
1 867	1 866 000	215 168
1 868	1 867 000	215 349
1 869	1 868 000	215 529
1 870	1 869 000	215 710
1 871	1 870 000	215 891
1 872	1 871 000	216 072
1 873	1 872 000	216 253
1 874	1 873 000	216 434
1 875	1 874 000	216 615
1 876	1 875 000	216 796
1 877	1 876 000	216 978
1 878	1 877 000	217 159
1 879	1 878 000	217 340
1 880	1 879 000	217 522
1 881	1 880 000	217 704
1 882	1 881 000	217 885
1 883	1 882 000	218 067
1 884	1 883 000	218 249
1 885	1 884 000	218 430
1 886	1 885 000	218 612
1 887	1 886 000	218 794
1 888	1 887 000	218 976

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 889	1 888 000	219 159
1 890	1 889 000	219 341
1 891	1 890 000	219 523
1 892	1 891 000	219 705
1 893	1 892 000	219 888
1 894	1 893 000	220 070
1 895	1 894 000	220 253
1 896	1 895 000	220 435
1 897	1 896 000	220 618
1 898	1 897 000	220 801
1 899	1 898 000	220 984
1 900	1 899 000	221 167
1 901	1 900 000	221 350
1 902	1 901 000	221 533
1 903	1 902 000	221 716
1 904	1 903 000	221 899
1 905	1 904 000	222 082
1 906	1 905 000	222 265
1 907	1 906 000	222 449
1 908	1 907 000	222 632
1 909	1 908 000	222 816
1 910	1 909 000	222 999
1 911	1 910 000	223 183
1 912	1 911 000	223 367
1 913	1 912 000	223 551
1 914	1 913 000	223 734
1 915	1 914 000	223 918
1 916	1 915 000	224 102
1 917	1 916 000	224 286
1 918	1 917 000	224 471
1 919	1 918 000	224 655
1 920	1 919 000	224 839
1 921	1 920 000	225 024
1 922	1 921 000	225 208
1 923	1 922 000	225 392
1 924	1 923 000	225 577
1 925	1 924 000	225 762
1 926	1 925 000	225 946
1 927	1 926 000	226 131
1 928	1 927 000	226 316
1 929	1 928 000	226 501
1 930	1 929 000	226 686
1 931	1 930 000	226 871
1 932	1 931 000	227 056
1 933	1 932 000	227 241
1 934	1 933 000	227 427
1 935	1 934 000	227 612
1 936	1 935 000	227 797
1 937	1 936 000	227 983
1 938	1 937 000	228 168
1 939	1 938 000	228 354
1 940	1 939 000	228 540
1 941	1 940 000	228 726
1 942	1 941 000	228 911
1 943	1 942 000	229 097
1 944	1 943 000	229 283
1 945	1 944 000	229 469
1 946	1 945 000	229 655
1 947	1 946 000	229 842
1 948	1 947 000	230 028
1 949	1 948 000	230 214
1 950	1 949 000	230 401
1 951	1 950 000	230 587
1 952	1 951 000	230 774
1 953	1 952 000	230 960
1 954	1 953 000	231 147
1 955	1 954 000	231 334
1 956	1 955 000	231 520
1 957	1 956 000	231 707
1 958	1 957 000	231 894
1 959	1 958 000	232 081
1 960	1 959 000	232 268
1 961	1 960 000	232 456
1 962	1 961 000	232 643
1 963	1 962 000	232 830
1 964	1 963 000	233 017
1 965	1 964 000	233 205
1 966	1 965 000	233 392
1 967	1 966 000	233 580
1 968	1 967 000	233 768
1 969	1 968 000	233 955
1 970	1 969 000	234 143
1 971	1 970 000	234 331
1 972	1 971 000	234 519
1 973	1 972 000	234 707
1 974	1 973 000	234 895
1 975	1 974 000	235 083
1 976	1 975 000	235 271
1 977	1 976 000	235 460
1 978	1 977 000	235 648
1 979	1 978 000	235 836
1 980	1 979 000	236 025
1 981	1 980 000	236 214
1 982	1 981 000	236 402
1 983	1 982 000	236 591
1 984	1 983 000	236 780
1 985	1 984 000	236 968
1 986	1 985 000	237 157
1 987	1 986 000	237 346
1 988	1 987 000	237 535
1 989	1 988 000	237 725
1 990	1 989 000	237 914
1 991	1 990 000	238 103
1 992	1 991 000	238 292
1 993	1 992 000	238 482
1 994	1 993 000	238 671
1 995	1 994 000	238 861
1 996	1 995 000	239 050
1 997	1 996 000	239 240
1 998	1 997 000	239 430
1 999	1 998 000	239 620
2 000	1 999 000	239 810
2 001	2 000 000	240 000
2 002	2 001 000	240 190
2 003	2 002 000	240 380
2 004	2 003 000	240 570
2 005	2 004 000	240 760
2 006	2 005 000	240 950

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 007	2 006 000	241 141	2 066	2 065 000	252 497
2 008	2 007 000	241 331	2 067	2 066 000	252 692
2 009	2 008 000	241 522	2 068	2 067 000	252 887
2 010	2 009 000	241 712	2 069	2 068 000	253 081
2 011	2 010 000	241 903	2 070	2 069 000	253 276
2 012	2 011 000	242 094	2 071	2 070 000	253 471
2 013	2 012 000	242 285	2 072	2 071 000	253 666
2 014	2 013 000	242 475	2 073	2 072 000	253 861
2 015	2 014 000	242 666	2 074	2 073 000	254 056
2 016	2 015 000	242 857	2 075	2 074 000	254 251
2 017	2 016 000	243 048	2 076	2 075 000	254 446
2 018	2 017 000	243 240	2 077	2 076 000	254 642
2 019	2 018 000	243 431	2 078	2 077 000	254 837
2 020	2 019 000	243 622	2 079	2 078 000	255 032
2 021	2 020 000	243 814	2 080	2 079 000	255 228
2 022	2 021 000	244 005	2 081	2 080 000	255 424
2 023	2 022 000	244 196	2 082	2 081 000	255 619
2 024	2 023 000	244 388	2 083	2 082 000	255 815
2 025	2 024 000	244 580	2 084	2 083 000	256 011
2 026	2 025 000	244 771	2 085	2 084 000	256 206
2 027	2 026 000	244 963	2 086	2 085 000	256 402
2 028	2 027 000	245 155	2 087	2 086 000	256 598
2 029	2 028 000	245 347	2 088	2 087 000	256 794
2 030	2 029 000	245 539	2 089	2 088 000	256 991
2 031	2 030 000	245 731	2 090	2 089 000	257 187
2 032	2 031 000	245 923	2 091	2 090 000	257 383
2 033	2 032 000	246 115	2 092	2 091 000	257 579
2 034	2 033 000	246 308	2 093	2 092 000	257 776
2 035	2 034 000	246 500	2 094	2 093 000	257 972
2 036	2 035 000	246 692	2 095	2 094 000	258 169
2 037	2 036 000	246 885	2 096	2 095 000	258 365
2 038	2 037 000	247 077	2 097	2 096 000	258 562
2 039	2 038 000	247 270	2 098	2 097 000	258 759
2 040	2 039 000	247 463	2 099	2 098 000	258 956
2 041	2 040 000	247 656	2 100	2 099 000	259 153
2 042	2 041 000	247 848	2 101	2 100 000	259 350
2 043	2 042 000	248 041	2 102	2 101 000	259 547
2 044	2 043 000	248 234	2 103	2 102 000	259 744
2 045	2 044 000	248 427	2 104	2 103 000	259 941
2 046	2 045 000	248 620	2 105	2 104 000	260 138
2 047	2 046 000	248 814	2 106	2 105 000	260 335
2 048	2 047 000	249 007	2 107	2 106 000	260 533
2 049	2 048 000	249 200	2 108	2 107 000	260 730
2 050	2 049 000	249 394	2 109	2 108 000	260 928
2 051	2 050 000	249 587	2 110	2 109 000	261 125
2 052	2 051 000	249 781	2 111	2 110 000	261 323
2 053	2 052 000	249 974	2 112	2 111 000	261 521
2 054	2 053 000	250 168	2 113	2 112 000	261 719
2 055	2 054 000	250 362	2 114	2 113 000	261 916
2 056	2 055 000	250 555	2 115	2 114 000	262 114
2 057	2 056 000	250 749	2 116	2 115 000	262 312
2 058	2 057 000	250 943	2 117	2 116 000	262 510
2 059	2 058 000	251 137	2 118	2 117 000	262 709
2 060	2 059 000	251 331	2 119	2 118 000	262 907
2 061	2 060 000	251 526	2 120	2 119 000	263 105
2 062	2 061 000	251 720	2 121	2 120 000	263 304
2 063	2 062 000	251 914	2 122	2 121 000	263 502
2 064	2 063 000	252 108	2 123	2 122 000	263 700
2 065	2 064 000	252 303	2 124	2 123 000	263 899

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 125	2 124 000	264 098
2 126	2 125 000	264 296
2 127	2 126 000	264 495
2 128	2 127 000	264 694
2 129	2 128 000	264 893
2 130	2 129 000	265 092
2 131	2 130 000	265 291
2 132	2 131 000	265 490
2 133	2 132 000	265 689
2 134	2 133 000	265 889
2 135	2 134 000	266 088
2 136	2 135 000	266 287
2 137	2 136 000	266 487
2 138	2 137 000	266 686
2 139	2 138 000	266 886
2 140	2 139 000	267 086
2 141	2 140 000	267 286
2 142	2 141 000	267 485
2 143	2 142 000	267 685
2 144	2 143 000	267 885
2 145	2 144 000	268 085
2 146	2 145 000	268 285
2 147	2 146 000	268 486
2 148	2 147 000	268 686
2 149	2 148 000	268 886
2 150	2 149 000	269 087
2 151	2 150 000	269 287
2 152	2 151 000	269 488
2 153	2 152 000	269 688
2 154	2 153 000	269 889
2 155	2 154 000	270 090
2 156	2 155 000	270 290
2 157	2 156 000	270 491
2 158	2 157 000	270 692
2 159	2 158 000	270 893
2 160	2 159 000	271 094
2 161	2 160 000	271 296
2 162	2 161 000	271 497
2 163	2 162 000	271 698
2 164	2 163 000	271 899
2 165	2 164 000	272 101
2 166	2 165 000	272 302
2 167	2 166 000	272 504
2 168	2 167 000	272 706
2 169	2 168 000	272 907
2 170	2 169 000	273 109
2 171	2 170 000	273 311
2 172	2 171 000	273 513
2 173	2 172 000	273 715
2 174	2 173 000	273 917
2 175	2 174 000	274 119
2 176	2 175 000	274 321
2 177	2 176 000	274 524
2 178	2 177 000	274 726
2 179	2 178 000	274 928
2 180	2 179 000	275 131
2 181	2 180 000	275 334
2 182	2 181 000	275 536
2 183	2 182 000	275 739

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 184	2 183 000	275 942
2 185	2 184 000	276 144
2 186	2 185 000	276 347
2 187	2 186 000	276 550
2 188	2 187 000	276 753
2 189	2 188 000	276 957
2 190	2 189 000	277 160
2 191	2 190 000	277 363
2 192	2 191 000	277 566
2 193	2 192 000	277 770
2 194	2 193 000	277 973
2 195	2 194 000	278 177
2 196	2 195 000	278 380
2 197	2 196 000	278 584
2 198	2 197 000	278 788
2 199	2 198 000	278 992
2 200	2 199 000	279 196
2 201	2 200 000	279 400
2 202	2 201 000	279 604
2 203	2 202 000	279 808
2 204	2 203 000	280 012
2 205	2 204 000	280 216
2 206	2 205 000	280 420
2 207	2 206 000	280 625
2 208	2 207 000	280 829
2 209	2 208 000	281 034
2 210	2 209 000	281 238
2 211	2 210 000	281 443
2 212	2 211 000	281 648
2 213	2 212 000	281 853
2 214	2 213 000	282 057
2 215	2 214 000	282 262
2 216	2 215 000	282 467
2 217	2 216 000	282 672
2 218	2 217 000	282 878
2 219	2 218 000	283 083
2 220	2 219 000	283 288
2 221	2 220 000	283 494
2 222	2 221 000	283 699
2 223	2 222 000	283 904
2 224	2 223 000	284 110
2 225	2 224 000	284 316
2 226	2 225 000	284 521
2 227	2 226 000	284 727
2 228	2 227 000	284 933
2 229	2 228 000	285 139
2 230	2 229 000	285 345
2 231	2 230 000	285 551
2 232	2 231 000	285 757
2 233	2 232 000	285 963
2 234	2 233 000	286 170
2 235	2 234 000	286 376
2 236	2 235 000	286 582
2 237	2 236 000	286 789
2 238	2 237 000	286 995
2 239	2 238 000	287 202
2 240	2 239 000	287 409
2 241	2 240 000	287 616
2 242	2 241 000	287 822

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 243	2 242 000	288 029	2 302	2 301 000	300 361
2 244	2 243 000	288 236	2 303	2 302 000	300 572
2 245	2 244 000	288 443	2 304	2 303 000	300 783
2 246	2 245 000	288 650	2 305	2 304 000	300 994
2 247	2 246 000	288 858	2 306	2 305 000	301 205
2 248	2 247 000	289 065	2 307	2 306 000	301 417
2 249	2 248 000	289 272	2 308	2 307 000	301 628
2 250	2 249 000	289 480	2 309	2 308 000	301 840
2 251	2 250 000	289 687	2 310	2 309 000	302 051
2 252	2 251 000	289 895	2 311	2 310 000	302 263
2 253	2 252 000	290 102	2 312	2 311 000	302 475
2 254	2 253 000	290 310	2 313	2 312 000	302 687
2 255	2 254 000	290 518	2 314	2 313 000	302 898
2 256	2 255 000	290 725	2 315	2 314 000	303 110
2 257	2 256 000	290 933	2 316	2 315 000	303 322
2 258	2 257 000	291 141	2 317	2 316 000	303 534
2 259	2 258 000	291 349	2 318	2 317 000	303 747
2 260	2 259 000	291 557	2 319	2 318 000	303 959
2 261	2 260 000	291 766	2 320	2 319 000	304 171
2 262	2 261 000	291 974	2 321	2 320 000	304 384
2 263	2 262 000	292 182	2 322	2 321 000	304 596
2 264	2 263 000	292 390	2 323	2 322 000	304 808
2 265	2 264 000	292 599	2 324	2 323 000	305 021
2 266	2 265 000	292 807	2 325	2 324 000	305 234
2 267	2 266 000	293 016	2 326	2 325 000	305 446
2 268	2 267 000	293 225	2 327	2 326 000	305 659
2 269	2 268 000	293 433	2 328	2 327 000	305 872
2 270	2 269 000	293 642	2 329	2 328 000	306 085
2 271	2 270 000	293 851	2 330	2 329 000	306 298
2 272	2 271 000	294 060	2 331	2 330 000	306 511
2 273	2 272 000	294 269	2 332	2 331 000	306 724
2 274	2 273 000	294 478	2 333	2 332 000	306 937
2 275	2 274 000	294 687	2 334	2 333 000	307 151
2 276	2 275 000	294 896	2 335	2 334 000	307 364
2 277	2 276 000	295 106	2 336	2 335 000	307 577
2 278	2 277 000	295 315	2 337	2 336 000	307 791
2 279	2 278 000	295 524	2 338	2 337 000	308 004
2 280	2 279 000	295 734	2 339	2 338 000	308 218
2 281	2 280 000	295 944	2 340	2 339 000	308 432
2 282	2 281 000	296 153	2 341	2 340 000	308 646
2 283	2 282 000	296 363	2 342	2 341 000	308 859
2 284	2 283 000	296 573	2 343	2 342 000	309 073
2 285	2 284 000	296 782	2 344	2 343 000	309 287
2 286	2 285 000	296 992	2 345	2 344 000	309 501
2 287	2 286 000	297 202	2 346	2 345 000	309 715
2 288	2 287 000	297 412	2 347	2 346 000	309 930
2 289	2 288 000	297 623	2 348	2 347 000	310 144
2 290	2 289 000	297 833	2 349	2 348 000	310 358
2 291	2 290 000	298 043	2 350	2 349 000	310 573
2 292	2 291 000	298 253	2 351	2 350 000	310 787
2 293	2 292 000	298 464	2 352	2 351 000	311 002
2 294	2 293 000	298 674	2 353	2 352 000	311 216
2 295	2 294 000	298 885	2 354	2 353 000	311 431
2 296	2 295 000	299 095	2 355	2 354 000	311 646
2 297	2 296 000	299 306	2 356	2 355 000	311 860
2 298	2 297 000	299 517	2 357	2 356 000	312 075
2 299	2 298 000	299 728	2 358	2 357 000	312 290
2 300	2 299 000	299 939	2 359	2 358 000	312 505
2 301	2 300 000	300 150	2 360	2 359 000	312 720

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 361	2 360 000	312 936
2 362	2 361 000	313 151
2 363	2 362 000	313 366
2 364	2 363 000	313 581
2 365	2 364 000	313 797
2 366	2 365 000	314 012
2 367	2 366 000	314 228
2 368	2 367 000	314 444
2 369	2 368 000	314 659
2 370	2 369 000	314 875
2 371	2 370 000	315 091
2 372	2 371 000	315 307
2 373	2 372 000	315 523
2 374	2 373 000	315 739
2 375	2 374 000	315 955
2 376	2 375 000	316 171
2 377	2 376 000	316 388
2 378	2 377 000	316 604
2 379	2 378 000	316 820
2 380	2 379 000	317 037
2 381	2 380 000	317 254
2 382	2 381 000	317 470
2 383	2 382 000	317 687
2 384	2 383 000	317 904
2 385	2 384 000	318 120
2 386	2 385 000	318 337
2 387	2 386 000	318 554
2 388	2 387 000	318 771
2 389	2 388 000	318 989
2 390	2 389 000	319 206
2 391	2 390 000	319 423
2 392	2 391 000	319 640
2 393	2 392 000	319 858
2 394	2 393 000	320 075
2 395	2 394 000	320 293
2 396	2 395 000	320 510
2 397	2 396 000	320 728
2 398	2 397 000	320 946
2 399	2 398 000	321 164
2 400	2 399 000	321 382
2 401	2 400 000	321 600
2 402	2 401 000	321 818
2 403	2 402 000	322 036
2 404	2 403 000	322 254
2 405	2 404 000	322 472
2 406	2 405 000	322 690
2 407	2 406 000	322 909
2 408	2 407 000	323 127
2 409	2 408 000	323 346
2 410	2 409 000	323 564
2 411	2 410 000	323 783
2 412	2 411 000	324 002
2 413	2 412 000	234 221
2 414	2 413 000	324 439
2 415	2 414 000	324 658
2 416	2 415 000	324 877
2 417	2 416 000	325 096
2 418	2 417 000	325 316
2 419	2 418 000	325 535
2 420	2 419 000	325 754
2 421	2 420 000	325 974
2 422	2 421 000	326 193
2 423	2 422 000	326 412
2 424	2 423 000	326 632
2 425	2 424 000	326 852
2 426	2 425 000	327 071
2 427	2 426 000	327 291
2 428	2 427 000	327 511
2 429	2 428 000	327 731
2 430	2 429 000	327 951
2 431	2 430 000	328 171
2 432	2 431 000	328 391
2 433	2 432 000	328 611
2 434	2 433 000	328 832
2 435	2 434 000	329 052
2 436	2 435 000	329 272
2 437	2 436 000	329 493
2 438	2 437 000	329 713
2 439	2 438 000	329 934
2 440	2 439 000	330 155
2 441	2 440 000	330 376
2 442	2 441 000	330 596
2 443	2 442 000	330 817
2 444	2 443 000	331 038
2 445	2 444 000	331 259
2 446	2 445 000	331 480
2 447	2 446 000	331 702
2 448	2 447 000	331 923
2 449	2 448 000	332 144
2 450	2 449 000	332 366
2 451	2 450 000	332 587
2 452	2 451 000	332 809
2 453	2 452 000	333 030
2 454	2 453 000	333 252
2 455	2 454 000	333 474
2 456	2 455 000	333 695
2 457	2 456 000	333 917
2 458	2 457 000	334 139
2 459	2 458 000	334 361
2 460	2 459 000	334 583
2 461	2 460 000	334 806
2 462	2 461 000	335 028
2 463	2 462 000	335 250
2 464	2 463 000	335 472
2 465	2 464 000	335 695
2 466	2 465 000	335 917
2 467	2 466 000	336 140
2 468	2 467 000	336 363
2 469	2 468 000	336 585
2 470	2 469 000	336 808
2 471	2 470 000	337 031
2 472	2 471 000	337 254
2 473	2 472 000	337 477
2 474	2 473 000	337 700
2 475	2 474 000	337 923
2 476	2 475 000	338 146
2 477	2 476 000	338 370
2 478	2 477 000	338 593

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 479	2 478 000	338 816
2 480	2 479 000	339 040
2 481	2 480 000	339 264
2 482	2 481 000	339 487
2 483	2 482 000	339 711
2 484	2 483 000	339 935
2 485	2 484 000	340 158
2 486	2 485 000	340 382
2 487	2 486 000	340 606
2 488	2 487 000	340 830
2 489	2 488 000	341 055
2 490	2 489 000	341 279
2 491	2 490 000	341 503
2 492	2 491 000	341 727
2 493	2 492 000	341 952
2 494	2 493 000	342 176
2 495	2 494 000	342 401
2 496	2 495 000	342 625
2 497	2 496 000	342 850
2 498	2 497 000	343 075
2 499	2 498 000	343 300
2 500	2 499 000	343 525
2 501	2 500 000	343 750
2 502	2 501 000	343 975
2 503	2 502 000	344 200
2 504	2 503 000	344 425
2 505	2 504 000	344 650
2 506	2 505 000	344 875
2 507	2 506 000	345 101
2 508	2 507 000	345 326
2 509	2 508 000	345 552
2 510	2 509 000	345 777
2 511	2 510 000	346 003
2 512	2 511 000	346 229
2 513	2 512 000	346 455
2 514	2 513 000	346 680
2 515	2 514 000	346 906
2 516	2 515 000	347 132
2 517	2 516 000	347 358
2 518	2 517 000	347 585
2 519	2 518 000	347 811
2 520	2 519 000	348 037
2 521	2 520 000	348 264
2 522	2 521 000	348 490
2 523	2 522 000	348 716
2 524	2 523 000	348 943
2 525	2 524 000	349 170
2 526	2 525 000	349 396
2 527	2 526 000	349 623
2 528	2 527 000	349 850
2 529	2 528 000	350 077
2 530	2 529 000	350 304
2 531	2 530 000	350 531
2 532	2 531 000	350 758
2 533	2 532 000	350 985
2 534	2 533 000	351 213
2 535	2 534 000	351 440
2 536	2 535 000	351 667
2 537	2 536 000	351 895
2 538	2 537 000	352 122
2 539	2 538 000	352 350
2 540	2 539 000	352 578
2 541	2 540 000	352 806
2 542	2 541 000	353 033
2 543	2 542 000	353 261
2 544	2 543 000	353 489
2 545	2 544 000	353 717
2 546	2 545 000	353 945
2 547	2 546 000	354 174
2 548	2 547 000	354 402
2 549	2 548 000	354 630
2 550	2 549 000	354 859
2 551	2 550 000	355 087
2 552	2 551 000	355 316
2 553	2 552 000	355 544
2 554	2 553 000	355 773
2 555	2 554 000	356 002
2 556	2 555 000	356 230
2 557	2 556 000	356 459
2 558	2 557 000	356 688
2 559	2 558 000	356 917
2 560	2 559 000	357 146
2 561	2 560 000	357 376
2 562	2 561 000	357 605
2 563	2 562 000	357 834
2 564	2 563 000	358 063
2 565	2 564 000	358 293
2 566	2 565 000	358 522
2 567	2 566 000	358 752
2 568	2 567 000	358 982
2 569	2 568 000	359 211
2 570	2 569 000	359 441
2 571	2 570 000	359 671
2 572	2 571 000	359 901
2 573	2 572 000	360 131
2 574	2 573 000	360 361
2 575	2 574 000	360 591
2 576	2 575 000	360 821
2 577	2 576 000	361 052
2 578	2 577 000	361 282
2 579	2 578 000	361 512
2 580	2 579 000	361 743
2 581	2 580 000	361 974
2 582	2 581 000	362 204
2 583	2 582 000	362 435
2 584	2 583 000	362 666
2 585	2 584 000	362 896
2 586	2 585 000	363 127
2 587	2 586 000	363 358
2 588	2 587 000	363 589
2 589	2 588 000	363 821
2 590	2 589 000	364 052
2 591	2 590 000	364 283
2 592	2 591 000	364 514
2 593	2 592 000	364 746
2 594	2 593 000	364 977
2 595	2 594 000	365 209
2 596	2 595 000	365 440

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 597	2 596 000	365 672
2 598	2 597 000	365 904
2 599	2 598 000	366 136
2 600	2 599 000	366 368
2 601	2 600 000	366 600
2 602	2 601 000	366 832
2 603	2 602 000	367 064
2 604	2 603 000	367 296
2 605	2 604 000	367 528
2 606	2 605 000	367 760
2 607	2 606 000	367 993
2 608	2 607 000	368 225
2 609	2 608 000	368 458
2 610	2 609 000	368 690
2 611	2 610 000	368 923
2 612	2 611 000	369 156
2 613	2 612 000	369 389
2 614	2 613 000	369 621
2 615	2 614 000	369 854
2 616	2 615 000	370 087
2 617	2 616 000	370 320
2 618	2 617 000	370 554
2 619	2 618 000	370 787
2 620	2 619 000	371 020
2 621	2 620 000	371 254
2 622	2 621 000	371 487
2 623	2 622 000	371 720
2 624	2 623 000	371 954
2 625	2 624 000	372 188
2 626	2 625 000	372 421
2 627	2 626 000	372 655
2 628	2 627 000	372 889
2 629	2 628 000	373 123
2 630	2 629 000	373 357
2 631	2 630 000	373 591
2 632	2 631 000	373 825
2 633	2 632 000	374 059
2 634	2 633 000	374 294
2 635	2 634 000	374 528
2 636	2 635 000	374 762
2 637	2 636 000	374 997
2 638	2 637 000	375 231
2 639	2 638 000	375 466
2 640	2 639 000	375 701
2 641	2 640 000	375 936
2 642	2 641 000	376 170
2 643	2 642 000	376 405
2 644	2 643 000	376 640
2 645	2 644 000	376 875
2 646	2 645 000	377 110
2 647	2 646 000	377 346
2 648	2 647 000	377 581
2 649	2 648 000	377 816
2 650	2 649 000	378 052
2 651	2 650 000	378 287
2 652	2 651 000	378 523
2 653	2 652 000	378 758
2 654	2 653 000	378 994
2 655	2 654 000	379 230
2 656	2 655 000	379 465
2 657	2 656 000	379 701
2 658	2 657 000	379 937
2 659	2 658 000	380 173
2 660	2 659 000	380 409
2 661	2 660 000	380 646
2 662	2 661 000	380 882
2 663	2 662 000	381 118
2 664	2 663 000	381 354
2 665	2 664 000	381 591
2 666	2 665 000	381 827
2 667	2 666 000	382 064
2 668	2 667 000	382 301
2 669	2 668 000	382 537
2 670	2 669 000	382 774
2 671	2 670 000	383 011
2 672	2 671 000	383 248
2 673	2 672 000	383 485
2 674	2 673 000	383 722
2 675	2 674 000	383 959
2 676	2 675 000	384 196
2 677	2 676 000	384 434
2 678	2 677 000	384 671
2 679	2 678 000	384 908
2 680	2 679 000	385 146
2 681	2 680 000	385 384
2 682	2 681 000	385 621
2 683	2 682 000	385 859
2 684	2 683 000	386 097
2 685	2 684 000	386 334
2 686	2 685 000	386 572
2 687	2 686 000	386 810
2 688	2 687 000	387 048
2 689	2 688 000	387 287
2 690	2 689 000	387 525
2 691	2 690 000	387 763
2 692	2 691 000	388 001
2 693	2 692 000	388 240
2 694	2 693 000	388 478
2 695	2 694 000	388 717
2 696	2 695 000	388 955
2 697	2 696 000	389 194
2 698	2 697 000	389 433
2 699	2 698 000	389 672
2 700	2 699 000	389 911
2 701	2 700 000	390 150
2 702	2 701 000	390 389
2 703	2 702 000	390 628
2 704	2 703 000	390 867
2 705	2 704 000	391 106
2 706	2 705 000	391 345
2 707	2 706 000	391 585
2 708	2 707 000	391 824
2 709	2 708 000	392 064
2 710	2 709 000	392 303
2 711	2 710 000	392 543
2 712	2 711 000	392 783
2 713	2 712 000	393 023
2 714	2 713 000	393 262

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 715	2 714 000	393 502
2 716	2 715 000	393 742
2 717	2 716 000	393 982
2 718	2 717 000	394 223
2 719	2 718 000	394 463
2 720	2 719 000	394 703
2 721	2 720 000	394 944
2 722	2 721 000	395 184
2 723	2 722 000	395 424
2 724	2 723 000	395 665
2 725	2 724 000	395 906
2 726	2 725 000	396 146
2 727	2 726 000	396 387
2 728	2 727 000	396 628
2 729	2 728 000	396 869
2 730	2 729 000	397 110
2 731	2 730 000	397 351
2 732	2 731 000	397 592
2 733	2 732 000	397 833
2 734	2 733 000	398 075
2 735	2 734 000	398 316
2 736	2 735 000	398 557
2 737	2 736 000	398 799
2 738	2 737 000	399 040
2 739	2 738 000	399 282
2 740	2 739 000	399 524
2 741	2 740 000	399 766
2 742	2 741 000	400 007
2 743	2 742 000	400 249
2 744	2 743 000	400 491
2 745	2 744 000	400 733
2 746	2 745 000	400 975
2 747	2 746 000	401 218
2 748	2 747 000	401 460
2 749	2 748 000	401 702
2 750	2 749 000	401 945
2 751	2 750 000	402 187
2 752	2 751 000	402 430
2 753	2 752 000	402 672
2 754	2 753 000	402 915
2 755	2 754 000	403 158
2 756	2 755 000	403 400
2 757	2 756 000	403 643
2 758	2 757 000	403 886
2 759	2 758 000	404 129
2 760	2 759 000	404 372
2 761	2 760 000	404 616
2 762	2 761 000	404 859
2 763	2 762 000	405 102
2 764	2 763 000	405 345
2 765	2 764 000	405 589
2 766	2 765 000	405 832
2 767	2 766 000	406 076
2 768	2 767 000	406 320
2 769	2 768 000	406 563
2 770	2 769 000	406 807
2 771	2 770 000	407 051
2 772	2 771 000	407 295
2 773	2 772 000	407 539
2 774	2 773 000	407 783
2 775	2 774 000	408 027
2 776	2 775 000	408 271
2 777	2 776 000	408 516
2 778	2 777 000	408 760
2 779	2 778 000	409 004
2 780	2 779 000	409 249
2 781	2 780 000	409 494
2 782	2 781 000	409 738
2 783	2 782 000	409 983
2 784	2 783 000	410 228
2 785	2 784 000	410 472
2 786	2 785 000	410 717
2 787	2 786 000	410 962
2 788	2 787 000	411 207
2 789	2 788 000	411 453
2 790	2 789 000	411 698
2 791	2 790 000	411 943
2 792	2 791 000	412 188
2 793	2 792 000	412 434
2 794	2 793 000	412 679
2 795	2 794 000	412 925
2 796	2 795 000	413 170
2 797	2 796 000	413 416
2 798	2 797 000	413 662
2 799	2 798 000	413 908
2 800	2 799 000	414 154
2 801	2 800 000	414 400
2 802	2 801 000	414 646
2 803	2 802 000	414 892
2 804	2 803 000	415 138
2 805	2 804 000	415 384
2 806	2 805 000	415 630
2 807	2 806 000	415 877
2 808	2 807 000	416 123
2 809	2 808 000	416 370
2 810	2 809 000	416 616
2 811	2 810 000	416 863
2 812	2 811 000	417 110
2 813	2 812 000	417 357
2 814	2 813 000	417 603
2 815	2 814 000	417 850
2 816	2 815 000	418 097
2 817	2 816 000	418 344
2 818	2 817 000	418 592
2 819	2 818 000	418 839
2 820	2 819 000	419 086
2 821	2 820 000	419 334
2 822	2 821 000	419 581
2 823	2 822 000	419 828
2 824	2 823 000	420 076
2 825	2 824 000	420 324
2 826	2 825 000	420 571
2 827	2 826 000	420 819
2 828	2 827 000	421 067
2 829	2 828 000	421 315
2 830	2 829 000	421 563
2 831	2 830 000	421 811
2 832	2 831 000	422 059

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 833	2 832 000	422 307
2 834	2 833 000	422 556
2 835	2 834 000	422 804
2 836	2 835 000	423 052
2 837	2 836 000	423 301
2 838	2 837 000	423 549
2 839	2 838 000	423 798
2 840	2 839 000	424 047
2 841	2 840 000	424 296
2 842	2 841 000	424 544
2 843	2 842 000	424 793
2 844	2 843 000	425 042
2 845	2 844 000	425 291
2 846	2 845 000	425 540
2 847	2 846 000	425 790
2 848	2 847 000	426 039
2 849	2 848 000	426 288
2 850	2 849 000	426 538
2 851	2 850 000	426 787
2 852	2 851 000	427 037
2 853	2 852 000	427 286
2 854	2 853 000	427 536
2 855	2 854 000	427 786
2 856	2 855 000	428 035
2 857	2 856 000	428 285
2 858	2 857 000	428 535
2 859	2 858 000	428 785
2 860	2 859 000	429 035
2 861	2 860 000	429 286
2 862	2 861 000	429 536
2 863	2 862 000	429 786
2 864	2 863 000	430 036
2 865	2 864 000	430 287
2 866	2 865 000	430 537
2 867	2 866 000	430 788
2 868	2 867 000	431 039
2 869	2 868 000	431 289
2 870	2 869 000	431 540
2 871	2 870 000	431 791
2 872	2 871 000	432 042
2 873	2 872 000	432 293
2 874	2 873 000	432 544
2 875	2 874 000	432 795
2 876	2 875 000	433 046
2 877	2 876 000	433 298
2 878	2 877 000	433 549
2 879	2 878 000	433 800
2 880	2 879 000	434 052
2 881	2 880 000	434 304
2 882	2 881 000	434 555
2 883	2 882 000	434 807
2 884	2 883 000	435 059
2 885	2 884 000	435 310
2 886	2 885 000	435 562
2 887	2 886 000	435 814
2 888	2 887 000	436 066
2 889	2 888 000	436 319
2 890	2 889 000	436 571
2 891	2 890 000	436 823
2 892	2 891 000	437 075
2 893	2 892 000	437 328
2 894	2 893 000	437 580
2 895	2 894 000	437 833
2 896	2 895 000	438 085
2 897	2 896 000	438 338
2 898	2 897 000	438 591
2 899	2 898 000	438 844
2 900	2 899 000	439 097
2 901	2 900 000	439 350
2 902	2 901 000	439 603
2 903	2 902 000	439 856
2 904	2 903 000	440 109
2 905	2 904 000	440 362
2 906	2 905 000	440 615
2 907	2 906 000	440 869
2 908	2 907 000	441 122
2 909	2 908 000	441 376
2 910	2 909 000	441 629
2 911	2 910 000	441 883
2 912	2 911 000	442 137
2 913	2 912 000	442 391
2 914	2 913 000	442 644
2 915	2 914 000	442 898
2 916	2 915 000	443 152
2 917	2 916 000	443 406
2 918	2 917 000	443 661
2 919	2 918 000	443 915
2 920	2 919 000	444 169
2 921	2 920 000	444 424
2 922	2 921 000	444 678
2 923	2 922 000	444 932
2 924	2 923 000	445 187
2 925	2 924 000	445 442
2 926	2 925 000	445 696
2 927	2 926 000	445 951
2 928	2 927 000	446 206
2 929	2 928 000	446 461
2 930	2 929 000	446 716
2 931	2 930 000	446 971
2 932	2 931 000	447 226
2 933	2 932 000	447 481
2 934	2 933 000	447 737
2 935	2 934 000	447 992
2 936	2 935 000	448 247
2 937	2 936 000	448 503
2 938	2 937 000	448 758
2 939	2 938 000	449 014
2 940	2 939 000	449 270
2 941	2 940 000	449 526
2 942	2 941 000	449 781
2 943	2 942 000	450 037
2 944	2 943 000	450 293
2 945	2 944 000	450 549
2 946	2 945 000	450 805
2 947	2 946 000	451 062
2 948	2 947 000	451 318
2 949	2 948 000	451 574
2 950	2 949 000	451 831

noch Anlage 1 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse I

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 951	2 950 000	452 087
2 952	2 951 000	452 344
2 953	2 952 000	452 600
2 954	2 953 000	452 857
2 955	2 954 000	453 114
2 956	2 955 000	453 370
2 957	2 956 000	453 627
2 958	2 957 000	453 884
2 959	2 958 000	454 141
2 960	2 959 000	454 398
2 961	2 960 000	454 656
2 962	2 961 000	454 913
2 963	2 962 000	455 170
2 964	2 963 000	455 427
2 965	2 964 000	455 685
2 966	2 965 000	455 942
2 967	2 966 000	456 200
2 968	2 967 000	456 458
2 969	2 968 000	456 715
2 970	2 969 000	456 973
2 971	2 970 000	457 231
2 972	2 971 000	457 489
2 973	2 972 000	457 747
2 974	2 973 000	458 005
2 975	2 974 000	458 263
2 976	2 975 000	458 521
2 977	2 976 000	458 780
2 978	2 977 000	459 038
2 979	2 978 000	459 296
2 980	2 979 000	459 555
2 981	2 980 000	459 814
2 982	2 981 000	460 072
2 983	2 982 000	460 331
2 984	2 983 000	460 590
2 985	2 984 000	460 848
2 986	2 985 000	461 107
2 987	2 986 000	461 366
2 988	2 987 000	461 625
2 989	2 988 000	461 885
2 990	2 989 000	462 144
2 991	2 990 000	462 403
2 992	2 991 000	462 662
2 993	2 992 000	462 922
2 994	2 993 000	463 181
2 995	2 994 000	463 441
2 996	2 995 000	463 700
2 997	2 996 000	463 960
2 998	2 997 000	464 220
2 999	2 998 000	464 480
3 000	2 999 000	464 740
3 001	3 000 000	465 000

Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1	0	0
2	1 000	150
3	2 000	300
4	3 000	450
5	4 000	600
6	5 000	750
7	6 000	901
8	7 000	1 051
9	8 000	1 202
10	9 000	1 352
11	10 000	1 503
12	11 000	1 654
13	12 000	1 805
14	13 000	1 955
15	14 000	2 106
16	15 000	2 257
17	16 000	2 408
18	17 000	2 560
19	18 000	2 711
20	19 000	2 862
21	20 000	3 014
22	21 000	3 165
23	22 000	3 316
24	23 000	3 468
25	24 000	3 620
26	25 000	3 771
27	26 000	3 923
28	27 000	4 075
29	28 000	4 227
30	29 000	4 379
31	30 000	4 531
32	31 000	4 683
33	32 000	4 835
34	33 000	4 988
35	34 000	5 140
36	35 000	5 292
37	36 000	5 445
38	37 000	5 597
39	38 000	5 750
40	39 000	5 903
41	40 000	6 056
42	41 000	6 208
43	42 000	6 361
44	43 000	6 514
45	44 000	6 667
46	45 000	6 820
47	46 000	6 974
48	47 000	7 127
49	48 000	7 280
50	49 000	7 434
51	50 000	7 587
52	51 000	7 741
53	52 000	7 894
54	53 000	8 048
55	54 000	8 202
56	55 000	8 355
57	56 000	8 509
58	57 000	8 663
59	58 000	8 817
60	59 000	8 971
61	60 000	9 126
62	61 000	9 280
63	62 000	9 434
64	63 000	9 588
65	64 000	9 743
66	65 000	9 897
67	66 000	10 052
68	67 000	10 207
69	68 000	10 361
70	69 000	10 516
71	70 000	10 671
72	71 000	10 826
73	72 000	10 981
74	73 000	11 136
75	74 000	11 291
76	75 000	11 446
77	76 000	11 602
78	77 000	11 757
79	78 000	11 912
80	79 000	12 068
81	80 000	12 224
82	81 000	12 379
83	82 000	12 535
84	83 000	12 691
85	84 000	12 846
86	85 000	13 002
87	86 000	13 158
88	87 000	13 314
89	88 000	13 471
90	89 000	13 627
91	90 000	13 783
92	91 000	13 939
93	92 000	14 096
94	93 000	14 252
95	94 000	14 409
96	95 000	14 565
97	96 000	14 722
98	97 000	14 879
99	98 000	15 036
100	99 000	15 193
101	100 000	15 350
102	101 000	15 507
103	102 000	15 664
104	103 000	15 821
105	104 000	15 978
106	105 000	16 135
107	106 000	16 293
108	107 000	16 450
109	108 000	16 608
110	109 000	16 765
111	110 000	16 923
112	111 000	17 081
113	112 000	17 239
114	113 000	17 396
115	114 000	17 554
116	115 000	17 712
117	116 000	17 870
118	117 000	18 029

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
119	118 000	18 187
120	119 000	18 345
121	120 000	18 504
122	121 000	18 662
123	122 000	18 820
124	123 000	18 979
125	124 000	19 138
126	125 000	19 296
127	126 000	19 455
128	127 000	19 614
129	128 000	19 773
130	129 000	19 932
131	130 000	20 091
132	131 000	20 250
133	132 000	20 409
134	133 000	20 569
135	134 000	20 728
136	135 000	20 887
137	136 000	21 047
138	137 000	21 206
139	138 000	21 366
140	139 000	21 526
141	140 000	21 686
142	141 000	21 845
143	142 000	22 005
144	143 000	22 165
145	144 000	22 325
146	145 000	22 485
147	146 000	22 646
148	147 000	22 806
149	148 000	22 966
150	149 000	23 127
151	150 000	23 287
152	151 000	23 448
153	152 000	23 608
154	153 000	23 769
155	154 000	23 930
156	155 000	24 090
157	156 000	24 251
158	157 000	24 412
159	158 000	24 573
160	159 000	24 734
161	160 000	24 896
162	161 000	25 057
163	162 000	25 218
164	163 000	25 379
165	164 000	25 541
166	165 000	25 702
167	166 000	25 864
168	167 000	26 026
169	168 000	26 187
170	169 000	26 349
171	170 000	26 511
172	171 000	26 673
173	172 000	26 835
174	173 000	26 997
175	174 000	27 159
176	175 000	27 321
177	176 000	27 484
178	177 000	27 646
179	178 000	27 808
180	179 000	27 971
181	180 000	28 134
182	181 000	28 296
183	182 000	28 459
184	183 000	28 622
185	184 000	28 784
186	185 000	28 947
187	186 000	29 110
188	187 000	29 273
189	188 000	29 437
190	189 000	29 600
191	190 000	29 763
192	191 000	29 926
193	192 000	30 090
194	193 000	30 253
195	194 000	30 417
196	195 000	30 580
197	196 000	30 744
198	197 000	30 908
199	198 000	31 072
200	199 000	31 236
201	200 000	31 400
202	201 000	31 564
203	202 000	31 728
204	203 000	31 892
205	204 000	32 056
206	205 000	32 220
207	206 000	32 385
208	207 000	32 549
209	208 000	32 714
210	209 000	32 878
211	210 000	33 043
212	211 000	33 208
213	212 000	33 373
214	213 000	33 537
215	214 000	33 702
216	215 000	33 867
217	216 000	34 032
218	217 000	34 198
219	218 000	34 363
220	219 000	34 528
221	220 000	34 694
222	221 000	34 859
223	222 000	35 024
224	223 000	35 190
225	224 000	35 356
226	225 000	35 521
227	226 000	35 687
228	227 000	35 853
229	228 000	36 019
230	229 000	36 185
231	230 000	36 351
232	231 000	36 517
233	232 000	36 683
234	233 000	36 850
235	234 000	37 016
236	235 000	37 182

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
237	236 000	37 349
238	237 000	37 515
239	238 000	37 682
240	239 000	37 849
241	240 000	38 016
242	241 000	38 182
243	242 000	38 349
244	243 000	38 516
245	244 000	38 683
246	245 000	38 850
247	246 000	39 018
248	247 000	39 185
249	248 000	39 352
250	249 000	39 520
251	250 000	39 687
252	251 000	39 855
253	252 000	40 022
254	253 000	40 190
255	254 000	40 358
256	255 000	40 525
257	256 000	40 693
258	257 000	40 861
259	258 000	41 029
260	259 000	41 197
261	260 000	41 366
262	261 000	41 534
263	262 000	41 702
264	263 000	41 870
265	264 000	42 039
266	265 000	42 207
267	266 000	42 376
268	267 000	42 545
269	268 000	42 713
270	269 000	42 882
271	270 000	43 051
272	271 000	43 220
273	273 000	43 389
274	273 000	43 558
275	274 000	43 727
276	275 000	43 896
277	276 000	44 066
278	277 000	44 235
279	278 000	44 404
280	279 000	44 574
281	280 000	44 744
282	281 000	44 913
283	282 000	45 083
284	283 000	45 253
285	284 000	45 422
286	285 000	45 592
287	286 000	45 762
288	287 000	45 932
289	288 000	46 103
290	289 000	46 273
291	290 000	46 443
292	291 000	46 613
293	292 000	46 784
294	293 000	46 954
295	294 000	47 125
296	295 000	47 295
297	296 000	47 466
298	297 000	47 637
299	298 000	47 808
300	299 000	47 979
301	300 000	48 150
302	301 000	48 321
303	302 000	48 492
304	303 000	48 663
305	304 000	48 834
306	305 000	49 005
307	306 000	49 177
308	307 000	49 348
309	308 000	49 520
310	309 000	49 691
311	310 000	49 863
312	311 000	50 035
313	312 000	50 207
314	313 000	50 378
315	314 000	50 550
316	315 000	50 722
317	316 000	50 894
318	317 000	51 067
319	318 000	51 239
320	319 000	51 411
321	320 000	51 584
322	321 000	51 756
323	322 000	51 928
324	323 000	52 101
325	324 000	52 274
326	325 000	52 446
327	326 000	52 619
328	327 000	52 792
329	328 000	52 965
330	329 000	53 138
331	330 000	53 311
332	331 000	53 484
333	332 000	53 657
334	333 000	53 831
335	334 000	54 004
336	335 000	54 177
337	336 000	54 351
338	337 000	54 524
339	338 000	54 698
340	339 000	54 872
341	340 000	55 046
342	341 000	55 219
343	342 000	55 393
344	343 000	55 567
345	344 000	55 741
346	345 000	55 915
347	346 000	56 090
348	347 000	56 264
349	348 000	56 438
350	349 000	56 613
351	350 000	56 787
352	351 000	56 962
353	352 000	57 136
354	353 000	57 311

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
355	354 000	57 486
356	355 000	57 660
357	356 000	57 835
358	357 000	58 010
359	358 000	58 185
360	359 000	58 360
361	360 000	58 536
362	361 000	58 711
363	362 000	58 886
364	363 000	59 061
365	364 000	59 237
366	365 000	59 412
367	366 000	59 588
368	367 000	59 764
369	368 000	59 939
370	369 000	60 115
371	370 000	60 291
372	371 000	60 467
373	372 000	60 643
374	373 000	60 819
375	374 000	60 995
376	375 000	61 171
377	376 000	61 348
378	377 000	61 524
379	378 000	61 700
380	379 000	61 877
381	380 000	62 054
382	381 000	62 230
383	382 000	62 407
384	383 000	62 584
385	384 000	62 760
386	385 000	62 937
387	386 000	63 114
388	387 000	63 291
389	388 000	63 469
390	389 000	63 646
391	390 000	63 823
392	391 000	64 000
393	392 000	64 178
394	393 000	64 355
395	394 000	64 533
396	395 000	64 710
397	396 000	64 888
398	397 000	65 066
399	398 000	65 244
400	399 000	65 422
401	400 000	65 600
402	401 000	65 778
403	402 000	65 956
404	403 000	66 134
405	404 000	66 312
406	405 000	66 490
407	406 000	66 669
408	407 000	66 847
409	408 000	67 026
410	409 000	67 204
411	410 000	67 383
412	411 000	67 562
413	412 000	67 741
414	413 000	67 919
415	414 000	68 098
416	415 000	68 277
417	416 000	68 456
418	417 000	68 636
419	418 000	68 815
420	419 000	68 994
421	420 000	69 174
422	421 000	69 353
423	422 000	69 532
424	423 000	69 712
425	424 000	69 892
426	425 000	70 071
427	426 000	70 251
428	427 000	70 431
429	428 000	70 611
430	429 000	70 791
431	430 000	70 971
432	431 000	71 151
433	432 000	71 331
434	433 000	71 512
435	434 000	71 692
436	435 000	71 872
437	436 000	72 053
438	437 000	72 233
439	438 000	72 414
440	439 000	72 595
441	440 000	72 776
442	441 000	72 956
443	442 000	73 137
444	443 000	73 318
445	444 000	73 499
446	445 000	73 680
447	446 000	73 862
448	447 000	74 043
449	448 000	74 224
450	449 000	74 406
451	450 000	74 587
452	451 000	74 769
453	452 000	74 950
454	453 000	75 132
455	454 000	75 314
456	455 000	75 495
457	456 000	75 677
458	457 000	75 859
459	458 000	76 041
460	459 000	76 223
461	460 000	76 406
462	461 000	76 588
463	462 000	76 770
464	463 000	76 952
465	464 000	77 135
466	465 000	77 317
467	466 000	77 500
468	467 000	77 683
469	468 000	77 865
470	469 000	78 048
471	470 000	78 231
472	471 000	78 414

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
473	472 000	78 597
474	473 000	78 780
475	474 000	78 963
476	475 000	79 146
477	476 000	79 330
478	477 000	79 513
479	478 000	79 696
480	479 000	79 880
481	480 000	80 064
482	481 000	80 247
483	482 000	80 431
484	483 000	80 615
485	484 000	80 798
486	485 000	80 982
487	486 000	81 166
488	487 000	81 350
489	488 000	81 535
490	489 000	81 719
491	490 000	81 903
492	491 000	82 087
493	492 000	82 272
494	493 000	82 456
495	494 000	82 641
496	495 000	82 825
497	496 000	83 010
498	497 000	83 195
499	498 000	83 380
500	499 000	83 565
501	500 000	83 750
502	501 000	83 935
503	502 000	84 120
504	503 000	84 305
505	504 000	84 490
506	505 000	84 675
507	506 000	84 861
508	507 000	85 046
509	508 000	85 232
510	509 000	85 417
511	510 000	85 603
512	511 000	85 789
513	512 000	85 975
514	513 000	86 160
515	514 000	86 346
516	515 000	86 532
517	516 000	86 718
518	517 000	86 905
519	518 000	87 091
520	519 000	87 277
521	520 000	87 464
522	521 000	87 650
523	522 000	87 836
524	523 000	88 023
525	524 000	88 210
526	525 000	88 396
527	526 000	88 583
528	527 000	88 770
529	528 000	88 957
530	529 000	89 144
531	530 000	89 331
532	531 000	89 518
533	532 000	89 705
534	533 000	89 893
535	534 000	90 080
536	535 000	90 267
537	536 000	90 455
538	537 000	90 642
539	538 000	90 830
540	539 000	91 018
541	540 000	91 206
542	541 000	91 393
543	542 000	91 581
544	543 000	91 769
545	544 000	91 957
546	545 000	92 145
547	546 000	92 334
548	547 000	92 522
549	548 000	92 710
550	549 000	92 899
551	550 000	93 087
552	551 000	93 276
553	552 000	93 464
554	553 000	93 653
555	554 000	93 842
556	555 000	94 030
557	556 000	94 219
558	557 000	94 408
559	558 000	94 597
560	559 000	94 786
561	560 000	94 976
562	561 000	95 165
563	562 000	95 354
564	563 000	95 543
565	564 000	95 733
566	565 000	95 922
567	566 000	96 112
568	567 000	96 302
569	568 000	96 491
570	569 000	96 681
571	570 000	96 871
572	571 000	97 061
573	572 000	97 251
574	573 000	97 441
575	574 000	97 631
576	575 000	97 821
577	576 000	98 012
578	577 000	98 202
579	578 000	98 392
580	579 000	98 583
581	580 000	98 774
582	581 000	98 964
583	582 000	99 155
584	583 000	99 346
585	584 000	99 536
586	585 000	99 727
587	586 000	99 918
588	587 000	100 109
589	588 000	100 301
590	589 000	100 492

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
591	590 000	100 683	650	649 000	112 092
592	591 000	100 874	651	650 000	112 287
593	592 000	101 066	652	651 000	112 483
594	593 000	101 257	653	652 000	112 678
595	594 000	101 449	654	653 000	112 874
596	595 000	101 640	655	654 000	113 070
597	596 000	101 832	656	655 000	113 265
598	597 000	102 024	657	656 000	113 461
599	598 000	102 216	658	657 000	113 657
600	599 000	102 408	659	658 000	113 853
601	600 000	102 600	660	659 000	114 049
602	601 000	102 792	661	660 000	114 246
603	602 000	102 984	662	661 000	114 442
604	603 000	103 176	663	662 000	114 638
605	604 000	103 368	664	663 000	114 834
606	605 000	103 560	665	664 000	115 031
607	606 000	103 753	666	665 000	115 227
608	607 000	103 945	667	666 000	115 424
609	608 000	104 138	668	667 000	115 621
610	609 000	104 330	669	668 000	115 817
611	610 000	104 523	670	669 000	116 014
612	611 000	104 716	671	670 000	116 211
613	612 000	104 909	672	671 000	116 408
614	613 000	105 101	673	672 000	116 605
615	614 000	105 294	674	673 000	116 802
616	615 000	105 487	675	674 000	116 999
617	616 000	105 680	676	675 000	117 196
618	617 000	105 874	677	676 000	117 394
619	618 000	106 067	678	677 000	117 591
620	619 000	106 260	679	678 000	117 788
621	620 000	106 454	680	679 000	117 986
622	621 000	106 647	681	680 000	118 184
623	622 000	106 840	682	681 000	118 381
624	623 000	107 034	683	682 000	118 579
625	624 000	107 228	684	683 000	118 777
626	625 000	107 421	685	684 000	118 974
627	626 000	107 615	686	685 000	119 172
628	627 000	107 809	687	686 000	119 370
629	628 000	108 003	688	687 000	119 568
630	629 000	108 197	689	688 000	119 767
631	630 000	108 391	690	689 000	119 965
632	631 000	108 585	691	690 000	120 163
633	632 000	108 779	692	691 000	120 361
634	633 000	108 974	693	692 000	120 560
635	634 000	109 168	694	693 000	120 758
636	635 000	109 362	695	694 000	120 957
637	636 000	109 557	696	695 000	121 155
638	637 000	109 751	697	696 000	121 354
639	638 000	109 946	698	697 000	121 553
640	639 000	110 141	699	698 000	121 752
641	640 000	110 336	700	699 000	121 951
642	641 000	110 530	701	700 000	122 150
643	642 000	110 725	702	701 000	122 349
644	643 000	110 920	703	702 000	122 548
645	644 000	111 115	704	703 000	122 747
646	645 000	111 310	705	704 000	122 946
647	646 000	111 506	706	705 000	123 145
648	647 000	111 701	707	706 000	123 345
649	648 000	111 896	708	707 000	123 544

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
709	708 000	123 744
710	709 000	123 943
711	710 000	124 143
712	711 000	124 343
713	712 000	124 543
714	713 000	124 742
715	714 000	124 942
716	715 000	125 142
717	716 000	125 342
718	717 000	125 543
719	718 000	125 743
720	719 000	125 943
721	720 000	126 144
722	721 000	126 344
723	722 000	126 544
724	723 000	126 745
725	724 000	126 946
726	725 000	127 146
727	726 000	127 347
728	727 000	127 548
729	728 000	127 749
730	729 000	127 950
731	730 000	128 151
732	731 000	128 352
733	732 000	128 553
734	733 000	128 755
735	734 000	128 956
736	735 000	129 157
737	736 000	129 359
738	737 000	129 560
739	738 000	129 762
740	739 000	129 964
741	740 000	130 166
742	741 000	130 367
743	742 000	130 569
744	743 000	130 771
745	744 000	130 973
746	745 000	131 175
747	746 000	131 378
748	747 000	131 580
749	748 000	131 782
750	749 000	131 985
751	750 000	132 187
752	751 000	132 390
753	752 000	132 592
754	753 000	132 795
755	754 000	132 998
756	755 000	133 200
757	756 000	133 403
758	757 000	133 606
759	758 000	133 809
760	759 000	134 012
761	760 000	134 216
762	761 000	134 419
763	762 000	134 622
764	763 000	134 825
765	764 000	135 029
766	765 000	135 232
767	766 000	135 436
768	767 000	135 640
769	768 000	135 843
770	769 000	136 047
771	770 000	136 251
772	771 000	136 455
773	772 000	136 659
774	773 000	136 863
775	774 000	137 067
776	775 000	137 271
777	776 000	137 476
778	777 000	137 680
779	778 000	137 884
780	779 000	138 089
781	780 000	138 294
782	781 000	138 498
783	782 000	138 703
784	783 000	138 908
785	784 000	139 112
786	785 000	139 317
787	786 000	139 522
788	787 000	139 727
789	788 000	139 933
790	789 000	140 138
791	790 000	140 343
792	791 000	140 548
793	792 000	140 754
794	793 000	140 959
795	794 000	141 165
796	795 000	141 370
797	796 000	141 576
798	797 000	141 782
799	798 000	141 988
800	799 000	142 194
801	800 000	142 400
802	801 000	142 606
803	802 000	142 812
804	803 000	143 018
805	804 000	143 224
806	805 000	143 430
807	806 000	143 637
808	807 000	143 843
809	808 000	144 050
810	809 000	144 256
811	810 000	144 463
812	811 000	144 670
813	812 000	144 877
814	813 000	145 083
815	814 000	145 290
816	815 000	145 497
817	816 000	145 704
818	817 000	145 912
819	818 000	146 119
820	819 000	146 326
821	820 000	146 534
822	821 000	146 741
823	822 000	146 948
824	823 000	147 156
825	824 000	147 364
826	825 000	147 571

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
827	826 000	147 779
828	827 000	147 987
829	828 000	148 195
830	829 000	148 403
831	830 000	148 611
832	831 000	148 819
833	832 000	149 027
834	833 000	149 236
835	834 000	149 444
836	835 000	149 652
837	836 000	149 861
838	837 000	150 069
839	838 000	150 278
840	839 000	150 487
841	840 000	150 696
842	841 000	150 904
843	842 000	151 113
844	843 000	151 322
845	844 000	151 531
846	845 000	151 740
847	846 000	151 950
848	847 000	152 159
849	848 000	152 368
850	849 000	152 578
851	850 000	152 787
852	851 000	152 997
853	852 000	153 206
854	853 000	153 416
855	854 000	153 626
856	855 000	153 835
857	856 000	154 045
858	857 000	154 255
859	858 000	154 465
860	859 000	154 675
861	860 000	154 886
862	861 000	155 096
863	862 000	155 306
864	863 000	155 516
865	864 000	155 727
866	865 000	155 937
867	866 000	156 148
868	867 000	156 359
869	868 000	156 569
870	869 000	156 780
871	870 000	156 991
872	871 000	157 202
873	872 000	157 413
874	873 000	157 624
875	874 000	157 835
876	875 000	158 046
877	876 000	158 258
878	877 000	158 469
879	878 000	158 680
880	879 000	158 892
881	880 000	159 104
882	881 000	159 315
883	882 000	159 527
884	883 000	159 739
885	884 000	159 950
886	885 000	160 162
887	886 000	160 374
888	887 000	160 586
889	888 000	160 799
890	889 000	161 011
891	890 000	161 223
892	891 000	161 435
893	892 000	161 648
894	893 000	161 860
895	894 000	162 073
896	895 000	162 285
897	896 000	162 498
898	897 000	162 711
899	898 000	162 924
900	899 000	163 137
901	900 000	163 350
902	901 000	163 563
903	902 000	163 776
904	903 000	163 989
905	904 000	164 202
906	905 000	164 415
907	906 000	164 629
908	907 000	164 842
909	908 000	165 056
910	909 000	165 269
911	910 000	165 483
912	911 000	165 697
913	912 000	165 911
914	913 000	166 124
915	914 000	166 338
916	915 000	166 552
917	916 000	166 766
918	917 000	166 981
919	918 000	167 195
920	919 000	167 409
921	920 000	167 624
922	921 000	167 838
923	922 000	168 052
924	923 000	168 267
925	924 000	168 482
926	925 000	168 696
927	926 000	168 911
928	927 000	169 126
929	928 000	169 341
930	929 000	169 556
931	930 000	169 771
932	931 000	169 986
933	932 000	170 201
934	933 000	170 417
935	934 000	170 632
936	935 000	170 847
937	936 000	171 063
938	937 000	171 278
939	938 000	171 494
940	939 000	171 710
941	940 000	171 926
942	941 000	172 141
943	942 000	172 357
944	943 000	172 573

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
945	944 000	172 789
946	945 000	173 005
947	946 000	173 222
948	947 000	173 438
949	948 000	173 654
950	949 000	173 871
951	950 000	174 087
952	951 000	174 304
953	952 000	174 520
954	953 000	174 737
955	954 000	174 954
956	955 000	175 170
957	956 000	175 387
958	957 000	175 604
959	958 000	175 821
960	959 000	176 038
961	960 000	176 256
962	961 000	176 473
963	962 000	176 690
964	963 000	176 907
965	964 000	177 125
966	965 000	177 342
967	966 000	177 560
968	967 000	177 778
969	968 000	177 995
970	969 000	178 213
971	970 000	178 431
972	971 000	178 649
973	972 000	178 867
974	973 000	179 085
975	974 000	179 303
976	975 000	179 521
977	976 000	179 740
978	977 000	179 958
979	978 000	180 176
980	979 000	180 395
981	980 000	180 614
982	981 000	180 832
983	982 000	181 051
984	983 000	181 270
985	984 000	181 488
986	985 000	181 707
987	986 000	181 926
988	987 000	182 145
989	988 000	182 365
990	989 000	182 584
991	990 000	182 803
992	991 000	183 022
993	992 000	183 242
994	993 000	183 461
995	994 000	183 681
996	995 000	183 900
997	996 000	184 120
998	997 000	184 340
999	998 000	184 560
1 000	999 000	184 780
1 001	1 000 000	185 000
1 002	1 001 000	185 220
1 003	1 002 000	185 440
1 004	1 003 000	185 660
1 005	1 004 000	185 880
1 006	1 005 000	186 100
1 007	1 006 000	186 321
1 008	1 007 000	186 541
1 009	1 008 000	186 762
1 010	1 009 000	186 982
1 011	1 010 000	187 203
1 012	1 011 000	187 424
1 013	1 012 000	187 645
1 014	1 013 000	187 865
1 015	1 014 000	188 086
1 016	1 015 000	188 307
1 017	1 016 000	188 528
1 018	1 017 000	188 750
1 019	1 018 000	188 971
1 020	1 019 000	189 192
1 021	1 020 000	189 414
1 022	1 021 000	189 635
1 023	1 022 000	189 856
1 024	1 023 000	190 078
1 025	1 024 000	190 300
1 026	1 025 000	190 521
1 027	1 026 000	190 743
1 028	1 027 000	190 965
1 029	1 028 000	191 187
1 030	1 029 000	191 409
1 031	1 030 000	191 631
1 032	1 031 000	191 853
1 033	1 032 000	192 075
1 034	1 033 000	192 298
1 035	1 034 000	192 520
1 036	1 035 000	192 742
1 037	1 036 000	192 965
1 038	1 037 000	193 187
1 039	1 038 000	193 410
1 040	1 039 000	193 633
1 041	1 040 000	193 856
1 042	1 041 000	194 078
1 043	1 042 000	194 301
1 044	1 043 000	194 524
1 045	1 044 000	194 747
1 046	1 045 000	194 970
1 047	1 046 000	195 194
1 048	1 047 000	195 417
1 049	1 048 000	195 640
1 050	1 049 000	195 864
1 051	1 050 000	196 087
1 052	1 051 000	196 311
1 053	1 052 000	196 534
1 054	1 053 000	196 758
1 055	1 054 000	196 982
1 056	1 055 000	197 205
1 057	1 056 000	197 429
1 058	1 057 000	197 653
1 059	1 058 000	197 877
1 060	1 059 000	198 101
1 061	1 060 000	198 326
1 062	1 061 000	198 550

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 063	1 062 000	198 774
1 064	1 063 000	198 998
1 065	1 064 000	199 223
1 066	1 065 000	199 447
1 067	1 066 000	199 672
1 068	1 067 000	199 897
1 069	1 068 000	200 121
1 070	1 069 000	200 346
1 071	1 070 000	200 571
1 072	1 071 000	200 796
1 073	1 072 000	201 021
1 074	1 073 000	201 246
1 075	1 074 000	201 471
1 076	1 075 000	201 696
1 077	1 076 000	201 922
1 078	1 077 000	202 147
1 079	1 078 000	202 372
1 080	1 079 000	202 598
1 081	1 080 000	202 824
1 082	1 081 000	203 049
1 083	1 082 000	203 275
1 084	1 083 000	203 501
1 085	1 084 000	203 726
1 086	1 085 000	203 952
1 087	1 086 000	204 178
1 088	1 087 000	204 404
1 089	1 088 000	204 631
1 090	1 089 000	204 857
1 091	1 090 000	205 083
1 092	1 091 000	205 309
1 093	1 092 000	205 536
1 094	1 093 000	205 762
1 095	1 094 000	205 989
1 096	1 095 000	206 215
1 097	1 096 000	206 442
1 098	1 097 000	206 669
1 099	1 098 000	206 896
1 100	1 099 000	207 123
1 101	1 100 000	207 350
1 102	1 101 000	207 577
1 103	1 102 000	207 804
1 104	1 103 000	208 031
1 105	1 104 000	208 258
1 106	1 105 000	208 485
1 107	1 106 000	208 713
1 108	1 107 000	208 940
1 109	1 108 000	209 168
1 110	1 109 000	209 395
1 111	1 110 000	209 623
1 112	1 111 000	209 851
1 113	1 112 000	210 079
1 114	1 113 000	210 306
1 115	1 114 000	210 534
1 116	1 115 000	210 762
1 117	1 116 000	210 990
1 118	1 117 000	211 219
1 119	1 118 000	211 447
1 120	1 119 000	211 675
1 121	1 120 000	211 904
1 122	1 121 000	212 132
1 123	1 122 000	212 360
1 124	1 123 000	212 589
1 125	1 124 000	212 818
1 126	1 125 000	213 046
1 127	1 126 000	213 275
1 128	1 127 000	213 504
1 129	1 128 000	213 733
1 130	1 129 000	213 962
1 131	1 130 000	214 191
1 132	1 131 000	214 420
1 133	1 132 000	214 649
1 134	1 133 000	214 879
1 135	1 134 000	215 108
1 136	1 135 000	215 337
1 137	1 136 000	215 567
1 138	1 137 000	215 796
1 139	1 138 000	216 026
1 140	1 139 000	216 256
1 141	1 140 000	216 486
1 142	1 141 000	216 715
1 143	1 142 000	216 945
1 144	1 143 000	217 175
1 145	1 144 000	217 405
1 146	1 145 000	217 635
1 147	1 146 000	217 866
1 148	1 147 000	218 096
1 149	1 148 000	218 326
1 150	1 149 000	218 557
1 151	1 150 000	218 787
1 152	1 151 000	219 018
1 153	1 152 000	219 248
1 154	1 153 000	219 479
1 155	1 154 000	219 710
1 156	1 155 000	219 940
1 157	1 156 000	220 171
1 158	1 157 000	220 402
1 159	1 158 000	220 633
1 160	1 159 000	220 864
1 161	1 160 000	221 096
1 162	1 161 000	221 327
1 163	1 162 000	221 558
1 164	1 163 000	221 789
1 165	1 164 000	222 021
1 166	1 165 000	222 252
1 167	1 166 000	222 484
1 168	1 167 000	222 716
1 169	1 168 000	222 947
1 170	1 169 000	223 179
1 171	1 170 000	223 411
1 172	1 171 000	223 643
1 173	1 172 000	223 875
1 174	1 173 000	224 107
1 175	1 174 000	224 339
1 176	1 175 000	224 571
1 177	1 176 000	224 804
1 178	1 177 000	225 036
1 179	1 178 000	225 268
1 180	1 179 000	225 501

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 181	1 180 000	225 734
1 182	1 181 000	225 966
1 183	1 182 000	226 199
1 184	1 183 000	226 432
1 185	1 184 000	226 664
1 186	1 185 000	226 897
1 187	1 186 000	227 130
1 188	1 187 000	227 363
1 189	1 188 000	227 597
1 190	1 189 000	227 830
1 191	1 190 000	228 063
1 192	1 191 000	228 296
1 193	1 192 000	228 530
1 194	1 193 000	228 763
1 195	1 194 000	228 997
1 196	1 195 000	229 230
1 197	1 196 000	229 464
1 198	1 197 000	229 698
1 199	1 198 000	229 932
1 200	1 199 000	230 166
1 201	1 200 000	230 400
1 202	1 201 000	230 634
1 203	1 202 000	230 868
1 204	1 203 000	231 102
1 205	1 204 000	231 336
1 206	1 205 000	231 570
1 207	1 206 000	231 805
1 208	1 207 000	232 039
1 209	1 208 000	232 274
1 210	1 209 000	232 508
1 211	1 210 000	232 743
1 212	1 211 000	232 978
1 213	1 212 000	233 213
1 214	1 213 000	233 447
1 215	1 214 000	233 682
1 216	1 215 000	233 917
1 217	1 216 000	234 152
1 218	1 217 000	234 388
1 219	1 218 000	234 623
1 220	1 219 000	234 858
1 221	1 220 000	235 094
1 222	1 221 000	235 329
1 223	1 222 000	235 564
1 224	1 223 000	235 800
1 225	1 224 000	236 036
1 226	1 225 000	236 271
1 227	1 226 000	236 507
1 228	1 227 000	236 743
1 229	1 228 000	236 979
1 230	1 229 000	237 215
1 231	1 230 000	237 451
1 232	1 231 000	237 687
1 233	1 232 000	237 923
1 234	1 233 000	238 160
1 235	1 234 000	238 396
1 236	1 235 000	238 632
1 237	1 236 000	238 869
1 238	1 237 000	239 105
1 239	1 238 000	239 342
1 240	1 239 000	239 579
1 241	1 240 000	239 816
1 242	1 241 000	240 052
1 243	1 242 000	240 289
1 244	1 243 000	240 526
1 245	1 244 000	240 763
1 246	1 245 000	241 000
1 247	1 246 000	241 238
1 248	1 247 000	241 475
1 249	1 248 000	241 712
1 250	1 249 000	241 950
1 251	1 250 000	242 187
1 252	1 251 000	242 425
1 253	1 252 000	242 662
1 254	1 253 000	242 900
1 255	1 254 000	243 138
1 256	1 255 000	243 375
1 257	1 256 000	243 613
1 258	1 257 000	243 851
1 259	1 258 000	244 089
1 260	1 259 000	244 327
1 261	1 260 000	244 566
1 262	1 261 000	244 804
1 263	1 262 000	245 042
1 264	1 263 000	245 280
1 265	1 264 000	245 519
1 266	1 265 000	245 757
1 267	1 266 000	245 996
1 268	1 267 000	246 235
1 269	1 268 000	246 473
1 270	1 269 000	246 712
1 271	1 270 000	246 951
1 272	1 271 000	247 190
1 273	1 272 000	247 429
1 274	1 273 000	247 668
1 275	1 274 000	247 907
1 276	1 275 000	248 146
1 277	1 276 000	248 386
1 278	1 277 000	248 625
1 279	1 278 000	248 864
1 280	1 279 000	249 104
1 281	1 280 000	249 344
1 282	1 281 000	249 583
1 283	1 282 000	249 823
1 284	1 283 000	250 063
1 285	1 284 000	250 302
1 286	1 285 000	250 542
1 287	1 286 000	250 782
1 288	1 287 000	251 022
1 289	1 288 000	251 263
1 290	1 289 000	251 503
1 291	1 290 000	251 743
1 292	1 291 000	251 983
1 293	1 292 000	252 224
1 294	1 293 000	252 464
1 295	1 294 000	252 705
1 296	1 295 000	252 945
1 297	1 296 000	253 186
1 298	1 297 000	253 427

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 299	1 298 000	253 668
1 300	1 299 000	253 909
1 301	1 300 000	254 150
1 302	1 301 000	254 391
1 303	1 302 000	254 632
1 304	1 303 000	254 873
1 305	1 304 000	255 114
1 306	1 305 000	255 355
1 307	1 306 000	255 597
1 308	1 307 000	255 838
1 309	1 308 000	256 080
1 310	1 309 000	256 321
1 311	1 310 000	256 563
1 312	1 311 000	256 805
1 313	1 312 000	257 047
1 314	1 313 000	257 288
1 315	1 314 000	257 530
1 316	1 315 000	257 772
1 317	1 316 000	258 014
1 318	1 317 000	258 257
1 319	1 318 000	258 499
1 320	1 319 000	258 741
1 321	1 320 000	258 984
1 322	1 321 000	259 226
1 323	1 322 000	259 468
1 324	1 323 000	259 711
1 325	1 324 000	259 954
1 326	1 325 000	260 196
1 327	1 326 000	260 439
1 328	1 327 000	260 682
1 329	1 328 000	260 925
1 330	1 329 000	261 168
1 331	1 330 000	261 411
1 332	1 331 000	261 654
1 333	1 332 000	261 897
1 334	1 333 000	262 141
1 335	1 334 000	262 384
1 336	1 335 000	262 627
1 337	1 336 000	262 871
1 338	1 337 000	263 114
1 339	1 338 000	263 358
1 340	1 339 000	263 602
1 341	1 340 000	263 846
1 342	1 341 000	264 089
1 343	1 342 000	264 333
1 344	1 343 000	264 577
1 345	1 344 000	264 821
1 346	1 345 000	265 065
1 347	1 346 000	265 310
1 348	1 347 000	265 554
1 349	1 348 000	265 798
1 350	1 349 000	266 043
1 351	1 350 000	266 287
1 352	1 351 000	266 532
1 353	1 352 000	266 776
1 354	1 353 000	267 021
1 355	1 354 000	267 266
1 356	1 355 000	267 510
1 357	1 356 000	267 755
1 358	1 357 000	268 000
1 359	1 358 000	268 245
1 360	1 359 000	268 490
1 361	1 360 000	268 736
1 362	1 361 000	268 981
1 363	1 362 000	269 226
1 364	1 363 000	269 471
1 365	1 364 000	269 717
1 366	1 365 000	269 962
1 367	1 366 000	270 208
1 368	1 367 000	270 454
1 369	1 368 000	270 699
1 370	1 369 000	270 945
1 371	1 370 000	271 191
1 372	1 371 000	271 437
1 373	1 372 000	271 683
1 374	1 373 000	271 929
1 375	1 374 000	272 175
1 376	1 375 000	272 421
1 377	1 376 000	272 668
1 378	1 377 000	272 914
1 379	1 378 000	273 160
1 380	1 379 000	273 407
1 381	1 380 000	273 654
1 382	1 381 000	273 900
1 383	1 382 000	274 147
1 384	1 383 000	274 394
1 385	1 384 000	274 640
1 386	1 385 000	274 887
1 387	1 386 000	275 134
1 388	1 387 000	275 381
1 389	1 388 000	275 629
1 390	1 389 000	275 876
1 391	1 390 000	276 123
1 392	1 391 000	276 370
1 393	1 392 000	276 618
1 394	1 393 000	276 865
1 395	1 394 000	277 113
1 396	1 395 000	277 360
1 397	1 396 000	277 608
1 398	1 397 000	277 856
1 399	1 398 000	278 104
1 400	1 399 000	278 352
1 401	1 400 000	278 600
1 402	1 401 000	278 848
1 403	1 402 000	279 096
1 404	1 403 000	279 344
1 405	1 404 000	279 592
1 406	1 405 000	279 840
1 407	1 406 000	280 089
1 408	1 407 000	280 337
1 409	1 408 000	280 586
1 410	1 409 000	280 834
1 411	1 410 000	281 083
1 412	1 411 000	281 332
1 413	1 412 000	281 581
1 414	1 413 000	281 829
1 415	1 414 000	282 078
1 416	1 415 000	282 327

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 417	1 416 000	282 576	1 476	1 475 000	297 396
1 418	1 417 000	282 826	1 477	1 476 000	297 650
1 419	1 418 000	283 075	1 478	1 477 000	297 903
1 420	1 419 000	283 324	1 479	1 478 000	298 156
1 421	1 420 000	283 574	1 480	1 479 000	298 410
1 422	1 421 000	283 823	1 481	1 480 000	298 664
1 423	1 422 000	284 072	1 482	1 481 000	298 917
1 424	1 423 000	284 322	1 483	1 482 000	299 171
1 425	1 424 000	284 572	1 484	1 483 000	299 425
1 426	1 425 000	284 821	1 485	1 484 000	299 678
1 427	1 426 000	285 071	1 486	1 485 000	299 932
1 428	1 427 000	285 321	1 487	1 486 000	300 186
1 429	1 428 000	285 571	1 488	1 487 000	300 440
1 430	1 429 000	285 821	1 489	1 488 000	300 695
1 431	1 430 000	286 071	1 490	1 489 000	300 949
1 432	1 431 000	286 321	1 491	1 490 000	301 203
1 433	1 432 000	286 571	1 492	1 491 000	301 457
1 434	1 433 000	286 822	1 493	1 492 000	301 712
1 435	1 434 000	287 072	1 494	1 493 000	301 966
1 436	1 435 000	287 322	1 495	1 494 000	302 221
1 437	1 436 000	287 573	1 496	1 495 000	302 475
1 438	1 437 000	287 823	1 497	1 496 000	302 730
1 439	1 438 000	288 074	1 498	1 497 000	302 985
1 440	1 439 000	288 325	1 499	1 498 000	303 240
1 441	1 440 000	288 576	1 500	1 499 000	303 495
1 442	1 441 000	288 826	1 501	1 500 000	303 750
1 443	1 442 000	289 077	1 502	1 501 000	304 005
1 444	1 443 000	289 328	1 503	1 502 000	304 260
1 445	1 444 000	289 579	1 504	1 503 000	304 515
1 446	1 445 000	289 830	1 505	1 504 000	304 770
1 447	1 446 000	290 082	1 506	1 505 000	305 025
1 448	1 447 000	290 333	1 507	1 506 000	305 281
1 449	1 448 000	290 584	1 508	1 507 000	305 536
1 450	1 449 000	290 836	1 509	1 508 000	305 792
1 451	1 450 000	291 087	1 510	1 509 000	306 047
1 452	1 451 000	291 339	1 511	1 510 000	306 303
1 453	1 452 000	291 590	1 512	1 511 000	306 559
1 454	1 453 000	291 842	1 513	1 512 000	306 815
1 455	1 454 000	292 094	1 514	1 513 000	307 070
1 456	1 455 000	292 345	1 515	1 514 000	307 326
1 457	1 456 000	292 597	1 516	1 515 000	307 582
1 458	1 457 000	292 849	1 517	1 516 000	307 838
1 459	1 458 000	293 101	1 518	1 517 000	308 095
1 460	1 459 000	293 353	1 519	1 518 000	308 351
1 461	1 460 000	293 606	1 520	1 519 000	308 607
1 462	1 461 000	293 858	1 521	1 520 000	308 864
1 463	1 462 000	294 110	1 522	1 521 000	309 120
1 464	1 463 000	294 362	1 523	1 522 000	309 376
1 465	1 464 000	294 615	1 524	1 523 000	309 633
1 466	1 465 000	294 867	1 525	1 524 000	309 890
1 467	1 466 000	295 120	1 526	1 525 000	310 146
1 468	1 467 000	295 373	1 527	1 526 000	310 403
1 469	1 468 000	295 625	1 528	1 527 000	310 660
1 470	1 469 000	295 878	1 529	1 528 000	310 917
1 471	1 470 000	296 131	1 530	1 529 000	311 174
1 472	1 471 000	296 384	1 531	1 530 000	311 431
1 473	1 472 000	296 637	1 532	1 531 000	311 688
1 474	1 473 000	296 890	1 533	1 532 000	311 945
1 475	1 474 000	297 143	1 534	1 533 000	312 203

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 535	1 534 000	312 460
1 536	1 535 000	312 717
1 537	1 536 000	312 975
1 538	1 537 000	313 232
1 539	1 538 000	313 490
1 540	1 539 000	313 748
1 541	1 540 000	314 006
1 542	1 541 000	314 263
1 543	1 542 000	314 521
1 544	1 543 000	314 779
1 545	1 544 000	315 037
1 546	1 545 000	315 295
1 547	1 546 000	315 554
1 548	1 547 000	315 812
1 549	1 548 000	316 070
1 550	1 549 000	316 329
1 551	1 550 000	316 587
1 552	1 551 000	316 846
1 553	1 552 000	317 104
1 554	1 553 000	317 363
1 555	1 554 000	317 622
1 556	1 555 000	317 880
1 557	1 556 000	318 139
1 558	1 557 000	318 398
1 559	1 558 000	318 657
1 560	1 559 000	318 916
1 561	1 560 000	319 176
1 562	1 561 000	319 435
1 563	1 562 000	319 694
1 564	1 563 000	319 953
1 565	1 564 000	320 213
1 566	1 565 000	320 472
1 567	1 566 000	320 732
1 568	1 567 000	320 992
1 569	1 568 000	321 251
1 570	1 569 000	321 511
1 571	1 570 000	321 771
1 572	1 571 000	322 031
1 573	1 572 000	322 291
1 574	1 573 000	322 551
1 575	1 574 000	322 811
1 576	1 575 000	323 071
1 577	1 576 000	323 332
1 578	1 577 000	323 592
1 579	1 578 000	323 852
1 580	1 579 000	324 113
1 581	1 580 000	324 374
1 582	1 581 000	324 634
1 583	1 582 000	324 895
1 584	1 583 000	325 156
1 585	1 584 000	325 416
1 586	1 585 000	325 677
1 587	1 586 000	325 938
1 588	1 587 000	326 199
1 589	1 588 000	326 461
1 590	1 589 000	326 722
1 591	1 590 000	326 983
1 592	1 591 000	327 244
1 593	1 592 000	327 506
1 594	1 593 000	327 767
1 595	1 594 000	328 029
1 596	1 595 000	328 290
1 597	1 596 000	328 552
1 598	1 597 000	328 814
1 599	1 598 000	329 076
1 600	1 599 000	329 338
1 601	1 600 000	329 600
1 602	1 601 000	329 862
1 603	1 602 000	330 124
1 604	1 603 000	330 386
1 605	1 604 000	330 648
1 606	1 605 000	330 910
1 607	1 606 000	331 173
1 608	1 607 000	331 435
1 609	1 608 000	331 698
1 610	1 609 000	331 960
1 611	1 610 000	332 223
1 612	1 611 000	332 486
1 613	1 612 000	332 749
1 614	1 613 000	333 011
1 615	1 614 000	333 274
1 616	1 615 000	333 537
1 617	1 616 000	333 800
1 618	1 617 000	334 064
1 619	1 618 000	334 327
1 620	1 619 000	334 590
1 621	1 620 000	334 854
1 622	1 621 000	335 117
1 623	1 622 000	335 380
1 624	1 623 000	335 644
1 625	1 624 000	335 908
1 626	1 625 000	336 171
1 627	1 626 000	336 435
1 628	1 627 000	336 699
1 629	1 628 000	336 963
1 630	1 629 000	337 227
1 631	1 630 000	337 491
1 632	1 631 000	337 755
1 633	1 632 000	338 019
1 634	1 633 000	338 284
1 635	1 634 000	338 548
1 636	1 635 000	338 812
1 637	1 636 000	339 077
1 638	1 637 000	339 341
1 639	1 638 000	339 606
1 640	1 639 000	339 871
1 641	1 640 000	340 136
1 642	1 641 000	340 400
1 643	1 642 000	340 665
1 644	1 643 000	340 930
1 645	1 644 000	341 195
1 646	1 645 000	341 460
1 647	1 646 000	341 726
1 648	1 647 000	341 991
1 649	1 648 000	342 256
1 650	1 649 000	342 522
1 651	1 650 000	342 787
1 652	1 651 000	343 053

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 653	1 652 000	343 318
1 654	1 653 000	343 584
1 655	1 654 000	343 850
1 656	1 655 000	344 115
1 657	1 656 000	344 381
1 658	1 657 000	344 647
1 659	1 658 000	344 913
1 660	1 659 000	345 179
1 661	1 660 000	345 446
1 662	1 661 000	345 712
1 663	1 662 000	345 978
1 664	1 663 000	346 244
1 665	1 664 000	346 511
1 666	1 665 000	346 777
1 667	1 666 000	347 044
1 668	1 667 000	347 311
1 669	1 668 000	347 577
1 670	1 669 000	347 844
1 671	1 670 000	348 111
1 672	1 671 000	348 378
1 673	1 672 000	348 645
1 674	1 673 000	348 912
1 675	1 674 000	349 179
1 676	1 675 000	349 446
1 677	1 676 000	349 714
1 678	1 677 000	349 981
1 679	1 678 000	350 248
1 680	1 679 000	350 516
1 681	1 680 000	350 784
1 682	1 681 000	351 051
1 683	1 682 000	351 319
1 684	1 683 000	351 587
1 685	1 684 000	351 854
1 686	1 685 000	352 122
1 687	1 686 000	352 390
1 688	1 687 000	352 658
1 689	1 688 000	352 927
1 690	1 689 000	353 195
1 691	1 690 000	353 463
1 692	1 691 000	353 731
1 693	1 692 000	354 000
1 694	1 693 000	354 268
1 695	1 694 000	354 537
1 696	1 695 000	354 805
1 697	1 696 000	355 074
1 698	1 697 000	355 343
1 699	1 698 000	355 612
1 700	1 699 000	355 881
1 701	1 700 000	356 150
1 702	1 701 000	356 419
1 703	1 702 000	356 688
1 704	1 703 000	356 957
1 705	1 704 000	357 226
1 706	1 705 000	357 495
1 707	1 706 000	357 765
1 708	1 707 000	358 034
1 709	1 708 000	358 304
1 710	1 709 000	358 573
1 711	1 710 000	358 843
1 712	1 711 000	359 113
1 713	1 712 000	359 383
1 714	1 713 000	359 652
1 715	1 714 000	359 922
1 716	1 715 000	360 192
1 717	1 716 000	360 462
1 718	1 717 000	360 733
1 719	1 718 000	361 003
1 720	1 719 000	361 273
1 721	1 720 000	361 544
1 722	1 721 000	361 814
1 723	1 722 000	362 084
1 724	1 723 000	362 355
1 725	1 724 000	362 626
1 726	1 725 000	362 896
1 727	1 726 000	363 167
1 728	1 727 000	363 438
1 729	1 728 000	363 709
1 730	1 729 000	363 980
1 731	1 730 000	364 251
1 732	1 731 000	364 522
1 733	1 732 000	364 793
1 734	1 733 000	365 065
1 735	1 734 000	365 336
1 736	1 735 000	365 607
1 737	1 736 000	365 879
1 738	1 737 000	366 150
1 739	1 738 000	366 422
1 740	1 739 000	366 694
1 741	1 740 000	366 966
1 742	1 741 000	367 237
1 743	1 742 000	367 509
1 744	1 743 000	367 781
1 745	1 744 000	368 053
1 746	1 745 000	368 325
1 747	1 746 000	368 598
1 748	1 747 000	368 870
1 749	1 748 000	369 142
1 750	1 749 000	369 415
1 751	1 750 000	369 687
1 752	1 751 000	369 960
1 753	1 752 000	370 232
1 754	1 753 000	370 505
1 755	1 754 000	370 778
1 756	1 755 000	371 050
1 757	1 756 000	371 323
1 758	1 757 000	371 596
1 759	1 758 000	371 869
1 760	1 759 000	372 142
1 761	1 760 000	372 416
1 762	1 761 000	372 689
1 763	1 762 000	372 962
1 764	1 763 000	373 235
1 765	1 764 000	373 509
1 766	1 765 000	373 782
1 767	1 766 000	374 056
1 768	1 767 000	374 330
1 769	1 768 000	374 603
1 770	1 769 000	374 877

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 771	1 770 000	375 151	1 830	1 829 000	391 433
1 772	1 771 000	375 425	1 831	1 830 000	391 711
1 773	1 772 000	375 699	1 832	1 831 000	391 989
1 774	1 773 000	375 973	1 833	1 832 000	392 267
1 775	1 774 000	376 247	1 834	1 833 000	392 546
1 776	1 775 000	376 521	1 835	1 834 000	392 824
1 777	1 776 000	376 796	1 836	1 835 000	393 102
1 778	1 777 000	377 070	1 837	1 836 000	393 381
1 779	1 778 000	377 344	1 838	1 837 000	393 659
1 780	1 779 000	377 619	1 839	1 838 000	393 938
1 781	1 780 000	377 894	1 840	1 839 000	394 217
1 782	1 781 000	378 168	1 841	1 840 000	394 496
1 783	1 782 000	378 443	1 842	1 841 000	394 774
1 784	1 783 000	378 718	1 843	1 842 000	395 053
1 785	1 784 000	378 992	1 844	1 843 000	395 332
1 786	1 785 000	379 267	1 845	1 844 000	395 611
1 787	1 786 000	379 542	1 846	1 845 000	395 890
1 788	1 787 000	379 817	1 847	1 846 000	396 170
1 789	1 788 000	380 093	1 848	1 847 000	396 449
1 790	1 789 000	380 368	1 849	1 848 000	396 728
1 791	1 790 000	380 643	1 850	1 849 000	397 008
1 792	1 791 000	380 918	1 851	1 850 000	397 287
1 793	1 792 000	381 194	1 852	1 851 000	397 567
1 794	1 793 000	381 469	1 853	1 852 000	397 846
1 795	1 794 000	381 745	1 854	1 853 000	398 126
1 796	1 795 000	382 020	1 855	1 854 000	398 406
1 797	1 796 000	382 296	1 856	1 855 000	398 685
1 798	1 797 000	382 572	1 857	1 856 000	398 965
1 799	1 798 000	382 848	1 858	1 857 000	399 245
1 800	1 799 000	383 124	1 859	1 858 000	399 525
1 801	1 800 000	383 400	1 860	1 859 000	399 805
1 802	1 801 000	383 676	1 861	1 860 000	400 086
1 803	1 802 000	383 952	1 862	1 861 000	400 366
1 804	1 803 000	384 228	1 863	1 862 000	400 646
1 805	1 804 000	384 504	1 864	1 863 000	400 926
1 806	1 805 000	384 780	1 865	1 864 000	401 207
1 807	1 806 000	385 057	1 866	1 865 000	401 487
1 808	1 807 000	385 333	1 867	1 866 000	401 768
1 809	1 808 000	385 610	1 868	1 867 000	402 049
1 810	1 809 000	385 886	1 869	1 868 000	402 329
1 811	1 810 000	386 163	1 870	1 869 000	402 610
1 812	1 811 000	386 440	1 871	1 870 000	402 891
1 813	1 812 000	386 717	1 872	1 871 000	403 172
1 814	1 813 000	386 993	1 873	1 872 000	403 453
1 815	1 814 000	387 270	1 874	1 873 000	403 734
1 816	1 815 000	387 547	1 875	1 874 000	404 015
1 817	1 816 000	387 824	1 876	1 875 000	404 296
1 818	1 817 000	388 102	1 877	1 876 000	404 578
1 819	1 818 000	388 379	1 878	1 877 000	404 859
1 820	1 819 000	388 656	1 879	1 878 000	405 140
1 821	1 820 000	388 934	1 880	1 879 000	405 422
1 822	1 821 000	389 211	1 881	1 880 000	405 704
1 823	1 822 000	389 488	1 882	1 881 000	405 985
1 824	1 823 000	389 766	1 883	1 882 000	406 267
1 825	1 824 000	390 044	1 884	1 883 000	406 549
1 826	1 825 000	390 321	1 885	1 884 000	406 830
1 827	1 826 000	390 599	1 886	1 885 000	407 112
1 828	1 827 000	390 877	1 887	1 886 000	407 394
1 829	1 828 000	391 155	1 888	1 887 000	407 676

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 889	1 888 000	407 959
1 890	1 889 000	408 241
1 891	1 890 000	408 523
1 892	1 891 000	408 805
1 893	1 892 000	409 088
1 894	1 893 000	409 370
1 895	1 894 000	409 653
1 896	1 895 000	409 935
1 897	1 896 000	410 218
1 898	1 897 000	410 501
1 899	1 898 000	410 784
1 900	1 899 000	411 067
1 901	1 900 000	411 350
1 902	1 901 000	411 633
1 903	1 902 000	411 916
1 904	1 903 000	412 199
1 905	1 904 000	412 482
1 906	1 905 000	412 765
1 907	1 906 000	413 049
1 908	1 907 000	413 332
1 909	1 908 000	413 616
1 910	1 909 000	413 899
1 911	1 910 000	414 183
1 912	1 911 000	414 467
1 913	1 912 000	414 751
1 914	1 913 000	415 034
1 915	1 914 000	415 318
1 916	1 915 000	415 602
1 917	1 916 000	415 886
1 918	1 917 000	416 171
1 919	1 918 000	416 455
1 920	1 919 000	416 739
1 921	1 920 000	417 024
1 922	1 921 000	417 308
1 923	1 922 000	417 592
1 924	1 923 000	417 877
1 925	1 924 000	418 162
1 926	1 925 000	418 446
1 927	1 926 000	418 731
1 928	1 927 000	419 016
1 929	1 928 000	419 301
1 930	1 929 000	419 586
1 931	1 930 000	419 871
1 932	1 931 000	420 156
1 933	1 932 000	420 441
1 934	1 933 000	420 727
1 935	1 934 000	421 012
1 936	1 935 000	421 297
1 937	1 936 000	421 583
1 938	1 937 000	421 868
1 939	1 938 000	422 154
1 940	1 939 000	422 440
1 941	1 940 000	422 726
1 942	1 941 000	423 011
1 943	1 942 000	423 297
1 944	1 943 000	423 583
1 945	1 944 000	423 869
1 946	1 945 000	424 155
1 947	1 946 000	424 442
1 948	1 947 000	424 728
1 949	1 948 000	425 014
1 950	1 949 000	425 301
1 951	1 950 000	425 587
1 952	1 951 000	425 874
1 953	1 952 000	426 160
1 954	1 953 000	426 447
1 955	1 954 000	426 734
1 956	1 955 000	427 020
1 957	1 956 000	427 307
1 958	1 957 000	427 594
1 959	1 958 000	427 881
1 960	1 959 000	428 168
1 961	1 960 000	428 456
1 962	1 961 000	428 743
1 963	1 962 000	429 030
1 964	1 963 000	429 317
1 965	1 964 000	429 605
1 966	1 965 000	429 892
1 967	1 966 000	430 180
1 968	1 967 000	430 468
1 969	1 968 000	430 755
1 970	1 969 000	431 043
1 971	1 970 000	431 331
1 972	1 971 000	431 619
1 973	1 972 000	431 907
1 974	1 973 000	432 195
1 975	1 974 000	432 483
1 976	1 975 000	432 771
1 977	1 976 000	433 060
1 978	1 977 000	433 348
1 979	1 978 000	433 636
1 980	1 979 000	433 925
1 981	1 980 000	434 214
1 982	1 981 000	434 502
1 983	1 982 000	434 791
1 984	1 983 000	435 080
1 985	1 984 000	435 368
1 986	1 985 000	435 657
1 987	1 986 000	435 946
1 988	1 987 000	436 235
1 989	1 988 000	436 525
1 990	1 989 000	436 814
1 991	1 990 000	437 103
1 992	1 991 000	437 392
1 993	1 992 000	437 682
1 994	1 993 000	437 971
1 995	1 994 000	438 261
1 996	1 995 000	438 550
1 997	1 996 000	438 840
1 998	1 997 000	439 130
1 999	1 998 000	439 420
2 000	1 999 000	439 710
2 001	2 000 000	440 000
2 002	2 001 000	440 290
2 003	2 002 000	440 580
2 004	2 003 000	440 870
2 005	2 004 000	441 160
2 006	2 005 000	441 450

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 007	2 006 000	441 741
2 008	2 007 000	442 031
2 009	2 008 000	442 322
2 010	2 009 000	442 612
2 011	2 010 000	442 903
2 012	2 011 000	443 194
2 013	2 012 000	443 485
2 014	2 013 000	443 775
2 015	2 014 000	444 066
2 016	2 015 000	444 357
2 017	2 016 000	444 648
2 018	2 017 000	444 940
2 019	2 018 000	445 231
2 020	2 019 000	445 522
2 021	2 020 000	445 814
2 022	2 021 000	446 105
2 023	2 022 000	446 396
2 024	2 023 000	446 688
2 025	2 024 000	446 980
2 026	2 025 000	447 271
2 027	2 026 000	447 563
2 028	2 027 000	447 855
2 029	2 028 000	448 147
2 030	2 029 000	448 439
2 031	2 030 000	448 731
2 032	2 031 000	449 023
2 033	2 032 000	449 315
2 034	2 033 000	449 608
2 035	2 034 000	449 900
2 036	2 035 000	450 192
2 037	2 036 000	450 485
2 038	2 037 000	450 777
2 039	2 038 000	451 070
2 040	2 039 000	451 363
2 041	2 040 000	451 656
2 042	2 041 000	451 948
2 043	2 042 000	452 241
2 044	2 043 000	452 534
2 045	2 044 000	452 827
2 046	2 045 000	453 120
2 047	2 046 000	453 414
2 048	2 047 000	453 707
2 049	2 048 000	454 000
2 050	2 049 000	454 294
2 051	2 050 000	454 587
2 052	2 051 000	454 881
2 053	2 052 000	455 174
2 054	2 053 000	455 468
2 055	2 054 000	455 762
2 056	2 055 000	456 055
2 057	2 056 000	456 349
2 058	2 057 000	456 643
2 059	2 058 000	456 937
2 060	2 059 000	457 231
2 061	2 060 000	457 526
2 062	2 061 000	457 820
2 063	2 062 000	458 114
2 064	2 063 000	458 408
2 065	2 064 000	458 703
2 066	2 065 000	458 997
2 067	2 066 000	459 292
2 068	2 067 000	459 587
2 069	2 068 000	459 881
2 070	2 069 000	460 176
2 071	2 070 000	460 471
2 072	2 071 000	460 766
2 073	2 072 000	461 061
2 074	2 073 000	461 356
2 075	2 074 000	461 651
2 076	2 075 000	461 946
2 077	2 076 000	462 242
2 078	2 077 000	462 537
2 079	2 078 000	462 832
2 080	2 079 000	463 128
2 081	2 080 000	463 424
2 082	2 081 000	463 719
2 083	2 082 000	464 015
2 084	2 083 000	464 311
2 085	2 084 000	464 606
2 086	2 085 000	464 902
2 087	2 086 000	465 198
2 088	2 087 000	465 494
2 089	2 088 000	465 791
2 090	2 089 000	466 087
2 091	2 090 000	466 383
2 092	2 091 000	466 679
2 093	2 092 000	466 976
2 094	2 093 000	467 272
2 095	2 094 000	467 569
2 096	2 095 000	467 865
2 097	2 096 000	468 162
2 098	2 097 000	468 459
2 099	2 098 000	468 756
2 100	2 099 000	469 053
2 101	2 100 000	469 350
2 102	2 101 000	469 647
2 103	2 102 000	469 944
2 104	2 103 000	470 241
2 105	2 104 000	470 538
2 106	2 105 000	470 835
2 107	2 106 000	471 133
2 108	2 107 000	471 430
2 109	2 108 000	471 728
2 110	2 109 000	472 025
2 111	2 110 000	472 323
2 112	2 111 000	472 621
2 113	2 112 000	472 919
2 114	2 113 000	473 216
2 115	2 114 000	473 514
2 116	2 115 000	473 812
2 117	2 116 000	474 110
2 118	2 117 000	474 409
2 119	2 118 000	474 707
2 120	2 119 000	475 005
2 121	2 120 000	475 304
2 122	2 121 000	475 602
2 123	2 122 000	475 900
2 124	2 123 000	476 199

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 125	2 124 000	476 498
2 126	2 125 000	476 796
2 127	2 126 000	477 095
2 128	2 127 000	477 394
2 129	2 128 000	477 693
2 130	2 129 000	477 992
2 131	2 130 000	478 291
2 132	2 131 000	478 590
2 133	2 132 000	478 889
2 134	2 133 000	479 189
2 135	2 134 000	479 488
2 136	2 135 000	479 787
2 137	2 136 000	480 087
2 138	2 137 000	480 386
2 139	2 138 000	480 686
2 140	2 139 000	480 986
2 141	2 140 000	481 286
2 142	2 141 000	481 585
2 143	2 142 000	481 885
2 144	2 143 000	482 185
2 145	2 144 000	482 485
2 146	2 145 000	482 785
2 147	2 146 000	483 086
2 148	2 147 000	483 386
2 149	2 148 000	483 686
2 150	2 149 000	483 987
2 151	2 150 000	484 287
2 152	2 151 000	484 588
2 153	2 152 000	484 888
2 154	2 153 000	485 189
2 155	2 154 000	485 490
2 156	2 155 000	485 790
2 157	2 156 000	486 091
2 158	2 157 000	486 392
2 159	2 158 000	486 693
2 160	2 159 000	486 994
2 161	2 160 000	487 296
2 162	2 161 000	487 597
2 163	2 162 000	487 898
2 164	2 163 000	488 199
2 165	2 164 000	488 501
2 166	2 165 000	488 802
2 167	2 166 000	489 104
2 168	2 167 000	489 406
2 169	2 168 000	489 707
2 170	2 169 000	490 009
2 171	2 170 000	490 311
2 172	2 171 000	490 613
2 173	2 172 000	490 915
2 174	2 173 000	491 217
2 175	2 174 000	491 519
2 176	2 175 000	491 821
2 177	2 176 000	492 124
2 178	2 177 000	492 426
2 179	2 178 000	492 728
2 180	2 179 000	493 031
2 181	2 180 000	493 334
2 182	2 181 000	493 636
2 183	2 182 000	493 939
2 184	2 183 000	494 242
2 185	2 184 000	494 544
2 186	2 185 000	494 847
2 187	2 186 000	495 150
2 188	2 187 000	495 453
2 189	2 188 000	495 757
2 190	2 189 000	496 060
2 191	2 190 000	496 363
2 192	2 191 000	496 666
2 193	2 192 000	496 970
2 194	2 193 000	497 273
2 195	2 194 000	497 577
2 196	2 195 000	497 880
2 197	2 196 000	498 184
2 198	2 197 000	498 488
2 199	2 198 000	498 792
2 200	2 199 000	499 096
2 201	2 200 000	499 400
2 202	2 201 000	499 704
2 203	2 202 000	500 008
2 204	2 203 000	500 312
2 205	2 204 000	500 616
2 206	2 205 000	500 920
2 207	2 206 000	501 225
2 208	2 207 000	501 529
2 209	2 208 000	501 834
2 210	2 209 000	502 138
2 211	2 210 000	502 443
2 212	2 211 000	502 748
2 213	2 212 000	503 053
2 214	2 213 000	503 357
2 215	2 214 000	503 662
2 216	2 215 000	503 967
2 217	2 216 000	504 272
2 218	2 217 000	504 578
2 219	2 218 000	504 883
2 220	2 219 000	505 188
2 221	2 220 000	505 494
2 222	2 221 000	505 799
2 223	2 222 000	506 104
2 224	2 223 000	506 410
2 225	2 224 000	506 716
2 226	2 225 000	507 021
2 227	2 226 000	507 327
2 228	2 227 000	507 633
2 229	2 228 000	507 939
2 230	2 229 000	508 245
2 231	2 230 000	508 551
2 232	2 231 000	508 857
2 233	2 232 000	509 163
2 234	2 233 000	509 470
2 235	2 234 000	509 776
2 236	2 235 000	510 082
2 237	2 236 000	510 389
2 238	2 237 000	510 695
2 239	2 238 000	511 002
2 240	2 239 000	511 309
2 241	2 240 000	511 616
2 242	2 241 000	511 922

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 243	2 242 000	512 229	2 302	2 301 000	530 461
2 244	2 243 000	512 536	2 303	2 302 000	530 772
2 245	2 244 000	512 843	2 304	2 303 000	531 083
2 246	2 245 000	513 150	2 305	2 304 000	531 394
2 247	2 246 000	513 458	2 306	2 305 000	531 705
2 248	2 247 000	513 765	2 307	2 306 000	532 017
2 249	2 248 000	514 072	2 308	2 307 000	532 328
2 250	2 249 000	514 380	2 309	2 308 000	532 640
2 251	2 250 000	514 687	2 310	2 309 000	532 951
2 252	2 251 000	514 995	2 311	2 310 000	533 263
2 253	2 252 000	515 302	2 312	2 311 000	533 575
2 254	2 253 000	515 610	2 313	2 312 000	533 887
2 255	2 254 000	515 918	2 314	2 313 000	534 198
2 256	2 255 000	516 225	2 315	2 314 000	534 510
2 257	2 256 000	516 533	2 316	2 315 000	534 822
2 258	2 257 000	516 841	2 317	2 316 000	535 134
2 259	2 258 000	517 149	2 318	2 317 000	535 447
2 260	2 259 000	517 457	2 319	2 318 000	535 759
2 261	2 260 000	517 766	2 320	2 319 000	536 071
2 262	2 261 000	518 074	2 321	2 320 000	536 384
2 263	2 262 000	518 382	2 322	2 321 000	536 696
2 264	2 263 000	518 690	2 323	2 322 000	537 008
2 265	2 264 000	518 999	2 324	2 323 000	537 321
2 266	2 265 000	519 307	2 325	2 324 000	537 634
2 267	2 266 000	519 616	2 326	2 325 000	537 946
2 268	2 267 000	519 925	2 327	2 326 000	538 259
2 269	2 268 000	520 233	2 328	2 327 000	538 572
2 270	2 269 000	520 542	2 329	2 328 000	538 885
2 271	2 270 000	520 851	2 330	2 329 000	539 198
2 272	2 271 000	521 160	2 331	2 330 000	539 511
2 273	2 272 000	521 469	2 332	2 331 000	539 824
2 274	2 273 000	521 778	2 333	2 332 000	540 137
2 275	2 274 000	522 087	2 334	2 333 000	540 451
2 276	2 275 000	522 396	2 335	2 334 000	540 764
2 277	2 276 000	522 706	2 336	2 335 000	541 077
2 278	2 277 000	523 015	2 337	2 336 000	541 391
2 279	2 278 000	523 324	2 338	2 337 000	541 704
2 280	2 279 000	523 634	2 339	2 338 000	542 018
2 281	2 280 000	523 944	2 340	2 339 000	542 332
2 282	2 281 000	524 253	2 341	2 340 000	542 646
2 283	2 282 000	524 563	2 342	2 341 000	542 959
2 284	2 283 000	524 873	2 343	2 342 000	543 273
2 285	2 284 000	525 182	2 344	2 343 000	543 587
2 286	2 285 000	525 492	2 345	2 344 000	543 901
2 287	2 286 000	525 802	2 346	2 345 000	544 215
2 288	2 287 000	526 112	2 347	2 346 000	544 530
2 289	2 288 000	526 423	2 348	2 347 000	544 844
2 290	2 289 000	526 733	2 349	2 348 000	545 158
2 291	2 290 000	527 043	2 350	2 349 000	545 473
2 292	2 291 000	527 353	2 351	2 350 000	545 787
2 293	2 292 000	527 664	2 352	2 351 000	546 102
2 294	2 293 000	527 974	2 353	2 352 000	546 416
2 295	2 294 000	528 285	2 354	2 353 000	546 731
2 296	2 295 000	528 595	2 355	2 354 000	547 046
2 297	2 296 000	528 906	2 356	2 355 000	547 360
2 298	2 297 000	529 217	2 357	2 356 000	547 675
2 299	2 298 000	529 528	2 358	2 357 000	547 990
2 300	2 299 000	529 839	2 359	2 358 000	548 305
2 301	2 300 000	530 150	2 360	2 359 000	548 620

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 361	2 360 000	548 936
2 362	2 361 000	549 251
2 363	2 362 000	549 566
2 364	2 363 000	549 881
2 365	2 364 000	550 197
2 366	2 365 000	550 512
2 367	2 366 000	550 828
2 368	2 367 000	551 144
2 369	2 368 000	551 459
2 370	2 369 000	551 775
2 371	2 370 000	552 091
2 372	2 371 000	552 407
2 373	2 372 000	552 723
2 374	2 373 000	553 039
2 375	2 374 000	553 355
2 376	2 375 000	553 671
2 377	2 376 000	553 988
2 378	2 377 000	554 304
2 379	2 378 000	554 620
2 380	2 379 000	554 937
2 381	2 380 000	555 254
2 382	2 381 000	555 570
2 383	2 382 000	555 887
2 384	2 383 000	556 204
2 385	2 384 000	556 520
2 386	2 385 000	556 837
2 387	2 386 000	557 154
2 388	2 387 000	557 471
2 389	2 388 000	557 789
2 390	2 389 000	558 106
2 391	2 390 000	558 423
2 392	2 391 000	558 740
2 393	2 392 000	559 058
2 394	2 393 000	559 375
2 395	2 394 000	559 693
2 396	2 395 000	560 010
2 397	2 396 000	560 328
2 398	2 397 000	560 646
2 399	2 398 000	560 964
2 400	2 399 000	561 282
2 401	2 400 000	561 600
2 402	2 401 000	561 918
2 403	2 402 000	562 236
2 404	2 403 000	562 554
2 405	2 404 000	562 872
2 406	2 405 000	563 190
2 407	2 406 000	563 509
2 408	2 407 000	563 827
2 409	2 408 000	564 146
2 410	2 409 000	564 464
2 411	2 410 000	564 783
2 412	2 411 000	565 102
2 413	2 412 000	565 421
2 414	2 413 000	565 739
2 415	2 414 000	566 058
2 416	2 415 000	566 377
2 417	2 416 000	566 696
2 418	2 417 000	567 016
2 419	2 418 000	567 335
2 420	2 419 000	567 654
2 421	2 420 000	567 974
2 422	2 421 000	568 293
2 423	2 422 000	568 612
2 424	2 423 000	568 932
2 425	2 424 000	569 252
2 426	2 425 000	569 571
2 427	2 426 000	569 891
2 428	2 427 000	570 211
2 429	2 428 000	570 531
2 430	2 429 000	570 851
2 431	2 430 000	571 171
2 432	2 431 000	571 491
2 433	2 432 000	571 811
2 434	2 433 000	572 132
2 435	2 434 000	572 452
2 436	2 435 000	572 772
2 437	2 436 000	573 093
2 438	2 437 000	573 413
2 439	2 438 000	573 734
2 440	2 439 000	574 055
2 441	2 440 000	574 376
2 442	2 441 000	574 696
2 443	2 442 000	575 017
2 444	2 443 000	575 338
2 445	2 444 000	575 659
2 446	2 445 000	575 980
2 447	2 446 000	576 302
2 448	2 447 000	576 623
2 449	2 448 000	576 944
2 450	2 449 000	577 266
2 451	2 450 000	577 587
2 452	2 451 000	577 909
2 453	2 452 000	578 230
2 454	2 453 000	578 552
2 455	2 454 000	578 874
2 456	2 455 000	579 195
2 457	2 456 000	579 517
2 458	2 457 000	579 839
2 459	2 458 000	580 161
2 460	2 459 000	580 483
2 461	2 460 000	580 806
2 462	2 461 000	581 128
2 463	2 462 000	581 450
2 464	2 463 000	581 772
2 465	2 464 000	582 095
2 466	2 465 000	582 417
2 467	2 466 000	582 740
2 468	2 467 000	583 063
2 469	2 468 000	583 385
2 470	2 469 000	583 708
2 471	2 470 000	584 031
2 472	2 471 000	584 354
2 473	2 472 000	584 677
2 474	2 473 000	585 000
2 475	2 474 000	585 323
2 476	2 475 000	585 646
2 477	2 476 000	585 970
2 478	2 477 000	586 293

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 479	2 478 000	586 616
2 480	2 479 000	586 940
2 481	2 480 000	587 264
2 482	2 481 000	587 587
2 483	2 482 000	587 911
2 484	2 483 000	588 235
2 485	2 484 000	588 558
2 486	2 485 000	588 882
2 487	2 486 000	589 206
2 488	2 487 000	589 530
2 489	2 488 000	589 855
2 490	2 489 000	590 179
2 491	2 490 000	590 503
2 492	2 491 000	590 827
2 493	2 492 000	591 152
2 494	2 493 000	591 476
2 495	2 494 000	591 801
2 496	2 495 000	592 125
2 497	2 496 000	592 450
2 498	2 497 000	592 775
2 499	2 498 000	593 100
2 500	2 499 000	593 425
2 501	2 500 000	593 750
2 502	2 501 000	594 075
2 503	2 502 000	594 400
2 504	2 503 000	594 725
2 505	2 504 000	595 050
2 506	2 505 000	595 375
2 507	2 506 000	595 701
2 508	2 507 000	596 026
2 509	2 508 000	596 352
2 510	2 509 000	596 677
2 511	2 510 000	597 003
2 512	2 511 000	597 329
2 513	2 512 000	597 655
2 514	2 513 000	597 980
2 515	2 514 000	598 306
2 516	2 515 000	598 632
2 517	2 516 000	598 958
2 518	2 517 000	599 285
2 519	2 518 000	599 611
2 520	2 519 000	599 937
2 521	2 520 000	600 264
2 522	2 521 000	600 590
2 523	2 522 000	600 916
2 524	2 523 000	601 243
2 525	2 524 000	601 570
2 526	2 525 000	601 896
2 527	2 526 000	602 223
2 528	2 527 000	602 550
2 529	2 528 000	602 877
2 530	2 529 000	603 204
2 531	2 530 000	603 531
2 532	2 531 000	603 858
2 533	2 532 000	604 185
2 534	2 533 000	604 513
2 535	2 534 000	604 840
2 536	2 535 000	605 167
2 537	2 536 000	605 495
2 538	2 537 000	605 822
2 539	2 538 000	606 150
2 540	2 539 000	606 478
2 541	2 540 000	606 806
2 542	2 541 000	607 133
2 543	2 542 000	607 461
2 544	2 543 000	607 789
2 545	2 544 000	608 117
2 546	2 545 000	608 445
2 547	2 546 000	608 774
2 548	2 547 000	609 102
2 549	2 548 000	609 430
2 550	2 549 000	609 759
2 551	2 550 000	610 087
2 552	2 551 000	610 416
2 553	2 552 000	610 744
2 554	2 553 000	611 073
2 555	2 554 000	611 402
2 556	2 555 000	611 730
2 557	2 556 000	612 059
2 558	2 557 000	612 388
2 559	2 558 000	612 717
2 560	2 559 000	613 046
2 561	2 560 000	613 376
2 562	2 561 000	613 705
2 563	2 562 000	614 034
2 564	2 563 000	614 363
2 565	2 564 000	614 693
2 566	2 565 000	615 022
2 567	2 566 000	615 352
2 568	2 567 000	615 682
2 569	2 568 000	616 011
2 570	2 569 000	616 341
2 571	2 570 000	616 671
2 572	2 571 000	617 001
2 573	2 572 000	617 331
2 574	2 573 000	617 661
2 575	2 574 000	617 991
2 576	2 575 000	618 321
2 577	2 576 000	618 652
2 578	2 577 000	618 982
2 579	2 578 000	619 312
2 580	2 579 000	619 643
2 581	2 580 000	619 974
2 582	2 581 000	620 304
2 583	2 582 000	620 635
2 584	2 583 000	620 966
2 585	2 584 000	621 296
2 586	2 585 000	621 627
2 587	2 586 000	621 958
2 588	2 587 000	622 289
2 589	2 588 000	622 621
2 590	2 589 000	622 952
2 591	2 590 000	623 283
2 592	2 591 000	623 614
2 593	2 592 000	623 946
2 594	2 593 000	624 277
2 595	2 594 000	624 609
2 596	2 595 000	624 940

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 597	2 596 000	625 272
2 598	2 597 000	625 604
2 599	2 598 000	625 936
2 600	2 599 000	626 268
2 601	2 600 000	626 600
2 602	2 601 000	626 932
2 603	2 602 000	627 264
2 604	2 603 000	627 596
2 605	2 604 000	627 928
2 606	2 605 000	628 260
2 607	2 606 000	628 593
2 608	2 607 000	628 925
2 609	2 608 000	629 258
2 610	2 609 000	629 590
2 611	2 610 000	629 923
2 612	2 611 000	630 256
2 613	2 612 000	630 589
2 614	2 613 000	630 921
2 615	2 614 000	631 254
2 616	2 615 000	631 587
2 617	2 616 000	631 920
2 618	2 617 000	632 254
2 619	2 618 000	632 587
2 620	2 619 000	632 920
2 621	2 620 000	633 254
2 622	2 621 000	633 587
2 623	2 622 000	633 920
2 624	2 623 000	634 254
2 625	2 624 000	634 588
2 626	2 625 000	634 921
2 627	2 626 000	635 255
2 628	2 627 000	635 589
2 629	2 628 000	635 923
2 630	2 629 000	636 257
2 631	2 630 000	636 591
2 632	2 631 000	636 925
2 633	2 632 000	637 259
2 634	2 633 000	637 594
2 635	2 634 000	637 928
2 636	2 635 000	638 262
2 637	2 636 000	638 597
2 638	2 637 000	638 931
2 639	2 638 000	639 266
2 640	2 639 000	639 601
2 641	2 640 000	639 936
2 642	2 641 000	640 270
2 643	2 642 000	640 605
2 644	2 643 000	640 940
2 645	2 644 000	641 275
2 646	2 645 000	641 610
2 647	2 646 000	641 946
2 648	2 647 000	642 281
2 649	2 648 000	642 616
2 650	2 649 000	642 952
2 651	2 650 000	643 287
2 652	2 651 000	643 623
2 653	2 652 000	643 958
2 654	2 653 000	644 294
2 655	2 654 000	644 630
2 656	2 655 000	644 965
2 657	2 656 000	645 301
2 658	2 657 000	645 637
2 659	2 658 000	645 973
2 660	2 659 000	646 309
2 661	2 660 000	646 646
2 662	2 661 000	646 982
2 663	2 662 000	647 318
2 664	2 663 000	647 654
2 665	2 664 000	647 991
2 666	2 665 000	648 327
2 667	2 666 000	648 664
2 668	2 667 000	649 001
2 669	2 668 000	649 337
2 670	2 669 000	649 674
2 671	2 670 000	650 011
2 672	2 671 000	650 348
2 673	2 672 000	650 685
2 674	2 673 000	651 022
2 675	2 674 000	651 359
2 676	2 675 000	651 696
2 677	2 676 000	652 034
2 678	2 677 000	652 371
2 679	2 678 000	652 708
2 680	2 679 000	653 046
2 681	2 680 000	653 384
2 682	2 681 000	653 721
2 683	2 682 000	654 059
2 684	2 683 000	654 397
2 685	2 684 000	654 734
2 686	2 685 000	655 072
2 687	2 686 000	655 410
2 688	2 687 000	655 748
2 689	2 688 000	656 087
2 690	2 689 000	656 425
2 691	2 690 000	656 763
2 692	2 691 000	657 101
2 693	2 692 000	657 440
2 694	2 693 000	657 778
2 695	2 694 000	658 117
2 696	2 695 000	658 455
2 697	2 696 000	658 794
2 698	2 697 000	659 133
2 699	2 698 000	659 472
2 700	2 699 000	659 811
2 701	2 700 000	660 150
2 702	2 701 000	660 489
2 703	2 702 000	660 828
2 704	2 703 000	661 167
2 705	2 704 000	661 506
2 706	2 705 000	661 845
2 707	2 706 000	662 185
2 708	2 707 000	662 524
2 709	2 708 000	662 864
2 710	2 709 000	663 203
2 711	2 710 000	663 543
2 712	2 711 000	663 883
2 713	2 712 000	664 223
2 714	2 713 000	664 562

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 715	2 714 000	664 902
2 716	2 715 000	665 242
2 717	2 716 000	665 582
2 718	2 717 000	665 923
2 719	2 718 000	666 263
2 720	2 719 000	666 603
2 721	2 720 000	666 944
2 722	2 721 000	667 284
2 723	2 722 000	667 624
2 724	2 723 000	667 965
2 725	2 724 000	668 306
2 726	2 725 000	668 646
2 727	2 726 000	668 987
2 728	2 727 000	669 328
2 729	2 728 000	669 669
2 730	2 729 000	670 010
2 731	2 730 000	670 351
2 732	2 731 000	670 692
2 733	2 732 000	671 033
2 734	2 733 000	671 375
2 735	2 734 000	671 716
2 736	2 735 000	672 057
2 737	2 736 000	672 399
2 738	2 737 000	672 740
2 739	2 738 000	673 082
2 740	2 739 000	673 424
2 741	2 740 000	673 766
2 742	2 741 000	674 107
2 743	2 742 000	674 449
2 744	2 743 000	674 791
2 745	2 744 000	675 133
2 746	2 745 000	675 475
2 747	2 746 000	675 818
2 748	2 747 000	676 160
2 749	2 748 000	676 502
2 750	2 749 000	676 845
2 751	2 750 000	677 187
2 752	2 751 000	677 530
2 753	2 752 000	677 872
2 754	2 753 000	678 215
2 755	2 754 000	678 558
2 756	2 755 000	678 900
2 757	2 756 000	679 243
2 758	2 757 000	679 586
2 759	2 758 000	679 929
2 760	2 759 000	680 272
2 761	2 760 000	680 616
2 762	2 761 000	680 959
2 763	2 762 000	681 302
2 764	2 763 000	681 645
2 765	2 764 000	681 989
2 766	2 765 000	682 332
2 767	2 766 000	682 676
2 768	2 767 000	683 020
2 769	2 768 000	683 363
2 770	2 769 000	683 707
2 771	2 770 000	684 051
2 772	2 771 000	684 395
2 773	2 772 000	684 739
2 774	2 773 000	685 083
2 775	2 774 000	685 427
2 776	2 775 000	685 771
2 777	2 776 000	686 116
2 778	2 777 000	686 460
2 779	2 778 000	686 804
2 780	2 779 000	687 149
2 781	2 780 000	687 494
2 782	2 781 000	687 838
2 783	2 782 000	688 183
2 784	2 783 000	688 528
2 785	2 784 000	688 872
2 786	2 785 000	689 217
2 787	2 786 000	689 562
2 788	2 787 000	689 907
2 789	2 788 000	690 253
2 790	2 789 000	690 598
2 791	2 790 000	690 943
2 792	2 791 000	691 288
2 793	2 792 000	691 634
2 794	2 793 000	691 979
2 795	2 794 000	692 325
2 796	2 795 000	692 670
2 797	2 796 000	693 016
2 798	2 797 000	693 362
2 799	2 798 000	693 708
2 800	2 799 000	694 054
2 801	2 800 000	694 400
2 802	2 801 000	694 746
2 803	2 802 000	695 092
2 804	2 803 000	695 438
2 805	2 804 000	695 784
2 806	2 805 000	696 130
2 807	2 806 000	696 477
2 808	2 807 000	696 823
2 809	2 808 000	697 170
2 810	2 809 000	697 516
2 811	2 810 000	697 863
2 812	2 811 000	698 210
2 813	2 812 000	698 557
2 814	2 813 000	698 903
2 815	2 814 000	699 250
2 816	2 815 000	699 597
2 817	2 816 000	699 944
2 818	2 817 000	700 292
2 819	2 818 000	700 639
2 820	2 819 000	700 986
2 821	2 820 000	701 334
2 822	2 821 000	701 681
2 823	2 822 000	702 028
2 824	2 823 000	702 376
2 825	2 824 000	702 724
2 826	2 825 000	703 071
2 827	2 826 000	703 419
2 828	2 827 000	703 767
2 829	2 828 000	704 115
2 830	2 829 000	704 463
2 831	2 830 000	704 811
2 832	2 831 000	705 159

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 833	2 832 000	705 507
2 834	2 833 000	705 856
2 835	2 834 000	706 204
2 836	2 835 000	706 552
2 837	2 836 000	706 901
2 838	2 837 000	707 249
2 839	2 838 000	707 598
2 840	2 839 000	707 947
2 841	2 840 000	708 296
2 842	2 841 000	708 644
2 843	2 842 000	708 993
2 844	2 843 000	709 342
2 845	2 844 000	709 691
2 846	2 845 000	710 040
2 847	2 846 000	710 390
2 848	2 847 000	710 739
2 849	2 848 000	711 088
2 850	2 849 000	711 438
2 851	2 850 000	711 787
2 852	2 851 000	712 137
2 853	2 852 000	712 486
2 854	2 853 000	712 836
2 855	2 854 000	713 186
2 856	2 855 000	713 535
2 857	2 856 000	713 885
2 858	2 857 000	714 235
2 859	2 858 000	714 585
2 860	2 859 000	714 935
2 861	2 860 000	715 286
2 862	2 861 000	715 636
2 863	2 862 000	715 986
2 864	2 863 000	716 336
2 865	2 864 000	716 687
2 866	2 865 000	717 037
2 867	2 866 000	717 388
2 868	2 867 000	717 739
2 869	2 868 000	718 089
2 870	2 869 000	718 440
2 871	2 870 000	718 791
2 872	2 871 000	719 142
2 873	2 872 000	719 493
2 874	2 873 000	719 844
2 875	2 874 000	720 195
2 876	2 875 000	720 546
2 877	2 876 000	720 898
2 878	2 877 000	721 249
2 879	2 878 000	721 600
2 880	2 879 000	721 952
2 881	2 880 000	722 304
2 882	2 881 000	722 655
2 883	2 882 000	723 007
2 884	2 883 000	723 359
2 885	2 884 000	723 710
2 886	2 885 000	724 062
2 887	2 886 000	724 414
2 888	2 887 000	724 766
2 889	2 888 000	725 119
2 890	2 889 000	725 471
2 891	2 890 000	725 823
2 892	2 891 000	726 175
2 893	2 892 000	726 528
2 894	2 893 000	726 880
2 895	2 894 000	727 233
2 896	2 895 000	727 585
2 897	2 896 000	727 938
2 898	2 897 000	728 291
2 899	2 898 000	728 644
2 900	2 899 000	728 997
2 901	2 900 000	729 350
2 902	2 901 000	729 703
2 903	2 902 000	730 056
2 904	2 903 000	730 409
2 905	2 904 000	730 762
2 906	2 905 000	731 115
2 907	2 906 000	731 469
2 908	2 907 000	731 822
2 909	2 908 000	732 176
2 910	2 909 000	732 529
2 911	2 910 000	732 883
2 912	2 911 000	733 237
2 913	2 912 000	733 591
2 914	2 913 000	733 944
2 915	2 914 000	734 298
2 916	2 915 000	734 652
2 917	2 916 000	735 006
2 918	2 917 000	735 361
2 919	2 918 000	735 715
2 920	2 919 000	736 069
2 921	2 920 000	736 424
2 922	2 921 000	736 778
2 923	2 922 000	737 132
2 924	2 923 000	737 487
2 925	2 924 000	737 842
2 926	2 925 000	738 196
2 927	2 926 000	738 551
2 928	2 927 000	738 906
2 929	2 928 000	739 261
2 930	2 929 000	739 616
2 931	2 930 000	739 971
2 932	2 931 000	740 326
2 933	2 932 000	740 681
2 934	2 933 000	741 037
2 935	2 934 000	741 392
2 936	2 935 000	741 747
2 937	2 936 000	742 103
2 938	2 937 000	742 458
2 939	2 938 000	742 814
2 940	2 939 000	743 170
2 941	2 940 000	743 526
2 942	2 941 000	743 881
2 943	2 942 000	744 237
2 944	2 943 000	744 593
2 945	2 944 000	744 949
2 946	2 945 000	745 305
2 947	2 946 000	745 662
2 948	2 947 000	746 018
2 949	2 948 000	746 374
2 950	2 949 000	746 731

noch Anlage 2 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse II

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 951	2 950 000	747 087
2 952	2 951 000	747 444
2 953	2 952 000	747 800
2 954	2 953 000	748 157
2 955	2 954 000	748 514
2 956	2 955 000	748 870
2 957	2 956 000	749 227
2 958	2 957 000	749 584
2 959	2 958 000	749 941
2 960	2 959 000	750 298
2 961	2 960 000	750 656
2 962	2 961 000	751 013
2 963	2 962 000	751 370
2 964	2 963 000	751 727
2 965	2 964 000	752 085
2 966	2 965 000	752 442
2 967	2 966 000	752 800
2 968	2 967 000	753 158
2 969	2 968 000	753 515
2 970	2 969 000	753 873
2 971	2 970 000	754 231
2 972	2 971 000	754 589
2 973	2 972 000	754 947
2 974	2 973 000	755 305
2 975	2 974 000	755 663
2 976	2 975 000	756 021
2 977	2 976 000	756 380
2 978	2 977 000	756 738
2 979	2 978 000	757 096
2 980	2 979 000	757 455
2 981	2 980 000	757 814
2 982	2 981 000	758 172
2 983	2 982 000	758 531
2 984	2 983 000	758 890
2 985	2 984 000	759 248
2 986	2 985 000	759 607
2 987	2 986 000	759 966
2 988	2 987 000	760 325
2 989	2 988 000	760 685
2 990	2 989 000	761 044
2 991	2 990 000	761 403
2 992	2 991 000	761 762
2 993	2 992 000	762 122
2 994	2 993 000	762 481
2 995	2 994 000	762 841
2 996	2 995 000	763 200
2 997	2 996 000	763 560
2 998	2 997 000	763 920
2 999	2 998 000	764 280
3 000	2 999 000	764 640
3 001	3 000 000	765 000

Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1	0	0
2	1 000	250
3	2 000	500
4	3 000	750
5	4 000	1 000
6	5 000	1 250
7	6 000	1 501
8	7 000	1 751
9	8 000	2 002
10	9 000	2 252
11	10 000	2 503
12	11 000	2 754
13	12 000	3 005
14	13 000	3 255
15	14 000	3 506
16	15 000	3 757
17	16 000	4 008
18	17 000	4 260
19	18 000	4 511
20	19 000	4 762
21	20 000	5 014
22	21 000	5 265
23	22 000	5 516
24	23 000	5 768
25	24 000	6 020
26	25 000	6 271
27	26 000	6 523
28	27 000	6 775
29	28 000	7 027
30	29 000	7 279
31	30 000	7 531
32	31 000	7 783
33	32 000	8 035
34	33 000	8 288
35	34 000	8 540
36	35 000	8 792
37	36 000	9 045
38	37 000	9 297
39	38 000	9 550
40	39 000	9 803
41	40 000	10 056
42	41 000	10 308
43	42 000	10 561
44	43 000	10 814
45	44 000	11 067
46	45 000	11 320
47	46 000	11 574
48	47 000	11 827
49	48 000	12 080
50	49 000	12 334
51	50 000	12 587
52	51 000	12 841
53	52 000	13 094
54	53 000	13 348
55	54 000	13 602
56	55 000	13 855
57	56 000	14 109
58	57 000	14 363
59	58 000	14 617
60	59 000	14 871
61	60 000	15 126
62	61 000	15 380
63	62 000	15 634
64	63 000	15 888
65	64 000	16 143
66	65 000	16 397
67	66 000	16 652
68	67 000	16 907
69	68 000	17 161
70	69 000	17 416
71	70 000	17 671
72	71 000	17 926
73	72 000	18 181
74	73 000	18 436
75	74 000	18 691
76	75 000	18 946
77	76 000	19 202
78	77 000	19 457
79	78 000	19 712
80	79 000	19 968
81	80 000	20 224
82	81 000	20 479
83	82 000	20 735
84	83 000	20 991
85	84 000	21 246
86	85 000	21 502
87	86 000	21 758
88	87 000	22 014
89	88 000	22 271
90	89 000	22 527
91	90 000	22 783
92	91 000	23 039
93	92 000	23 296
94	93 000	23 552
95	94 000	23 809
96	95 000	24 065
97	96 000	24 322
98	97 000	24 579
99	98 000	24 836
100	99 000	25 093
101	100 000	25 350
102	101 000	25 607
103	102 000	25 864
104	103 000	26 121
105	104 000	26 378
106	105 000	26 635
107	106 000	26 893
108	107 000	27 150
109	108 000	27 408
110	109 000	27 665
111	110 000	27 923
112	111 000	28 181
113	112 000	28 439
114	113 000	28 696
115	114 000	28 954
116	115 000	29 212
117	116 000	29 470
118	117 000	29 729

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
119	118 000	29 987	178	177 000	45 346
120	119 000	30 245	179	178 000	45 608
121	120 000	30 504	180	179 000	45 871
122	121 000	30 762	181	180 000	46 134
123	122 000	31 020	182	181 000	46 396
124	123 000	31 279	183	182 000	46 659
125	124 000	31 538	184	183 000	46 922
126	125 000	31 796	185	184 000	47 184
127	126 000	32 055	186	185 000	47 447
128	127 000	32 314	187	186 000	47 710
129	128 000	32 573	188	187 000	47 973
130	129 000	32 832	189	188 000	48 237
131	130 000	33 091	190	189 000	48 500
132	131 000	33 350	191	190 000	48 763
133	132 000	33 609	192	191 000	49 026
134	133 000	33 869	193	192 000	49 290
135	134 000	34 128	194	193 000	49 553
136	135 000	34 387	195	194 000	49 817
137	136 000	34 647	196	195 000	50 080
138	137 000	34 906	197	196 000	50 344
139	138 000	35 166	198	197 000	50 608
140	139 000	35 426	199	198 000	50 872
141	140 000	35 686	200	199 000	51 136
142	141 000	35 945	201	200 000	51 400
143	142 000	36 205	202	201 000	51 664
144	143 000	36 465	203	202 000	51 928
145	144 000	36 725	204	203 000	52 192
146	145 000	36 985	205	204 000	52 456
147	146 000	37 246	206	205 000	52 720
148	147 000	37 506	207	206 000	52 985
149	148 000	37 766	208	207 000	53 249
150	149 000	38 027	209	208 000	53 514
151	150 000	38 287	210	209 000	53 778
152	151 000	38 548	211	210 000	54 043
153	152 000	38 808	212	211 000	54 308
154	153 000	39 069	213	212 000	54 573
155	154 000	39 330	214	213 000	54 837
156	155 000	39 590	215	214 000	55 102
157	156 000	39 851	216	215 000	55 367
158	157 000	40 112	217	216 000	55 632
159	158 000	40 373	218	217 000	55 898
160	159 000	40 634	219	218 000	56 163
161	160 000	40 896	220	219 000	56 428
162	161 000	41 157	221	220 000	56 694
163	162 000	41 418	222	221 000	56 959
164	163 000	41 679	223	222 000	57 224
165	164 000	41 941	224	223 000	57 490
166	165 000	42 202	225	224 000	57 756
167	166 000	42 464	226	225 000	58 021
168	167 000	42 726	227	226 000	58 287
169	168 000	42 987	228	227 000	58 553
170	169 000	43 249	229	228 000	58 819
171	170 000	43 511	230	229 000	59 085
172	171 000	43 773	231	230 000	59 351
173	172 000	44 035	232	231 000	59 617
174	173 000	44 297	233	232 000	59 883
175	174 000	44 559	234	233 000	60 150
176	175 000	44 821	235	234 000	60 416
177	176 000	45 084	236	235 000	60 682

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
237	236 000	60 949
238	237 000	61 215
239	238 000	61 482
240	239 000	61 749
241	240 000	62 016
242	241 000	62 282
243	242 000	62 549
244	243 000	62 816
245	244 000	63 083
246	245 000	63 350
247	246 000	63 618
248	247 000	63 885
249	248 000	64 152
250	249 000	64 420
251	250 000	64 687
252	251 000	64 955
253	252 000	65 222
254	253 000	65 490
255	254 000	65 758
256	255 000	66 025
257	256 000	66 293
258	257 000	66 561
259	258 000	66 829
260	259 000	67 097
261	260 000	67 366
262	261 000	67 634
263	262 000	67 902
264	263 000	68 170
265	264 000	68 439
266	265 000	68 707
267	266 000	68 976
268	267 000	69 245
269	268 000	69 513
270	269 000	69 782
271	270 000	70 051
272	271 000	70 320
273	272 000	70 589
274	273 000	70 858
275	274 000	71 127
276	275 000	71 396
277	276 000	71 666
278	277 000	71 935
279	278 000	72 204
280	279 000	72 474
281	280 000	72 744
282	281 000	73 013
283	282 000	73 283
284	283 000	73 553
285	284 000	73 822
286	285 000	74 092
287	286 000	74 362
288	287 000	74 632
289	288 000	74 903
290	289 000	75 173
291	290 000	75 443
292	291 000	75 713
293	292 000	75 984
294	293 000	76 254
295	294 000	76 525
296	295 000	76 795
297	296 000	77 066
298	297 000	77 337
299	298 000	77 608
300	299 000	77 879
301	300 000	78 150
302	301 000	78 421
303	302 000	78 692
304	303 000	78 963
305	304 000	79 234
306	305 000	79 505
307	306 000	79 777
308	307 000	80 048
309	308 000	80 320
310	309 000	80 591
311	310 000	80 863
312	311 000	81 135
313	312 000	81 407
314	313 000	81 678
315	314 000	81 950
316	315 000	82 222
317	316 000	82 494
318	317 000	82 767
319	318 000	83 039
320	319 000	83 311
321	320 000	83 584
322	321 000	83 856
323	322 000	84 128
324	323 000	84 401
325	324 000	84 674
326	325 000	84 946
327	326 000	85 219
328	327 000	85 492
329	328 000	85 765
330	329 000	86 038
331	330 000	86 311
332	331 000	86 584
333	332 000	86 857
334	333 000	87 131
335	334 000	87 404
336	335 000	87 677
337	336 000	87 951
338	337 000	88 224
339	338 000	88 498
340	339 000	88 772
341	340 000	89 046
342	341 000	89 319
343	342 000	89 593
344	343 000	89 867
345	344 000	90 141
346	345 000	90 415
347	346 000	90 690
348	347 000	90 964
349	348 000	91 238
350	349 000	91 513
351	350 000	91 787
352	351 000	92 062
353	352 000	92 336
354	353 000	92 611

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
355	354 000	92 886	414	413 000	109 219
356	355 000	93 160	415	414 000	109 498
357	356 000	93 435	416	415 000	109 777
358	357 000	93 710	417	416 000	110 056
359	358 000	93 985	418	417 000	110 336
360	359 000	94 260	419	418 000	110 615
361	360 000	94 536	420	419 000	110 894
362	361 000	94 811	421	420 000	111 174
363	362 000	95 086	422	421 000	111 453
364	363 000	95 361	423	422 000	111 732
365	364 000	95 637	424	423 000	112 012
366	365 000	95 912	425	424 000	112 292
367	366 000	96 188	426	425 000	112 571
368	367 000	96 464	427	426 000	112 851
369	368 000	96 739	428	427 000	113 131
370	369 000	97 015	429	428 000	113 411
371	370 000	97 291	430	429 000	113 691
372	371 000	97 567	431	430 000	113 971
373	372 000	97 843	432	431 000	114 251
374	373 000	98 119	433	432 000	114 531
375	374 000	98 395	434	433 000	114 812
376	375 000	98 671	435	434 000	115 092
377	376 000	98 948	436	435 000	115 372
378	377 000	99 224	437	436 000	115 653
379	378 000	99 500	438	437 000	115 933
380	379 000	99 777	439	438 000	116 214
381	380 000	100 054	440	439 000	116 495
382	381 000	100 330	441	440 000	116 776
383	382 000	100 607	442	441 000	117 056
384	383 000	100 884	443	442 000	117 337
385	384 000	101 160	444	443 000	117 618
386	385 000	101 437	445	444 000	117 899
387	386 000	101 714	446	445 000	118 180
388	387 000	101 991	447	446 000	118 462
389	388 000	102 269	448	447 000	118 743
390	389 000	102 546	449	448 000	119 024
391	390 000	102 823	450	449 000	119 306
392	391 000	103 100	451	450 000	119 587
393	392 000	103 378	452	451 000	119 869
394	393 000	103 655	453	452 000	120 150
395	394 000	103 933	454	453 000	120 432
396	395 000	104 210	455	454 000	120 714
397	396 000	104 488	456	455 000	120 995
398	397 000	104 766	457	456 000	121 277
399	398 000	105 044	458	457 000	121 559
400	399 000	105 322	459	458 000	121 841
401	400 000	105 600	460	459 000	122 123
402	401 000	105 878	461	460 000	122 406
403	402 000	106 156	462	461 000	122 688
404	403 000	106 434	463	462 000	122 970
405	404 000	106 712	464	463 000	123 252
406	405 000	106 990	465	464 000	123 535
407	406 000	107 269	466	465 000	123 817
408	407 000	107 547	467	466 000	124 100
409	408 000	107 826	468	467 000	124 383
410	409 000	108 104	469	468 000	124 665
411	410 000	108 383	470	469 000	124 948
412	411 000	108 662	471	470 000	125 231
413	412 000	108 941	472	471 000	125 514

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
473	472 000	125 797
474	473 000	126 080
475	474 000	126 363
476	475 000	126 646
477	476 000	126 930
478	477 000	127 213
479	478 000	127 496
480	479 000	127 780
481	480 000	128 064
482	481 000	128 347
483	482 000	128 631
484	483 000	128 915
485	484 000	129 198
486	485 000	129 482
487	486 000	129 766
488	487 000	130 050
489	488 000	130 335
490	489 000	130 619
491	490 000	130 903
492	491 000	131 187
493	492 000	131 472
494	493 000	131 756
495	494 000	132 041
496	495 000	132 325
497	496 000	132 610
498	497 000	132 895
499	498 000	133 180
500	499 000	132 465
501	500 000	133 750
502	501 000	134 035
503	502 000	134 320
504	503 000	134 605
505	504 000	134 890
506	505 000	135 175
507	506 000	135 461
508	507 000	135 746
509	508 000	136 032
510	509 000	136 317
511	510 000	136 603
512	511 000	136 889
513	512 000	137 175
514	513 000	137 460
515	514 000	137 746
516	515 000	138 032
517	516 000	138 318
518	517 000	138 605
519	518 000	138 891
520	519 000	139 177
521	520 000	139 464
522	521 000	139 750
523	522 000	140 036
524	523 000	140 323
525	524 000	140 610
526	525 000	140 896
527	526 000	141 183
528	527 000	141 470
529	528 000	141 757
530	529 000	142 044
531	530 000	142 331
532	531 000	142 618
533	532 000	142 905
534	533 000	143 193
535	534 000	143 480
536	535 000	143 767
537	536 000	144 055
538	537 000	144 342
539	538 000	144 630
540	539 000	144 918
541	540 000	145 206
542	541 000	145 493
543	542 000	145 781
544	543 000	146 069
545	544 000	146 357
546	545 000	146 645
547	546 000	146 934
548	547 000	147 222
549	548 000	147 510
550	549 000	147 799
551	550 000	148 087
552	551 000	148 376
553	552 000	148 664
554	553 000	148 953
555	554 000	149 242
556	555 000	149 530
557	556 000	149 819
558	557 000	150 108
559	558 000	150 397
560	559 000	150 686
561	560 000	150 976
562	561 000	151 265
563	562 000	151 554
564	563 000	151 843
565	564 000	152 133
566	565 000	152 422
567	566 000	152 712
568	567 000	153 002
569	568 000	153 291
570	569 000	153 581
571	570 000	153 871
572	571 000	154 161
573	572 000	154 451
574	573 000	154 741
575	574 000	155 031
576	575 000	155 321
577	576 000	155 612
578	577 000	155 902
579	578 000	156 192
580	579 000	156 483
581	580 000	156 774
582	581 000	157 064
583	582 000	157 355
584	583 000	157 646
585	584 000	157 936
586	585 000	158 227
587	586 000	158 518
588	587 000	158 809
589	588 000	159 101
590	589 000	159 392

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
591	590 000	159 683
592	591 000	159 974
593	592 000	160 266
594	593 000	160 557
595	594 000	160 849
596	595 000	161 140
597	596 000	161 432
598	597 000	161 724
599	598 000	162 016
600	599 000	162 308
601	600 100	162 600
602	601 000	162 892
603	602 000	163 184
604	603 000	163 476
605	604 000	163 768
606	605 000	164 060
607	606 000	164 353
608	607 000	164 645
609	608 000	164 938
610	609 000	165 230
611	610 000	165 523
612	611 000	165 816
613	612 000	166 109
614	613 000	166 401
615	614 000	166 694
616	615 000	166 987
617	616 000	167 280
618	617 000	167 574
619	618 000	167 867
620	619 000	168 160
621	620 000	168 454
622	621 000	168 747
623	622 000	169 040
624	623 000	169 334
625	624 000	169 628
626	625 000	169 921
627	626 000	170 215
628	627 000	170 509
629	628 000	170 803
630	629 000	171 097
631	630 000	171 391
632	631 000	171 685
633	632 000	171 979
634	633 000	172 274
635	634 000	172 568
636	635 000	172 862
637	636 000	173 157
638	637 000	173 451
639	638 000	173 746
640	639 000	174 041
641	640 000	174 336
642	641 000	174 630
643	642 000	174 925
644	643 000	175 220
645	644 000	175 515
646	645 000	175 810
647	646 000	176 106
648	647 000	176 401
649	648 000	176 696
650	649 000	176 992
651	650 000	177 287
652	651 000	177 583
653	652 000	177 878
654	653 000	178 174
655	654 000	178 470
656	655 000	178 765
657	656 000	179 061
658	657 000	179 357
659	658 000	179 653
660	659 000	179 949
661	660 000	180 246
662	661 000	180 542
663	662 000	180 838
664	663 000	181 134
665	664 000	181 431
666	665 000	181 727
667	666 000	182 024
668	667 000	182 321
669	668 000	182 617
670	669 000	182 914
671	670 000	183 211
672	671 000	183 508
673	672 000	183 805
674	673 000	184 102
675	674 000	184 399
676	675 000	184 696
677	676 000	184 994
678	677 000	185 291
679	678 000	185 588
680	679 000	185 886
681	680 000	186 184
682	681 000	186 481
683	682 000	186 779
684	683 000	187 077
685	684 000	187 374
686	685 000	187 672
687	686 000	187 970
688	687 000	188 268
689	688 000	188 567
690	689 000	188 865
691	690 000	189 163
692	691 000	188 461
693	692 000	189 760
694	693 000	190 058
695	694 000	190 357
696	695 000	190 655
697	696 000	190 954
698	697 000	191 253
699	698 000	191 552
700	699 000	191 851
701	700 000	192 150
702	701 000	192 449
703	702 000	192 748
704	703 000	193 047
705	704 000	193 346
706	705 000	193 645
707	706 000	193 945
708	707 000	194 244

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
709	708 000	194 544
710	709 000	194 843
711	710 000	195 143
712	711 000	195 443
713	712 000	195 743
714	713 000	196 042
715	714 000	196 342
716	715 000	196 642
717	716 000	196 942
718	717 000	197 243
719	718 000	197 543
720	719 000	197 843
721	720 000	198 144
722	721 000	198 444
723	722 000	198 744
724	723 000	199 045
725	724 000	199 346
726	725 000	199 646
727	726 000	199 947
728	727 000	200 248
729	728 000	200 549
730	729 000	200 850
731	730 000	201 151
732	731 000	201 452
733	722 000	201 753
734	733 000	202 055
735	734 000	202 356
736	735 000	202 657
737	736 000	202 959
738	737 000	203 260
739	738 000	203 562
740	739 000	203 864
741	740 000	204 166
742	741 000	204 467
743	742 000	204 769
744	743 000	205 071
745	744 000	205 373
746	745 000	205 675
747	746 000	205 978
748	747 000	206 280
749	748 000	206 582
750	749 000	206 885
751	750 000	207 187
752	751 000	207 490
753	752 000	207 792
754	753 000	208 095
755	754 000	208 398
756	755 000	208 700
757	756 000	209 003
758	757 000	209 306
759	758 000	209 609
760	759 000	209 912
761	760 000	210 216
762	761 000	210 519
763	762 000	210 822
764	763 000	211 125
765	764 000	211 429
766	765 000	211 732
767	766 000	212 036
768	767 000	212 340
769	768 000	212 643
770	769 000	212 947
771	770 000	213 251
772	771 000	213 555
773	772 000	213 859
774	773 000	214 163
775	774 000	214 467
776	775 000	214 771
777	776 000	215 076
778	777 000	215 380
779	778 000	215 684
780	779 000	215 989
781	780 000	216 294
782	781 000	216 598
783	782 000	216 903
784	783 000	217 208
785	784 000	217 512
786	785 000	217 817
787	786 000	218 122
788	787 000	218 427
789	788 000	218 733
790	789 000	219 038
791	790 000	219 343
792	791 000	219 648
793	792 000	219 954
794	793 000	220 259
795	794 000	220 565
796	795 000	220 870
797	796 000	221 176
798	797 000	221 482
799	798 000	221 788
800	799 000	222 094
801	800 000	222 400
802	801 000	222 706
803	802 000	223 012
804	803 000	223 318
805	804 000	223 624
806	805 000	223 930
807	806 000	224 237
808	807 000	224 543
809	808 000	224 850
810	809 000	225 156
811	810 000	225 463
812	811 000	225 770
813	812 000	226 077
814	813 000	226 383
815	814 000	226 690
816	815 000	226 997
817	816 000	227 304
818	817 000	227 612
819	818 000	227 919
820	819 000	228 226
821	820 000	228 534
822	821 000	228 841
823	822 000	229 148
824	823 000	229 456
825	824 000	229 764
826	825 000	230 071

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
827	826 000	230 379
828	827 000	230 687
829	828 000	230 995
830	829 000	231 303
831	830 000	231 611
832	831 000	231 919
833	832 000	232 227
834	833 000	232 536
835	834 000	232 844
836	835 000	233 152
837	836 000	233 461
838	837 000	233 769
839	838 000	234 078
840	849 000	234 387
841	840 000	234 696
842	841 000	235 004
843	842 000	235 313
844	843 000	235 622
845	844 000	235 931
846	845 000	236 240
847	846 000	236 550
848	847 000	236 859
849	848 000	237 168
850	849 000	237 478
851	850 000	237 787
852	851 000	238 097
853	852 000	238 406
854	853 000	238 716
855	854 000	239 026
856	855 000	239 335
857	856 000	239 645
858	857 000	239 955
859	858 000	240 265
860	859 000	240 575
861	860 000	240 886
862	861 000	241 196
863	862 000	241 506
864	863 000	241 816
865	864 000	242 127
866	865 000	242 437
867	866 000	242 748
868	867 000	243 059
869	868 000	243 369
870	869 000	243 680
871	870 000	243 991
872	871 000	244 302
873	872 000	244 613
874	873 000	244 924
875	874 000	245 235
876	875 000	245 546
877	876 000	245 858
878	877 000	246 169
879	878 000	246 480
880	879 000	246 792
881	880 000	247 104
882	881 000	247 415
883	882 000	247 727
884	883 000	248 039
885	884 000	248 350
886	885 000	248 662
887	886 000	248 974
888	887 000	249 286
889	888 000	249 599
890	889 000	249 911
891	890 000	250 223
892	891 000	250 535
893	892 000	250 848
894	893 000	251 160
895	894 000	251 473
896	895 000	251 785
897	896 000	252 098
898	897 000	252 411
899	898 000	252 724
900	899 000	253 037
901	900 000	253 350
902	901 000	253 663
903	902 000	253 976
904	903 000	254 289
905	904 000	254 602
906	905 000	254 915
907	906 000	255 229
908	907 000	255 542
909	908 000	255 856
910	909 000	256 169
911	910 000	256 483
912	911 000	256 797
913	912 000	257 111
914	913 000	257 424
915	914 000	257 738
916	915 000	258 052
917	916 000	258 366
918	917 000	258 681
919	918 000	258 995
920	919 000	259 309
921	920 000	259 624
922	921 000	259 938
923	922 000	260 252
924	923 000	260 567
925	924 000	260 882
926	925 000	261 196
927	926 000	261 511
928	927 000	261 826
929	928 000	262 141
930	929 000	262 456
931	930 000	262 771
932	931 000	263 086
933	932 000	263 401
934	933 000	263 717
935	934 000	264 032
936	935 000	264 347
937	936 000	264 663
938	937 000	264 978
939	938 000	265 294
940	939 000	265 610
941	940 000	265 926
942	941 000	266 241
943	942 000	266 557
944	943 000	266 873

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
945	944 000	267 189
946	945 000	267 505
947	946 000	267 822
948	947 000	268 138
949	948 000	268 454
950	949 000	268 771
951	950 000	269 087
952	951 000	269 404
953	952 000	269 720
954	953 000	270 037
955	954 000	270 354
956	955 000	270 670
957	956 000	270 987
958	957 000	271 304
959	958 000	271 621
960	959 000	271 938
961	960 000	272 256
962	961 000	272 573
963	962 000	272 890
964	963 000	273 207
965	964 000	273 525
966	965 000	273 842
967	966 000	274 160
968	967 000	274 478
969	968 000	274 795
970	969 000	275 113
971	970 000	275 431
972	971 000	275 749
973	972 000	276 067
974	973 000	276 385
975	974 000	276 703
976	975 000	277 021
977	976 000	277 340
978	977 000	277 658
979	978 000	277 976
980	979 000	278 295
981	980 000	278 614
982	981 000	278 932
983	982 000	279 251
984	983 000	279 570
985	984 000	279 888
986	985 000	280 207
987	986 000	280 526
988	987 000	280 845
989	988 000	281 165
990	989 000	281 484
991	990 000	281 803
992	991 000	282 122
993	992 000	282 442
994	993 000	282 761
995	994 000	283 081
996	995 000	283 400
997	996 000	283 720
998	997 000	284 040
999	998 000	284 360
1 000	999 000	284 680
1 001	1 000 000	285 000
1 002	1 001 000	285 320
1 003	1 002 000	285 640
1 004	1 003 000	285 960
1 005	1 004 000	286 280
1 006	1 005 000	286 600
1 007	1 006 000	286 921
1 008	1 007 000	287 241
1 009	1 008 000	287 562
1 010	1 009 000	287 882
1 011	1 010 000	288 203
1 012	1 011 000	288 524
1 013	1 012 000	288 845
1 014	1 013 000	289 165
1 015	1 014 000	289 486
1 016	1 015 000	289 807
1 017	1 016 000	290 128
1 018	1 017 000	290 450
1 019	1 018 000	290 771
1 020	1 019 000	291 092
1 021	1 020 000	291 414
1 022	1 021 000	291 735
1 023	1 022 000	292 056
1 024	1 023 000	292 378
1 025	1 024 000	292 700
1 026	1 025 000	293 021
1 027	1 026 000	293 343
1 028	1 027 000	293 665
1 029	1 028 000	293 987
1 030	1 029 000	294 309
1 031	1 030 000	294 631
1 032	1 031 000	294 953
1 033	1 032 000	295 275
1 034	1 033 000	295 598
1 035	1 034 000	295 920
1 036	1 035 000	296 242
1 037	1 036 000	296 565
1 038	1 037 000	296 887
1 039	1 038 000	297 210
1 040	1 039 000	287 533
1 041	1 040 000	297 856
1 042	1 041 000	298 178
1 043	1 042 000	298 501
1 044	1 043 000	298 824
1 045	1 044 000	299 147
1 046	1 045 000	299 470
1 047	1 046 000	299 794
1 048	1 047 000	300 117
1 049	1 048 000	300 440
1 050	1 049 000	300 764
1 051	1 050 000	301 087
1 052	1 051 000	301 411
1 053	1 052 000	301 734
1 054	1 053 000	302 058
1 055	1 054 000	302 382
1 056	1 055 000	302 705
1 057	1 056 000	303 029
1 058	1 057 000	303 353
1 059	1 058 000	303 677
1 060	1 059 000	304 001
1 061	1 060 000	304 326
1 062	1 061 000	304 650

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 063	1 062 000	304 974
1 064	1 063 000	305 298
1 065	1 064 000	305 623
1 066	1 065 000	305 947
1 067	1 066 000	306 272
1 068	1 067 000	306 597
1 069	1 068 000	306 921
1 070	1 069 000	307 246
1 071	1 070 000	307 571
1 072	1 071 000	307 896
1 073	1 072 000	308 221
1 074	1 073 000	308 546
1 075	1 074 000	308 871
1 076	1 075 000	309 196
1 077	1 076 000	309 522
1 078	1 077 000	309 847
1 079	1 078 000	310 172
1 080	1 079 000	310 498
1 081	1 080 000	310 824
1 082	1 081 000	311 149
1 083	1 082 000	311 475
1 084	1 083 000	311 801
1 085	1 084 000	312 126
1 086	1 085 000	312 452
1 087	1 086 000	312 778
1 088	1 087 000	313 104
1 089	1 088 000	313 431
1 090	1 089 000	313 757
1 091	1 090 000	314 083
1 092	1 091 000	314 409
1 093	1 092 000	314 736
1 094	1 093 000	315 062
1 095	1 094 000	315 389
1 096	1 095 000	315 715
1 097	1 096 000	316 042
1 098	1 097 000	316 369
1 099	1 098 000	316 696
1 100	1 099 000	317 023
1 101	1 100 000	317 350
1 102	1 101 000	317 677
1 103	1 102 000	318 004
1 104	1 103 000	318 331
1 105	1 104 000	318 658
1 106	1 105 000	318 985
1 107	1 106 000	319 313
1 108	1 107 000	319 640
1 109	1 108 000	319 968
1 110	1 109 000	320 295
1 111	1 110 000	320 623
1 112	1 111 000	320 951
1 113	1 112 000	321 279
1 114	1 113 000	321 606
1 115	1 114 000	321 934
1 116	1 115 000	322 262
1 117	1 116 000	322 590
1 118	1 117 000	322 919
1 119	1 118 000	323 247
1 120	1 119 000	323 575
1 121	1 120 000	323 904
1 122	1 121 000	324 232
1 123	1 122 000	324 560
1 124	1 123 000	324 889
1 125	1 124 000	325 218
1 126	1 125 000	325 546
1 127	1 126 000	325 875
1 128	1 127 000	326 204
1 129	1 128 000	326 533
1 130	1 129 000	326 862
1 131	1 130 000	327 191
1 132	1 131 000	327 520
1 133	1 132 000	327 849
1 134	1 133 000	328 179
1 135	1 134 000	328 508
1 136	1 135 000	328 837
1 137	1 136 000	329 167
1 138	1 137 000	329 496
1 139	1 138 000	329 826
1 140	1 139 000	330 156
1 141	1 140 000	330 486
1 142	1 141 000	330 815
1 143	1 142 000	331 145
1 144	1 143 000	331 475
1 145	1 144 000	331 805
1 146	1 145 000	332 135
1 147	1 146 000	332 466
1 148	1 147 000	332 796
1 149	1 148 000	333 126
1 150	1 149 000	333 457
1 151	1 150 000	333 787
1 152	1 151 000	334 118
1 153	1 152 000	334 448
1 154	1 153 000	334 779
1 155	1 154 000	335 110
1 156	1 155 000	335 440
1 157	1 156 000	335 771
1 158	1 157 000	336 102
1 159	1 158 000	336 433
1 160	1 159 000	336 764
1 161	1 160 000	337 096
1 162	1 161 000	337 427
1 163	1 162 000	337 758
1 164	1 163 000	338 089
1 165	1 164 000	338 421
1 166	1 165 000	338 752
1 167	1 166 000	339 084
1 168	1 167 000	339 416
1 169	1 168 000	339 747
1 170	1 169 000	340 079
1 171	1 170 000	340 411
1 172	1 171 000	340 743
1 173	1 172 000	341 075
1 174	1 173 000	341 407
1 175	1 174 000	341 739
1 176	1 175 000	342 071
1 177	1 176 000	342 404
1 178	1 177 000	342 736
1 179	1 178 000	343 068
1 180	1 179 000	343 401

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 181	1 180 000	343 734
1 182	1 181 000	344 066
1 183	1 182 000	344 399
1 184	1 183 000	344 732
1 185	1 184 000	345 064
1 186	1 185 000	345 397
1 187	1 186 000	345 730
1 188	1 187 000	346 063
1 189	1 188 000	346 397
1 190	1 189 000	346 730
1 191	1 190 000	347 063
1 192	1 191 000	347 396
1 193	1 192 000	347 730
1 194	1 193 000	348 063
1 195	1 194 000	348 397
1 196	1 195 000	348 730
1 197	1 196 000	349 064
1 198	1 197 000	349 398
1 199	1 198 000	349 732
1 200	1 199 000	350 066
1 201	1 200 000	350 400
1 202	1 201 000	350 734
1 203	1 202 000	351 068
1 204	1 203 000	351 402
1 205	1 204 000	351 736
1 206	1 205 000	352 070
1 207	1 206 000	352 405
1 208	1 207 000	352 739
1 209	1 208 000	353 074
1 210	1 209 000	353 408
1 211	1 210 000	353 743
1 212	1 211 000	354 078
1 213	1 212 000	354 413
1 214	1 213 000	354 747
1 215	1 214 000	355 082
1 216	1 215 000	355 417
1 217	1 216 000	355 752
1 218	1 217 000	356 088
1 219	1 218 000	356 423
1 220	1 219 000	356 758
1 221	1 220 000	357 094
1 222	1 221 000	357 429
1 223	1 222 000	357 764
1 224	1 223 000	358 100
1 225	1 224 000	358 436
1 226	1 225 000	358 771
1 227	1 226 000	359 107
1 228	1 227 000	359 443
1 229	1 228 000	359 779
1 230	1 229 000	360 115
1 231	1 230 000	360 451
1 232	1 231 000	360 787
1 233	1 232 000	361 123
1 234	1 233 000	361 460
1 235	1 234 000	361 796
1 236	1 235 000	362 132
1 237	1 236 000	362 469
1 238	1 237 000	362 805
1 239	1 238 000	363 142
1 240	1 239 000	363 479
1 241	1 240 000	363 816
1 242	1 241 000	364 152
1 243	1 242 000	364 489
1 244	1 243 000	364 826
1 245	1 244 000	365 163
1 246	1 245 000	366 500
1 247	1 246 000	365 838
1 248	1 247 000	366 175
1 249	1 248 000	366 512
1 250	1 249 000	366 850
1 251	1 250 000	367 187
1 252	1 251 000	367 525
1 253	1 252 000	367 862
1 254	1 253 000	368 200
1 255	1 254 000	368 538
1 256	1 255 000	368 875
1 257	1 256 000	369 213
1 258	1 257 000	369 551
1 259	1 258 000	369 889
1 260	1 259 000	370 227
1 261	1 260 000	370 566
1 262	1 261 000	370 904
1 263	1 262 000	371 242
1 264	1 263 000	371 580
1 265	1 264 000	371 919
1 266	1 265 000	372 257
1 267	1 266 000	372 596
1 268	1 267 000	372 935
1 269	1 268 000	373 273
1 270	1 269 000	373 612
1 271	1 270 000	373 951
1 272	1 271 000	374 290
1 273	1 272 000	374 629
1 274	1 273 000	374 968
1 275	1 274 000	375 307
1 276	1 275 000	375 646
1 277	1 276 000	375 986
1 278	1 277 000	376 325
1 279	1 278 000	376 664
1 280	1 279 000	377 004
1 281	1 280 000	377 344
1 282	1 281 000	377 683
1 283	1 282 000	378 023
1 284	1 283 000	378 363
1 285	1 284 000	378 702
1 286	1 285 000	379 042
1 287	1 286 000	379 382
1 288	1 287 000	379 722
1 289	1 288 000	380 063
1 290	1 289 000	380 403
1 291	1 290 000	380 743
1 292	1 291 000	381 083
1 293	1 292 000	381 424
1 294	1 293 000	381 764
1 295	1 294 000	382 105
1 296	1 295 000	382 445
1 297	1 296 000	382 786
1 298	1 297 000	383 127

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 299	1 298 000	383 468
1 300	1 299 000	383 809
1 301	1 300 000	384 150
1 302	1 301 000	384 491
1 303	1 302 000	384 832
1 304	1 303 000	385 173
1 305	1 304 000	385 514
1 306	1 305 000	385 855
1 307	1 306 000	386 197
1 308	1 307 000	386 538
1 309	1 308 000	386 880
1 310	1 309 000	387 221
1 311	1 310 000	387 563
1 312	1 311 000	387 905
1 313	1 312 000	388 247
1 314	1 313 000	388 588
1 315	1 314 000	388 930
1 316	1 315 000	389 272
1 317	1 316 000	389 614
1 318	1 317 000	389 957
1 319	1 318 000	390 299
1 320	1 319 000	390 641
1 321	1 320 000	390 984
1 322	1 321 000	391 326
1 323	1 322 000	391 668
1 324	1 323 000	392 011
1 325	1 324 000	392 354
1 326	1 325 000	392 696
1 327	1 326 000	393 039
1 328	1 327 000	393 382
1 329	1 328 000	393 725
1 330	1 329 000	394 068
1 331	1 330 000	394 411
1 332	1 331 000	394 754
1 333	1 332 000	395 097
1 334	1 333 000	395 441
1 335	1 334 000	395 784
1 336	1 335 000	396 127
1 337	1 336 000	396 471
1 338	1 337 000	396 814
1 339	1 338 000	397 158
1 340	1 339 000	397 502
1 341	1 340 000	397 846
1 342	1 341 000	398 189
1 343	1 342 000	398 533
1 344	1 343 000	398 877
1 345	1 344 000	399 221
1 346	1 345 000	399 565
1 347	1 346 000	399 910
1 348	1 347 000	400 254
1 349	1 348 000	400 598
1 350	1 349 000	400 943
1 351	1 350 000	401 287
1 352	1 351 000	401 632
1 353	1 352 000	401 976
1 354	1 353 000	402 321
1 355	1 354 000	402 666
1 356	1 355 000	403 010
1 357	1 356 000	403 355
1 358	1 357 000	403 700
1 359	1 358 000	404 045
1 360	1 359 000	404 390
1 361	1 360 000	404 736
1 362	1 361 000	405 081
1 363	1 362 000	405 426
1 364	1 363 000	405 771
1 365	1 364 000	406 117
1 366	1 365 000	406 462
1 367	1 366 000	406 808
1 368	1 367 000	407 154
1 369	1 368 000	407 499
1 370	1 369 000	407 845
1 371	1 370 000	408 191
1 372	1 371 000	408 537
1 373	1 372 000	408 883
1 374	1 373 000	409 229
1 375	1 374 000	409 575
1 376	1 375 000	409 921
1 377	1 376 000	410 268
1 378	1 377 000	410 614
1 379	1 378 000	410 960
1 380	1 379 000	411 307
1 381	1 380 000	411 654
1 382	1 381 000	412 000
1 383	1 382 000	412 347
1 384	1 383 000	412 694
1 385	1 384 000	413 040
1 386	1 385 000	413 387
1 387	1 386 000	413 734
1 388	1 387 000	414 081
1 389	1 388 000	414 429
1 390	1 389 000	414 776
1 391	1 390 000	415 123
1 392	1 391 000	415 470
1 393	1 392 000	415 818
1 394	1 393 000	416 165
1 395	1 394 000	416 513
1 396	1 395 000	416 860
1 397	1 396 000	417 208
1 398	1 397 000	417 556
1 399	1 398 000	417 904
1 400	1 399 000	418 252
1 401	1 400 000	418 600
1 402	1 401 000	418 948
1 403	1 402 000	419 296
1 404	1 403 000	419 644
1 405	1 404 000	419 992
1 406	1 405 000	420 340
1 407	1 406 000	420 689
1 408	1 407 000	421 037
1 409	1 408 000	421 386
1 410	1 409 000	421 734
1 411	1 410 000	422 083
1 412	1 411 000	422 432
1 413	1 412 000	422 781
1 414	1 413 000	423 129
1 415	1 414 000	423 478
1 416	1 415 000	423 827

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 417	1 416 000	424 176
1 418	1 417 000	424 526
1 419	1 418 000	424 875
1 420	1 419 000	425 224
1 421	1 420 000	425 574
1 422	1 421 000	425 923
1 423	1 422 000	426 272
1 424	1 423 000	426 622
1 425	1 424 000	426 972
1 426	1 425 000	427 321
1 427	1 426 000	427 671
1 428	1 427 000	428 021
1 429	1 428 000	428 371
1 430	1 429 000	428 721
1 431	1 430 000	429 071
1 432	1 431 000	429 421
1 433	1 432 000	429 771
1 434	1 433 000	430 122
1 435	1 434 000	430 472
1 436	1 435 000	430 822
1 437	1 436 000	431 173
1 438	1 437 000	431 523
1 439	1 438 000	431 874
1 440	1 439 000	432 225
1 441	1 440 000	432 576
1 442	1 441 000	432 926
1 443	1 442 000	433 277
1 444	1 443 000	433 628
1 445	1 444 000	433 979
1 446	1 445 000	434 330
1 447	1 446 000	434 682
1 448	1 447 000	435 033
1 449	1 448 000	435 384
1 450	1 449 000	435 736
1 451	1 450 000	436 087
1 452	1 451 000	436 439
1 453	1 452 000	436 790
1 454	1 453 000	437 142
1 455	1 454 000	437 494
1 456	1 455 000	437 845
1 457	1 456 000	438 197
1 458	1 457 000	438 549
1 459	1 458 000	438 901
1 460	1 459 000	439 253
1 461	1 460 000	439 606
1 462	1 461 000	439 958
1 463	1 462 000	440 310
1 464	1 463 000	440 662
1 465	1 464 000	441 015
1 466	1 465 000	441 367
1 467	1 466 000	441 720
1 468	1 467 000	442 073
1 469	1 468 000	442 425
1 470	1 469 000	442 778
1 471	1 470 000	443 131
1 472	1 471 000	443 484
1 473	1 472 000	443 837
1 474	1 473 000	444 190
1 475	1 474 000	444 543
1 476	1 475 000	444 896
1 477	1 476 000	445 250
1 478	1 477 000	445 603
1 479	1 478 000	445 956
1 480	1 479 000	446 310
1 481	1 480 000	446 664
1 482	1 481 000	447 017
1 483	1 482 000	447 371
1 484	1 483 000	447 725
1 485	1 484 000	448 078
1 486	1 485 000	448 432
1 487	1 486 000	448 786
1 488	1 487 000	449 140
1 489	1 488 000	449 495
1 490	1 489 000	449 849
1 491	1 490 000	450 203
1 492	1 491 000	450 557
1 493	1 492 000	450 912
1 494	1 493 000	451 266
1 495	1 494 000	451 621
1 496	1 495 000	451 975
1 497	1 496 000	452 330
1 498	1 497 000	452 685
1 499	1 498 000	453 040
1 500	1 499 000	453 395
1 501	1 500 000	453 750
1 502	1 501 000	454 105
1 503	1 502 000	454 460
1 504	1 503 000	454 815
1 505	1 504 000	455 170
1 506	1 505 000	455 525
1 507	1 506 000	455 881
1 508	1 507 000	456 236
1 509	1 508 000	456 592
1 510	1 509 000	456 947
1 511	1 510 000	457 303
1 512	1 511 000	457 659
1 513	1 512 000	458 015
1 514	1 513 000	458 370
1 515	1 514 000	458 726
1 516	1 515 000	459 082
1 517	1 516 000	459 438
1 518	1 517 000	459 795
1 519	1 518 000	460 151
1 520	1 519 000	460 507
1 521	1 520 000	460 864
1 522	1 521 000	461 220
1 523	1 522 000	461 576
1 524	1 523 000	461 933
1 525	1 524 000	462 290
1 526	1 525 000	462 646
1 527	1 526 000	463 003
1 528	1 527 000	463 360
1 529	1 528 000	463 717
1 530	1 529 000	464 074
1 531	1 530 000	464 431
1 532	1 531 000	464 788
1 533	1 532 000	465 145
1 534	1 533 000	465 503

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 535	1 534 000	465 860
1 536	1 535 000	466 217
1 537	1 536 000	466 575
1 538	1 537 000	466 932
1 539	1 538 000	467 290
1 540	1 539 000	467 648
1 541	1 540 000	468 006
1 542	1 541 000	468 363
1 543	1 542 000	468 721
1 544	1 543 000	469 079
1 545	1 544 000	469 437
1 546	1 545 000	469 795
1 547	1 546 000	470 154
1 548	1 547 000	470 512
1 549	1 548 000	470 870
1 550	1 549 000	471 229
1 551	1 550 000	471 587
1 552	1 551 000	471 946
1 553	1 552 000	472 304
1 554	1 553 000	472 663
1 555	1 554 000	473 022
1 556	1 555 000	473 380
1 557	1 556 000	473 739
1 558	1 557 000	474 098
1 559	1 558 000	474 457
1 560	1 559 000	474 816
1 561	1 560 000	475 176
1 562	1 561 000	475 535
1 563	1 562 000	475 894
1 564	1 563 000	476 253
1 565	1 564 000	476 613
1 566	1 565 000	476 972
1 567	1 566 000	477 332
1 568	1 567 000	477 692
1 569	1 568 000	478 051
1 570	1 569 000	478 411
1 571	1 570 000	478 771
1 572	1 571 000	479 131
1 573	1 572 000	479 491
1 574	1 573 000	479 851
1 575	1 574 000	480 211
1 576	1 575 000	480 571
1 577	1 576 000	480 932
1 578	1 577 000	481 292
1 579	1 578 000	481 652
1 580	1 579 000	482 013
1 581	1 580 000	482 374
1 582	1 581 000	482 734
1 583	1 582 000	483 095
1 584	1 583 000	483 456
1 585	1 584 000	483 816
1 586	1 585 000	484 177
1 587	1 586 000	484 538
1 588	1 587 000	484 899
1 589	1 588 000	485 261
1 590	1 589 000	485 622
1 591	1 590 000	485 983
1 592	1 591 000	486 344
1 593	1 592 000	486 706
1 594	1 593 000	487 067
1 595	1 594 000	487 429
1 596	1 595 000	487 790
1 597	1 596 000	488 152
1 598	1 597 000	488 514
1 599	1 598 000	488 876
1 600	1 599 000	489 238
1 601	1 600 000	489 600
1 602	1 601 000	489 962
1 603	1 602 000	490 324
1 604	1 603 000	490 686
1 605	1 604 000	491 048
1 606	1 605 000	491 410
1 607	1 606 000	491 773
1 608	1 607 000	492 135
1 609	1 608 000	492 498
1 610	1 609 000	492 860
1 611	1 610 000	493 223
1 612	1 611 000	493 586
1 613	1 612 000	493 949
1 614	1 613 000	494 311
1 615	1 614 000	494 674
1 616	1 615 000	495 037
1 617	1 616 000	495 400
1 618	1 617 000	495 764
1 619	1 618 000	496 127
1 620	1 619 000	496 490
1 621	1 620 000	496 854
1 622	1 621 000	497 217
1 623	1 622 000	497 580
1 624	1 623 000	497 944
1 625	1 624 000	498 308
1 626	1 625 000	498 671
1 627	1 626 000	499 035
1 628	1 627 000	499 399
1 629	1 628 000	499 763
1 630	1 629 000	500 127
1 631	1 630 000	500 491
1 632	1 631 000	500 855
1 633	1 632 000	501 219
1 634	1 633 000	501 584
1 635	1 634 000	501 948
1 636	1 635 000	502 312
1 637	1 636 000	502 677
1 638	1 637 000	503 041
1 639	1 638 000	503 406
1 640	1 639 000	503 771
1 641	1 640 000	504 136
1 642	1 641 000	504 500
1 643	1 642 000	504 865
1 644	1 643 000	505 230
1 645	1 644 000	505 595
1 646	1 645 000	505 960
1 647	1 646 000	506 326
1 648	1 647 000	506 691
1 649	1 648 000	507 056
1 650	1 649 000	507 422
1 651	1 650 000	507 787
1 652	1 651 000	508 153

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 653	1 652 000	508 518
1 654	1 653 000	508 884
1 655	1 654 000	509 250
1 656	1 655 000	509 615
1 657	1 656 000	509 981
1 658	1 657 000	510 347
1 659	1 658 000	510 713
1 660	1 659 000	511 079
1 661	1 660 000	511 446
1 662	1 661 000	511 812
1 663	1 662 000	512 178
1 664	1 663 000	512 544
1 665	1 664 000	512 911
1 666	1 665 000	513 277
1 667	1 666 000	513 644
1 668	1 667 000	514 011
1 669	1 668 000	514 377
1 670	1 669 000	514 744
1 671	1 670 000	515 111
1 672	1 671 000	515 478
1 673	1 672 000	515 845
1 674	1 673 000	516 212
1 675	1 674 000	516 579
1 676	1 675 000	516 946
1 677	1 676 000	517 314
1 678	1 677 000	517 681
1 679	1 678 000	518 048
1 680	1 697 000	518 416
1 681	1 680 000	518 784
1 682	1 681 000	519 151
1 683	1 682 000	519 519
1 684	1 683 000	519 887
1 685	1 684 000	520 254
1 686	1 685 000	520 622
1 687	1 686 000	520 990
1 688	1 687 000	521 358
1 689	1 688 000	521 727
1 690	1 689 000	522 095
1 691	1 690 000	522 463
1 692	1 691 000	522 831
1 693	1 692 000	523 200
1 694	1 693 000	523 568
1 695	1 694 000	523 937
1 696	1 695 000	524 305
1 697	1 696 000	524 674
1 698	1 697 000	525 043
1 699	1 698 000	525 412
1 700	1 699 000	525 781
1 701	1 700 000	526 150
1 702	1 701 000	526 519
1 703	1 702 000	526 888
1 704	1 703 000	527 257
1 705	1 704 000	527 626
1 706	1 705 000	527 995
1 707	1 706 000	528 365
1 708	1 707 000	528 734
1 709	1 708 000	529 104
1 710	1 709 000	529 473
1 711	1 710 000	529 843

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 712	1 711 000	530 213
1 713	1 712 000	530 583
1 714	1 713 000	530 952
1 715	1 714 000	531 322
1 716	1 715 000	531 692
1 717	1 716 000	532 062
1 718	1 717 000	532 433
1 719	1 718 000	532 803
1 720	1 719 000	533 173
1 721	1 720 000	533 544
1 722	1 721 000	533 914
1 723	1 722 000	534 284
1 724	1 723 000	534 655
1 725	1 724 000	535 026
1 726	1 725 000	535 396
1 727	1 726 000	535 767
1 728	1 727 000	536 138
1 729	1 728 000	536 509
1 730	1 729 000	536 880
1 731	1 730 000	537 251
1 732	1 731 000	537 622
1 733	1 732 000	537 993
1 734	1 733 000	538 365
1 735	1 734 000	538 736
1 736	1 735 000	539 107
1 737	1 736 000	539 479
1 738	1 737 000	539 850
1 739	1 738 000	540 222
1 740	1 739 000	540 594
1 741	1 740 000	540 966
1 742	1 741 000	541 337
1 743	1 742 000	541 709
1 744	1 743 000	542 081
1 745	1 744 000	542 453
1 746	1 745 000	542 825
1 747	1 746 000	543 198
1 748	1 747 000	543 570
1 749	1 748 000	543 942
1 750	1 749 000	544 315
1 751	1 750 000	544 687
1 752	1 751 000	545 060
1 753	1 752 000	545 432
1 754	1 753 000	545 805
1 755	1 754 000	546 178
1 756	1 755 000	546 550
1 757	1 756 000	546 923
1 758	1 757 000	547 296
1 759	1 758 000	547 669
1 760	1 759 000	458 042
1 761	1 760 000	548 416
1 762	1 761 000	548 789
1 763	1 762 000	549 162
1 764	1 763 000	549 535
1 765	1 764 000	549 909
1 766	1 765 000	550 282
1 767	1 766 000	550 656
1 766	1 767 000	551 030
1 769	1 768 000	551 403
1 770	1 769 000	551 777

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 771	1 770 000	552 151	1 830	1 829 000	574 333
1 772	1 771 000	552 525	1 831	1 830 000	574 711
1 773	1 772 000	552 899	1 832	1 831 000	575 089
1 774	1 773 000	553 273	1 833	1 832 000	575 467
1 775	1 774 000	553 647	1 834	1 833 000	575 846
1 776	1 775 000	554 021	1 835	1 834 000	576 224
1 777	1 776 000	554 396	1 836	1 835 000	576 602
1 778	1 777 000	554 770	1 837	1 836 000	576 981
1 779	1 778 000	555 144	1 838	1 837 000	577 359
1 780	1 779 000	555 519	1 839	1 838 000	577 738
1 781	1 780 000	555 894	1 840	1 839 000	578 117
1 782	1 781 000	556 268	1 841	1 840 000	578 496
1 783	1 782 000	556 643	1 842	1 841 000	578 874
1 784	1 783 000	557 018	1 843	1 842 000	579 253
1 785	1 784 000	557 392	1 844	1 843 000	579 632
1 786	1 785 000	557 767	1 845	1 844 000	580 011
1 787	1 786 000	558 142	1 846	1 845 000	580 390
1 788	1 787 000	558 517	1 847	1 846 000	580 770
1 789	1 788 000	558 893	1 848	1 847 000	581 149
1 790	1 789 000	559 268	1 849	1 848 000	581 528
1 791	1 790 000	559 643	1 850	1 849 000	581 908
1 792	1 791 000	560 018	1 851	1 850 000	582 287
1 793	1 792 000	560 394	1 852	1 851 000	582 667
1 794	1 793 000	560 769	1 853	1 852 000	583 046
1 795	1 794 000	561 145	1 854	1 853 000	583 426
1 796	1 795 000	561 520	1 855	1 854 000	583 806
1 797	1 796 000	561 896	1 856	1 855 000	584 185
1 798	1 797 000	562 272	1 857	1 856 000	584 565
1 799	1 798 000	562 648	1 858	1 857 000	584 945
1 800	1 799 000	563 024	1 859	1 858 000	585 325
1 801	1 800 000	563 400	1 860	1 859 000	585 705
1 802	1 801 000	563 776	1 861	1 860 000	586 086
1 803	1 802 000	564 152	1 862	1 861 000	586 466
1 804	1 803 000	564 528	1 863	1 862 000	586 846
1 805	1 804 000	564 904	1 864	1 863 000	587 226
1 806	1 805 000	565 280	1 865	1 864 000	587 607
1 807	1 806 000	565 657	1 866	1 865 000	587 987
1 808	1 807 000	566 033	1 867	1 866 000	588 368
1 809	1 808 000	566 410	1 868	1 867 000	588 749
1 810	1 809 000	566 786	1 869	1 868 000	589 129
1 811	1 810 000	567 163	1 870	1 869 000	589 510
1 812	1 811 000	567 540	1 871	1 870 000	589 891
1 813	1 812 000	567 917	1 872	1 871 000	590 272
1 814	1 813 000	568 293	1 873	1 872 000	590 653
1 815	1 814 000	568 670	1 874	1 873 000	591 034
1 816	1 815 000	569 047	1 875	1 874 000	591 415
1 817	1 816 000	569 424	1 876	1 875 000	591 796
1 818	1 817 000	569 802	1 877	1 876 000	592 178
1 819	1 818 000	570 179	1 878	1 877 000	592 559
1 820	1 819 000	570 556	1 879	1 878 000	592 940
1 821	1 820 000	570 934	1 880	1 879 000	593 322
1 822	1 821 000	571 311	1 881	1 880 000	593 704
1 823	1 822 000	571 688	1 882	1 881 000	594 085
1 824	1 823 000	572 066	1 883	1 882 000	594 467
1 825	1 824 000	572 444	1 884	1 883 000	594 849
1 826	1 825 000	572 821	1 885	1 884 000	595 230
1 827	1 826 000	573 199	1 886	1 885 000	595 612
1 828	1 827 000	573 577	1 887	1 886 000	595 994
1 829	1 828 000	573 955	1 888	1 887 000	596 376

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
1 889	1 888 000	596 759
1 890	1 889 000	597 141
1 891	1 890 000	597 523
1 892	1 891 000	597 905
1 893	1 892 000	598 288
1 894	1 893 000	598 670
1 895	1 894 000	599 053
1 896	1 895 000	599 435
1 897	1 896 000	599 818
1 898	1 897 000	600 201
1 899	1 898 000	600 584
1 900	1 899 000	600 967
1 901	1 900 000	601 350
1 902	1 901 000	601 733
1 903	1 902 000	602 116
1 904	1 903 000	602 499
1 905	1 904 000	602 882
1 906	1 905 000	603 265
1 907	1 906 000	603 649
1 908	1 907 000	604 032
1 909	1 908 000	604 416
1 910	1 909 000	604 799
1 911	1 910 000	605 183
1 912	1 911 000	605 567
1 913	1 912 000	605 951
1 914	1 913 000	606 334
1 915	1 914 000	606 718
1 916	1 915 000	607 102
1 917	1 916 000	607 486
1 918	1 917 000	607 871
1 919	1 918 000	608 255
1 920	1 919 000	608 639
1 921	1 920 000	609 024
1 922	1 921 000	609 408
1 923	1 922 000	609 792
1 924	1 923 000	610 177
1 925	1 924 000	610 562
1 926	1 925 000	610 946
1 927	1 926 000	611 331
1 928	1 927 000	611 716
1 929	1 928 000	612 101
1 930	1 929 000	612 486
1 931	1 930 000	612 871
1 932	1 931 000	613 256
1 933	1 932 000	613 641
1 934	1 933 000	614 027
1 935	1 934 000	614 412
1 936	1 935 000	614 797
1 937	1 936 000	615 183
1 938	1 937 000	615 568
1 939	1 938 000	615 954
1 940	1 939 000	616 340
1 941	1 940 000	616 726
1 942	1 941 000	617 111
1 943	1 942 000	617 497
1 944	1 943 000	617 883
1 945	1 944 000	618 269
1 946	1 945 000	618 655
1 947	1 946 000	619 042
1 948	1 947 000	619 428
1 949	1 948 000	619 814
1 950	1 949 000	620 201
1 951	1 950 000	620 587
1 952	1 951 000	620 974
1 953	1 952 000	621 360
1 954	1 953 000	621 747
1 955	1 954 000	622 134
1 956	1 955 000	622 520
1 957	1 956 000	622 907
1 958	1 957 000	623 294
1 959	1 958 000	623 681
1 960	1 959 000	624 068
1 961	1 960 000	624 456
1 962	1 961 000	624 843
1 963	1 962 000	625 230
1 964	1 963 000	625 617
1 965	1 964 000	626 005
1 966	1 965 000	626 392
1 967	1 966 000	626 780
1 968	1 967 000	627 168
1 969	1 968 000	627 555
1 970	1 969 000	627 943
1 971	1 970 000	628 331
1 972	1 971 000	628 719
1 973	1 972 000	629 107
1 974	1 973 000	629 495
1 975	1 974 000	629 883
1 976	1 975 000	630 271
1 977	1 976 000	630 660
1 978	1 977 000	631 048
1 979	1 978 000	631 436
1 980	1 979 000	631 825
1 981	1 980 000	632 214
1 982	1 981 000	632 602
1 983	1 982 000	632 991
1 984	1 983 000	633 380
1 985	1 984 000	633 768
1 986	1 985 000	634 157
1 987	1 986 000	634 546
1 988	1 987 000	634 935
1 989	1 988 000	635 325
1 990	1 989 000	635 714
1 991	1 990 000	636 103
1 992	1 991 000	636 492
1 993	1 992 000	636 882
1 994	1 993 000	637 271
1 995	1 994 000	637 661
1 996	1 995 000	638 050
1 997	1 996 000	638 440
1 998	1 997 000	638 830
1 999	1 998 000	639 220
2 000	1 999 000	639 610
2 001	2 000 000	640 000
2 002	2 001 000	640 390
2 003	2 002 000	640 780
2 004	2 003 000	641 170
2 005	2 004 000	641 560
2 006	2 005 000	641 950

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 007	2 006 000	642 341
2 008	2 007 000	642 731
2 009	2 008 000	643 122
2 010	2 009 000	643 512
2 011	2 010 000	643 903
2 012	2 011 000	644 294
2 013	2 012 000	644 685
2 014	2 013 000	645 075
2 015	2 014 000	645 466
2 016	2 015 000	645 857
2 017	2 016 000	646 248
2 018	2 017 000	646 640
2 019	2 018 000	647 031
2 020	2 019 000	647 422
2 021	2 020 000	647 814
2 022	2 021 000	648 205
2 023	2 022 000	648 596
2 024	2 023 000	648 988
2 025	2 024 000	649 380
2 026	2 025 000	649 771
2 027	2 026 000	650 163
2 028	2 027 000	650 555
2 029	2 028 000	650 947
2 030	2 029 000	651 339
2 031	2 030 000	651 731
2 032	2 031 000	652 123
2 033	2 032 000	652 515
2 034	2 033 000	652 908
2 035	2 034 000	653 300
2 036	2 035 000	653 692
2 037	2 036 000	654 085
2 038	2 037 000	654 477
2 039	2 038 000	654 870
2 040	2 039 000	655 263
2 041	2 040 000	655 656
2 042	2 041 000	656 048
2 043	2 042 000	565 441
2 044	2 043 000	656 834
2 045	2 044 000	657 227
2 046	2 045 000	657 620
2 047	2 046 000	658 014
2 048	2 047 000	658 407
2 049	2 048 000	658 800
2 050	2 049 000	659 194
2 051	2 050 000	659 587
2 052	2 051 000	659 981
2 053	2 052 000	660 374
2 054	2 053 000	660 768
2 055	2 054 000	661 162
2 056	2 055 000	661 555
2 057	2 056 000	661 949
2 058	2 057 000	662 343
2 059	2 058 000	662 737
2 060	2 059 000	663 131
2 061	2 060 000	663 526
2 062	2 061 000	663 920
2 063	2 062 000	664 314
2 064	2 063 000	664 708
2 065	2 064 000	665 103
2 066	2 065 000	665 497
2 067	2 066 000	665 892
2 068	2 067 000	666 287
2 069	2 068 000	666 681
2 070	2 069 000	667 076
2 071	2 070 000	667 471
2 072	2 071 000	667 866
2 073	2 072 000	668 261
2 074	2 073 000	668 656
2 075	2 074 000	669 051
2 076	2 075 000	669 446
2 077	2 076 000	669 842
2 078	2 077 000	670 237
2 079	2 078 000	670 632
2 080	2 079 000	671 028
2 081	2 080 000	671 424
2 082	2 081 000	671 819
2 083	2 082 000	672 215
2 084	2 083 000	672 611
2 085	2 084 000	673 006
2 086	2 085 000	673 402
2 087	2 086 000	673 798
2 088	2 087 000	674 194
2 089	2 088 000	674 591
2 090	2 089 000	674 987
2 091	2 090 000	675 383
2 092	2 091 000	675 779
2 093	2 092 000	676 176
2 094	2 093 000	676 572
2 095	2 094 000	676 969
2 096	2 095 000	677 365
2 097	2 096 000	677 762
2 098	2 097 000	678 159
2 099	2 098 000	678 556
2 100	2 099 000	678 953
2 101	2 100 000	679 350
2 102	2 101 000	679 747
2 103	2 102 000	680 144
2 104	2 103 000	680 541
2 105	2 104 000	680 938
2 106	2 105 000	681 335
2 107	2 106 000	681 733
2 108	2 107 000	682 130
2 109	2 108 000	682 528
2 110	2 109 000	682 925
2 111	2 110 000	683 323
2 112	2 111 000	683 721
2 113	2 112 000	684 119
2 114	2 113 000	684 516
2 115	2 114 000	684 914
2 116	2 115 000	685 312
2 117	2 116 000	685 710
2 118	2 117 000	686 109
2 119	2 118 000	686 507
2 120	2 119 000	686 905
2 121	2 120 000	687 304
2 122	2 121 000	687 702
2 123	2 122 000	688 100
2 124	2 123 000	688 499

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 125	2 124 000	688 898
2 126	2 125 000	689 296
2 127	2 126 000	689 695
2 128	2 127 000	690 094
2 129	2 128 000	690 493
2 130	2 129 000	690 892
2 131	2 130 000	691 291
2 132	2 131 000	691 690
2 133	2 132 000	692 089
2 134	2 133 000	692 489
2 135	2 134 000	692 888
2 136	2 135 000	693 287
2 137	2 136 000	693 687
2 138	2 137 000	694 086
2 139	2 138 000	694 486
2 140	2 139 000	694 886
2 141	2 140 000	695 286
2 142	2 141 000	695 685
2 143	2 142 000	696 085
2 144	2 143 000	696 485
2 145	2 144 000	696 885
2 146	2 145 000	697 285
2 147	2 146 000	697 686
2 148	2 147 000	698 086
2 149	2 148 000	698 486
2 150	2 149 000	698 887
2 151	2 150 000	699 287
2 152	2 151 000	699 688
2 153	2 152 000	700 088
2 154	2 153 000	700 489
2 155	2 154 000	700 890
2 156	2 155 000	701 290
2 157	2 156 000	701 691
2 158	2 157 000	702 092
2 159	2 158 000	702 493
2 160	2 159 000	702 894
2 161	2 160 000	703 296
2 162	2 161 000	703 697
2 163	2 162 000	704 098
2 164	2 163 000	704 499
2 165	2 164 000	704 901
2 166	2 165 000	705 302
2 167	2 166 000	705 704
2 168	2 167 000	706 106
2 169	2 168 000	706 507
2 170	2 169 000	706 909
2 171	2 170 000	707 311
2 172	2 171 000	707 713
2 173	2 172 000	708 115
2 174	2 173 000	708 517
2 175	2 174 000	708 919
2 176	2 175 000	709 321
2 177	2 176 000	709 724
2 178	2 177 000	710 126
2 179	2 178 000	710 528
2 180	2 179 000	710 931
2 181	2 180 000	711 334
2 182	2 181 000	711 736
2 183	2 182 000	712 139
2 184	2 183 000	712 542
2 185	2 184 000	712 944
2 186	2 185 000	713 347
2 187	2 186 000	713 750
2 188	2 187 000	714 153
2 189	2 188 000	714 557
2 190	2 189 000	714 960
2 191	2 190 000	715 363
2 192	2 191 000	715 766
2 193	2 192 000	716 170
2 194	2 193 000	716 573
2 195	2 194 000	716 977
2 196	2 195 000	717 380
2 197	2 196 000	717 784
2 198	2 197 000	718 188
2 199	2 198 000	718 592
2 200	2 199 000	718 996
2 201	2 200 000	719 400
2 202	2 201 000	719 804
2 203	2 202 000	720 208
2 204	2 203 000	720 612
2 205	2 204 000	721 016
2 206	2 205 000	721 420
2 207	2 206 000	721 825
2 208	2 207 000	722 229
2 209	2 208 000	722 634
2 210	2 209 000	723 038
2 211	2 210 000	723 443
2 212	2 211 000	723 848
2 213	2 212 000	724 253
2 214	2 213 000	724 657
2 215	2 214 000	725 062
2 216	2 215 000	725 467
2 217	2 216 000	725 872
2 218	2 217 000	726 278
2 219	2 218 000	726 683
2 220	2 219 000	727 088
2 221	2 220 000	727 494
2 222	2 221 000	727 899
2 223	2 222 000	728 304
2 224	2 223 000	728 710
2 225	2 224 000	729 116
2 226	2 225 000	729 521
2 227	2 226 000	729 927
2 228	2 227 000	730 333
2 229	2 228 000	730 739
2 230	2 229 000	731 145
2 231	2 230 000	731 551
2 232	2 231 000	731 957
2 233	2 232 000	732 363
2 234	2 233 000	732 770
2 235	2 234 000	733 176
2 236	2 235 000	733 582
2 237	2 236 000	733 989
2 238	2 237 000	734 395
2 239	2 238 000	734 802
2 240	2 239 000	735 209
2 241	2 240 000	735 616
2 242	2 241 000	736 022

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 243	2 242 000	736 429	2 302	2 301 000	760 561
2 244	2 243 000	736 836	2 303	2 302 000	760 972
2 245	2 244 000	737 243	2 304	2 303 000	761 383
2 246	2 245 000	737 650	2 305	2 304 000	761 794
2 247	2 246 000	738 058	2 306	2 305 000	762 205
2 248	2 247 000	738 465	2 307	2 306 000	762 617
2 249	2 248 000	738 872	2 308	2 307 000	763 028
2 250	2 249 000	739 280	2 309	2 308 000	763 440
2 251	2 250 000	739 687	2 310	2 309 000	763 851
2 252	2 251 000	740 095	2 311	2 310 000	764 263
2 253	2 252 000	740 502	2 312	2 311 000	764 675
2 254	2 253 000	740 910	2 313	2 312 000	765 087
2 255	2 254 000	741 318	2 314	2 313 000	765 498
2 256	2 255 000	741 725	2 315	2 314 000	655 910
2 257	2 256 000	742 133	2 316	2 315 000	766 322
2 258	2 257 000	742 541	2 317	2 316 000	766 734
2 259	2 258 000	742 949	2 318	2 317 000	767 147
2 260	2 259 000	743 357	2 319	2 318 000	767 559
2 261	2 260 000	743 766	2 320	2 319 000	767 971
2 262	2 261 000	744 174	2 321	2 320 000	768 384
2 263	2 262 000	744 582	2 322	2 321 000	768 796
2 264	2 263 000	744 990	2 323	2 322 000	769 208
2 265	2 264 000	745 399	2 324	2 323 000	769 621
2 266	2 265 000	745 807	2 325	2 324 000	770 034
2 267	2 266 000	746 216	2 326	2 325 000	770 446
2 268	2 267 000	746 625	2 327	2 326 000	770 859
2 269	2 268 000	747 033	2 328	2 327 000	771 272
2 270	2 269 000	747 442	2 329	2 328 000	771 685
2 271	2 270 000	747 851	2 330	2 329 000	772 098
2 272	2 271 000	748 260	2 331	2 330 000	772 511
2 273	2 272 000	748 669	2 332	2 331 000	772 924
2 274	2 273 000	749 078	2 333	2 332 000	773 337
2 275	2 274 000	749 487	2 334	2 333 000	773 751
2 276	2 275 000	749 896	2 335	2 334 000	774 164
2 277	2 276 000	750 306	2 336	2 335 000	774 577
2 278	2 277 000	750 715	2 337	2 336 000	774 991
2 279	2 278 000	751 124	2 338	2 337 000	775 404
2 280	2 279 000	751 534	2 339	2 338 000	775 818
2 281	2 280 000	751 944	2 340	2 339 000	776 232
2 282	2 281 000	752 353	2 341	2 340 000	776 646
2 283	2 282 000	752 763	2 342	2 341 000	777 059
2 284	2 283 000	753 173	2 343	2 342 000	777 473
2 285	2 284 000	753 582	2 344	2 343 000	777 887
2 286	2 285 000	753 992	2 345	2 344 000	778 301
2 287	2 286 000	754 402	2 346	2 345 000	778 715
2 288	2 287 000	754 812	2 347	2 346 000	779 130
2 289	2 288 000	755 223	2 348	2 347 000	779 544
2 290	2 289 000	755 633	2 349	2 348 000	779 958
2 291	2 290 000	756 043	2 350	2 349 000	780 373
2 292	2 291 000	756 453	2 351	2 350 000	780 787
2 293	2 292 000	756 864	2 352	2 351 000	781 202
2 294	2 293 000	757 274	2 353	2 352 000	781 616
2 295	2 294 000	757 685	2 354	2 353 000	782 031
2 296	2 295 000	758 095	2 355	2 354 000	782 446
2 297	2 296 000	758 506	2 356	2 355 000	782 860
2 298	2 297 000	758 917	2 357	2 356 000	783 275
2 299	2 298 000	759 328	2 358	2 357 000	783 690
2 300	2 299 000	759 739	2 359	2 358 000	784 105
2 301	2 300 000	760 150	2 360	2 359 000	784 520

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 361	2 360 000	784 936
2 362	2 361 000	785 351
2 363	2 362 000	785 766
2 364	2 363 000	786 181
2 365	2 364 000	786 597
2 366	2 365 000	787 012
2 367	2 366 000	787 428
2 368	2 367 000	787 844
2 369	2 368 000	788 259
2 370	2 369 000	788 675
2 371	2 370 000	789 091
2 372	2 371 000	789 507
2 373	2 372 000	789 923
2 374	2 373 000	790 339
2 375	2 374 000	790 755
2 376	2 375 000	791 171
2 377	2 376 000	791 588
2 378	2 377 000	792 004
2 379	2 378 000	792 420
2 380	2 379 000	792 837
2 381	2 380 000	793 254
2 382	2 381 000	793 670
2 383	2 382 000	794 087
2 384	2 383 000	794 504
2 385	2 384 000	794 920
2 386	2 385 000	795 337
2 387	2 386 000	795 754
2 388	2 387 000	796 171
2 389	2 388 000	796 589
2 390	2 389 000	797 006
2 391	2 390 000	797 423
2 392	2 391 000	797 840
2 393	2 392 000	798 258
2 394	2 393 000	798 675
2 395	2 394 000	799 093
2 396	2 395 000	799 510
2 397	2 396 000	799 928
2 398	2 397 000	800 346
2 399	2 398 000	800 764
2 400	2 399 000	801 182
2 401	2 400 000	801 600
2 402	2 401 000	802 018
2 403	2 402 000	802 436
2 404	2 403 000	802 854
2 405	2 404 000	803 272
2 406	2 405 000	803 690
2 407	2 406 000	804 109
2 408	2 407 000	804 527
2 409	2 408 000	804 946
2 410	2 409 000	805 364
2 411	2 410 000	805 783
2 412	2 411 000	806 202
2 413	2 412 000	806 621
2 414	2 413 000	807 039
2 415	2 414 000	807 458
2 416	2 415 000	807 877
2 417	2 416 000	808 296
2 418	2 417 000	808 716
2 419	2 418 000	809 135
2 420	2 419 000	809 554
2 421	2 420 000	809 974
2 422	2 421 000	810 393
2 423	2 422 000	810 812
2 424	2 423 000	811 232
2 425	2 424 000	811 652
2 426	2 425 000	812 071
2 427	2 426 000	812 491
2 428	2 427 000	812 911
2 429	2 428 000	813 331
2 430	2 429 000	813 751
2 431	2 430 000	814 171
2 432	2 431 000	814 591
2 433	2 432 000	815 011
2 434	2 433 000	815 432
2 435	2 434 000	815 852
2 436	2 435 000	816 272
2 437	2 436 000	816 693
2 438	2 437 000	817 113
2 439	2 438 000	817 534
2 440	2 439 000	817 955
2 441	2 440 000	818 376
2 442	2 441 000	818 796
2 443	2 442 000	819 217
2 444	2 443 000	819 638
2 445	2 444 000	820 059
2 446	2 445 000	820 480
2 447	2 446 000	820 902
2 448	2 447 000	821 323
2 449	2 448 000	821 744
2 450	2 449 000	822 166
2 451	2 450 000	522 587
2 452	2 451 000	823 009
2 453	2 452 000	823 430
2 454	2 453 000	823 852
2 455	2 454 000	824 274
2 456	2 455 000	824 695
2 457	2 456 000	825 117
2 458	2 457 000	825 539
2 459	2 458 000	825 961
2 460	2 459 000	826 383
2 461	2 460 000	826 806
2 462	2 461 000	827 228
2 463	2 462 000	827 650
2 464	2 463 000	828 072
2 465	2 464 000	828 495
2 466	2 465 000	828 917
2 467	2 466 000	829 340
2 468	2 467 000	829 763
2 469	2 468 000	830 185
2 470	2 469 000	830 608
2 471	2 470 000	831 031
2 472	2 471 000	831 454
2 473	2 472 000	831 877
2 474	2 473 000	832 300
2 475	2 474 000	832 723
2 476	2 475 000	833 146
2 477	2 476 000	833 570
2 478	2 477 000	833 993

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 479	2 478 000	834 416
2 480	2 479 000	834 840
2 481	2 480 000	835 264
2 482	2 481 000	835 687
2 483	2 482 000	836 111
2 484	2 483 000	836 535
2 485	2 484 000	836 958
2 486	2 485 000	837 382
2 487	2 486 000	837 806
2 488	2 487 000	838 230
2 489	2 488 000	838 655
2 490	2 489 000	839 079
2 491	2 490 000	839 503
2 492	2 491 000	839 927
2 493	2 492 000	840 352
2 494	2 493 000	840 776
2 495	2 494 000	841 201
2 496	2 495 000	841 625
2 497	2 496 000	842 050
2 498	2 497 000	842 475
2 499	2 498 000	842 900
2 500	2 499 000	843 325
2 501	2 500 000	843 750
2 502	2 501 000	844 175
2 503	2 502 000	844 600
2 504	2 503 000	845 025
2 505	2 504 000	845 450
2 506	2 505 000	845 875
2 507	2 506 000	846 301
2 508	2 507 000	846 726
2 509	2 508 000	847 152
2 510	2 509 000	847 577
2 511	2 510 000	848 003
2 512	2 511 000	848 429
2 513	2 512 000	848 855
2 514	2 513 000	849 280
2 515	2 514 000	849 706
2 516	2 515 000	850 132
2 517	2 516 000	850 558
2 518	2 517 000	850 985
2 519	2 518 000	851 411
2 520	2 519 000	851 837
2 521	2 520 000	852 264
2 522	2 521 000	852 690
2 523	2 522 000	853 116
2 524	2 523 000	853 543
2 525	2 524 000	853 970
2 526	2 525 000	854 396
2 527	2 526 000	854 823
2 528	2 527 000	855 250
2 529	2 528 000	855 677
2 530	2 529 000	856 104
2 531	2 530 000	856 531
2 532	2 531 000	856 958
2 533	2 532 000	857 385
2 534	2 533 000	857 813
2 535	2 534 000	858 240
2 536	2 535 000	858 667
2 537	2 536 000	859 095
2 538	2 537 000	859 522
2 539	2 538 000	859 950
2 540	2 539 000	860 378
2 541	2 540 000	860 806
2 542	2 541 000	861 233
2 543	2 542 000	861 661
2 544	2 543 000	862 089
2 545	2 544 000	862 517
2 546	2 545 000	862 945
2 547	2 546 000	863 374
2 548	2 547 000	863 802
2 549	2 548 000	864 230
2 550	2 549 000	864 659
2 551	2 550 000	865 087
2 552	2 551 000	865 516
2 553	2 552 000	865 944
2 554	2 553 000	866 373
2 555	2 554 000	866 802
2 556	2 555 000	867 230
2 557	2 556 000	867 659
2 558	2 557 000	868 088
2 559	2 558 000	868 517
2 560	2 559 000	868 946
2 561	2 560 000	869 376
2 562	2 561 000	869 805
2 563	2 562 000	870 234
2 564	2 563 000	870 663
2 565	2 564 000	871 093
2 566	2 565 000	871 522
2 567	2 566 000	871 952
2 568	2 567 000	872 382
2 569	2 568 000	872 811
2 570	2 569 000	873 241
2 571	2 570 000	873 671
2 572	2 571 000	874 101
2 573	2 572 000	874 531
2 574	2 573 000	874 961
2 575	2 574 000	875 391
2 576	2 575 000	875 821
2 577	2 576 000	876 252
2 578	2 577 000	876 682
2 579	2 578 000	877 112
2 580	2 579 000	877 543
2 581	2 580 000	877 974
2 582	2 581 000	878 404
2 583	2 582 000	878 835
2 584	2 583 000	879 266
2 585	2 584 000	879 696
2 586	2 585 000	880 127
2 587	2 586 000	880 558
2 588	2 587 000	880 989
2 589	2 588 000	881 421
2 590	2 589 000	881 852
2 591	2 590 000	882 283
2 592	2 591 000	882 714
2 593	2 592 000	883 146
2 594	2 593 000	883 577
2 595	2 594 000	884 009
2 596	2 595 000	884 440

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 597	2 596 000	884 872
2 598	2 597 000	885 304
2 599	2 598 000	885 736
2 600	2 599 000	886 168
2 601	2 600 000	886 600
2 602	2 601 000	887 032
2 603	2 602 000	887 464
2 604	2 603 000	887 896
2 605	2 604 000	888 328
2 606	2 605 000	888 760
2 607	2 606 000	889 193
2 608	2 607 000	889 625
2 609	2 608 000	890 058
2 610	2 609 000	890 490
2 611	2 610 000	890 923
2 612	2 611 000	891 356
2 613	2 612 000	891 789
2 614	2 613 000	892 221
2 615	2 614 000	892 654
2 616	2 615 000	893 087
2 617	2 616 000	893 520
2 618	2 617 000	893 954
2 619	2 618 000	894 387
2 620	2 619 000	894 820
2 621	2 620 000	895 254
2 622	2 621 000	895 687
2 623	2 622 000	896 120
2 624	2 623 000	896 554
2 625	2 624 000	896 988
2 626	2 625 000	897 421
2 627	2 626 000	897 855
2 628	2 627 000	898 289
2 629	2 628 000	898 723
2 630	2 629 000	899 157
2 631	2 630 000	899 591
2 632	2 631 000	900 025
2 633	2 632 000	900 459
2 634	2 633 000	900 894
2 635	2 634 000	901 328
2 636	2 635 000	901 762
2 637	2 636 000	902 197
2 638	2 637 000	902 631
2 639	2 638 000	903 066
2 640	2 639 000	903 501
2 641	2 640 000	903 936
2 642	2 641 000	904 370
2 643	2 642 000	904 805
2 644	2 643 000	905 240
2 645	2 644 000	905 675
2 646	2 645 000	906 110
2 647	2 646 000	906 546
2 648	2 647 000	906 981
2 649	2 648 000	907 416
2 650	2 649 000	907 852
2 651	2 650 000	908 287
2 652	2 651 000	908 723
2 653	2 652 000	909 158
2 654	2 653 000	909 594
2 655	2 654 000	910 030
2 656	2 655 000	910 465
2 657	2 656 000	910 901
2 658	2 657 000	911 337
2 659	2 658 000	911 773
2 660	2 659 000	912 209
2 661	2 660 000	912 646
2 662	2 661 000	913 082
2 663	2 662 000	913 518
2 664	2 663 000	913 954
2 665	2 664 000	914 391
2 666	2 665 000	914 827
2 667	2 666 000	915 264
2 668	2 667 000	915 701
2 669	2 668 000	916 137
2 670	2 669 000	916 574
2 671	2 670 000	917 011
2 672	2 671 000	917 448
2 673	2 672 000	917 885
2 674	2 673 000	918 322
2 675	2 674 000	918 759
2 676	2 675 000	919 196
2 677	2 676 000	919 634
2 678	2 677 000	920 071
2 679	2 678 000	920 508
2 680	2 679 000	920 946
2 681	2 680 000	921 384
2 682	2 681 000	921 821
2 683	2 682 000	922 259
2 684	2 683 000	922 697
2 685	2 684 000	923 134
2 686	2 685 000	923 572
2 687	2 686 000	924 010
2 688	2 687 000	924 448
2 689	2 688 000	924 887
2 690	2 689 000	925 325
2 691	2 690 000	925 763
2 692	2 691 000	926 201
2 693	2 692 000	926 640
2 694	2 693 000	927 078
2 695	2 694 000	927 517
2 696	2 695 000	927 955
2 697	2 696 000	928 394
2 698	2 697 000	928 833
2 699	2 698 000	929 272
2 700	2 699 000	929 711
2 701	2 700 000	930 150
2 702	2 701 000	930 589
2 703	2 702 000	931 028
2 704	2 703 000	931 467
2 705	2 704 000	931 906
2 706	2 705 000	932 345
2 707	2 706 000	932 785
2 708	2 707 000	933 224
2 709	2 708 000	933 664
2 710	2 709 000	934 103
2 711	2 710 000	934 543
2 712	2 711 000	934 983
2 713	2 712 000	935 423
2 714	2 713 000	935 862

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 715	2 714 000	936 302
2 716	2 715 000	936 742
2 717	2 716 000	937 182
2 718	2 717 000	937 623
2 719	2 718 000	938 063
2 720	2 719 000	938 503
2 721	2 720 000	938 944
2 722	2 721 000	939 384
2 723	2 722 000	939 824
2 724	2 723 000	940 265
2 725	2 724 000	940 706
2 726	2 725 000	941 146
2 727	2 726 000	941 587
2 728	2 727 000	942 028
2 729	2 728 000	942 469
2 730	2 729 000	942 910
2 731	2 730 000	943 351
2 732	2 731 000	943 792
2 733	2 732 000	944 233
2 734	2 733 000	944 675
2 735	2 734 000	945 116
2 736	2 735 000	945 557
2 737	2 736 000	945 999
2 738	2 737 000	946 440
2 739	2 738 000	946 882
2 740	2 739 000	947 324
2 741	2 740 000	947 766
2 742	2 741 000	948 207
2 743	2 742 000	948 649
2 744	2 743 000	949 091
2 745	2 744 000	949 533
2 746	2 745 000	949 975
2 747	2 746 000	950 418
2 748	2 747 000	950 860
2 749	2 748 000	951 302
2 750	2 749 000	951 745
2 751	2 750 000	952 187
2 752	2 751 000	952 630
2 753	2 752 000	953 072
2 754	2 753 000	953 515
2 755	2 754 000	953 958
2 756	2 755 000	954 400
2 757	2 756 000	954 843
2 758	2 757 000	955 286
2 759	2 758 000	955 729
2 760	2 759 000	956 172
2 761	2 760 000	956 616
2 762	2 761 000	957 059
2 763	2 762 000	957 502
2 764	2 763 000	957 945
2 765	2 764 000	958 389
2 766	2 765 000	958 832
2 767	2 766 000	959 276
2 768	2 767 000	959 720
2 769	2 768 000	960 163
2 770	2 769 000	960 607
2 771	2 770 000	961 051
2 772	2 771 000	961 495
2 773	2 772 000	961 939
2 774	2 773 000	962 383
2 775	2 774 000	962 827
2 776	2 775 000	963 271
2 777	2 776 000	963 716
2 778	2 777 000	964 160
2 779	2 778 000	964 604
2 780	2 779 000	965 049
2 781	2 780 000	965 494
2 782	2 781 000	965 938
2 783	2 782 000	966 383
2 784	2 783 000	966 828
2 785	2 784 000	967 272
2 786	2 785 000	967 717
2 787	2 786 000	968 162
2 788	2 787 000	968 607
2 789	2 788 000	969 053
2 790	2 789 000	969 498
2 791	2 790 000	969 943
2 792	2 791 000	970 388
2 793	2 792 000	970 834
2 794	2 793 000	971 279
2 795	2 794 000	971 725
2 796	2 795 000	972 170
2 797	2 796 000	972 616
2 798	2 797 000	973 062
2 799	2 798 000	973 508
2 800	2 799 000	973 954
2 801	2 800 000	974 400
2 802	2 801 000	974 846
2 803	2 802 000	975 292
2 804	2 803 000	975 738
2 805	2 804 000	976 184
2 806	2 805 000	976 630
2 807	2 806 000	977 077
2 808	2 807 000	977 523
2 809	2 808 000	977 970
2 810	2 809 000	978 416
2 811	2 810 000	978 863
2 812	2 811 000	979 310
2 813	2 812 000	979 757
2 814	2 813 000	980 203
2 815	2 814 000	980 650
2 816	2 815 000	981 097
2 817	2 816 000	981 544
2 818	2 817 000	981 992
2 819	2 818 000	982 439
2 820	2 819 000	982 886
2 821	2 820 000	983 334
2 822	2 821 000	983 781
2 823	2 822 000	984 228
2 824	2 823 000	984 676
2 825	2 824 000	985 124
2 826	2 825 000	985 571
2 827	2 826 000	986 019
2 828	2 827 000	986 467
2 829	2 828 000	986 915
2 830	2 829 000	987 363
2 831	2 830 000	987 811
2 832	2 831 000	988 259

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer	lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 833	2 832 000	988 707	2 892	2 891 000	1 015 275
2 834	2 833 000	989 156	2 893	2 892 000	1 015 728
2 835	2 834 000	989 604	2 894	2 893 000	1 016 180
2 836	2 835 000	990 052	2 895	2 894 000	1 016 633
2 837	2 836 000	990 501	2 896	2 895 000	1 017 085
2 838	2 837 000	990 949	2 897	2 896 000	1 017 538
2 839	2 838 000	991 398	2 898	2 897 000	1 017 991
2 840	2 839 000	991 847	2 899	2 898 000	1 018 444
2 841	2 840 000	992 296	2 900	2 899 000	1 018 897
2 842	2 841 000	992 744	2 901	2 900 000	1 019 350
2 843	2 842 000	993 193	2 902	2 901 000	1 019 803
2 844	2 843 000	993 642	2 903	2 902 000	1 020 256
2 845	2 844 000	994 091	2 904	2 903 000	1 020 709
2 846	2 845 000	994 540	2 905	2 904 000	1 021 162
2 847	2 846 000	994 990	2 906	2 905 000	1 021 615
2 848	2 847 000	995 439	2 907	2 906 000	1 022 069
2 849	2 848 000	995 888	2 908	2 907 000	1 022 522
2 850	2 849 000	996 338	2 909	2 908 000	1 022 976
2 851	2 850 000	996 787	2 910	2 909 000	1 023 429
2 852	2 851 000	997 237	2 911	2 910 000	1 023 883
2 853	2 852 000	997 686	2 912	2 911 000	1 024 337
2 854	2 853 000	998 136	2 913	2 912 000	1 024 791
2 855	2 854 000	998 586	2 914	2 913 000	1 025 244
2 856	2 855 000	999 035	2 915	2 914 000	1 025 698
2 857	2 856 000	999 485	2 916	2 915 000	1 026 152
2 858	2 857 000	999 935	2 917	2 916 000	1 026 606
2 859	2 858 000	1 000 385	2 918	2 917 000	1 027 061
2 860	2 859 000	1 000 835	2 919	2 918 000	1 027 515
2 861	2 860 000	1 001 286	2 920	2 919 000	1 027 969
2 862	2 861 000	1 001 736	2 921	2 920 000	1 028 424
2 863	2 862 000	1 002 186	2 922	2 921 000	1 028 878
2 864	2 863 000	1 002 636	2 923	2 922 000	1 029 332
2 865	2 864 000	1 003 087	2 924	2 923 000	1 029 787
2 866	2 865 000	1 003 537	2 925	2 924 000	1 030 242
2 867	2 866 000	1 003 988	2 926	2 925 000	1 030 696
2 868	2 867 000	1 004 439	2 927	2 926 000	1 031 151
2 869	2 868 000	1 004 889	2 928	2 927 000	1 031 606
2 870	2 869 000	1 005 340	2 929	2 928 000	1 032 061
2 871	2 870 000	1 005 791	2 930	2 929 000	1 032 516
2 872	2 871 000	1 006 242	2 931	2 930 000	1 032 971
2 873	2 872 000	1 006 693	2 932	2 931 000	1 033 426
2 874	2 873 000	1 007 144	2 933	2 932 000	1 033 881
2 875	2 874 000	1 007 595	2 934	2 933 000	1 034 337
2 876	2 875 000	1 008 046	2 935	2 934 000	1 034 792
2 877	2 876 000	1 008 498	2 936	2 935 000	1 035 247
2 878	2 877 000	1 008 949	2 937	2 936 000	1 035 703
2 879	2 878 000	1 009 400	2 938	2 937 000	1 036 158
2 880	2 879 000	1 009 852	2 939	2 938 000	1 036 614
2 881	2 880 000	1 010 304	2 940	2 939 000	1 037 070
2 882	2 881 000	1 010 755	2 941	2 940 000	1 037 526
2 883	2 882 000	1 011 207	2 942	2 941 000	1 037 981
2 884	2 883 000	1 011 659	2 943	2 942 000	1 038 437
2 885	2 884 000	1 012 110	2 944	2 943 000	1 038 893
2 886	2 885 000	1 012 562	2 945	2 944 000	1 039 349
2 887	2 886 000	1 013 014	2 946	2 945 000	1 039 805
2 888	2 887 000	1 013 466	2 947	2 946 000	1 040 262
2 889	2 888 000	1 013 919	2 948	2 947 000	1 040 718
2 890	2 889 000	1 014 371	2 949	2 948 000	1 041 174
2 891	2 890 000	1 014 823	2 950	2 949 000	1 041 631

noch Anlage 3 zu § 19 ErbStG

Erbschaftsteuertabelle Steuerklasse III

lfd. Nr.	steuerpflichtiger Erwerb von	Erbschaftsteuer
2 951	2 950 000	1 042 087
2 952	2 951 000	1 042 544
2 953	2 952 000	1 043 000
2 954	2 953 000	1 043 457
2 955	2 954 000	1 043 914
2 956	2 955 000	1 044 370
2 957	2 956 000	1 044 827
2 958	2 957 000	1 045 284
2 959	2 958 000	1 045 741
2 960	2 959 000	1 046 198
2 961	2 960 000	1 046 656
2 962	2 961 000	1 047 113
2 963	2 962 000	1 047 570
2 964	2 963 000	1 048 027
2 965	2 964 000	1 048 485
2 966	2 965 000	1 048 942
2 967	2 966 000	1 049 400
2 968	2 967 000	1 049 858
2 969	2 968 000	1 050 315
2 970	2 969 000	1 050 773
2 971	2 970 000	1 051 231
2 972	2 971 000	1 051 689
2 973	2 972 000	1 052 147
2 974	2 973 000	1 052 605
2 975	2 974 000	1 053 063
2 976	2 975 000	1 053 521
2 977	2 976 000	1 053 980
2 978	2 977 000	1 054 438
2 979	2 978 000	1 054 896
2 980	2 979 000	1 055 355
2 981	2 980 000	1 055 814
2 982	2 981 000	1 056 272
2 983	2 982 000	1 056 731
2 984	2 983 000	1 057 190
2 985	2 984 000	1 057 648
2 986	2 985 000	1 058 107
2 987	2 986 000	1 058 566
2 988	2 987 000	1 059 025
2 989	2 988 000	1 059 485
2 990	2 989 000	1 059 944
2 991	2 990 000	1 060 403
2 992	2 991 000	1 060 862
2 993	2 992 000	1 061 322
2 994	2 993 000	1 061 781
2 995	2 994 000	1 062 241
2 996	2 995 000	1 062 700
2 997	2 996 000	1 063 160
2 998	2 997 000	1 063 620
2 999	2 998 000	1 064 080
3 000	2 999 000	1 064 540
3 001	3 000 000	1 065 000

2. Zu den Artikeln 1, 2 und 9 (Allgemein)

Der Bestand preiswerten Wohnraums für weite Teile der Bevölkerung ist ein dauerhaftes, dringliches wohnungspolitisches Anliegen. Eine steuerrechtliche Neuregelung sollte deshalb so ausgestaltet sein, daß für Investoren weiterhin eine wirtschaftliche Motivation zur Schaffung und Unterhaltung von Wohnraum besteht.

Der Bundesrat bittet, bei den Beratungen des Jahressteuergesetzes 1997 für den Bereich der Erbschaft-, Schenkung- und Grunderwerbsteuer folgende Anforderungen zu berücksichtigen und bei der Abfassung der gesetzlichen Neuregelungen umzusetzen:

Die Länder erkennen an, daß kurzfristig eine neue Einheitsbewertung für alle Steuerarten nicht möglich ist. Deshalb kann die Einführung des Grundbesitzwerts nur bei der Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer und Grunderwerbsteuer ein geeigneter Weg sein, diese Bereiche vorläufig neu zu regeln, auch wenn für die Grundsteuer weiterhin die Einheitswerte von 1935 bzw. 1964 gelten. Mittelfristig ist aber anzustreben, daß die Bewertung des Grundbesitzes in den alten und neuen Ländern sowie in allen Steuerarten einheitlich geregelt wird.

3. Zu Artikel 9 (Grunderwerbsteuergesetz)

Artikel 9 wird wie folgt geändert:

a) Vor Nummer 1 wird folgende Nummer 01 eingefügt:

„01. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Absatz 2a eingefügt:

‚(2a) Gehört zum Vermögen einer Personengesellschaft ein inländisches Grundstück und ändert sich bei ihr innerhalb von fünf Jahren der Gesellschafterbestand vollständig oder wesentlich, gilt dies als auf die Übereignung des Grundstücks auf eine neue Personengesellschaft gerichtetes Rechtsgeschäft. Eine wesentliche Änderung des Gesellschafterbestandes ist anzunehmen, wenn sie bei wirtschaftlicher Betrachtung eine Übertragung des Grundstücks auf die neue Personengesellschaft darstellt. Dies ist stets der Fall, wenn 95 vom Hundert der Anteile am Gesellschaftsvermögen auf neue Gesellschafter übergehen. Bei der Ermittlung des Vomhundertsatzes bleibt der Erwerb von Anteilen von Todes wegen außer Betracht.'

b) In Absatz 3 werden nach dem Wort ‚Steuer' die Worte ‚, soweit eine Besteuerung nach Absatz 2a nicht in Betracht kommt,' eingefügt.

c) In Absatz 6 Satz 1 werden die Worte ‚Absätzen 1, 2 oder 3' durch die Worte ‚Absätzen 1, 2, 2a oder 3' ersetzt."

b) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:

„1a. In § 9 Abs. 1 werden in Nummer 7 a. E. der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und nach Nummer 7 folgende Nummer 8 angefügt:

‚8. bei vollständiger oder wesentlicher Änderung des Gesellschafterbestandes einer Personengesellschaft:

der Teil der Leistungen für die Erlangung der Gesellschafterstellung, der auf Grundstücke im Vermögen der Personengesellschaft entfällt.' "

c) Nach Nummer 2 werden die folgenden Nummern 2a und 2b eingefügt:

„2a. In § 13 werden in Nummer 5 a. E. der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und nach Nummer 5 folgende Nummer 6 angefügt:

‚6. bei vollständiger oder wesentlicher Änderung des Gesellschafterbestandes:

die Personengesellschaft.'

2b. In § 16 Abs. 5 wird das Zitat ‚§ 1 Abs. 2 und 3' durch das Zitat ‚§ 1 Abs. 2, 2a und 3' ersetzt."

d) Nummer 3 wird wie folgt gefaßt:

„3. § 17 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

‚1. . . .' (wie Regierungsentwurf).

b) In Nummer 2 wird das Zitat ‚§ 1 Abs. 3' durch das Zitat ‚§ 1 Abs. 2a und 3' ersetzt."

e) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 4a eingefügt:

„4a. § 19 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Die Einleitung wird wie folgt gefaßt:

‚(1) Steuerschuldner müssen Anzeige erstatten über'.

b) Nach Nummer 3 wird folgende neue Nummer 3a eingefügt:

‚3a. Änderungen des Gesellschafterbestandes einer Personengesellschaft (§ 1 Abs. 2a);' ".

f) Nummer 5 wird wie folgt gefaßt:

„5. Dem § 23 werden die folgenden Absätze 3 und 4 angefügt:

‚(3) § 1 Abs. 2a, § 9 Abs. 1 Nr. 8, § 13 Nr. 6, § 16 Abs. 5, § 17 Abs. 3 Nr. 2, § 19 Abs. 1 Nr. 3a sind erstmals auf Rechtsgeschäfte anzuwenden, die die Voraussetzungen des § 1 Abs. 2a nach dem 31. Dezember 1996 erfüllen.

(4) . . .' (wie § 23 Abs. 3 im Regierungsentwurf)".

Begründung

Zu Buchstabe a (§ 1 Abs. 2a GrEStG)

Nach der vorgeschlagenen Regelung löst ein Übergang von mindestens 95 v. H. der Anteile innerhalb von fünf Jahren stets Grunderwerbsteuer aus. Bei einem Übergang von weniger als 95 v. H. der Anteile ist Grunderwerbsteuer zu erheben, wenn hierin eine wesentliche Änderung des Gesellschafterbestandes zu sehen ist. Dies ist anhand von Vereinbarungen und der tatsächlichen Ausführung im Einzelfall zu entscheiden.

Die Gesetzesfolge tritt aufgrund der in diesen Fällen anzuwendenden wirtschaftlichen Betrachtungsweise auch bei einer GmbH & Co. KG ein, bei deren Komplementär-GmbH, die zu mehr als 5 v. H. an der KG beteiligt ist, die Gesellschafter ausgewechselt werden. Entsprechendes gilt, wenn Gesellschafter an einer Personengesellschaft treuhänderisch beteiligt sind und der Treugeber ausgewechselt wird.

Zu Buchstabe b (§ 9 Abs. 1 Nr. 8 GrEStG)

Die Grunderwerbsteuer bemißt sich nach dem Wert der Gegenleistung, wenn eine Gegenleistung vorhanden ist (§ 8 Abs. 1 GrEStG). Nach der neuen Nummer 8 des § 9 Abs. 1 GrEStG ist Gegenleistung bei vollständiger oder wesentlicher Änderung des Gesellschafterbestandes (§ 1 Abs. 2a – neu –, vgl. Buchstabe a) der Teil der für die Erlangung der Gesellschafterstellung erbrachten Leistungen, der auf Grundstücke im Vermögen der Personengesellschaft entfällt. Die Gegenleistung ist auf der Grundlage der Leistungen aller neuen Gesellschafter, deren Anteilserwerbe insgesamt die Besteuerung nach § 1 Abs. 2a GrEStG auslösen, zu ermitteln.

Zu Buchstabe c

Zu § 13 Nr. 6 GrEStG

Nach der Neuregelung ist die Personengesellschaft Steuerschuldner, wenn nach § 1 Abs. 2a – neu – GrEStG Grunderwerbsteuer durch die vollständige oder wesentliche Änderung des Gesellschafterbestandes der Personengesellschaft entsteht. Die Steuerpflicht löst formell zwar der neue Gesellschafter aus, durch dessen Anteilserwerb die Besteuerungsvoraussetzung letztlich erfüllt wird. Besteuerungsgegenstand ist jedoch die vollständige oder wesentliche Änderung des Gesellschafterbestandes der Personengesellschaft, die als auf die Übereignung der Grundstücke im Gesellschaftsvermögen auf eine neue Personengesellschaft gerichtetes Rechtsgeschäft gilt. Deshalb ist es sachgerecht, die (neue) Personengesellschaft, die durch die Gemeinschaft der neuen Gesellschafter gebildet wird, als Steuerschuldner zu bestimmen.

Zu § 16 Abs. 5 GrEStG

Redaktionelle Anpassung an die Einfügung des § 1 Abs. 2a GrEStG.

Zu Buchstabe d (§ 17 Abs. 3 Nr. 1 und 2 GrEStG)

In den Fällen des § 1 Abs. 2a und 3 GrEStG kann im allgemeinen nur das Finanzamt, in dessen Bezirk sich die Geschäftsleitung der Gesellschaft befindet, Anteilsvereinigungen und Anteilsübertragungen und damit die Verwirklichung von Erwerbsvorgängen hinsichtlich der zum Gesellschaftsvermögen gehörenden Grundstücke feststellen. Es ist daher zweckmäßig, die Besteuerungsgrundlagen durch dieses Finanzamt gesondert feststellen zu lassen. Die bisher nur für die Fälle des § 1 Abs. 3 GrEStG vorgesehene Regelung wird deshalb in der Nummer 2 auf die Fälle des § 1 Abs. 2a – neu – GrEStG ausgedehnt.

Zu Buchstabe e (§ 19 Abs. 1 GrEStG)

Durch die Neufassung wird der Wortlaut an die Einfügung der neuen Nummer 3a angepaßt.

Durch die Vorschrift wird eine Anzeigepflicht für Erwerbsvorgänge im Sinne des § 1 Abs. 2a GrEStG eingeführt. Anzeigepflichtig ist die Personengesellschaft, die nach § 13 Nr. 6 GrEStG (vgl. Buchstabe c) Steuerschuldnerin ist.

Zu Buchstabe f (§ 23 Abs. 3 und 4 GrEStG)

Nach § 1 Abs. 2a – neu – GrEStG (vgl. Buchstabe a) gilt es als auf die Übereignung eines Grundstücks auf eine neue Personengesellschaft gerichtetes grunderwerbsteuerpflichtiges Rechtsgeschäft, wenn das Grundstück zum Vermögen einer Personengesellschaft gehört, bei der sich innerhalb von fünf Jahren der Gesellschafterbestand vollständig oder wesentlich verändert hat. Bisher unterliegen solche Vorgänge nur bei vollständiger Änderung des Gesellschafterbestandes einer nur Grundbesitz haltenden Personengesellschaft der Grunderwerbsteuer. In den Fällen, die durch § 1 Abs. 2a – neu – GrEStG in die Besteuerung einbezogen werden, soll diese erst nach Ablauf einer Übergangsregelung ab 1. Januar 1997 einsetzen. Damit wird es den Betroffenen ermöglicht, sich auf die neue Rechtslage einzustellen.

4. Zu Artikel 9 Nr. 02 – neu – (§ 3 Nr. 2 GrEStG)

In Artikel 9 wird nach der neuen Nummer 01 folgende Nummer 02 eingefügt:

„02. In § 3 Nr. 2 wird Satz 2 wie folgt gefaßt:

‚Schenkungen unter einer Auflage unterliegen jedoch hinsichtlich des Werts solcher Auflagen der Besteuerung, die bei der Schenkungsteuer abziehbar sind;' ".

Begründung

Der Gesetzentwurf sieht in Artikel 9 Nr. 2 vor, daß § 10 GrEStG aufgehoben wird. § 3 Nr. 2 Satz 2 GrEStG verweist auf diese Vorschrift und muß deshalb geändert werden. Die Änderung berücksichtigt zugleich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesfinanzhofs zur verfassungskonformen Auslegung des § 3 Nr. 2 GrEStG (BVerfG-Beschluß vom 15. Mai 1984, BStBl II S. 608, und BFH-Urteil vom 29. Januar 1992, BStBl II S. 420).

Danach ist Grunderwerbsteuer nicht von dem Wert solcher Auflagen zu erheben, die wegen ihrer Nichtabzugsfähigkeit mittelbar Bemessungsgrundlage für die Schenkungsteuer sind.

5. Zu den Artikeln 10 und 11 (Solidaritätszuschlaggesetz und Finanzausgleichgesetz)

Im Grundsatz begrüßt der Bundesrat mit Blick auf die erforderliche Senkung der Abgabenbelastung die Rückführung des Solidaritätszuschlags, soweit der Bund hierfür in seinem Bereich einen finanziellen Freiraum sieht.

Die finanzielle Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus in Ostdeutschland ist jedoch weiterhin notwendig und muß fortgesetzt werden.

Der Bundesrat lehnt eine isolierte Rückführung von Umsatzsteuerpunkten auf den Bund im Zusammenhang mit der Absenkung des Solidaritätszuschlags ab.

6. Zu Artikel 11 (Finanzausgleichsgesetz)

Artikel 11 wird gestrichen.

Begründung

Rückübertragung von Anteilen am Umsatzsteueraufkommen an den Bund infolge der Absenkung des Solidaritätszuschlags:

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Absenkung des Solidaritätszuschlags von 7,5 v. H. auf 6,5 v. H. ab 1. Januar 1997 und auf 5,5 v. H. ab 1. Januar 1998 führt nach Angaben der Bundesregierung in 1997 zu Steuerausfällen in Höhe von 3,6 Mrd. DM bzw. 7,1 Mrd. DM in 1998.

Es ist Sache des Bundes, dem das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag allein zusteht, in seinem Bereich die hierfür erforderlichen Freiräume im Haushalt zu schaffen. Wenn dies nicht gelingt, muß auf die Rückführung des Solidaritätszuschlags zum gegenwärtigen Zeitpunkt verzichtet werden, so bedauerlich dies im Hinblick auf die erforderliche Senkung der Abgabenlast auch sein mag. Die Länder sind angesichts ihrer überaus angespannten Haushaltslage jedenfalls nicht in der Lage, dem Bund einen Teil der mit Senkung des Solidaritätszuschlags verbundenen Lasten abzunehmen.

Rückübertragung von Anteilen am Umsatzsteueraufkommen an den Bund infolge der Verschiebung der Anhebung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags:

Die im Gesetzentwurf vorgesehene zeitliche Verschiebung der Anhebung des Kindergeldes, des Kinderfreibetrags und des Grundfreibetrags ist abzulehnen (vgl. Nummer 13). Insoweit erübrigt sich eine Rückübertragung von Anteilen am Umsatzsteueraufkommen an den Bund.

Darüber hinaus wird an dieser Stelle des Gesetzentwurfs besonders deutlich, daß die Vorschläge der Bundesregierung insgesamt zu einer unausgewogenen Lastenverteilung der im vorliegenden Gesetzentwurf enthaltenen Vorschläge zwischen Bund, Ländern und Gemeinden führen.

Die Bundesregierung veranschlagt die Minderausgaben aus der Verschiebung der Verbesserungen beim Familienleistungsausgleich auf ca. 3,8 Mrd. DM. Davon entfallen unter Berücksichtigung der Rückübertragung von Anteilen am Umsatzsteueraufkommen auf den Bund 2 854 Mio. DM, auf die Länder 396 Mio. DM und auf die Gemeinden 537 Mio. DM. Die Maßnahme würde somit in erster Linie der Sanierung des Bundeshaushalts dienen.

7. Zu Artikel 12 Nr. 1 a – neu – (§ 2a Abs. 3 EStG)

In Artikel 12 wird nach Nummer 1 folgende Nummer 1 a eingefügt:

„1 a. In § 2a wird dem Absatz 3 folgender Satz angefügt:

‚In die gesonderte Feststellung nach Satz 5 einzubeziehen ist der nach § 2 Abs. 1 Satz 3 und 4 des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen bei Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft (AIG) vom 18. August 1969 (BGBl. I S. 1214), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 25. Juli 1988 (BGBl. I S. 1093), der Hinzurechnung unterliegende und noch nicht hinzugerechnete Betrag.‘ "

Begründung

Im Jahressteuergesetz 1996 ist zur Erleichterung des Gesetzesvollzugs und im Interesse der Rechtssicherheit eine gesonderte Feststellung des Hinzurechnungsvolumens zum Ende des jeweiligen Veranlagungszeitraums (§ 2a Abs. 3 Satz 5 EStG) eingeführt worden, die sicherstellen soll, daß in späteren Jahren bei Betriebsstättengewinnen eine Hinzurechnung erfolgt. Für ein ggf. noch bestehendes Hinzurechnungsvolumen aufgrund einer Verlustkompensation nach der Vorgängervorschrift des § 2 des Auslandsinvestitionsgesetzes (AIG) ist eine gesonderte Feststellung nicht vorgesehen. Dies führt in der Praxis zu einem nicht wünschenswerten Nebeneinander von einem nach § 2a Abs. 3 Satz 5 EStG gesondert festzustellenden verbleibenden Hinzurechnungsbetrag und einem zusätzlich zu überwachenden Hinzurechnungsvolumen nach § 2 Abs. 1 Satz 3 AIG. Die vorgeschlagene Ergänzung stellt sicher, daß auch dieser Hinzurechnungsbetrag nach dem AIG in die gesonderte Feststellung einbezogen werden kann.

8. Zu Artikel 12 Nr. 3 a – neu – und Artikel 13 (§ 6a Abs. 1 und § 52 EStG)

Artikel 12 wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 3a eingefügt:

„3a. In § 6a Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

'Die für die Bemessung der Pensionsleistungen maßgebenden Größen müssen diese Voraussetzungen ebenfalls erfüllen.' "

b) In Nummer 13 wird nach dem Buchstaben e folgender Buchstabe e 1 eingefügt:

„e1. Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:

'(4a) § 6a Abs. 1 Satz 2 ist erstmals für das Wirtschaftsjahr anzuwenden, das nach dem 30. Dezember 1996 endet (Übergangsjahr). Eine am Schluß des dem Übergangsjahr vorangegangenen Wirtschaftsjahrs vorhandene Pensionsrückstellung ist am Schluß des Übergangsjahrs gewinnerhöhend aufzulösen, soweit sie für diesen Bilanzstichtag nicht mehr zulässig ist. Bei der Anwendung des § 6a Abs. 4 Satz 1 ist für die Berechnung des Teilwerts der Pensionsverpflichtung am Schluß des dem Übergangsjahr vorangegangenen Wirtschaftsjahrs Satz 1 zu berücksichtigen.' "

Begründung

a) Nach dem BFH-Urteil vom 9. November 1995 – IV R 2/93 – können Pensionsrückstellungen bereits dann gebildet werden, wenn sich eine rechtsverbindlich und ohne schädlichen Vorbehalt zugesagte betriebliche Versorgungsleistung nach den vor Eintritt des Versorgungsfalls freiwillig gezahlten Bezügen bemißt. Es soll keine Rolle für die Bildung einer Pensionsrückstellung spielen, wenn sich die Rentenbemessungsgrundlage wegen ihres Charakters einer freiwilligen Zahlung künftig mindern oder sogar fortfallen kann mit der Folge, daß sich dann auch die künftigen Pensionsleistungen mindern oder sogar entfallen.

Daraus ergäben sich für die Unternehmen eine Fülle von unerwünschten Gestaltungsmöglichkeiten für Pensionszusagen.

Insbesondere könnten die Unternehmen ihre Pensionsverpflichtungen so gestalten, daß sich

- einerseits deren volle Ausfinanzierung in den Gewinnjahren ergibt und somit kein ungewollter zukünftiger Pensionsaufwand zu verkraften ist,
- andererseits sogar bereits gebildete Pensionsrückstellungen in Verlustjahren gewinnerhöhend aufgelöst werden könnten.

Die Pensionsrückstellungen könnten somit die Funktion eines Gewinnspeichers übernehmen, der in ertragreichen Jahren eine Versteuerung von erwirtschafteten Gewinnen verhindert, um in ertragschwachen Jahren zur Finanzierung herangezogen werden zu können.

Der Steuerpflichtige hätte somit die Möglichkeit, durch eigenen Beschluß die Bemessungsgrundlage für seine Pensionsverpflichtung – und damit die Pensionsverpflichtung selbst – zu mindern. Das o. a. BFH-Urteil eröffnet somit erstmalig die Möglichkeit, eine Rückstellung für eine Verpflichtung zu bilden, von der sich der Steuerpflichtige durch seine Entscheidung weitgehend selbst befreien kann. Somit fehlt es im Urteilsfall an einer allgemeinen bilanzsteuerlichen Voraussetzung für eine Rückstellungsbildung, nämlich der ernsthaft drohenden Inanspruchnahme aus der Verpflichtung.

Zusätzlich steht das o. a. BFH-Urteil nicht im Einklang mit dem bilanzsteuerrechtlichen Begriff der wirtschaftlichen Verursachung. Die wirtschaftliche Verursachung für den Teil der Pensionsleistungen, die auf künftige freiwillige gewinnabhängige Zahlungen des Steuerpflichtigen beruhen, sind wirtschaftlich durch die künftige, tatsächliche Entscheidung zur Zahlung der Gewinnbeteiligung verursacht, nicht aber allein durch die in der Vergangenheit erteilte Pensionszusage, da die Höhe der künftigen Pensionsleistungen eindeutig auch von der zukünftigen Entscheidung über die Zahlung der Gewinnbeteiligung abhängt.

Der dem § 6a Abs. 1 EStG neu angefügte Satz 2 vermeidet die vorstehend genannten unerwünschten Folgewirkungen der BFH-Rechtsprechung.

b) Die Änderung des § 52 EStG stellt die kurzfristige Anwendung der Neuregelung sicher.

9. Zu Artikel 12 Nr. 4 (§ 7g EStG)

In Artikel 12 wird Nummer 4 gestrichen.

Begründung

Zur Streichung von Buchstabe a (§ 7g Abs. 2 EStG)

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Änderung unterstellt den Wegfall der Feststellung von Einheitswerten des Betriebsvermögens für Gewerbebetriebe als notwendige Folgeänderung aus dem Wegfall der Vermögensteuer ab dem 1. Januar 1997.

Bei Beibehaltung der Einheitswerte des Betriebsvermögens, wie sie der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Vermögensteuer und Erbschaftsteuer der Länder Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorsieht (vgl. BR-Drucksache 423/96), ist die Änderung überflüssig und aus dem Gesetzentwurf zu streichen.

Zur Streichung von Buchstabe c (§ 7g Abs. 7 – neu – EStG)

Die Vorschläge sind aus steuerfachlicher Sicht abzulehnen. Sie führen zur weiteren, erheblichen Komplizierung des Steuerrechts. Es ist auch nicht ersichtlich, wie der eigentliche Zweck, jungen Unternehmern bei beabsichtigten Investitionen zu helfen, erreicht werden soll. Ihr Problem ist nicht die Gewinnbesteuerung, sondern das fehlende Eigenkapital.

Das politische Ziel, die Gründung von Existenzen zu erleichtern, wird im Hinblick auf die außerordentlich schwierige Arbeitsmarktlage unterstützt. Es ist aber mit Fördermaßnahmen außerhalb des Steuerrechts zielgenauer und leichter zu erreichen als durch die von der Bundesregierung vorgeschlagene Rücklagenbildung.

Durch eine Rücklagenbildung wird im Regelfall weder die Liquidität des Unternehmens erhöht noch das Insolvenzrisiko vermindert.

Die Bildung einer Rücklage macht bei Existenzgründungen nur dann Sinn, wenn der Existenzgründer bereits in der Anlaufphase entsprechende Gewinne erwirtschaftet. In diesem Fall verkümmert die Investitionsrücklage jedoch zur allgemeinen steuerfreien Rücklage, wobei wegen des Verzichts auf den Gewinnzuschlag nicht einmal Mißbräuche geahndet werden können, wenn die Investition später unterbleibt.

Auch die begriffliche Abgrenzung der „Existenzgründer" ist mißglückt und in mehrfacher Hinsicht ungereimt:

- Eine Mitunternehmerschaft ist nur dann Existenzgründer, wenn alle Gesellschafter erstmals Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 bis 3 EStG erzielen. Hingegen genügt es bei einer natürlichen Person für deren Existenzgründereigenschaft, daß sie innerhalb der letzten fünf Jahre keine Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 EStG erzielt hat. Da die Ertragbesteuerung natürlicher Personen und Mitunternehmer im Grundsatz nicht unterschiedlich ausfallen darf, ist die vorgesehene Einschränkung zu Lasten der Mitunternehmerschaft nicht verständlich.
- Eine natürliche Person ist kein Existenzgründer, wenn sie innerhalb der letzten fünf Jahre zu mehr als 10 v. H. an einer Kapitalgesellschaft beteiligt war. Wenn hingegen die Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft umgewandelt wird (Verschmelzung, Formwechsel), dann ist die Personengesellschaft selbst Existenzgründer, weil die jetzigen Mitunternehmer als frühere Anteilseigner nur Einkünfte aus Kapitalvermögen, nicht aber Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 EStG bezogen hatten. Diese Rechtsfolge ist nicht einzusehen,
  - weil hier eine nicht gerechtfertigte Benachteiligung der natürlichen Person im Unterschied zur Mitunternehmerschaft geschaffen wird und
  - in nicht erklärbarer Weise der umgekehrte Fall einer Umwandlung einer Mitunternehmerschaft in eine Kapitalgesellschaft hingegen nicht begünstigt wird, da die Anteilseigner zuvor als Mitunternehmer Gewinneinkünfte erzielt hatten.
- Ausgegrenzt aus der steuerlichen Begünstigung werden ohne sachliche Notwendigkeit zum Beispiel Arbeitnehmer, die vor dem Schritt in die hauptberufliche Selbständigkeit eine Nebenbeschäftigung selbständig ausgeübt haben, so geringfügig diese auch immer gewesen sein mag.

10. Zu Artikel 12 Nr. 4a – neu –, 5a – neu –
(§ 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b, § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG)

Artikel 12 wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 4a eingefügt:

„4a. In § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b wird am Ende von Satz 4 der Strichpunkt durch einen Punkt ersetzt und folgender Satz 5 angefügt:

‚Ausgeschlossen sind auch Lebensversicherungen gegen laufende Beitragsleistungen, bei denen der Steuerpflichtige in einen von einer anderen Person abgeschlossenen Vertrag eingetreten ist;' ".

b) Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 5a eingefügt:

„5a. § 20 Abs. 1 Nr. 6 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

‚Satz 2 gilt nicht in den Fällen des § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b Satz 5.'

bb) Der letzte Satz wird wie folgt gefaßt:

‚Die Sätze 1, 2 und 4 sind auf Kapitalerträge aus fondsgebundenen Lebensversicherungen entsprechend anzuwenden.' "

Begründung

Zur Vermeidung von Mißbräuchen werden solche Lebensversicherungen von den Vergünstigungen des § 10 Abs. 1 Nr. 2 EStG (Sonderausgabenabzug) und des § 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 2 EStG (Steuerfreiheit der Zinsen) ausgeschlossen, die vom Steuerpflichtigen im Wege der Abtretung erworben worden sind. Es sind Fälle bekanntgeworden, in denen sog. „Gebrauchtpolicen" insbesondere von britischen Versicherungsnehmern erworben worden sind. In diesen Fällen wird der Förderzweck der o. a. Steuervergünstigungen, die Schaffung einer Risiko- und Altersvorsorge, nicht erreicht; der Erwerber der „Gebrauchtpolice" hat ausschließlich die Absicht, sein Kapital rentierlich anzulegen.

11. Zu Artikel 12 nach Nummer 5
(§ 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob die Benachteiligung von Personengesellschaften gegenüber Einzelpersonen durch § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG durch Aufhebung der Regelung zumindest für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft beseitigt werden kann.

Begründung

Bei Personengesellschaften, die sich land- und forstwirtschaftlich, freiberuflich oder vermögensverwaltend betätigen, führt jede (noch so geringfügige) gewerbliche Tätigkeit zur Gewerblichkeit auch der übrigen Tätigkeit (sog. Abfärberegelung des § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG). Bei Einzelpersonen führen dagegen die anteiligen gewerblichen Einkünfte nicht zu einer Umqualifizierung der übrigen Einkünfte. Diese die Personengesellschaft benachteiligende Folge kann etwa bei betriebsnotwendigen Beteiligungen von Gesellschaften des bürgerlichen Rechts an gewerblich tätigen Personengesellschaften aufgrund des Gesellschaftsrechts auch nicht durch Gründung einer sog. Schwestergesellschaft vermieden werden. Insbesondere im Bereich der Land- und Forstwirtschaft liegen bei Ehegatten häufig Mitunternehmer-

schaften in Form von Gesellschaften des bürgerlichen Rechts vor. Die schwierige Lage in der Land- und Forstwirtschaft, die die Land- und Forstwirte zunehmend mit Hilfe der Direktvermarktung bewältigen wollen und dabei in gewerbliche Tätigkeitsbereiche hineinkommen, führt insbesondere dort zu einer sogenannten Steuerfalle, wo die Gewerblichkeit von Ehegatten nicht rechtzeitig erkannt wird.

12. Zu Artikel 12 Nr. 5oa – neu – und 5o1a – neu – (§ 16 Abs. 1 Nr. 1, § 17 Abs. 4 EStG)

Artikel 13a – neu – (UmwStG)

a) In Artikel 12 werden nach Nummer 5 die folgenden Nummern 5oa und 5o1a eingefügt:

„5oa. § 16 Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:

‚1. des ganzen Gewerbebetriebs oder eines Teilbetriebs. Als Teilbetrieb gilt auch die das gesamte Nennkapital umfassende Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft; im Fall der Auflösung der Kapitalgesellschaft ist § 17 Abs. 4 Satz 3 sinngemäß anzuwenden;'.

5o1a. § 17 Abs. 4 wird wie folgt gefaßt:

‚(4) Die Absätze 1 bis 3 sind entsprechend anzuwenden, wenn eine Kapitalgesellschaft aufgelöst wird oder wenn ihr Kapital herabgesetzt und zurückgezahlt wird oder wenn Eigenkapital im Sinne des § 30 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 des Körperschaftsteuergesetzes ausgeschüttet oder zurückgezahlt wird. In diesen Fällen ist als Veräußerungspreis der gemeine Wert des dem Steuerpflichtigen zugeteilten oder zurückgezahlten Vermögens der Kapitalgesellschaft anzusehen. Satz 1 gilt nicht, soweit die Bezüge nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 zu den Einnahmen aus Kapitalvermögen gehören.' "

b) Nach Artikel 13 wird folgender Artikel 13a eingefügt:

„Artikel 13a

Änderung des Umwandlungssteuergesetzes

Das Umwandlungssteuergesetz vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3267), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Jahressteuer-Ergänzungsgesetzes 1996 vom 18. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1959), wird wie folgt geändert:

1. § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 wird wie folgt gefaßt:

   ‚3. die Kapitalgesellschaft, an der die Anteile bestehen, aufgelöst und abgewickelt wird oder das Kapital dieser Gesellschaft herabgesetzt und zurückgezahlt wird oder Eigenkapital im Sinne des § 30 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 des Körperschaftsteuergesetzes ausgeschüttet oder zurückgezahlt wird, soweit die Bezüge nicht die Voraussetzungen des § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes erfüllen oder'

2. § 27 wird wie folgt geändert:

   Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

   ‚(4) § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 in der Fassung des Artikels 13a des Gesetzes vom ... (BGBl. ...) – JStG 1997 – ist erstmals auf Vorgänge anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1996 erfolgen.' "

Begründung

a) *Zu Artikel 12*

aa) Zu Nummer 5oa – neu – (§ 16 Abs. 1 Nr. 1 EStG)

Nach der Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 19. April 1994, BStBl. II 95, 705 soll die Tarifvergünstigung für Veräußerungsgewinne nach § 16 Abs. 1 Nr. 1, § 34 EStG auch hinsichtlich jenes Teils der Liquidationsbezüge zu gewähren sein, der seiner Art nach zu Einkünften aus Kapitalvermögen im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG führt und daher grundsätzlich mit anrechenbarer Körperschaftsteuer verbunden ist. Dieses Ergebnis widerspricht der langjährigen Verwaltungspraxis und führt zu einer Vorteilskumulation von Körperschaftsteuer-Anrechnung und halbem Steuersatz sowie zu einer Ungleichbehandlung gegenüber den nach § 17 Abs. 4 EStG und § 21 Abs. 2 Nr. 3 UmwStG zu beurteilenden Fällen der Besteuerung der Auflösung oder Abwicklung von Kapitalgesellschaften bei wesentlichen Beteiligungen. Es ist erforderlich, eine sachgerechte und einheitliche Regelung zu schaffen.

Die Ausführungen zur bergrechtlichen Gewerkschaft in § 16 Abs. 1 Nr. 1 EStG bisheriger Fassung sind zeitlich überholt (vgl. § 163 BBergG) und deshalb zu streichen.

Die Neuregelung soll ab 1. Januar 1997 angewendet werden (vgl. Artikel 12 Nr. 13 Buchstabe a des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zu § 52 Abs. 1 EStG).

bb) Zu Nummer 5o1a – neu – (§ 17 Abs. 4 EStG)

Folgeänderung zu Nummer 5oa (§ 16 Abs. 1 Nr. 1 EStG). Gesetzliche Klarstellung, daß § 17 Abs. 4 EStG einheitlich auf Liquidation, Kapitalherabsetzung und (sonstige) Einlagenrückgewähr anzuwenden ist. Die fehlende Abstimmung von § 17 Abs. 4 Satz 1 und 2 bisheriger Fassung hatte in Literatur und Praxis zu Unsicherheiten geführt.

Die Neuregelung soll ab 1. Januar 1997 angewendet werden (vgl. Artikel 12 Nr. 13 Buchst. a des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zu § 52 Abs. 1 EStG).

b) *Zu Artikel 13a*

Zu Nummer 1 (§ 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 UmwStG)

Folgeänderung zu Artikel 12 Nr. 5oa (§ 16 Abs. 1 Nr. 1 EStG) und Nummer 5o1a (§ 17 Abs. 4 EStG), die auch der Vereinheitlichung dient.

Zu Nummer 2 (§ 27 Abs. 4 UmwStG)

Die Gesetzesänderung zu § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 UmwStG soll erstmals auf Liquidationsvorgänge etc. angewendet werden, die nach dem 31. Dezember 1996 erfolgen.

13. Zu Artikel 12 Nr. 5b – neu –, 5c – neu –, 7a – neu –, 7b – neu –, 12a – neu –, 13, 13a – neu –, 14 (§ 32 Abs. 4 und 6, §§ 32a, 38c Abs. 1, § 39 Abs. 3 und 3a, §§ 51a, 52 und 66 EStG)

Artikel 24 Nr. 2 (§ 20 BKGG)

a) Artikel 12 wird wie folgt geändert:

aa) Nach der neuen Nummer 5a werden die folgenden Nummern 5b und 5c eingefügt:

„5b. § 32 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 Satz 2 tritt an die Stelle des Betrags von ‚12 000 Deutsche Mark' der Betrag von ‚12 360 Deutsche Mark'.

b) In Absatz 6 Satz 1 bis 3 tritt an die Stelle des Betrags von ‚261 Deutsche Mark' der Betrag von ‚288 Deutsche Mark' und an die Stelle des Betrags von ‚522 Deutsche Mark' jeweils der Betrag von ‚576 Deutsche Mark'.

5c. In § 32a wird der Absatz 1 wie folgt gefaßt:

‚(1) Die tarifliche Einkommensteuer bemißt sich nach dem zu versteuernden Einkommen. Sie beträgt vorbehaltlich der §§ 32b, 34, 34b und 34c jeweils in Deutsche Mark für zu versteuernde Einkommen

1. bis 12 365 Deutsche Mark (Grundfreibetrag):
0;

2. von 12 366 Deutsche Mark bis 58 643 Deutsche Mark:
$(91{,}19 \cdot y + 2\,590) \cdot y$;

3. von 58 644 Deutsche Mark bis 120 041 Deutsche Mark:
$(151{,}96 \cdot z + 3\,434) \cdot z + 13\,938$;

4. von 120 042 Deutsche Mark an:
$0{,}53 \cdot x - 22\,843$.

‚y' ist ein Zehntausendstel des 12 312 Deutsche Mark übersteigenden Teils des abgerundeten zu versteuernden Einkommens. ‚z' ist ein Zehntausendstel des 58 590 Deutsche Mark übersteigenden Teils des abgerundeten zu versteuernden Einkommens. ‚x' ist das abgerundete zu versteuernde Einkommen.' "

bb) Nach Nummer 7 werden die folgenden Nummern 7a und 7b eingefügt:

„7a. § 38c wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 Satz 4 tritt an die Stelle des Betrags von ‚62 856 Deutsche Mark' der Betrag von ‚63 342 Deutsche Mark'.

7b. § 39 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 Nr. 2 Buchstabe a Satz 2 tritt an die Stelle des Betrags von ‚261 Deutsche Mark' der Betrag von ‚288 Deutsche Mark' und in Absatz 3 Nr. 2 Buchstabe b an die Stelle des Betrags von ‚522 Deutsche Mark' der Betrag von ‚576 Deutsche Mark'.

b) In Absatz 3a Satz 1 tritt an die Stelle des Betrags von ‚261 Deutsche Mark' der Betrag von ‚288 Deutsche Mark' und an die Stelle des Betrags von ‚522 Deutsche Mark' der Betrag von ‚576 Deutsche Mark'."

cc) Nach Nummer 12 wird folgende Nummer 12a eingefügt:

„12a. § 51a wird wie folgt geändert:

In Absatz 2a Satz 1 tritt an die Stelle des Betrags von ‚6 264 Deutsche Mark' der Betrag von ‚6 912 Deutsche Mark' und an die Stelle des Betrags von ‚3 132 Deutsche Mark' der Betrag von ‚3 456 Deutsche Mark'."

dd) Nummer 13 wird wie folgt geändert:

aaa) Buchstabe h wird wie folgt gefaßt:

„h) Absatz 22a wird wie folgt gefaßt:

‚(22a) § 32 Abs. 4 Satz 2 ist ab dem Veranlagungszeitraum 1999 mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle des Betrags von 12 000 Deutsche Mark der Betrag von 13 020 Deutsche Mark tritt.' "

bbb) Buchstabe i wird wie folgt gefaßt:

„i) Absatz 22b wird wie folgt gefaßt:

‚(22b) § 32a Abs. 1 ist für den Veranlagungszeitraum 1999 und die folgenden Veranlagungszeiträume in der folgenden Fassung anzuwenden:

(1) Die tarifliche Einkommensteuer bemißt sich nach dem zu versteuernden Einkommen. Sie beträgt vorbehaltlich der §§ 32b, 34, 34b und 34c jeweils in Deutsche Mark für zu versteuernde Einkommen

1. bis 13 067 Deutsche Mark (Grundfreibetrag):
0;

2. von 13 068 Deutsche Mark bis 66 365 Deutsche Mark:
$(101{,}22 \cdot y + 2\,590) \cdot y$;

3. von 66 366 Deutsche Mark bis 120 041 Deutsche Mark:
$(151{,}93 \cdot z + 3\,669) \cdot z + 16\,679$;

4. von 120 042 Deutsche Mark an:
$0{,}53 \cdot x - 22\,844$.

‚y' ist ein Zehntausendstel des 13 014 Deutsche Mark übersteigenden Teils des abgerundeten zu versteuernden

Einkommens. ‚z' ist ein Zehntausendstel des 66 312 Deutsche Mark übersteigenden Teils des abgerundeten zu versteuernden Einkommens. ‚x' ist das abgerundete zu versteuernde Einkommen.' "

ccc) Buchstabe j wird wie folgt gefaßt:

„j) Absatz 22c wird wie folgt gefaßt:

‚§ 32a Abs. 4 ist für den Veranlagungszeitraum 1999 und die folgenden Veranlagungszeiträume in der folgenden Fassung anzuwenden:

(4) Für zu versteuernde Einkommen bis 120 041 Deutsche Mark ergibt sich die nach den Absätzen 1 bis 3 berechnete tarifliche Einkommensteuer aus der diesem Gesetz beigefügten Anlage 4 (Einkommensteuer-Grundtabelle).' "

ddd) Buchstabe k wird wie folgt gefaßt:

„k) Absatz 22d wird wie folgt gefaßt:

‚§ 32a Abs. 5 Satz 2 ist für den Veranlagungszeitraum 1999 und die folgenden Veranlagungszeiträume in der folgenden Fassung anzuwenden:

Für zu versteuernde Einkommen bis 240 083 Deutsche Mark ergibt sich die nach Satz 1 berechnete tarifliche Einkommensteuer aus der diesem Gesetz beigefügten Anlage 5 (Einkommensteuer-Splittingtabelle).' "

eee) Buchstabe m wird wie folgt gefaßt:

„m) In Absatz 28a wird der Satz 1 aufgehoben."

fff) Buchstabe n wird wie folgt gefaßt:

„n) Absatz 28b wird aufgehoben."

ggg) Buchstabe q wird wie folgt gefaßt:

„q) Absatz 31a wird aufgehoben."

hhh) Buchstabe r wird wie folgt gefaßt:

„r) Absatz 32a wird aufgehoben."

ee) Nach Nummer 13 wird folgende Nummer 13a eingefügt:

„13a. § 66 wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 wird die Zahl ‚200' durch die Zahl ‚220' ersetzt."

ff) Nummer 14 wird wie folgt gefaßt:

„14. a) Die Anlagen 2 (Einkommensteuer-Grundtabelle 1996) und 3 (Einkommensteuer-Splittingtabelle 1996) werden aufgehoben.

b) Die bisherige Anlage 4 (Einkommensteuer-Grundtabelle 1997/1998) wird Anlage 2 und der Klammerzusatz ‚zu § 52 Abs. 22c EStG' wird ersetzt durch den Klammerzusatz ‚zu § 32a Abs. 4 EStG'.

c) Die bisherige Anlage 4a (Einkommensteuer-Splittingtabelle 1997/1998) wird Anlage 3 und der Klammerzusatz ‚zu § 52 Abs. 22d EStG' wird ersetzt durch den Klammerzusatz ‚zu § 32a Abs. 5 EStG'.

d) Die bisherige Anlage 5 (Einkommensteuer-Grundtabelle 1999) wird Anlage 4 und die bisherige Anlage 5a (Einkommensteuer-Splittingtabelle 1999) wird Anlage 5."

b) **Zu Artikel 24 Nr. 2** (§ 20 BKGG)

In Artikel 24 wird die Nummer 2 gestrichen.

Begründung

Die von der Bundesregierung vorgesehene zeitliche Verschiebung der Anhebung des Kindergeldes, des Kinderfreibetrags und des Grundfreibetrags ist abzulehnen.

Das Vorhaben

- ist verteilungspolitisch verfehlt,
- birgt ein großes verfassungsrechtliches Risiko
- und trägt dazu bei, das Vertrauen in bereits getroffene politische Entscheidungen in erheblichem Umfang zu beeinträchtigen.

Der Gesetzesvorschlag stellt den im Vermittlungsverfahren zum JStG 1996 mühsam ausgehandelten Kompromiß zu einem verfassungskonformen Familienleistungsausgleich und eine verfassungskonforme Steuerfreistellung des Existenzminimums in Frage und ist sozial nicht ausgewogen. Die Begründung der Bundesregierung, auch die Sozialhilfe – gemeint ist der Regelsatz – werde nicht erhöht, ist ein fadenscheiniges Argument, weil der Sozialhilfeanspruch nicht nur den Regelbedarf, sondern auch den Mehr- und Wohnbedarf umfaßt. Gerade aber beim Wohnbedarf sind erhebliche Preissteigerungen zu verzeichnen (durchschnittlicher Mietpreisanstieg in 1996 über 5 %). Damit ist mehr als fraglich, ob der für 1996 gewährte Kinder- bzw. Grundfreibetrag in 1997 noch die verfassungsrechtlich gebotene Höhe erreicht.

Die Bundesregierung veranschlagt die Minderausgaben aus der Verschiebung der Verbesserungen beim Familienleistungsausgleich auf ca. 3,8 Mrd. DM. Davon entfallen unter Berücksichtigung der Rückübertragung von Anteilen am Umsatzsteueraufkommen auf den Bund 2 854 Mio. DM, auf die Länder 396 Mio. DM und auf die Gemeinden 537 Mio. DM. Die Maßnahme würde somit in erster Linie der Sanierung des Bundeshaushalts dienen.

Durch die vorgeschlagenen Änderungen werden die im Vermittlungsverfahren zum Jahressteuergesetz 1996 gefundenen Regelungen festgeschrieben.

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung des Jahressteuergesetzes 1997 ist nach der geänderten Anwendungsvorschrift (§ 52 Abs. 1 EStG) ab dem Veranlagungszeitraum 1997 anzuwenden. Dies bedingt die redaktionelle Anpassung sämtlicher Vorschriften

des Einkommensteuergesetzes, in denen auf der Grundlage des Gesetzesbeschlusses zum Jahressteuergesetz 1996 ab 1997 ein höheres Kindergeld und ein höheres Existenzminimum vorgeschrieben ist.

14. Zu Artikel 12 Nr. 6a – neu –, 13 Buchstabe 11 – neu – (§ 32c Abs. 2, § 52 Abs. 23a – neu – EStG)

Artikel 12 wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 6 wird folgende Nummer 6a eingefügt:

„6a. § 32c Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

‚(2) Gewerbliche Einkünfte im Sinne dieser Vorschrift sind vorbehaltlich des Satzes 2 Gewinne oder Gewinnanteile, die nach § 7 oder § 8 Nr. 4 des Gewerbesteuergesetzes der Gewerbesteuer unterliegen. Ausgenommen sind:

a) Gewinne und Gewinnanteile, die nach § 9 Nr. 1 Satz 2 und 3, Nr. 2a, 3, 5, 7 und 8 des Gewerbesteuergesetzes zu kürzen sind. Das gilt auch für Gewinne oder Gewinnanteile einer Organgesellschaft, die im Rahmen einer gewerbesteuerlichen Organschaft im Sinne des § 2 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Gewerbesteuergesetzes dem Organträger zugerechnet werden;

b) Einkommen oder Einkommensteile, die im Rahmen einer körperschaftsteuerlichen Organschaft im Sinne der §§ 14 und 17 des Körperschaftsteuergesetzes dem Organträger zugerechnet werden;

c) Kürzungsbeträge nach § 9 Nr. 2 des Gewerbesteuergesetzes, soweit sie auf Anteile am Gewinn einer ausländischen Betriebsstätte entfallen;

d) Gewinne, die einer Steuerermäßigung nach § 34 unterliegen.‘ “

b) In Nummer 13 wird nach Buchstabe l folgender Buchstabe l1 eingefügt:

„l1) Nach Absatz 23 wird folgender Absatz 23a eingefügt:

‚(23a) § 32c Abs. 2 in der Fassung des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1996 anzuwenden.‘ “

Begründung

Zu Nummer 6a – neu – (§ 32c Abs. 2 EStG)

Die Änderung stellt zum einen klar, daß Gewinne oder Gewinnanteile einer Organgesellschaft im Rahmen einer gewerbesteuerlichen Organschaft nicht begünstigt sind. Dies entspricht der bisherigen Rechtslage. Organgesellschaft und Organträger müssen trotz der Organschaft ihren Gewerbeertrag als selbständige Unternehmen ermitteln (vgl. Abschnitt 42 Abs. 1 der Gewerbesteuer-Richtlinien). Dabei wird der an den Organträger ausgeschüttete Gewinn, der in seinem Gewinn als Dividendenertrag enthalten ist, mit Wirkung allein für die Gewerbesteuer nach § 9 Nr. 2a GewStG gekürzt. Die Ausnahmeregelung des Absatzes 2 Buchstabe a greift deshalb bei verbundenen Unternehmen unabhängig davon, ob zwischen ihnen eine gewerbesteuerliche Organschaft besteht oder nicht. Dies wird nunmehr ausdrücklich klargestellt.

Zum anderen wird mit der Neuformulierung zusätzlich geregelt, daß das im Rahmen einer körperschaftsteuerlichen Organschaft dem Organträger zugerechnete Einkommen nicht unter die Tarifermäßigung nach § 32c EStG fällt. Dies war dem Wortlaut der bisherigen Regelung nicht ohne weiteres zu entnehmen. Die Vorschrift konnte vielmehr so ausgelegt werden, daß die Tarifermäßigung nach § 32c EStG auf das Einkommen der Organgesellschaft Anwendung findet, das im Rahmen der körperschaftsteuerlichen Organschaft einer natürlichen Person oder Personengesellschaft als Organträger zugerechnet wird. Dadurch wird es in der Person des Organträgers auch zur Gewerbesteuer herangezogen. Die Anwendung des § 32c EStG ist dennoch nicht gerechtfertigt. Denn der Sache nach handelt es sich bei dem Einkommen um eine Besteuerungsgrundlage der Kapitalgesellschaft. Das Einkommen wird durch die Verlagerung auf den Organträger bei der Organgesellschaft von der Gewerbesteuer freigestellt. Die gewerbesteuerliche Entlastung, die die Organgesellschaft auf diese Weise erfährt, verbietet es, die insoweit gleichzeitig eintretende Belastung des Organträgers mit Gewerbesteuer zum Anknüpfungspunkt für die Tarifermäßigung nach § 32c EStG zu machen.

Im übrigen ermöglicht die bisherige Regelung Mißbräuche, weil durch Schaffung der Voraussetzungen für eine körperschaftsteuerliche Organschaft die durch eine Kapitalgesellschaft erzielten Einkünfte in die Tarifbegünstigung nach § 32c EStG einbezogen werden können. Dies soll durch den neu eingefügten § 32c Abs. 2 Satz 2 Buchstabe b EStG verhindert werden.

Die weiteren Änderungen in § 32c Abs. 2 Satz 2 EStG sind redaktioneller Art.

Zu Nummer 13 (§ 52 Abs. 23a – neu – EStG)

Die Neuregelung in § 32c Abs. 2 EStG soll ab dem Veranlagungszeitraum 1996 gelten.

15. Zu Artikel 12 vor Nummer 7 (§ 34c Abs. 6 EStG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, inwieweit § 34c Abs. 6 EStG im Hinblick auf die neueste Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zur Anrechnung ausländischer Steuern zu ändern ist.

Begründung

Nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 20. Dezember 1995 – I R 57/94 – sind bei der Anwendung des § 34c Abs. 1 Satz 2 EStG auch solche aus dem Ausland stammenden Einkünfte einzubeziehen, die im Ausland keiner Besteuerung unterlegen haben.

Sinn und Zweck des § 34c Abs. 6 EStG ist es, im Zusammenwirken mit dem jeweiligen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (Doppelbesteuerungsabkommen – DBA –) die Mehrfachbesteuerung in den Fällen zu vermeiden bzw. abzumildern, in denen sowohl der Quellenstaat als auch der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht haben (sogenannte „Anrechnungsmethode"). Die Anrechnung der im ausländischen Quellenstaat erhobenen Steuer wird der Höhe nach auf den Betrag begrenzt, mit dem diese Einkünfte mit inländischen Steuern belastet sind. Die BFH-Rechtsprechung führt hingegen zu dem Ergebnis, daß in die Höchstbetragsberechnung auch die ausländischen Einkünfte einbezogen werden, die im Ausland nicht besteuert werden. Dieses Ergebnis steht mit dem Sinn und Zweck des Anrechnungsverfahrens nicht im Einklang.

16. Zu Artikel 12 Nr. 7 (§ 38 Abs. 5 EStG)

In Artikel 12 wird die Nummer 7 gestrichen.

Begründung

Im Gesetzentwurf der Bundesregierung ist zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze in Privathaushalten neben der Ausweitung des Sonderausgabenabzugs und der Einführung eines Haushaltsscheck-Verfahrens der Verzicht auf den Lohnsteuerabzug bei Verwendung eines Haushaltsschecks geregelt. Bei Umsetzung dieses Konzepts erfolgt die vollständige Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen zu Lasten des Steueraufkommens und der Einheitlichkeit des Besteuerungsverfahrens.

Der teilweise Verzicht auf den Lohnsteuerabzug bei Beschäftigungen in Privathaushalten führt zu einer Ungleichbehandlung von Arbeitgebern. Sachfremd hängt die Entbindung von den lohnsteuerlichen Pflichten von der Höhe des gezahlten Arbeitslohns ab, denn bei Arbeitsentgelten in Privathaushalten bis 590 DM monatlich oder über 1 500 DM monatlich besteht für den Privathaushalt nach wie vor die Pflicht zur Lohnsteuerberechnung. Zudem sind Forderungen solcher Arbeitgeber auf Gleichbehandlung zu erwarten, die sich mit Privathaushalten vergleichen und im Lohnsteuerabzug ebenfalls ein Hindernis für die Beschäftigungsaufnahme sehen. Die Befreiung vom Lohnsteuerabzug in bestimmten Beschäftigungsverhältnissen stellt somit einen Eingriff mit nicht überschaubaren Folgen in das zur Sicherung des Steueraufkommens unverzichtbare Lohnsteuerverfahren dar.

Mit dem Verzicht auf den Lohnsteuerabzug ist notwendigerweise die Erfassung der in den betroffenen Privathaushalten gezahlten Arbeitslöhne im Veranlagungsverfahren verbunden. Damit wird jedoch der Finanzverwaltung ein erheblicher zusätzlicher Verwaltungsaufwand auferlegt, der allen Bestrebungen, die Arbeitsabläufe in den Finanzämtern zu vereinfachen, entgegensteht. Für die Beschäftigten bietet die Steuererhebung im Veranlagungsverfahren, das häufig zu Steuernachforderungen führen wird, keinen Vorteil, zumal das bei dem betroffenen Personenkreis oftmals vorherrschende Nettodenken mit der Übernahme des Arbeitnehmeranteils am Sozialversicherungsbeitrag durch den Arbeitgeber noch bestärkt wird.

Durch die Streichung von § 38 Abs. 5 EStG im Gesetzentwurf der Bundesregierung wird die Einführung eines Zweiklassensystems bei der Besteuerung der Arbeitnehmer verhindert und der Irrweg, Beschäftigungsförderung und Beitragssicherung durch Verzicht auf Lohnsteuerabzug zu betreiben, nicht beschritten.

17. Zu Artikel 12 Nr. 8 (§ 41a Abs. 2 Satz 2 EStG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob Artikel 12 Nr. 8 wie folgt geändert werden sollte:

In Artikel 12 Nr. 8 wird die Zahl „1 600" durch die Zahl „2 400" ersetzt.

Begründung

Durch die Anhebung der Grenze für die jährliche Anmeldung über den im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgeschlagenen Betrag hinaus wird die Vereinfachungswirkung der Maßnahme verstärkt und eine weitere Einsparung von Personal bei den Finanzämtern ermöglicht.

18. Zu Artikel 12 Nr. 9 Buchstabe b und Nr. 10
(§§ 50, 50a Abs. 4 EStG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob an die Stelle des vorgesehenen Veranlagungswahlrechts für beschränkt einkommensteuerpflichtige Künstler, Berufssportler, Schriftsteller, Journalisten und Bildberichterstatter und nichtselbständig Tätige der vorgenannten Berufsgruppen (s. insbesondere Artikel 12 Nr. 9 Buchstabe b) ein vereinfachtes Festsetzungs- (Erstattungs-)verfahren treten kann, das eine mögliche Übermaßbesteuerung dieses Personenkreises verhindert.

Begründung

Das im Gesetzentwurf enthaltene Veranlagungsverfahren

- ist in der Anwendung zu kompliziert (insbesondere durch die Anwendung des Progressionsvorbehalts),
- führt nicht zu einer zeitnahen Entlastung des betroffenen Personenkreises (Veranlagung erst nach Ablauf des Kalenderjahres) und
- stellt nicht sicher, daß der Grundfreibetrag nicht mehrfach in Anspruch genommen wird (z. B. wenn der Steuerpflichtige neben dem Steuerabzug nach § 50a Abs. 4 EStG unterliegenden Einkünften andere beschränkt steuerpflichtige Einkünfte erzielt).

An die Stelle des Veranlagungsverfahrens könnte ein vereinfachtes Erstattungsverfahren unter Berücksichtigung der Gesetzesbegründung zur Höhe des Steuerabzugsbetrags nach § 50a Abs. 4 EStG (s. Begründung zu Artikel 12 Nr. 9 Buchstabe b zu Satz 4

Nr. 3) treten. Danach unterstellt der Gesetzgeber, der beschränkt Steuerpflichtige habe Betriebsausgaben/Werbungskosten in Höhe von 50 v. H. der Einnahmen gehabt. Der verbleibende Gewinn/Überschuß wird mit einem Steuersatz von 50 v. H. belastet. Bezogen auf die Einnahmen ergibt sich der im Gesetz vorgeschriebene Steuerabzug in Höhe von 25 v. H.

Betragen die Betriebsausgaben/Werbungskosten tatsächlich mehr als 50 v. H. der Einnahmen, sollte der Gewinn/Überschuß ebenfalls mit höchstens 50 v. H. Steuer belastet werden. In einem vereinfachten Steuererstattungsverfahren sollte dem betroffenen Steuerpflichtigen die Möglichkeit eröffnet werden, den Saldo aus dem Steuerabzug und 50 v. H. Steuer auf den tatsächlichen Gewinn/Überschuß geltend zu machen. Da andere als dem Steuerabzug nach § 50a EStG unterliegende Einkünfte nicht zu berücksichtigen sind und der Steuersatz nicht variabel ist, könnte das Erstattungsverfahren kurzfristig durchgeführt werden.

19. Zu Artikel 12 Nr. 12 und Artikel 13
(§ 51 Abs. 1 EStG und § 82f EStDV)

a) In Artikel 12 wird die Nummer 12 gestrichen.

b) In Artikel 13 wird die Nummer 1 gestrichen.

Begründung

Die Sonderabschreibungen für Handelsschiffe sind Teil des bisherigen schiffahrtspolitischen Maßnahmenbündels zum Erhalt der deutschen Handelsflotte und zur Milderung der Wettbewerbsnachteile gegenüber den konkurrierenden Flaggen. Dieses Maßnahmenbündel setzt sich zusammen aus der Gewährung von Finanzbeiträgen, den Regelungen des Internationalen Seeschiffahrtsregisters – ISR – und steuerlichen Erleichterungen für die Seeschiffahrt. Es ist nur insgesamt in der Lage, das genannte schiffahrtspolitische Ziel zu erreichen. Im Hinblick auf die vom Bundesrat in seiner Entschließung vom 31. März 1995 (Drucksache 122/95 – Beschluß) erhobene Forderung nach weiteren die Seeschiffahrt entlastenden Maßnahmen würde ein Fortfall der Sonderabschreibungen geradezu kontraproduktiv wirken und die ohnehin unzureichenden schiffahrtspolitischen Hilfen angesichts sich verstärkender Fördermaßnahmen in den Nachbarländern weiter abschwächen.

Der Wegfall der Sonderabschreibungen würde darüber hinaus zu einem drastischen Rückgang von Schiffbauaufträgen durch deutsche Reeder führen, die im Jahre 1995 rd. 50 v. H. der von deutschen Werften hereingenommenen Aufträge erteilten. Der Gewährung der Sonderabschreibungen kommt deshalb neben den schiffahrtspolitischen Notwendigkeiten eine für die Existenzsicherung der Werftenstandorte besondere Bedeutung zu.

Die derzeitige Lage der öffentlichen Haushalte erzwingt eine Überprüfung aller staatlichen Leistungen. Auch Steuervergünstigungen können hiervon nicht ausgenommen werden. Der Abbau von Steuervergünstigungen ist jedoch dann kontraproduktiv, wenn er dem Ziel der Bundesregierung, „mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen", entgegenwirkt. Genau dies aber ist bei der vorgesehenen Einschränkung der Sonderabschreibungen für Handelsschiffe und für Schiffe, die der Seefischerei dienen, zu erwarten.

Die Sonderabschreibungsmöglichkeiten des § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe w EStG in Verbindung mit § 82f EStDV sollen Ausflaggungen entgegenwirken und die Vergabe von Schiffbauaufträgen stimulieren. Eine vorzeitige Aufhebung der derzeit geltenden Abschreibungsmöglichkeiten würde deshalb unweigerlich zu einem starken Rückgang bei der Vergabe von Schiffbauaufträgen führen. Das im gesamtstaatlichen Interesse liegende Ziel, eine moderne Handelsflotte unter deutscher Flagge zu erhalten, wird damit aufgegeben. Der Prozentsatz von Schiffen, die im Ausland gebaut werden bzw. unter fremder Flagge in Dienst gestellt werden, muß zwangsläufig weiter ansteigen. Neben der direkten Gefahr für zahlreiche Werftarbeitsplätze in den norddeutschen Küstenländern ist zu befürchten, daß auch viele deutsche Bordarbeitsplätze infolge dieser Entwicklung fortfallen werden. Falls überhaupt eine Weiterbeschäftigung der betroffenen deutschen Seeleute erfolgt, so nur zu Arbeitsbedingungen, die weit unter dem hohen deutschen Standard liegen.

Mit der Sonderabschreibung des § 82f EStDV erfolgt eine achtjährige Bindung an inländischen Betriebsvermögen mit der Folge, daß bei einem Fortfall dieser Regelung die vorbildlichen deutschen Sicherheitsbestimmungen nicht mehr zu beachten wären. Das trifft auch für die deutschen Tarifverträge zu. Entsprechend negative Konsequenzen für die Schiffssicherheit sind nicht auszuschließen.

Kapitalfindung und Kapitalbindung an Handelsschiffe, die in einem inländischen Seeschiffsregister eingetragen sind, die darauf folgende Auftragserteilung und der Herstellungszeitraum sind nur in einem mittelfristigen Zeitplan realisierbar. Die Realisierung der vorgenannten Maßnahmen bedarf weitgehender Planungssicherheit. Die Geltungsdauer des § 82f EStDV ist zuletzt geändert worden durch das StandOG vom 13. September 1993 bis zum 31. Dezember 1999. Nun kurzfristig die Geltungsdauer des § 82f EStDV mit Wirkung ex nunc zu begrenzen, ist keine vertrauenschaffende Maßnahme. Die Folgerungen, die die Wirtschaft hieraus zieht, sind unübersehbar.

Daß der maritimen Wirtschaft in Deutschland mit der geplanten Einschränkung der steuerlichen Vorteile ein drastischer Auftragsrückgang ins Haus steht, dürfte unzweifelhaft sein. Hinzu kommt, daß sich viele Werftstandorte an der deutschen Küste in strukturschwachen Regionen befinden, die einen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen nicht verkraften können. Die über den Steuerstundungseffekt erzielbare Sicherung von Arbeitsplätzen dient der wirtschaftlichen Konsolidierung und Verbesserung der Infrastruktur der Küstenländer. Das für Veränderungen der Wirtschaftsstruktur notwendige Investitionsvolumen kann unter anderem nur aufgebracht werden, wenn eine Stetigkeit hinsichtlich der Anwendungsdauer steuerrechtlicher Sondervorschriften gegeben ist.

Darüber hinaus wird zur Zeit in Frankreich an einem Gesetzentwurf gearbeitet, der dem geltenden deutschen Steuermodell ähnelt und ebenso das Ziel verfolgt, über die Gewährung steuerlicher Vorteile privates Kapital für die Schiffahrt (und damit auch für den Schiffbau) einzuwerben. Es erscheint für den maritimen Standort Deutschland fatal, wenn zum gleichen Zeitpunkt die geplante Einschränkung im Rahmen des JStG 1997 in Kraft treten würde.

20. Zu Artikel 12 Nr. 13 Buchstabe b
(§ 52 Abs. 2a EStG)

In Artikel 12 Nr. 13 Buchstabe b wird § 52 Abs. 2a wie folgt gefaßt:

„(2a) § 3 Nr. 2 ist auf die aus Landesmitteln ergänzten Leistungen aus dem Europäischen Sozialfonds zur Aufstockung der Leistungen nach § 55a des Arbeitsförderungsgesetzes anzuwenden, wenn der Bewilligungsbescheid nach dem 31. Dezember 1995 erteilt worden ist."

Begründung

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht eine Rückwirkung der Steuerbefreiung vor. Die Länderfinanzverwaltungen haben in der Vergangenheit das Gesetz vollzogen und unter Hinweis auf die eindeutige Gesetzeslage eine analoge Anwendung des § 3 Nr. 2 EStG ebenso abgelehnt wie Billigkeitsmaßnahmen. Diese Auffassung ist auch gegenüber der Öffentlichkeit vertreten worden.

Es geht nicht an, daß durch die Anordnung einer Rückwirkung

- die Berechtigung eines konsequenten Gesetzesvollzugs in Frage gestellt wird und
- daß der Personenkreis, dessen Veranlagungen zufälligerweise noch nicht bestandskräftig sind, nunmehr von diesem Gesetzesvollzug ausgenommen wird.

Der Vorschlag zielt deshalb darauf ab, den Zustand herzustellen, der von Verfassungs wegen der Normalfall ist, daß nämlich Gesetze Regelungen für die Zukunft treffen.

Da die in Rede stehenden Leistungen in zwei Teilbeträgen (und zwar in Höhe von 75 v. H. zu Beginn und zu 25 v. H. am Ende des 52wöchigen Förderzeitraums nach Verwendungsnachweisprüfung) ausgezahlt werden und somit der Zufluß dieser Teilbeträge in praktisch allen Fällen in zwei unterschiedlichen Veranlagungszeiträumen erfolgt, bedarf es aber gleichwohl einer von der in § 52 Abs. 1 Satz 1 EStG-Entwurf normierten allgemeinen Anwendungsregelung abweichenden – besonderen – Regelung.

Die vorgeschlagene Regelung, die auf den Zeitpunkt der Erteilung des Bewilligungsbescheids abstellt, trägt diesen Umständen Rechnung und dient darüber hinaus wegen der klaren zeitlichen Abgrenzung dem Rechtsfrieden.

21. Zur Verbesserung der Risikokapitalausstattung für Existenzgründer und junge Unternehmen

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens Regelungen in das Jahressteuergesetz 1997 aufzunehmen, die der Verbesserung der Wagniskapitalausstattung für innovative Existenzgründer und junge Technologieunternehmen dienen.

Der Bundesrat befürwortet in diesem Zusammenhang die vorbehaltlose Prüfung einer steuerlichen Freistellung der bei der Veräußerung von jungen Technologieunternehmen durch Beteiligungsgesellschaften erzielten Veräußerungsgewinne u. a. durch Erstreckung des aus dem Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften bekannten Transparenzprinzips auf Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Er befürwortet darüber hinaus die Gewährung von Sonderabschreibungsmöglichkeiten auf das eingesetzte Kapital bei der Investition in Technologiebeteiligungsgesellschaften sowie die Abschaffung der doppelten Substanzbesteuerung bei Kapitalbeteiligungsgesellschaften (Befreiung von Gewerbekapital- und Vermögensteuer) entsprechend den bereits jetzt für Unternehmensbeteiligungsgesellschaften geltenden Regelungen des Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG). Zur Vermeidung steuerlicher Ungleichbehandlungen hält der Bundesrat die Einführung einheitlicher Bewertungsgrundsätze für börsennotierte und nicht börsennotierte Unternehmen für erforderlich.

Außerhalb des steuerlichen Bereichs befürwortet der Bundesrat Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zum Börsenhandel für bankenunabhängige – auch kleinere – Wertpapierdienstleistungsunternehmen etwa aus dem Kreis der Freimakler. Eine entsprechende Umsetzung der EG-Wertpapierdienstleistungsrichtlinie würde den Wettbewerb unter potentiellen Emissionsbegleitern und Wertpapierbetreibern herstellen bzw. intensivieren. Eine Novellierung der Prospekt- und Anlageberaterhaftung, insbesondere hinsichtlich der Verjährung, ist geeignet, den Zugang junger Technologieunternehmen zum organisierten Kapitalmarkt zu erleichtern.

Begründung

Dem deutschen Mittelstand kommt für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen eine immer größere Schlüsselrolle zu. Innerhalb des Mittelstands sind es vor allem die jungen Technologieunternehmen, die direkt und indirekt dazu beitragen, daß neue zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Vor allem junge, innovative Unternehmen stellen sicher, daß in Deutschland Erfindungen nicht nur gemacht, sondern auch in marktfähige Produkte und Produktionsverfahren umgesetzt werden. Deshalb kommt ihnen auch eine wachsende strategische Bedeutung zu, um die internationale Wettbewerbsposition zu verbessern und technische Schlüsselfunktionen abzusichern.

Junge Technologieunternehmen und innovative Unternehmer/Unternehmerinnen verfügen in der Regel nicht über ausreichende Eigenmittel und Sicherheiten, um eine klassische Kreditfinanzierung zu erlangen. Zudem ist die übliche Beurteilungspraxis und das Branchen-Know-how der Kreditinstitute für die

Bewertung eines innovativen Projekts in der Regel weder ausreichend noch geeignet. Die Kapitalbeschaffung für Entwicklungsmaßnahmen, die Markteinführung oder die Finanzierung der Wachstumsphase wird damit zu einem zentralen Problem für innovative Unternehmen mit Wachstumspotential. Deshalb sind junge technologieorientierte Unternehmen in besonderer Weise darauf angewiesen, über den Kapitalmarkt risikotragendes Eigen- und Beteiligungskapital zu erhalten. Die oben vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereich des Steuer- und Wertpapierrechts sollen die Rahmenbedingungen für die Erlangung von Wagniskapital für innovative Existenzgründer und Technologieunternehmen verbessern.

22. Zu Artikel 13oa – neu –
(§ 5 Abs. 1 Nr. 22 – neu – KStG)
Artikel 14 Nr. 01 – neu –
(§ 3 Nr. 29 – neu – GewStG)

a) Nach Artikel 13 wird folgender Artikel 13oa eingefügt:

„Artikel 13oa
Änderung des Körperschaftsteuergesetzes

Das Körperschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. März 1991 (BGBl. I S. 638), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Jahressteuergesetzes 1996 vom 11. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1250) und durch Artikel 9 des Jahressteuer-Ergänzungsgesetzes 1996 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1959), wird wie folgt geändert:

In § 5 Abs. 1 wird am Ende der Nummer 21 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 22 angefügt:

‚22. Gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien im Sinne des § 4 Abs. 2 des Tarifvertragsgesetzes vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323), die satzungsmäßige Beiträge auf der Grundlage des § 186a des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582) oder tarifvertraglicher Vereinbarungen erheben und Leistungen ausschließlich an die tarifgebundenen Arbeitnehmer des Gewerbezweigs oder an deren Hinterbliebene erbringen, wenn sie dabei zu nicht steuerbegünstigten Betrieben derselben oder ähnlicher Art nicht in größerem Umfang in Wettbewerb treten, als es bei Erfüllung ihrer begünstigten Aufgaben unvermeidlich ist. Wird ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb unterhalten, dessen Tätigkeit nicht ausschließlich auf die Erfüllung der begünstigten Tätigkeiten gerichtet ist, ist die Steuerbefreiung insoweit ausgeschlossen.' "

b) In Artikel 14 wird vor Nummer 1 folgende Nummer 01 eingefügt:

„01. In § 3 Nr. 28 wird am Ende der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 29 angefügt:

‚29. Gemeinsame Einrichtungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 22 des Körperschaftsteuergesetzes, soweit sie von der Körperschaftsteuer befreit sind.' "

Begründung

Die Befreiungsvorschriften des Körperschaftsteuergesetzes und des Gewerbesteuergesetzes sind um eine Regelung für Sozialkassen der Tarifvertragsparteien zu ergänzen. Bei diesen handelt es sich um Einrichtungen, die gesetzlich definiert und mit der Förderung beruflicher sowie sozialer Interessen und Belange der Arbeitnehmer des jeweiligen Gewerbezweigs betraut sind (Tarifvertragsgesetz, Arbeitsförderungsgesetz).

Steuerlich werden sie z. Z. teilweise als Pensions-/Unterstützungskassen (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 KStG), als Berufsverbände (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 KStG) oder als gemeinnützig tätige Einrichtungen (§ 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG) eingestuft und von der Besteuerung freigestellt, soweit sie nicht ohnehin bereits hinsichtlich ihrer Aufgabenstellung bei Vorruhestandsleistungen kraft Gesetzes steuerbefreit sind (vgl. Abschnitt 22a der Körperschaftsteuer-Richtlinien 1990).

Die Vermischung der verschiedenen Zwecke führt bei den Kassen zu Abgrenzungs- und Anwendungsproblemen.

Ähnlich uneinheitlich ist die Seite der Beitragszahler. Derzeit ist die Höhe der Beitragszahlungen steuerlich nach der jeweiligen Einordnung der Kasse limitiert. Für Zuwendungen z. B. an die als Pensions-/Unterstützungskassen eingeordneten Einrichtungen gelten andere steuerliche Höchstgrenzen als etwa für die als Berufsverbände oder als gemeinnützig eingestuften Kassen.

Unter diesen Umständen ist eine klare gesetzliche Lösung erforderlich, die der Verwaltung eine verläßliche Grundlage für die steuerliche Handhabung gibt und eine einheitliche Praxis sichert.

Steuerausfälle treten nicht ein, weil die Kassen in der Praxis durchweg nach der einen oder anderen Befreiungsvorschrift als steuerbefreite Einrichtungen behandelt werden.

23. Zu Artikel 13a – neu – (§§ 18 und 27 UmwStG)

Der neue Artikel 13a wird wie folgt geändert:

a) Vor Nummer 1 wird folgende Nummer 01 eingefügt:

„01. In § 18 Abs. 4 wird folgender Satz angefügt:

‚Satz 1 gilt entsprechend, soweit ein Teilbetrieb oder ein Anteil an der Personengesellschaft aufgegeben oder veräußert wird.' "

b) In Nummer 2 wird in § 27 nach Absatz 3 folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) § 18 Abs. 4 in der Fassung des Artikels 13a des Gesetzes vom . . . (BGBl. . . .) – JStG 1997 – ist erstmals auf Vorgänge anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1996 erfolgen."

Begründung

Zu Buchstabe a

Grundsätzlich unterliegt ein Gewinn aus der Auflösung oder der Veräußerung des Betriebs einer Personengesellschaft nicht der Gewerbesteuer. Eine Ausnahme hiervon regelt § 18 Abs. 4 UmwStG. Danach ist ein entsprechender Gewinn gewerbesteuerpflichtig, wenn innerhalb von fünf Jahren nach dem Vermögensübergang von einer Kapitalgesellschaft auf eine Personengesellschaft der Betrieb der Personengesellschaft aufgegeben oder veräußert wird. Damit soll verhindert werden, daß eine Kapitalgesellschaft, deren Liquidationsgewinn der Gewerbesteuer unterliegt, zum Zwecke der Steuerersparnis vor der Liquidation in eine Personengesellschaft umgewandelt wird, deren Liquidationsgewinn nicht der Gewerbesteuer unterliegt. § 18 Abs. 4 UmwStG ist lückenhaft, da die Veräußerung von Mitunternehmeranteilen und Teilbetrieben nicht erfaßt wird. Auf die zu § 25 Abs. 2 UmwStG 77 ergangene Entscheidung des BFH vom 13. Dezember 1989, BStBl. II 90, 474, wird hingewiesen. Die Korrektur ist zwingend erforderlich, um erhebliche Steuerausfälle bei der Gewerbesteuer zu vermeiden.

Zu Buchstabe b

Die Gesetzesänderung zu § 18 Abs. 4 UmwStG soll erstmals auf Veräußerungs- und Aufgabevorgänge angewendet werden, die nach dem 31. Dezember 1996 erfolgen.

24. Zu Artikel 15 a – neu – (§§ 39, 42, 43 KAGG)

Nach Artikel 15 wird folgender Artikel 15a eingefügt:

„Artikel 15 a
Änderung des Gesetzes
über Kapitalanlagegesellschaften

Das Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften, in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 1970 (BGBl. I S. 127), zuletzt geändert durch . . ., wird wie folgt geändert:

1. § 39 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

   ‚(2) Von dem Teil der Ausschüttungen eines Wertpapier-Sondervermögens, für den nach § 38a die Ausschüttungsbelastung mit Körperschaftsteuer herzustellen ist, wird ein Steuerabzug vom Kapitalertrag in Höhe von 25 v. H. vorgenommen, soweit die Ausschüttungen nicht nach § 40 Abs. 1 steuerfrei sind. Die für den Steuerabzug von Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 des Einkommensteuergesetzes geltenden Vorschriften des Einkommensteuergesetzes sind entsprechend anzuwenden. § 38b Abs. 1 Satz 3 und Abs. 4 gelten entsprechend; § 38b Abs. 3 gilt mit der Maßgabe, daß die §§ 44b und 45a Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes nicht anzuwenden sind.‘

2. In § 42 wird das Zitat ‚39 Abs. 1 Satz 2‘ durch das Zitat ‚§ 39 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2‘ ersetzt.

3. In § 43 Abs. 9 wird folgender Satz angefügt:

   ‚§ 39 Abs. 2 und § 42 in der Fassung des Artikels . . . des Gesetzes vom . . . (BGBl. I S. . . .) – JStG 1997 – sind erstmals für Ausschüttungen auf Anteilscheine aus einem Wertpapier-Sondervermögen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1996 zufließen.‘ “

Begründung

Zu Nummer 1

Nach dem Grundgedanken, der dem KAGG zugrunde liegt, sollen bei der Anlage in Wertpapier-Sondervermögen die Anleger nicht schlechter, aber auch nicht bessergestellt werden als die Direktanleger (Transparenzprinzip).

Die bisherige Regelung des § 39 Abs. 2, wonach die in den Ausschüttungen enthaltenen Dividenden der Anleger in Aktienfonds von der Kapitalertragsteuer verschont bleiben, widerspricht diesem Gleichbehandlungsprinzip und begünstigt überdies ohne sachliche Rechtfertigung nichtanrechnungsberechtigte Anleger (z. B. Ausländer, Pensionskassen, Berufsverbände etc.); dadurch kommt es zu endgültigen Steuerausfällen.

Beispiel

Dividende von der X-AG in Höhe von 100 DM

	Direkt-anleger	Anlage über Aktienfonds
	– in DM –	
Brutto-Dividende	100,00	100,00
⁒ Körperschaftsteuer-Ausschüttungsbelastung (ab 1994 30 v. H.)	30,00	30,00
⁒ Kapitalertragsteuer 25 v. H.	17,50	–
ausgezahlter Betrag	52,50	70,00

Unterschiedsbetrag: 17,5 v. H. der Brutto-Dividende

Der Änderungsvorschlag in Nummer 1 sieht vor, für Ausschüttungen auf Anteilscheine von Aktienfonds eine Kapitalertragsteuer von 25 v. H. zu erheben, um den systemwidrigen Wettbewerbsvorteil der Fonds-Anleger gegenüber den Direktanlegern zu beseitigen.

Die bislang ablehnende Haltung der Bundesregierung zur Beseitigung des Steuerprivilegs für Aktienfonds wurde damit begründet, daß

- zur Sicherstellung der Besteuerung der betreffenden Aktienerträge die Ausschüttungsbelastung mit Körperschaftsteuer in Höhe von 30 v. H. (also in Höhe des Zinsabschlags) ausreiche und
- mit der Erhebung von Kapitalertragsteuer eine erhebliche Komplizierung des Erstattungsverfahrens (Zweigleisigkeit) verbunden sei, der kein wesentlicher fiskalischer Ertrag gegenüberstehe.

Diesen Einwänden kann nicht gefolgt werden. Zum einen ist nicht erkennbar, warum bei Aktienfonds eine Steuerbelastung von 30 v. H. den Steueranspruch sichert, während bei Direktanlegern eine Vorbelastung von 47,5 v. H. notwendig sein soll. Zum anderen ist die Erhebung der Kapitalertragsteuer eine Zusatzkomponente im Erstattungsverfahren, die mit geringem technischen Aufwand lösbar ist.

Im übrigen kommt der Gleichstellung von Aktienfonds und Direktanlegern im Hinblick auf neue steuerliche Gestaltungen bei institutionellen Anlegern (z. B. steuerbefreite Pensions- und Unterstützungskassen) zentrale Bedeutung zu. Die definitiv unterschiedliche steuerliche Belastung der Direktanlage in Aktien und der durch Aktienfonds vermittelten Anlage wird mittlerweile in auffälliger Weise systematisch durch institutionelle Anleger zur Renditeverbesserung genutzt. Allein in Anbetracht des Pensionskassenvermögens von insgesamt ca. 100 Mrd. DM drohen beträchtliche Steuerausfälle.

Zu Nummer 2

Folgeänderung

Zu Nummer 3

Die Anpassung der Anwendungsvorschrift regelt die Kapitalertragsteuerpflicht für Ausschüttungen, die nach dem 31. Dezember 1996 zufließen.

25. Zu Artikel 16 Nr. 3a – neu –
(§ 4 Nr. 21a – neu – UStG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob in Artikel 16 nach Nummer 3 folgende Nummer 3a eingefügt werden sollte:

„3a. In § 4 wird nach Nummer 21 folgende Nummer 21a eingefügt:

‚21a. die Umsätze der Hochschulen aus Forschungstätigkeit. Nicht zur Forschungstätigkeit gehören Tätigkeiten, die sich auf die Anwendung gesicherter Erkenntnisse beschränken, die Übernahme von Projektträgerschaften sowie Tätigkeiten ohne Forschungsbezug.‘ “

Begründung

Die Einführung einer Umsatzsteuerbefreiung für die Forschungstätigkeit der Hochschulen dient der Steuervereinfachung. Die Hochschulen unterliegen mit ihrer der Wissenschaft und Lehre dienenden Forschungstätigkeit nach geltendem Recht nicht der Umsatzbesteuerung.

Die Auftragsforschung ist in den Hochschulen mit der gesamten Forschungstätigkeit verzahnt und vernetzt. Dadurch ist es schwierig und mit großem Arbeitsaufwand verbunden, die Einnahmen und Ausgaben der Hochschulen den steuerpflichtigen und den nicht steuerbaren Tätigkeitsbereichen zuzuordnen. Die Umsatzsteuerbefreiung der Auftragsforschung vermeidet diese schwierigen Abgrenzungsfragen und führt zur Planungssicherheit der Hochschulen.

Die wissenschaftliche Forschungstätigkeit der Hochschulen wird durch die Auftragsforschung befruchtet. Für eine wirksame und sinnvolle Erfüllung des Forschungsauftrags der Hochschulen ist es sinnvoll und unverzichtbar, daß die gefundenen Ergebnisse der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Dies geschieht vielfach im Rahmen der Auftragsforschung. Die Umsatzsteuerpflicht würde den Transfer der Forschungsergebnisse erheblich behindern. Es ist deshalb gerechtfertigt, die Auftragsforschung von der Umsatzsteuer zu befreien.

Die Tätigkeiten, die sich auf die Anwendung gesicherter Erkenntnisse beschränken, die Übernahme von Projektträgerschaften sowie Tätigkeiten ohne Forschungsbezug sind von der Umsatzsteuerbefreiung ausgeschlossen, weil sie keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der allgemeinen Forschungstätigkeit der Hochschule aufweisen. Insoweit stehen die Hochschulen mit nichtuniversitären Anbietern im Wettbewerb, so daß eine Steuerbefreiung dieser Umsätze nicht zu rechtfertigen ist.

Die Steuerbefreiung schließt den Vorsteuerabzug der Hochschulen aus. Durch die Einführung der Steuerbefreiung entstehen keine größeren Steuerausfälle, weil den Hochschulen und in der Regel auch den Leistungsempfängern ein Vorsteuerabzug zustehen würde.

26. Zu Artikel 18 (§ 4 Nr. 9 Buchstabe c StBerG)

In Artikel 18 werden in § 4 Nr. 9 Buchstabe c nach dem Wort „Steuersachen“ die Worte „nach § 22b des Umsatzsteuergesetzes“ eingefügt.

Begründung

Da der umsatzsteuerliche Fiskalvertreter nach § 22a des Umsatzsteuergesetzes (neu) auch steuerberatend tätig wird, ist insoweit das Steuerberatungsgesetz anzupassen. Die Erweiterung des § 4 Nr. 9 des Steuerberatungsgesetzes um den Buchstaben c stellt klar, daß Spediteure und sonstige gewerbliche Unternehmen für im Ausland ansässige Unternehmer, die im Inland nur steuerfreie Umsätze ausführen und nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind, als umsatzsteuerliche Fiskalvertreter Hilfe in Steuersachen leisten dürfen, jedoch nur insoweit, als die Hilfeleistung die Rechte und Pflichten des Fiskalvertreters nach § 22b des Umsatzsteuergesetzes (neu) betrifft.

Der Fiskalvertreter muß im Inland ansässig sein, weil die Finanzbehörden für den im Ausland ansässigen Unternehmer im Inland einen Vertreter benötigen. Durch den Ausschluß der Kleinunternehmer von der Fiskalvertretung wird gewährleistet, daß nur solche Unternehmer als Fiskalvertreter tätig werden, die selbst Steuererklärungen und ggf. zusammenfassende Meldungen abgeben und damit über die erforderlichen Kenntnisse verfügen.

Die Befugnis zur beschränkten Hilfeleistung in Steuersachen besteht nicht mehr, wenn die Fiskalvertretung nach § 22e des Umsatzsteuergesetzes (neu) untersagt worden ist. Diese Klarstellung ermöglicht den Finanzbehörden nach bestandskräftiger Untersagung der Fiskalvertretung eine problemlose Zurückweisung des Fiskalvertreters als Bevollmächtigten gemäß § 80 Abs. 5 der Abgabenordnung.

27. Zu Artikel 20 Nr. 4 – neu –
(§ 233a Abs. 2a – neu – AO)
Artikel 21 Nr. 2a – neu –
(Artikel 97 § 15 Abs. 8 – neu – EGAO)

a) In Artikel 20 wird nach Nummer 3 folgende Nummer 4 angefügt:

„4. In § 233a wird nach Absatz 2 folgender Absatz 2a eingefügt:

‚(2a) Soweit die Steuerfestsetzung auf der Berücksichtigung eines rückwirkenden Ereignisses (§ 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 2) oder auf einem Verlustabzug nach § 10d Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes beruht, beginnt der Zinslauf abweichend von Absatz 2 Satz 1 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das rückwirkende Ereignis eingetreten oder der Verlust entstanden ist.' "

b) In Artikel 21 wird nach Nummer 2 folgende Nummer 2a eingefügt:

„2a. In § 15 wird nach Absatz 7 folgender Absatz 8 angefügt:

‚(8) § 233a Abs. 2a der Abgabenordnung in der Fassung des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) – JStG 1997 – gilt in allen Fällen, in denen der Verlust nach dem 31. Dezember 1995 entstanden oder das rückwirkende Ereignis nach dem 31. Dezember 1995 eingetreten ist.' "

Begründung

Zu Buchstabe a

Nach § 233a AO sind Nachforderungen und Erstattungen zur Einkommen-, Körperschaft-, Umsatz-, Vermögen- und Gewerbesteuer zu verzinsen. Der Zinslauf beginnt grundsätzlich mit Ablauf von 15 Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist. Dies führt in Fällen eines Verlustrücktrags durch die Verrechnung von Verlusten mit Gewinnen früherer Jahre dazu, daß der Staat Erstattungszinsen für Zeiträume zahlen muß, in dem noch kein Verlust eingetreten war. Bei rückwirkenden Ereignissen sind in gleicher Weise Nachforderungs- oder Erstattungszinsen festzusetzen, obwohl die Steuerpflichtigen bzw. das Finanzamt in der Zeit bis zum Eintritt des rückwirkenden Ereignisses keine Zins- oder Liquiditätsvorteile ziehen konnten. Der BFH hat deshalb in seinem Beschluß vom 27. September 1994 (BFHE 175, 516) die Auffassung vertreten, es sei ernstlich zweifelhaft, ob bei Eintritt eines steuererhöhenden rückwirkenden Ereignisses der Unterschiedsbetrag zwischen der ursprünglichen und der rückwirkend entstehenden Steuerschuld nach § 233a AO zu verzinsen ist.

Der neue Absatz 2a soll bewirken, daß rückwirkende Ereignisse und Verlustrückträge bei der Verzinsung nach § 233a AO erst dann berücksichtigt werden, wenn entsprechende Liquiditätsvor- oder -nachteile vorliegen. Die neue Regelung ist erstmals für Verluste und rückwirkende Ereignisse anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1995 entstanden bzw. eingetreten sind.

Zu Buchstabe b

Die Vorschrift bestimmt den zeitlichen Anwendungsbereich des neuen § 233a Abs. 2a AO.

28. Zu Artikel 20 Nr. 5 – neu – (§ 361 Abs. 2 Satz 2 AO)
Artikel 21 Nr. 2b – neu –
(Artikel 97 § 18b – neu – EGAO)
Artikel 21a – neu – (§ 69 Abs. 2 und 3 FGO)
Artikel 26 Abs. 5 – neu – (Inkrafttreten)

a) In Artikel 20 wird nach der neuen Nummer 4 folgende Nummer 5 angefügt:

„5. In § 361 Abs. 2 werden nach Satz 2 folgende Sätze eingefügt:

‚Ist der Verwaltungsakt schon vollzogen, tritt an die Stelle der Aussetzung der Vollziehung die Aufhebung der Vollziehung. Bei Steuerbescheiden sind die Aussetzung und die Aufhebung der Vollziehung auf die festgesetzte Steuer, vermindert um die anzurechnenden Steuerabzugsbeträge, um die anzurechnende Körperschaftsteuer und um die festgesetzten Vorauszahlungen, beschränkt.' "

b) In Artikel 21 wird nach der neuen Nummer 2a folgende Nummer 2b eingefügt:

„2b. Nach § 18a wird folgender § 18b eingefügt:

‚§ 18b
Aussetzung der Vollziehung

Der durch Artikel 20 des Gesetzes vom ... (BGBl. ...) geänderte § 361 der Abgabenordnung ist auf alle nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eingehenden Anträge anzuwenden.' "

c) Nach Artikel 21 wird folgender Artikel 21a eingefügt:

„Artikel 21a
Änderung der Finanzgerichtsordnung

§ 69 der Finanzgerichtsordnung vom 6. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1477), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1395) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt:

   ‚Ist der Verwaltungsakt schon vollzogen, tritt an die Stelle der Aussetzung der Vollziehung die Aufhebung der Vollziehung. Bei Steuerbescheiden sind die Aussetzung und die Aufhebung der Vollziehung auf die festgesetzte Steuer, vermindert um die anzurechnenden Steuerabzugsbeträge, um die anzurechnende Körperschaftsteuer und um die festgesetzten Vorauszahlungen, beschränkt.'

2. In Absatz 3 wird nach Satz 3 folgender Satz eingefügt:

   ‚Absatz 2 Satz 8 gilt entsprechend.' "

d) In Artikel 26 wird nach Absatz 4 folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Artikel 21a ist auf alle nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eingehenden Anträge anzuwenden."

Begründung

Zu Buchstabe a

Der Große Senat sowie der VIII., IX. und X. Senat des BFH haben – in Abkehr von jahrzehntelanger ständiger Rechtsprechung – entschieden, daß die Vollziehung eines Einkommensteuerbescheides auch insoweit aufgehoben werden darf, als sie zu einer vorläufigen Erstattung von Vorauszahlungen, einbehaltenen Steuerabzugsbeträgen und anrechenbarer Körperschaftsteuer führt (Beschlüsse vom 3. Juli 1995 – GrS 3/93 –, vom 25. Oktober 1995 – VIII B 78/95 –, vom 19. Dezember 1995 – X B 229/94 – und vom 4. März 1996 – IX B 59/95 –). Diese Rechtsprechungsänderung führt bei der Verwaltung zu einer zusätzlichen Arbeitsbelastung, die nach Schätzungen der obersten Finanzbehörden der Länder ca. 500 Arbeitskräfte bei den Finanzämtern erfordert. Nicht auszuschließen sind auch Steuerausfälle, die dadurch eintreten, daß im Vollziehungsaufhebungsverfahren vorläufig ausgezahlte Steuerbeträge nach einem erfolglosen Ausgang des Rechtsbehelfsverfahrens nicht mehr einziehbar sind.

Durch die vorgeschlagene Änderung des § 361 AO soll daher die Rechtslage wieder hergestellt werden, wie sie vor dem Beschluß des Großen Senats des BFH vom 3. Juli 1995 bestanden hat.

Zu Buchstabe b

Artikel 97 § 18b regelt das Inkrafttreten der Änderung des § 361 der Abgabenordnung.

Zu Buchstabe c

Wegen der Notwendigkeit und des Inhalts der vorgeschlagenen Änderung wird auf die Begründung zu Artikel 20 (Änderung des § 361 AO) verwiesen. Voraussetzungen und Wirkungen der Vollziehungsaussetzung (-aufhebung) müssen im behördlichen und im gerichtlichen Verfahren identisch sein.

Zu Buchstabe d

Absatz 5 regelt das Inkrafttreten der Änderungen der Finanzgerichtsordnung.

29. Zu Artikel 20a – neu –
(§ 9a der Verordnung zu § 180 Abs. 2 AO)

Nach Artikel 20 wird folgender Artikel 20a eingefügt:

„Artikel 20a
Änderung der Verordnung zu § 180 Abs. 2 AO

Nach § 9 der Verordnung über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 180 Abs. 2 der Abgabenordnung vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2663), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes zur Neuregelung der steuerrechtlichen Wohneigentumsförderung vom 15. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1783) geändert worden ist, wird folgender § 9a eingefügt:

‚§ 9a
Feststellungsverfahren bei steuerverstrickten Anteilen an Kapitalgesellschaften

(1) Es kann gesondert und bei mehreren Beteiligten einheitlich festgestellt werden,

a) ob und in welchem Umfang im Rahmen der Gründung einer Kapitalgesellschaft oder einer Kapitalerhöhung stille Reserven in Gesellschaftsanteilen, die der Besteuerung nach § 21 UmwStG oder § 17 EStG unterliegen (steuerverstrickte Anteile), auf andere Gesellschaftsanteile übergehen (mitverstrickte Anteile),

b) in welchem Umfang die Anschaffungskosten der steuerverstrickten Anteile den mitverstrickten Anteilen zuzurechnen sind,

c) wie hoch die Anschaffungskosten der mitverstrickten Anteile im übrigen sind.

Satz 1 gilt sinngemäß für die Feststellung, ob und inwieweit Anteile an Kapitalgesellschaften unentgeltlich auf andere Steuerpflichtige übertragen werden.

(2) Feststellungen nach Absatz 1 erfolgen durch das Finanzamt, das für die Besteuerung der Kapitalgesellschaft nach § 20 der Abgabenordnung zuständig ist. Die Inhaber der von Feststellungen nach Absatz 1 betroffenen Anteile haben eine Erklärung zur gesonderten Feststellung der Besteuerungsgrundlagen abzugeben, wenn sie durch die Finanzbehörde dazu aufgefordert werden. § 3 Abs. 2 bis 4, §§ 4, 6 Abs. 1, 3 und 4 und § 7 sind sinngemäß anzuwenden.' "

Begründung

Die Tz. 66 des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) zum Umwandlungssteuergesetz vom 16. Juni 1978 (BStBl. I 78, 235) ist aufgrund der Beanstandung durch die BFH-Urteile vom 8. April 1992, BStBl. II 92, 761ff., aufgegeben worden (vgl. Schreiben des BMF vom 22. Januar 1993, BStBl. I 93, 185). Die neue Rechtsprechung zwingt Steuerberater und Finanzamt zu ermitteln und bis zur Veräußerung des mitverstrickten Anteils, die u. U. erst Jahrzehnte später erfolgt, zur Beweissicherung festzuhalten,

– in welchem Umfang die durch den Übergang der stillen Reserven begünstigten anderen Anteile nach § 21 Abs. 1 UmwStG mitverstrickt sind,

– in welchem Umfang die Anschaffungskosten (§ 20 Abs. 4 UmwStG) des wertgeminderten Anteils dem mitverstrickten Anteil zuzurechnen sind sowie

– welche Anschaffungskosten auf den mitverstrickten Anteil im übrigen entfallen.

Entsprechende Fragen treten im Rahmen des § 17 EStG auf. Das Bedürfnis nach Rechtssicherheit macht ein Feststellungsverfahren unerläßlich.

30. Zu Artikel 21 b – neu –
(§ 4 der Kleinbetragsverordnung)

Nach dem neuen Artikel 21 a wird folgender Artikel 21 b eingefügt:

„Artikel 21 b
Änderung der Kleinbetragsverordnung

§ 4 der Kleinbetragsverordnung vom 10. Dezember 1980 (BGBl. I S. 2255), die zuletzt durch Artikel 28 des Gesetzes vom 21. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2310) geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

‚§ 4
Änderung oder Berichtigung
der Investitions- und der Eigenheimzulage

Investitions- und Eigenheimzulagenbescheide werden zum Nachteil des Anspruchsberechtigten nur geändert oder berichtigt, wenn sich die Investitionszulage oder die Eigenheimzulage um mindestens 20 Deutsche Mark ändert.' "

Begründung

Die Bagatellregelungen der Kleinbetragsverordnung werden auf den Bereich der Eigenheimzulage ausgedehnt.

31. Zu Artikel 21 c – neu –
(Neufassung des Zerlegungsgesetzes)

Nach dem neuen Artikel 21 b wird folgender Artikel 21 c eingefügt:

„Artikel 21 c
Zerlegungsgesetz (ZerlG)

Abschnitt 1
Unmittelbare Steuerberechtigung

§ 1
Unmittelbare Steuerberechtigung

(1) Der Anspruch auf die Einkommensteuer oder die Körperschaftsteuer für ein Kalenderjahr steht unmittelbar dem Lande zu, in dem der Steuerpflichtige mit Ablauf des 10. Oktober dieses Jahres seinen Wohnsitz oder den Ort der Leitung hat. § 19 Abs. 1 und 2 sowie § 20 der Abgabenordnung gelten sinngemäß.

(2) Wird eine Steuerfestsetzung aufgehoben, geändert oder wegen einer offenbaren Unrichtigkeit berichtigt, so steht ein zusätzlicher Zahlungsanspruch, der sich aus der Aufhebung, Änderung oder Berichtigung ergibt, abweichend von Absatz 1 dem Lande zu, dessen Finanzamt die Aufhebung, Änderung oder Berichtigung vorgenommen hat. Entsprechendes gilt für eine Erstattungsverpflichtung.

(3) Die Vorschriften der Abgabenordnung über die örtliche Zuständigkeit für die Besteuerung bleiben unberührt. Ist ein Steuerbetrag einem Lande zugeflossen, dem der Steueranspruch nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht zusteht, so ist er an das steuerberechtigte Land zu überweisen; entsprechend ist bei Erstattungen zu verfahren. Die Überweisung unterbleibt, wenn der für ein Kalenderjahr zu überweisende Betrag 50 000 Deutsche Mark nicht übersteigt oder soweit der zu überweisende Betrag nach den §§ 2 bis 6 zerlegt worden ist.

(4) Die Vorschriften über die Zerlegung der Körperschaftsteuer (§§ 2 bis 6) und über die Zerlegung der Lohnsteuer (§ 7) bleiben unberührt.

Abschnitt 2
Zerlegung der Körperschaftsteuer

§ 2
Grundlagen der Zerlegung der Körperschaftsteuer

(1) Bei Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen im Sinne der §§ 1 und 2 Nr. 1 des Körperschaftsteuergesetzes (Körperschaften), die im Veranlagungszeitraum im Geltungsbereich dieses Gesetzes außerhalb des nach § 1 Abs. 1 steuerberechtigten Landes eine Betriebsstätte oder mehrere Betriebsstätten oder Teile von Betriebsstätten unterhalten haben, ist die auf die Einkünfte aus Gewerbebetrieb entfallende nach Abzug anzurechnender Steuerabzugsbeträge und anzurechnender Körperschaftsteuer verbleibende Körperschaftsteuer durch das für die Veranlagung zuständige Finanzamt (Erhebungsfinanzamt) auf die beteiligten Länder zu zerlegen, wenn sie mindestens einen absoluten Betrag von drei Millionen Deutsche Mark erreicht. Dabei sind die Vorschriften der §§ 28 bis 31 und des § 33 des Gewerbesteuergesetzes entsprechend anzuwenden. Die Zerlegungsmaßstäbe sind als Vomhundertsätze, die auf drei Stellen hinter dem Komma zu runden sind, zu berechnen.

(2) Sind in dem veranlagten Einkommen außer den Einkünften aus Gewerbebetrieb auch andere Einkünfte enthalten, so ist die auf die Einkünfte aus Gewerbebetrieb entfallende Körperschaftsteuer im Sinne des Absatzes 1 der Teilbetrag, der dem Verhältnis der Einkünfte aus Gewerbebetrieb zum Gesamtbetrag der Einkünfte entspricht.

(3) In den Fällen der §§ 14, 17 und 18 des Körperschaftsteuergesetzes gelten Organgesellschaften und deren Betriebsstätten als Betriebsstätten des Organträgers.

(4) Ist die Körperschaft Gesellschafterin einer Personengesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes, so gelten die Personengesellschaft und deren Betriebsstätten anteilig als Betriebsstätten der Körperschaft.

§ 3
Zerlegung der verbleibenden Körperschaftsteuer

(1) Das Erhebungsfinanzamt zerlegt die verbleibende Körperschaftsteuer auf die beteiligten Länder, sobald die erste Steuerfestsetzung für den Veranlagungszeitraum durchgeführt worden ist, und setzt die Zerlegungsanteile der einzelnen Länder fest.

(2) Die Zerlegung der verbleibenden Körperschaftsteuer ist aufzuheben oder zu ändern, soweit die zugrundeliegende Steuerfestsetzung aufgehoben, geändert oder wegen einer offenbaren Unrichtigkeit berichtigt wird und die Änderung der verbleibenden Körperschaftsteuer bezogen auf die bei der letzten Zerlegung der Körperschaftsteuer zugrunde gelegte

verbleibende Körperschaftsteuer mindestens eine Million Deutsche Mark beträgt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn die Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen oder von Körperschaftsteuer geändert, zurückgenommen, widerrufen oder wegen einer offenbaren Unrichtigkeit berichtigt wird.

(3) Ergibt sich bei der ersten Steuerfestsetzung oder nach einer Aufhebung, Änderung oder Berichtigung des Steuerbescheids wegen einer offenbaren Unrichtigkeit oder nach einer Änderung, einer Rücknahme, einem Widerruf oder einer Berichtigung der Anrechnung von Steuerbeträgen wegen einer offenbaren Unrichtigkeit, daß die Voraussetzungen für die Zerlegung der Körperschaftsteuer gemäß § 2 Abs. 1 nicht vorliegen oder weggefallen sind, so ist die Zerlegung der Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen oder der verbleibenden Körperschaftsteuer aufzuheben.

(4) Liegen nach einer Aufhebung, Änderung oder Berichtigung des Steuerbescheids wegen einer offenbaren Unrichtigkeit oder nach einer Änderung, einer Rücknahme, einem Widerruf oder einer Berichtigung der Anrechnung von Steuerbeträgen wegen einer offenbaren Unrichtigkeit die Voraussetzungen für die Zerlegung der Körperschaftsteuer erstmals vor, ist Absatz 1 sinngemäß anzuwenden.

(5) Stellt sich nachträglich heraus, daß ein Land bei der Zerlegung nicht oder mit einem unzutreffenden Zerlegungsmaßstab berücksichtigt worden ist, oder ist bei der Zerlegung der verbleibenden Körperschaftsteuer ein Fehler unterlaufen, so ist die Zerlegung der verbleibenden Körperschaftsteuer zu ändern.

§ 4

Zerlegung der Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen

(1) Sofern die Voraussetzungen für eine Zerlegung der Körperschaftsteuer vorliegen, zerlegt das Erhebungsfinanzamt die im Kalendervierteljahr eingehenden Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen auf die beteiligten Länder und teilt die jeweiligen Zerlegungsanteile dem beauftragten Finanzamt seines Landes mit.

(2) Zerlegungsmaßstab ist grundsätzlich das Verhältnis der Zerlegungsanteile, die in dem letzten Zerlegungsbescheid festgesetzt worden sind. Liegt ein Zerlegungsbescheid noch nicht vor, so sind die Zerlegungsanteile auf Grund der letzten Zerlegungserklärung oder auf Grund einer für diese Zwecke anzufordernden Zerlegungserklärung zu berechnen. Sollte das nach den vorstehenden Grundsätzen ermittelte Verhältnis der Zerlegungsanteile offensichtlich zu einem unzutreffenden Ergebnis führen, ist ein geeigneterer Zerlegungsmaßstab zu wählen.

(3) Ist eine Körperschaftsteuer-Vorauszahlung erstattet worden, so ist der Erstattungsbetrag mit den in demselben Kalendervierteljahr eingegangenen Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen für denselben Veranlagungszeitraum zu verrechnen. Der sich als Saldo ergebende Betrag ist nach den vorstehenden Grundsätzen zu zerlegen.

§ 5

Abrechnung der Zerlegung

(1) Das Erhebungsfinanzamt rechnet mit Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem die verbleibende Körperschaftsteuer abzüglich etwaiger niedergeschlagener oder erlassener Beträge getilgt oder erstattet worden ist, die Zerlegungsanteile ab. Der Zahlungs- oder Erstattungsanspruch gegenüber den anderen Ländern ergibt sich aus dem Unterschied zwischen dem jeweiligen Zerlegungsanteil und den Zahlungen oder Erstattungen auf Grund der Zerlegung der Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen. Etwaige erlassene oder niedergeschlagene Beträge sind im Verhältnis der Zerlegungsanteile wie Vorauszahlungen abzurechnen.

(2) Auf Teilzahlungen auf die verbleibende Körperschaftsteuer findet § 4 entsprechend Anwendung, sobald die Zahlungen mindestens eine Million Deutsche Mark betragen. Die Teilzahlungen werden bei der Abrechnung gemäß Absatz 1 wie Vorauszahlungen berücksichtigt.

(3) In den Fällen, in denen die Zerlegung aufgehoben oder geändert wird, gilt Absatz 1 entsprechend.

§ 6

Verfahrensrechtliche Vorschriften

(1) Die oberste Finanzbehörde des Landes beauftragt ein Finanzamt mit der Wahrnehmung der Rechte des Landes an der Zerlegung (beauftragtes Finanzamt).

(2) Die Zerlegung der Körperschaftsteuer wird im Rahmen eines Clearingverfahrens über die beauftragten Finanzämter abgewickelt.

(3) Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, gelten für das Verfahren bei der Zerlegung der Körperschaftsteuer sinngemäß die §§ 185 bis 188 der Abgabenordnung mit der Maßgabe, daß die Körperschaft am Zerlegungsverfahren nicht beteiligt ist und die Vorschriften der Abgabenordnung über das außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren nicht anzuwenden sind.

(4) Bestehen zwischen den beteiligten Finanzämtern Meinungsverschiedenheiten über die Zerlegung und kann eine Einigung nicht erzielt werden, so wird auf Vorlage des Erhebungsfinanzamtes oder auf Antrag der obersten Finanzbehörde des anderen Landes die oberste Finanzbehörde des Landes des Erhebungsfinanzamtes mit der Angelegenheit befaßt. Können sich die obersten Finanzbehörden der an der Zerlegung beteiligten Länder nicht einigen, entscheidet die oberste Finanzbehörde des Landes des Erhebungsfinanzamtes durch Zerlegungsbescheid. Dieser tritt an die Stelle des bisherigen Zerlegungsbescheids. Der Zerlegungsbescheid der obersten Finanzbehörde ist an die anderen beteiligten obersten Finanzbehörden zu richten.

(5) Rechte an der Zerlegung der Körperschaftsteuer verjähren zehn Jahre nach Bestandskraft des letzten für den Veranlagungszeitraum erteilten Steuerbescheids.

(6) Rechte auf Abrechnung und aus der Abrechnung nach § 4 Abs. 1 verjähren fünf Jahre nach der letzten Zahlung oder Erstattung auf die verbleibende Körperschaftsteuer.

(7) Körperschaften im Sinne des § 2 Abs. 1 haben für jeden Veranlagungszeitraum eine Erklärung zur Zerlegung der Körperschaftsteuer nach amtlich vorgeschriebenem Muster (Zerlegungserklärung) abzugeben. Zur Abgabe einer Zerlegungserklärung ist eine Körperschaft auch dann verpflichtet, wenn sie hierzu vom zuständigen Finanzamt aufgefordert wird. Die Erklärung ist von den in § 34 der Abgabenordnung bezeichneten Personen eigenhändig zu unterschreiben.

Abschnitt 3
Zerlegung der Lohnsteuer

§ 7
Zerlegung der Lohnsteuer

(1) Die von einem Land vereinnahmte Lohnsteuer wird insoweit zerlegt, als sie von den Bezügen der in den anderen Ländern ansässigen unbeschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmer insgesamt einbehalten worden ist. Die Zerlegungsanteile der einzelnen Länder bemessen sich nach Hundertsätzen der vereinnahmten Lohnsteuer. Die Hundertsätze sind nach den Verhältnissen im Feststellungszeitraum festzusetzen. Feststellungszeitraum ist jeweils das Kalenderjahr, für das nach dem Gesetz über Steuerstatistiken eine Lohnsteuerstatistik durchgeführt wird.

(2) Der Festsetzung der Hundertsätze sind die Verhältnisse zugrunde zu legen, die sich aus den Eintragungen auf den Lohnsteuerkarten ergeben. Dabei gilt ein Arbeitnehmer, der für den Feststellungszeitraum zur Einkommensteuer zu veranlagen ist, als in dem Land ansässig, in dem das für die Einkommensteuerveranlagung örtlich zuständige Finanzamt belegen ist (Wohnsitzland); in den übrigen Fällen gilt als Wohnsitzland das Land, in dem die Lohnsteuerkarte des Arbeitnehmers ausgestellt worden ist. Die nach den Eintragungen der Arbeitgeber auf der Lohnsteuerkarte einbehaltene Lohnsteuer gilt als von dem Land vereinnahmt, zu dem das Finanzamt gehört, an das die Lohnsteuer nach der letzten Eintragung abgeführt worden ist (Einnahmeland).

(3) Für die Ermittlung der Verhältnisse im Feststellungszeitraum sind die Lohnsteuerkarten für den Feststellungszeitraum oder die bei Durchführung der maschinellen Veranlagung zur Einkommensteuer auf den Feststellungszeitraum erstellten maschinell verwertbaren Datenträger, auf denen die in Absatz 2 genannten Eintragungen auf den Lohnsteuerkarten gespeichert sind, an das Statistische Landesamt des Wohnsitzlandes zu leiten. Das Statistische Landesamt des Wohnsitzlandes hat anhand der ihm zugeleiteten Lohnsteuerkarten und maschinellen Datenträger die Lohnsteuer, die nicht vom Wohnsitzland vereinnahmt worden ist, zu ermitteln, die hiervon auf die einzelnen Einnahmeländer entfallenden Beträge festzustellen und diese bis zum 30. Juni des dritten Kalenderjahres, das dem Feststellungszeitraum folgt, den obersten Finanzbehörden der Einnahmeländer mitzuteilen. Die auf den Lohnsteuerkarten eingetragenen Pfennigbeträge der Lohnsteuer sind nicht zu berücksichtigen.

(4) Die obersten Finanzbehörden der Einnahmeländer stellen nach den von den Statistischen Landesämtern der Wohnsitzländer mitgeteilten Beträgen fest, in welchem Verhältnis – ausgedrückt in Hundertsätzen – jeder der Beträge zu der im Feststellungszeitraum von ihnen insgesamt vereinnahmten Lohnsteuer steht. Die Hundertsätze sind auf drei Stellen hinter dem Komma zu runden und den obersten Finanzbehörden der anderen Länder sowie dem Bundesministerium der Finanzen bis zum 15. August des dritten Kalenderjahres, das dem Feststellungszeitraum folgt, mitzuteilen.

(5) Die Hundertsätze gelten für die Zerlegung der Lohnsteuer im dritten, vierten und fünften Kalenderjahr, die dem Feststellungszeitraum folgen.

(6) Auf Grund der nach Absatz 4 festgestellten Hundertsätze haben die obersten Finanzbehörden der Einnahmeländer

1. für jedes Kalendervierteljahr der Kalenderjahre, für die die Hundertsätze gelten (Absatz 5), die Zerlegungsanteile der Wohnsitzländer an der von ihnen in diesem Kalendervierteljahr vereinnahmten Lohnsteuer zu ermitteln,
2. für die folgenden Kalendervierteljahre Vorauszahlungen auf die Zerlegungsanteile der Wohnsitzländer an der von ihnen in diesem Kalendervierteljahr vereinnahmten Lohnsteuer zu ermitteln; bis die für diese Zeiträume maßgebenden Hundertsätze mitgeteilt worden sind.

(7) Die Zerlegungsanteile und die Vorauszahlungen auf Zerlegungsanteile sind mit Ablauf der jeweiligen Kalendervierteljahre gegenüber den obersten Finanzbehörden der Wohnsitzländer abzurechnen. Vorauszahlungen auf Zerlegungsanteile sind auf die jeweiligen Zerlegungsanteile anzurechnen. Die Abrechnung und Zahlung erfolgt in einem Clearingverfahren.

(8) Die Vorschriften der §§ 185 bis 189 der Abgabenordnung sind auf das Verfahren bei der Zerlegung der Lohnsteuer nicht anzuwenden.

Abschnitt 4
Zerlegung des Zinsabschlags

§ 8
Zerlegung des Zinsabschlags

(1) Der Länder- und Gemeindeanteil am Aufkommen des Zinsabschlags wird wie folgt zerlegt:

1. Auf die nicht in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Länder und Gebiete entfallen:

   a) im Jahr 1996 = 92 vom Hundert,

   b) im Jahr 1997 = 91 vom Hundert

   (Westanteil), auf die in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Länder und Gebiete,

   c) im Jahr 1996 = 8 vom Hundert,

   d) im Jahr 1997 = 9 vom Hundert

   (Ostanteil).

2. Der Westanteil wird auf die einzelnen Länder wie folgt verteilt:

   a) zu 70 vom Hundert entsprechend der Verteilung der Einkünfte aus Kapitalvermögen nach dem Ergebnis der letzten vorliegenden Einkommensteuer-Statistik. Eine neue Statistik ist erstmals in dem auf ihre Veröffentlichung folgenden Kalenderjahr maßgebend;

   b) zu 20 vom Hundert entsprechend der Verteilung des vorjährigen Körperschaftsteueraufkommens nach Zerlegung;

   c) zu 10 vom Hundert entsprechend der Verteilung des vorjährigen Aufkommens der veranlagten Einkommensteuer.

3. Für die Verteilung des Ostanteils auf die einzelnen Länder ist die vom Statistischen Bundesamt zum 30. Juni des Vorjahres festgestellte Einwohnerzahl maßgebend.

4. Ab dem Jahr 1998 wird der Länder- und Gemeindeanteil am Aufkommen aller Länder wie folgt verteilt:

   a) zu 70 vom Hundert entsprechend der Verteilung der Einkünfte aus Kapitalvermögen nach dem Ergebnis der letzten vorliegenden Einkommensteuer-Statistik. Eine neue Statistik ist erstmals in dem auf ihre Veröffentlichung folgenden Kalenderjahr maßgebend;

   b) zu 20 vom Hundert entsprechend der Verteilung des vorjährigen Körperschaftsteueraufkommens nach Zerlegung;

   c) zu 10 vom Hundert entsprechend der Verteilung des vorjährigen Aufkommens der veranlagten Einkommensteuer.

(2) Die obersten Finanzbehörden der Länder haben für jedes Kalendervierteljahr ihr Aufkommen an Zinsabschlag rechtzeitig dem Bundesminister der Finanzen mitzuteilen. Dieser stellt die Anteile der einzelnen Länder am Zinsabschlag nach Absatz 1 fest. Die Abrechnung erfolgt im Rahmen eines Clearingverfahrens.

Abschnitt 5
Gemeinsame Vorschriften

§ 9
Zahlungen im Clearingverfahren

Die sich im Rahmen der Clearingverfahren ergebenden Zahlungen sind von den zahlungspflichtigen Ländern bis zum Ende des auf das jeweilige Kalendervierteljahr folgenden Monats an die obersten Finanzbehörden der empfangsberechtigten Länder zu überweisen.

§ 10
Erlöschen der Ansprüche

(1) Die Ansprüche nach den §§ 1 und 8 erlöschen, wenn sie nicht bis zum Ablauf des dritten auf die Vereinnahmung der Steuer folgenden Kalenderjahres geltend gemacht werden.

(2) Die Ansprüche nach § 7 erlöschen, wenn sie nicht bis zum Ablauf des vierten auf die Vereinnahmung der Steuer folgenden Kalenderjahres geltend gemacht werden.

§ 11
Rechtsweg

Für die Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten auf Grund dieses Gesetzes ist der Finanzrechtsweg gegeben.

§ 12
Anwendung

(1) Die Regelung zur unmittelbaren Steuerberechtigung nach dem ersten Abschnitt dieses Gesetzes gilt erstmals für den Veranlagungszeitraum 1996. Die unmittelbare Steuerberechtigung für Veranlagungszeiträume vor 1996 richtet sich nach dem Gesetz über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1971 (BGBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 9. November 1992 (BGBl. I S. 1853).

(2) Die Zerlegung der Körperschaftsteuer nach dem zweiten Abschnitt dieses Gesetzes ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1996 durchzuführen. Die Zerlegung der Körperschaftsteuer für die Veranlagungszeiträume vor 1996 richtet sich nach dem Gesetz über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1971 (BGBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 9. November 1992 (BGBl. I S. 1853).

(3) Die Zerlegung der Lohnsteuer nach dem dritten Abschnitt dieses Gesetzes ist erstmals für das Kalenderjahr 1995 nach den Verhältnissen im Kalenderjahr 1992 durchzuführen. Die Zerlegung der Lohnsteuer für die Kalenderjahre vor 1995 richtet sich nach dem Gesetz über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1971 (BGBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 9. November 1992 (BGBl. I S. 1853), mit der Maßgabe, daß die sich nach den Verhältnissen im Feststellungszeitraum 1992 ergebenden Zerlegungsanteile für die Kalenderjahre 1991 bis 1994 bis zum 30. September 1995 zu überweisen sind.

(4) Die Zerlegung des Zinsabschlags nach dem vierten Abschnitt dieses Gesetzes ist erstmals für das Kalenderjahr 1996 durchzuführen. Die Zerlegung des Zinsabschlags für die Kalenderjahre vor 1996 richtet sich nach dem Gesetz über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1971 (BGBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 9. November 1992 (BGBl. I S. 1853).

(5) Die Anwendungsvorschriften des fünften Abschnitts sind in den Fällen anzuwenden, in denen

sich die unmittelbare Steuerberechtigung, die Zerlegung der Körperschaftsteuer, der Lohnsteuer und des Zinsabschlags nach Maßgabe dieses Gesetzes richten."

Begründung

I. Allgemeiner Teil

Ziel der vorstehenden Neufassung des Zerlegungsgesetzes ist es, das bisherige Gesetz über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz), das im wesentlichen aus dem Jahre 1951 stammt, zu reformieren, zu vereinfachen und an die Terminologie der Abgabenordnung 1977 anzupassen. Die technische Abwicklung wird im neuen Zerlegungsgesetz so normiert, wie sie tatsächlich seit Jahren erfolgt.

Die Änderung ist insbesondere auch deshalb erforderlich, weil die auf die Höhe des Gewinns aus Gewerbebetrieb und des Einkommens bezogene Bagatellgrenze des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) bei der Körperschaftsteuer-Zerlegung in der vor dem Veranlagungszeitraum 1996 geltenden Fassung seit Einführung des Körperschaftsteuer-Anrechnungsverfahrens ab dem Veranlagungszeitraum 1977 nicht mehr systemgerecht ist und in bestimmten Fällen zu sachfremden und zufälligen Ergebnissen führt.

II. Besonderer Teil

Zum ersten Abschnitt:
Unmittelbare Steuerberechtigung (§ 1 ZerlG)

§ 1 ZerlG übernimmt im wesentlichen den bisherigen § 1 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz). Es ergeben sich folgende Änderungen:

1. In § 1 Abs. 1 ZerlG wird nunmehr klargestellt, daß der für die unmittelbare Steuerberechtigung maßgebende Zeitpunkt der Ablauf des 10. Oktober des Jahres ist. Dies entspricht der bisherigen Verwaltungspraxis.

2. Die Änderungen in § 1 Abs. 2 ZerlG dienen der Anpassung der Vorschrift an die Terminologie der Abgabenordnung 1977.

3. In § 1 Abs. 3 ZerlG wird klargestellt, daß in den Fällen der Zerlegung der Körperschaftsteuer nach den §§ 2 bis 6 ZerlG eine Überweisung nicht mehr erforderlich ist, weil im Rahmen der Zerlegung der Körperschaftsteuer das Steueraufkommen zutreffend nach den Zerlegungskriterien verteilt wird. Dies entspricht der bisherigen Verwaltungspraxis.

4. Die Änderung in § 1 Abs. 4 ZerlG ist redaktioneller Art.

Zum zweiten Abschnitt:
Zerlegung der Körperschaftsteuer (§§ 2 bis 6 ZerlG)

Allgemeine Vorbemerkung

1. Nach Artikel 104a Abs. 1 GG haben Bund und Länder (Gemeinden) die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben, grundsätzlich selbst zu tragen. Die dafür notwendige Finanzausstattung wird ihnen verfassungsrechtlich garantiert (Artikel 106, 107 GG). Das Grundgesetz regelt die Verteilung der Steuern in mehreren Stufen (Finanzausgleich):

   a) Die Verteilung der Steuern auf Bund und Länder (Gemeinden) – vertikale Steuerertragsaufteilung – richtet sich nach der Art der Steuern. Ihr Aufkommen wird entweder dem Bund (Artikel 106 Abs. 1 GG) oder den Ländern (Artikel 106 Abs. 2 GG) zugewiesen. Die ertragreichsten Steuern – Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer – sind als Gemeinschaftssteuern ausgestaltet. Dabei sind Bund und Länder am Aufkommen der Körperschaftsteuer je zur Hälfte beteiligt (Artikel 106 Abs. 3 Satz 2 GG).

   b) Auf der Grundlage dieser Aufteilung regelt Artikel 107 Abs. 1 Satz 1 GG wie der Anteil der Ländergesamtheit auf die einzelnen Länder verteilt wird (horizontale Steuerertragsaufteilung). Maßgebliches Kriterium ist das örtliche Aufkommen. Der Länderanteil an der Körperschaftsteuer steht den einzelnen Ländern insoweit zu, als die Körperschaftsteuer in ihrem Gebiet vereinnahmt worden ist (Artikel 107 Abs. 1 Satz 1 GG). Das auf der Grundlage des Artikels 107 Abs. 1 Satz 2 GG ergangene Gesetz über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) enthält in § 1 nähere Regelungen zur Abgrenzung des örtlichen Aufkommens: Der Anspruch auf die Körperschaftsteuer für ein Kalenderjahr steht unmittelbar dem Lande zu, in dem der Steuerpflichtige am 10. Oktober dieses Jahres den Ort der Leitung hat; § 20 AO gilt sinngemäß. Damit deckt sich die unmittelbare Steuerberechtigung mit der Zuständigkeit für das Besteuerungsverfahren in der Weise, daß das zuständige Finanzamt die Körperschaftsteuerzahlungen hinsichtlich des Länderanteils regelmäßig für das eigene, unmittelbar steuerberechtigte Land vereinnahmt.

   c) Der Länderanteil erfährt allerdings durch das Zerlegungsgebot des Artikels 107 Abs. 1 Satz 2 GG eine Korrektur in Richtung auf die wirkliche Steuerkraft. Die Vorschrift verpflichtet den Gesetzgeber, die Körperschaftsteuer so zu zerlegen, daß vereinnahmungsbedingte Verzerrungen, die einer Verteilung des Steueraufkommens nach der wirklichen Steuerkraft entgegenwirken, in relevanter Weise vermindert werden (BVerfGE 72, 330). Nach welchen Kriterien die Erträge der Körperschaftsteuer zur wirklichen Steuerkraft eines Landes gehören, sagt die Verfassung nicht. Die Steuerverteilung nach der wirklichen Steuerkraft liegt der horizonta-

len Steuerverteilung zwar als gerechtigkeitsbezogene Leitidee zugrunde, sie ist aber vom Grundgesetz nicht näher bestimmt oder definiert (BVerfGE 72, 331). Die wirkliche Steuerkraft kann – wie das BVerfG mit Blick auf die Einkommensteuer (Lohnsteuer) ausführt – in dem Sinne verstanden werden, daß die Steuerkraft dort entsteht, wo die steuerzahlenden Bürger wohnen; sie kann aber auch dahin verstanden werden, daß für sie der Ort der wirtschaftlichen Wertschöpfung maßgebend ist. Wird der Staat primär als Gebietskörperschaft gesehen, erscheint als eigener Steuerertrag dasjenige Aufkommen, welches in seinem Gebiet erwirtschaftet wird, ohne Rücksicht darauf durch welche Personen dies geschieht. Wird er hingegen primär als Personenverband gesehen, erscheint als eigener Steuerertrag dasjenige Aufkommen, das durch seine (grundsätzlich nach Wohnsitz und Zugehörigkeit bestimmten) Mitglieder, d. h. die Bürger, erwirtschaftet wird, unabhängig davon, ob dies innerhalb oder außerhalb des Hoheitsgebiets geschieht. Der Gesetzgeber bewegt sich daher im Rahmen seines Handlungsspielraums, wenn er – ohne den anderen ganz zu vernachlässigen – auf einen der beiden Anknüpfungspunkte das stärkere Gewicht legt (BVerfGE 72, 392).

d) Das BVerfG hat die Zerlegung der Körperschaftsteuer nach dem Betriebsstättenprinzip, wie sie in § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) vorgeschrieben ist, als sachgerecht angesehen. Das Gericht geht davon aus, daß die Lohnsteuer als personenbezogene Steuer grundsätzlich nach dem Wohnsitzprinzip, die Körperschaftsteuer als wertschöpfungs- und produktionsbezogene Steuer grundsätzlich nach dem Ort der Wertschöpfung bzw. der Produktion zu zerlegen ist. Indem der Gesetzgeber die Zerlegung der Körperschaftsteuer – als „Einkommensteuer" der juristischen Personen – nach dem Betriebsstättenprinzip vorschreibt, kommt er seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtung nach, bei der Zerlegung den Gesichtspunkt der örtlichen Wertschöpfung angemessen zu berücksichtigen. Bei einer Körperschaft mit mehreren Betriebsstätten bleibt die Körperschaftsteuer – wie auch die Gewerbesteuer – infolge der Zerlegung dort, wo sie „erwirtschaftet" worden ist (BVerfGE 72, 330, 407).

e) Aus diesen Ausführungen wird deutlich, daß nach dem Verständnis des BVerfG Artikel 107 Abs. 1 Satz 2 GG nur Art und Umfang der Zerlegung der Körperschaftsteuer, nicht aber das Zerlegungsgebot als solches zur Disposition des einfachen Gesetzgebers stellt. Es muß – zwingend – eine Zerlegung der Körperschaftsteuer durchgeführt werden. Diese muß darauf abzielen, erhebungstechnisch bedingte Differenzen zwischen der örtlichen Vereinnahmung der Körperschaftsteuer und der tatsächlich vorhandenen Wirtschaftskraft abzubauen. Mit einer solchen Korrektur werden nach der Auffassung des BVerfG zugleich in einem gewissen Umfang die Bedenken der finanzschwachen Länder gegen das Verteilungsprinzip der örtlichen Vereinnahmung berücksichtigt (BVerfGE 72, 330, 394).

2. Die Zerlegung der Körperschaftsteuer ist nach den §§ 2 bis 4 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) bisher wie folgt ausgestaltet:

   a) Gegenstand der Zerlegung nach dem Betriebsstättenprinzip ist die auf die Einkünfte aus Gewerbebetrieb entfallende nach Abzug anzurechnender Steuerabzugsbeträge und anzurechnender Körperschaftsteuer verbleibende Körperschaftsteuer (§ 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer [Zerlegungsgesetz]). Sie wird auch dann zerlegt, wenn die Anrechnungsbeträge höher sind als die Steuerschuld (negative Körperschaftsteuer), der Körperschaft also ein Erstattungsanspruch zusteht.

   b) Zerlegung nach dem Betriebsstättenprinzip bedeutet, daß die Körperschaftsteuer des Unternehmens anteilig den Ländern zusteht, in denen sich Betriebsstätten des Unternehmens befinden. Minderungen und Erhöhungen der Körperschaftsteuer einschließlich aller Verzerrungen beeinflussen anteilig die Zerlegungsanteile aller Länder. Der Zerlegungsmaßstab richtet sich nach den §§ 29 bis 31 und nach § 33 GewStG. In der Regel sind die Arbeitslöhne der in den einzelnen Betriebsstätten beschäftigten Arbeitnehmer maßgebend (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 GewStG). Im Falle der körperschaftsteuerlichen Organschaft gelten Organgesellschaften und deren Betriebsstätten als Betriebsstätten des Organträgers (§ 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer [Zerlegungsgesetz]). Ist eine Körperschaft an einer Personengesellschaft beteiligt, so gelten die Personengesellschaft und ihre Betriebsstätten anteilig als Betriebsstätten der Körperschaft (§ 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer [Zerlegungsgesetz]).

   c) Um Bagatellfälle auszuschalten, wird die Körperschaftsteuer nur zerlegt, wenn das steuerliche Einkommen der Körperschaft mindestens 3 Mio. DM beträgt und darin mindestens 3 Mio. DM Einkünfte aus Gewerbebetrieb enthalten sind (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer [Zerlegungsgesetz]). Ferner muß der auf ein Betriebsstättenland entfallende Körperschaftsteueranteil mindestens 100 000 DM betragen. Unter 100 000 DM liegende Anteile werden dem Land zugerechnet, in dem sich die Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

3. Durch die Körperschaftsteuerreform zum 1. Januar 1977 ist das Körperschaftsteuersystem in Teilbereichen umgestaltet worden. Ziel der Reform war es, die steuerliche Doppelbelastung der von Kapitalgesellschaften an ihre inländischen, unbeschränkt steuerpflichtigen Anteilseigner ausgeschütteten Gewinne zu beseitigen. Bei dem damals eingeführten System der Vollanrechnung wird das Einkommen der Kapitalgesellschaften wie bisher der Körperschaftsteuer unterworfen. Schüttet die Kapitalgesellschaft Gewinn aus, so wird dieser zusätzlich bei den Anteilseignern zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer herangezogen. Jedoch wird die Körperschaftsteuer, die auf dem ausgeschütteten Gewinn lastet, auf die Steuerschuld des Anteilseigners angerechnet. Dadurch wird erreicht, daß wirtschaftlich im Ergebnis nur noch der nicht ausgeschüttete (thesaurierte) Gewinn der Kapitalgesellschaften mit Körperschaftsteuer belastet ist.

   Gesetzestechnisch vollzieht sich die Erstattung der Körperschaftsteuer in zwei Schritten. Die bei der Gesellschaft erhobene Tarifbelastung von 45 v. H. des Einkommens wird erstattet

   - in Höhe von $^{15}/_{45}$ an die ausschüttende Körperschaft (sog. Körperschaftsteuerminderung),
   - in Höhe der verbleibenden $^{30}/_{45}$ durch Anrechnung (Vergütung) an die Ausschüttungsempfänger.

   Wird Einkommen ausgeschüttet, das keiner Tarifbelastung unterlegen hat (steuerfreies Einkommen), wird bei bestimmten Einkommensteilen (vgl. § 27 Abs. 1, § 40 KStG) zur Herstellung der Ausschüttungsbelastung eine Körperschaftsteuer von $^{3}/_{7}$ der Ausschüttung erhoben (sogenannte Körperschaftsteuererhöhung). Damit wird insoweit sichergestellt, daß bei den Anteilseignern $^{3}/_{7}$ der Ausschüttung angerechnet werden können. Die Körperschaftsteuer erhält durch die Anrechnung in ihrer wirtschaftlichen Wirkung den Charakter einer Quellensteuer auf die Kapitaleinkünfte des Anteilseigners. Dadurch gewinnen folgende Faktoren Einfluß auf das Körperschaftsteueraufkommen:

   a) Anrechnungsanspruch des Anteilseigners

      Verluste des Anteilseigners können dazu führen, daß die in dem Sitzland der Kapitalgesellschaft erhobene und ggf. zu zerlegende Körperschaftsteuer in dem Wohnsitzland des Anteilseigners anzurechnen und zu erstatten ist.

      Beispiel: An der X-AG im Bundesland A ist zu 100 v. H. der im Bundesland A ansässige Gesellschafter Y beteiligt. Die X-AG hat neben dem Hauptsitz in A noch Niederlassungen in den Ländern C und D. Die Lohnsumme ist in den betroffenen Ländern gleich hoch. Die X-AG schüttet den gesamten Gewinn des Jahres 01 von 100 nach Abzug der Körperschaftsteuer an Y aus. Y hat durch sein Engagement im sozialen Wohnungsbau Verluste aus Vermietungstätigkeit, die höher als die Dividendenausschüttungen sind.

      Ergebnis: Die anfallende Körperschaftsteuer von 30 wird im Wege der Zerlegung zu je $^{1}/_{3}$ (10) auf A, C und D verteilt.

      Bei der Einkommensbesteuerung des Y im Land A entsteht durch die Verluste aus Vermietung und Verpachtung keine festzusetzende Einkommensteuer. A hat aber die gesamte auf die Ausschüttung von 70 ($^{3}/_{7}$ von 70) zu erstatten, obwohl dem Land die erhobene Körperschaftsteuer wegen der Zerlegung nur zu einem Drittel (10) verblieben ist.

Es handelt sich hierbei letztlich nicht um ein Problem der Körperschaftsteuerzerlegung. Dies wird deutlich, wenn man das Beispiel dahin abwandelt, daß einerseits die Körperschaftsteuer nicht zu zerlegen ist, andererseits der Gesellschafter Y im Bundesland B wohnt. In diesem Fall ist das Ergebnis noch krasser. Das Land A vereinnahmt die gesamte Körperschaftsteuer von 30 zuzüglich Kapitalertragsteuer (25 v. H. von 70 = 17,50), das Land B muß insgesamt 47,50 anrechnen. Das Beispiel zeigt, daß eine Lösung des Problems nur außerhalb der Zerlegung der Körperschaftsteuer im Rahmen der unmittelbaren Steuerberechtigung gefunden werden könnte. Um jedwede Verwerfung durch die anrechenbaren Steuern zu vermeiden, müßten prinzipiell alle anrechenbaren Steuern zunächst den Ländern zugewiesen werden, die im Rahmen der Veranlagung – sei es eine Einkommen- oder Körperschaftsteuerveranlagung – diese Steuern anrechnen. Hierfür gibt es kein praktikables und technisch umsetzbares Modell. Es ist deshalb geprüft worden, ob in Extremfällen, wenn z. B. im Rahmen der Veranlagung des Anteilseigners anrechenbare Steuern (Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer) von mehr als 50 Mio. DM zu berücksichtigen sind, die Anrechnungsbeträge vorab dem Land zugewiesen werden könnten, das die Anrechnung durchführt. Im Zerlegungsverfahren würde die vorab dem erstattungsverpflichteten Land zugewiesene Körperschaftsteuer zu Lasten aller an der Zerlegung beteiligten Länder zu berücksichtigen sein. Ein solches Verfahren wäre technisch nur durchführbar, wenn es sich auf Extremfälle beschränkt. Der Vorschlag ist aus systematischen Gründen abzulehnen. Zudem ist davon auszugehen, daß sich die Belastungen, die für die einzelnen Länder mit der Körperschaftsteueranrechnung verbunden sind, über einen längeren Zeitraum gesehen ausgleichen. In dem oben angeführten Beispielfall führt die Gewinnausschüttung zur Tilgung eines sonst entstehenden Verlustabzugs. Dadurch wird Y früher als sonst wieder Einkommensteuer entrichten. Seine Steuerzahlungen fließen allein dem Land B zu.

Im übrigen ist zu bedenken, daß das Körperschaftsteuer-Anrechnungsverfahren nur in Teilbereichen Anwendung findet. Zwar erfaßt es sämtliche Kapitalgesellschaften (nicht erfaßt

werden Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, rechtsfähige und nichtrechtsfähige Vereine sowie Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts) und damit die für die Zerlegung wichtigsten Körperschaften. Jedoch können nur unbeschränkt steuerpflichtige Gesellschafter die Körperschaftsteuer anrechnen. Ausländische Anteilseigner, die öffentliche Hand sowie steuerbefreite Körperschaften (z. B. Berufsverbände, Pensions- und Unterstützungskassen, gemeinnützige Körperschaften) sind von der Körperschaftsteuer-Anrechnung ausgeschlossen. In ihren Händen liegen knapp 50 v. H. des Gesellschaftskapitals. Die verzerrende Wirkung der Körperschaftsteuer-Anrechnung auf die Steuerverteilung wird dadurch nicht unerheblich reduziert.

b) Zerlegung des Aufkommens von Konzernen

Ist die Muttergesellschaft mit ihren Tochtergesellschaften nicht durch Organschaft mit Ergebnisabführung verbunden, müssen die Tochtergesellschaften die Körperschaftsteuer an das für sie zuständige Betriebsfinanzamt entrichten. Das Prinzip des örtlichen Aufkommens ist dadurch gewahrt. Unterhält die Tochtergesellschaft mehrere eigene Betriebsstätten, wird die Steuer bei Vorliegen der Voraussetzungen im übrigen auf diese zerlegt. Dadurch werden die erhebungstechnisch bedingten Differenzen zwischen der örtlichen Vereinnahmung der Steuer und der tatsächlich vorhandenen Wirtschaftskraft sachgerecht abgebaut. Für eine Zusammenrechnung des Konzernaufkommens und seine gemeinsame Zerlegung bleibt kein Raum.

Wegen der selbständigen Besteuerung der Tochtergesellschaften kann es durch das Anrechnungsverfahren bei Ausschüttungen zu den unter Buchstabe a geschilderten Verwerfungen kommen. Sie müssen aus den dort genannten Gründen hingenommen werden.

Die Probleme treten im Organkreis, wenn die Unternehmen ihren Gewinn abzuführen haben, nicht auf. Hier greift das Anrechnungsverfahren nicht, so daß es auch nicht zu diesbezüglichen Verwerfungen kommen kann.

c) Körperschaftsteuererhöhungen und -minderungen

Aufgrund der unterschiedlichen Steuerbelastung des thesaurierten und des ausgeschütteten Gewinns (45 v. H. bzw. 30 v. H.) kann das gleiche Einkommen ein unterschiedliches Zerlegungsvolumen zur Folge haben.

Beispiel: X-AG und Y-AG haben ein Einkommen von 100 Mio. DM. Die X-AG schüttet den gesamten Gewinn aus, die Y-AG stellt den gesamten Gewinn in Rücklagen ein.

Ergebnis: Das Zerlegungsvolumen der X-AG beträgt 30 Mio. DM.
Das Zerlegungsvolumen der Y-AG dagegen 45 Mio. DM.

Das Steueraufkommen und damit das Aufkommen der Zerlegung hängt somit in erheblichem Umfang vom Ausschüttungsverhalten der Körperschaft ab. Dennoch bleibt die Zerlegung auch hier geeignet, erhebungstechnisch bedingte Differenzen zwischen dem örtlichen Aufkommen und der tatsächlichen Wirtschaftskraft abzubauen.

4. Bei Einführung des Körperschaftsteuer-Anrechnungsverfahrens wurde an der Körperschaftsteuer als Einkommensteuer der juristischen Personen festgehalten. Das Zerlegungsgebot in Artikel 107 Abs. 1 Satz 2 GG ist deshalb durch die Reform der Körperschaftsteuer zum 1. Januar 1977 nicht tangiert worden. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 24. Juni 1986 (BVerfGE 72, 330) nach Inkrafttreten der Reform ausdrücklich festgestellt, daß der Gesetzgeber verpflichtet ist, die Körperschaftsteuer so zu zerlegen, daß vereinnahmungsbedingte Verzerrungen, die einer Verteilung des Steueraufkommens nach der wirklichen Steuerkraft entgegenwirken, in relevanter Weise vermindert werden. Für eine Abschaffung der Zerlegung der Körperschaftsteuer bedürfte es danach einer Änderung des Grundgesetzes. Sie empfiehlt sich nicht, weil durch die Beibehaltung der Zerlegung die tatsächliche Steuerkraft nach wie vor besser berücksichtigt wird als durch ihre ersatzlose Abschaffung.

Der Gesetzgeber hätte allerdings bei Einführung des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens eine diesem Verfahren angemessene Bagatellgrenze für die Zerlegung der Körperschaftsteuer schaffen müssen. Die Bagatellgrenze des § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) führt seit der Körperschaftsteuerreform 1977 nicht mehr zu einer sachgerechten Abgrenzung bedeutender Zerlegungsfälle.

Als Lösung des Problems ist folgende Änderung im Bereich der Zerlegung der Körperschaftsteuer vorgesehen:

Abschaffung der bisherigen Bagatellgrenzen Einkommen und Gewinn aus Gewerbebetrieb von 3 Mio. DM; Einführung einer Bagatellgrenze verbleibende Körperschaftsteuer mit einem absoluten Betrag von ± 3 Mio. DM.

Nach Erhebungen der alten Bundesländer verringern sich die Fälle mit einer Zerlegung der Körperschaftsteuer nach neuem Recht um ca. 30 v. H. Die mit der Verminderung der Zerlegungsfälle verbundene Verschiebung des Steueraufkommens hält sich in vertretbaren Grenzen.

Des weiteren werden die bisher bei der Zerlegung der Körperschaftsteuer aufgetretenen verfahrensrechtlichen Probleme mit dem Ziel beseitigt, in jedem Fall eine zutreffende Zerlegung der Körperschaftsteuer sicher zu stellen. Die Zahlungen der Zerlegungsanteile sollen sich generell zeitlich an den Zahlungen der Körperschaft orientieren. Daneben wird das Zerlegungsverfahren praxisnäher gestaltet.

Zu den einzelnen Vorschriften

1. Zu § 2 ZerlG

Die Zerlegung der Körperschaftsteuer erfolgt auch in Zukunft nach dem Betriebsstättenprinzip. Zerlegung nach dem Betriebsstättenprinzip bedeutet, daß die Körperschaftsteuer des Unternehmens anteilig den Ländern zusteht, in denen sich Betriebsstätten des Unternehmens befinden. Minderungen und Erhöhungen der Körperschaftsteuer einschließlich aller Verzerrungen beeinflussen anteilig die Zerlegungsanteile aller Länder. Der Zerlegungsmaßstab richtet sich nach den §§ 28 bis 31 und nach § 33 GewStG. In der Regel sind die Arbeitslöhne der in den einzelnen Betriebsstätten beschäftigten Arbeitnehmer maßgebend (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 GewStG). Im Falle der körperschaftsteuerlichen Organschaft gelten Organgesellschaften und deren Betriebsstätten als Betriebsstätten des Organträgers (§ 2 Abs. 2 ZerlG). Ist eine Körperschaft an einer Personengesellschaft beteiligt, so gelten die Personengesellschaft und ihre Betriebsstätten anteilig als Betriebsstätten der Körperschaft (§ 2 Abs. 3 ZerlG). Gegenstand der Zerlegung nach dem Betriebsstättenprinzip ist die auf die Einkünfte aus Gewerbebetrieb entfallende nach Abzug anzurechnender Steuerabzugsbeträge und anzurechnender Körperschaftsteuer verbleibende Körperschaftsteuer (§ 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer [Zerlegungsgesetz]). Sie wird auch dann zerlegt, wenn die Anrechnungsbeträge höher sind als die Steuerschuld (negative Körperschaftsteuer), der Körperschaft also ein Erstattungsanspruch zusteht. Zerlegungskriterium ist in Zukunft anstelle der bisherigen Bagatellgrenzen Einkommen und Gewinn aus Gewerbebetrieb von 3 Mio. DM eine Bagatellgrenze verbleibende Körperschaftsteuer mit einem absoluten Betrag von ± 3 Mio. DM.

Die bisherige Aufteilung der zu zerlegenden Körperschaftsteuer für den Fall, daß die Körperschaft neben Einkünften aus Gewerbebetrieb auch noch andere Einkünfte erzielt (§ 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer [Zerlegungsgesetz), ist aus Gründen der Vereinfachung gestrichen worden. Davon sind relativ wenige Fälle betroffen. Die bisherige Aufteilung war kompliziert und fehleranfällig. Im Regelfall unterhält die Körperschaft mit den anderen Einkunftsquellen keine Betriebsstätte, so daß hieraus ein zusätzlicher Zerlegungsanspruch nicht hergeleitet werden konnte.

Die bisher in § 2 Abs. 5 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) enthaltene Bagatellregelung ist gestrichen worden, weil sie zu einer Erschwernis bei der Bearbeitung der Zerlegungsfälle führte. Die bisherige Regelung war vor dem Hintergrund zu verstehen, daß die Finanzämter keine Bagatellbeträge überweisen sollten. Bei der Abwicklung der Körperschaftsteuerzerlegung im Rahmen eines Clearingverfahrens spielt dieser Gesichtspunkt keine Rolle.

2. Zu § 3 ZerlG

Der neue § 3 ZerlG regelt die Zerlegung der verbleibenden Körperschaftsteuer. Die Regelungen sollen in jedem Fall eine zutreffende Zerlegung sicherstellen. Deswegen ist die Zerlegung der verbleibenden Körperschaftsteuer in allen Fällen – unter Berücksichtigung der Bagatellregelung in § 3 Abs. 2 ZerlG – aufzuheben oder zu ändern, in denen sie unzutreffend ist, egal aus welchem Grund (§ 3 Abs. 2 bis 5 ZerlG).

Die bisher in § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) enthaltenen Regelungen sind deshalb nicht mehr aufgenommen worden.

3. Zu § 4 ZerlG

Der neue § 4 ZerlG regelt die Zerlegung von Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen. Er präzisiert und vereinfacht die bisher in § 4 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) enthaltenen Regelungen.

4. Zu § 5 ZerlG

Der neue § 5 ZerlG regelt die Abrechnung der Zerlegung der Körperschaftsteuer. Die Abrechnung der Zerlegungsanteile orientiert sich zukünftig generell zeitlich an den Zahlungen der Körperschaft.

5. Zu § 6 ZerlG

Der neue § 6 ZerlG enthält die verfahrensrechtlichen Vorschriften zur Zerlegung der Körperschaftsteuer.

§ 6 Abs. 1 ZerlG entspricht im wesentlichen der bisher in § 3 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) enthaltenen Regelung.

§ 6 Abs. 2 ZerlG normiert das bereits der bisherigen Verwaltungspraxis entsprechende Clearingverfahren.

§ 6 Abs. 3 ZerlG entspricht im wesentlichen der bisher in § 3 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) enthaltenen Regelung. Ausgenommen von den anzuwendenden Vorschriften ist § 189 der Abgabenordnung. Die dort geregelten Fragen sind als lex specialis in § 3 Abs. 2 bis 5 und § 6 Abs. 5 ZerlG eigenständig normiert.

§ 6 Abs. 4 ZerlG entspricht im wesentlichen der bisher in § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) enthaltenen Regelung.

§ 6 Abs. 5 ZerlG regelt zur Rechtssicherheit ausdrücklich die Festsetzungsverjährung bei der Zerlegung der Körperschaftsteuer.

§ 6 Abs. 6 ZerlG regelt anstelle des bisherigen § 6 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) die Zahlungsverjährung der Zerlegungsansprüche der Körperschaftsteuer.

Zum dritten Abschnitt:
Zerlegung der Lohnsteuer (§ 7 ZerlG)

Durch das Steuerbereinigungsgesetz 1986 ist die Ausschlußfrist für den damaligen Lohnsteuer-Jahresausgleich (entspricht der heutigen Antragsveranlagung für Arbeitnehmer) um 5/4 Jahre auf zwei Jahre verlängert worden. Sollen die bisher im Zerlegungsgesetz genannten Fristen für die Feststellung der Zerlegungsergebnisse eingehalten werden, kann die Lohnsteuer der Arbeitnehmer, die die Antragsfrist voll ausschöpfen, bei der Lohnsteuerzerlegung nicht mehr berücksichtigt werden. Dies ist nach Auffassung der obersten Finanzbehörden der Länder nicht vertretbar. Sie haben sich deshalb in der Vergangenheit mehrfach auf eine Verlängerung der gesetzlichen Fristen verständigt. Durch die Änderungen des neuen § 7 ZerlG gegenüber dem bisherigen § 5 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) wird die bisherige Verwaltungspraxis gesetzlich verankert.

Hervorzuheben sind gegenüber der bisherigen gesetzlichen Regelung in § 5 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) folgende Regelungen:

1. Zu § 7 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1 ZerlG

Die Änderungen stehen mit der Streichung des Lohnsteuerjahresausgleichs durch das Steueränderungsgesetz 1992 im Zusammenhang.

2. Zu § 7 Abs. 3 und 4 ZerlG

In Absatz 3 wird die Frist für die Mitteilung der Zerlegungsergebnisse um sechs Monate und in Absatz 4 wird die Frist für die Mitteilung der länderunterschiedlichen Hundertsätze um 4½ Monate verlängert.

3. Zu § 7 Abs. 6 ZerlG

Aufgrund der Fristverlängerung in den Absätzen 3 und 4 können die Zerlegungsanteile für die ersten zwei Kalendervierteljahre des dritten auf den Feststellungszeitraum folgenden Jahres nur rückwirkend festgesetzt werden. Absatz 6 sieht deshalb für diese Zeiträume die Festsetzung von Vorauszahlungen vor.

4. Zu § 7 Abs. 7 ZerlG

Die Vorschrift regelt die Abrechnung der Zerlegungsanteile, der Vorauszahlungen und der Beträge, die sich nach Anrechnung der Vorauszahlungen auf die für abgelaufene Kalendervierteljahre festgesetzten Zerlegungsanteile ergeben. Es wird ausdrücklich normiert, daß die Abrechnungen und Zahlungen im Rahmen eines Chlearingverfahrens abgewickelt werden. Dies entspricht der bisherigen Verwaltungspraxis.

Zum vierten Abschnitt:
Zerlegung des Zinsabschlags (§ 8 ZerlG)

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 5a des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz). Die vorgenommenen Änderungen sind redaktioneller Art.

1. Zu § 8 Abs. 1 ZerlG

a) Zu den Nummern 1 bis 3

Die Änderungen beruhen auf der zeitlichen Anwendung des neuen Zerlegungsgesetzes.

b) Zu Nummer 4

Bisher gibt es für die Jahre ab 1998 keine gesetzliche Regelung, wie das Aufkommen des Zinsabschlags verteilt werden soll. Spätestens im Jahre 1997 wäre deshalb eine erneute Gesetzesänderung erforderlich.

Da für die neuen Länder im Jahre 1998 Daten aus der Einkommensteuer-Statistik 1992 und spätestens ab dem Jahre 1999 aus der Einkommensteuer-Statistik 1995 vorliegen, besteht für eine weitere Übergangsregelung keine Notwendigkeit mehr. Ab 1998 wird deshalb der bisher für die alten Bundesländer geltende Aufteilungsmaßstab bundesweit angewendet. Sollte es für die neuen Länder ab dem Jahre 1998 zu finanziellen Einbußen gegenüber der bisherigen Übergangsregelung kommen, so werden diese durch den nun gemeinsamen Länderfinanzausgleich ausgeglichen.

2. Zu § 8 Abs. 2 ZerlG

Es wird ausdrücklich normiert, daß die Abrechnungen und Zahlungen im Rahmen eines Clearingverfahrens abgewickelt werden. Dies entspricht der bisherigen Verwaltungspraxis.

Zum fünften Abschnitt:
Gemeinsame Vorschriften (§§ 9 bis 12 ZerlG)

Der fünfte Abschnitt enthält die gemeinsamen Vorschriften.

1. Zu § 9 ZerlG

§ 9 ZerlG regelt die Zahlungsabwicklung im Clearingverfahren. Dies entspricht der bisherigen Verwaltungspraxis, die auf eine Vereinbarung der Länder zurückgeht.

2. Zu § 10 ZerlG

§ 10 ZerlG regelt die Zahlungsverjährung der Ansprüche nach den §§ 1, 7 und 8 ZerlG. Er entspricht dem bisherigen § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz).

Die Frist für die Verjährung der Ansprüche nach § 7 ZerlG wurde um ein Jahr verlängert. Dies steht mit der Verlängerung der Fristen in § 7 Abs. 3 und 4 ZerlG im Zusammenhang.

Die bisher in § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) geregelte Zahlungsverjährung der Zerlegung der Körperschaftsteuer ist bereits in § 6 Abs. 6 ZerlG enthalten.

3. *Zu § 11 ZerlG*

§ 11 ZerlG regelt den Rechtsweg für Ansprüche nach diesem Gesetz. Er entspricht dem bisherigen § 7 des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz).

4. *Zu § 12 ZerlG*

§ 12 regelt die zeitliche Anwendung des neuen Zerlegungsgesetzes und das Auslaufen der Anwendbarkeit des Gesetzes über die Steuerberechtigung und die Zerlegung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz).

32. Zu Artikel 22 Nr. 1 (§ 192 Abs. 1 Satz 2 BauGB)

In Artikel 22 Nr. 1 wird § 192 Abs. 1 Satz 2 wie folgt gefaßt:

„Der Bereich der Gutachterausschüsse umfaßt mindestens das Gebiet einer kreisfreien Stadt oder eines Landkreises."

Begründung

Durch die vorgeschlagene Fassung des § 192 Abs. 1 Satz 2 – neu – BauGB wird die Möglichkeit eröffnet, Gutachterausschüsse für mehr als einen Landkreis/eine kreisfreie Stadt einzurichten. In den Ländern sind die Gutachterausschüsse zum Teil jeweils für einen Katasteramtsbezirk eingerichtet. Solche Zuständigkeitsbereiche umfassen im Durchschnitt zwei Landkreise. Die kreisfreien Städte bilden mit angrenzenden Landkreisen einen Katasteramtsbezirk. Diese Größenordnung hat sich gerade auch für die Ermittlung von Bodenrichtwerten bewährt; sie geht im übrigen mit dem Ziel der Änderung des § 192 Abs. 1 Satz 2 – neu – BauGB konform, für die Gutachterausschüsse Bereiche mit einem differenzierten und aussagefähigen Grundstücksmarkt zu sichern.

Sollte dem Vorschlag nicht gefolgt werden, so müßte die Anzahl der Gutachterausschüsse zum Teil beträchtlich erhöht werden. Dies ist kurz- wie auch langfristig mit erheblichem finanziellen Mehraufwand verbunden, der auch im Hinblick auf die derzeit hohe Leistungsfähigkeit der Gutachterausschüsse in keiner Weise vertretbar ist und angesichts der angespannten Haushaltslage auch nicht umsetzbar wäre.

33. Zu Artikel 23 (SGB IV)

a) Sozial- und arbeitsmarktpolitisch sind im Zuge der Entwicklung dienstleistungsorientierter Arbeitsplätze neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsformen in privaten Haushalten dringend erforderlich. Zusätzliche Arbeitsplätze in diesem Bereich sind jedoch nur dann erreichbar, wenn deutlich mehr Haushalte als bisher organisatorisch und finanziell in die Lage versetzt werden, ihren unterschiedlichen Bedarf an Dienstleistungen in arbeitsplatzwirksame Nachfrage umzusetzen.

   Nach Auffassung des Bundesrates sind die meisten Privathaushalte schon aufgrund ihrer Einkommenssituation nicht in der Lage, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze anzubieten.

   Die meisten Haushalte wollen bestimmte einzelne Serviceleistungen in regelmäßigen Abständen oder kurzfristig nach Bedarf in Anspruch nehmen, z. B. für Reinigungsarbeiten, zur Kinderbetreuung, zur Pflege und Reinigung der Wäsche oder für Einkaufsdienste etc. Um die Nachfrage nach solchen Dienstleistungen zu bündeln und auf diese Art und Weise die Voraussetzung für die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu schaffen, bieten sich Dienstleistungsagenturen an, deren Leistungen die privaten Haushalte nach Bedarf und gegen Bezahlung in Anspruch nehmen können.

   Der Bundesrat fordert deshalb die Bundesregierung auf, ein Gesamtkonzept zur Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Privathaushalten vorzulegen, das sowohl die Förderung von Arbeitsplätzen in einzelnen Haushalten als auch die Bündelung der Nachfrage nach Dienstleistungen durch Dienstleistungsagenturen beinhaltet. In diesem Zusammenhang ist dann auch zu prüfen, ob zusätzlich oder alternativ zu Dienstleistungsagenturen auch die Einführung eines Dienstleistungs- oder Haushaltsschecks sinnvoll ist.

b) Nach Auffassung des Bundesrates ist eine Vereinfachung des Meldeverfahrens für private Haushalte zur Erleichterung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Privathaushalten grundsätzlich wünschenswert. Der Bundesrat stellt jedoch fest, daß das von der Bundesregierung vorgelegte Haushaltsscheckverfahren in der vorliegenden Form die angestrebte Vereinfachung nicht erreicht. So dürfte bei der vielfältigen Zahl und Struktur der deutschen Krankenkassen die Mehrzahl der Haushalte bereits mit der Feststellung der jeweils zuständigen Einzugsstelle überfordert sein. Eine wesentliche Erleichterung für diese Haushalte würde deshalb erreicht, wenn nach dem Vorbild des Dienstleistungsschecks in Frankreich generell in jedem Land eine Clearingstelle bestimmt würde, die nach Zusendung der Haushaltsschecks die zuständige Einzugsstelle ermittelt oder das gesamte Haushaltsscheckverfahren abwickelt.

   Nicht plausibel ist auch die Beschränkung des Haushaltsscheckverfahrens auf Arbeitsentgelte von 1 500 DM im Monat. Es ist nicht sinnvoll, ein vereinfachtes Meldeverfahren für Arbeitgeber, die über diesen Betrag hinausgehende Arbeitsentgelte zahlen, auszuschließen. Schließlich ist nicht einleuchtend, warum die Bundesregierung vorschlägt, den Haushaltsscheck für eine einzelne geringfügige Beschäftigung als Meldung nach dem Sozialgesetzbuch anzusehen und damit nur beim Haushaltsscheckverfahren, nicht jedoch bei anderen geringfügigen Beschäftigungen in privaten Haushalten, eine Meldepflicht begründet. Die von der Bundesregierung vorgesehenen Regelungen tragen so nicht zur Verfahrensvereinfachung bei, sondern machen das Sozialrecht noch unübersichtlicher.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung

Zu Nummer 1

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Die Bundesregierung hält an der von ihr vorgesehenen Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer einschließlich der dazugehörigen Grundbesitzbewertung und an dem Wegfall der Vermögensteuer fest.

Bei der Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer müssen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts beachtet werden. Das übliche Familiengebrauchsvermögen muß im engeren Familienkreis steuerfrei übergehen können. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Neuregelungen der Erbschaft- und Schenkungsteuer werden den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Freistellung des Übergangs von üblichem Familiengebrauchsvermögen und von Betriebsvermögen nicht gerecht. Im Hinblick auf die längere Geltungsdauer des Gesetzes sowie auf die schwer einschätzbaren Auswirkungen der neuen Grundbesitzbewertung muß der freizustellende Erwerb des Gebrauchsvermögens im engeren Familienkreis ausreichend bemessen sein. Die Bundesregierung hält bei Ehegatten deshalb eine Freistellung von 1 Mio. DM, bei Kindern von 750 000 DM für geboten. Die Freistellung muß für jedes Kind in ausreichendem Maße gewährt werden. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Gesamtfreibetrag und die damit verbundene Quotelung bei mehreren Familienangehörigen ist verfassungsrechtlich und auch aus Gründen der Steuervereinfachung abzulehnen.

Beim Betriebsvermögen ist aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts der Steuereingriff so zu mäßigen, daß die Existenz und Fortführung der Betriebe gesichert ist. Zur weiteren Entlastung soll nach dem Regierungsentwurf Betriebsvermögen, soweit es nicht befreit ist, nur zur Hälfte angesetzt werden.

Bei der Bewertung des Grundbesitzes hält die Bundesregierung das vom Bundesrat angestrebte Wertniveau für zu hoch. Der vom Bundesrat vorgesehene, mit 10 v. H. zu niedrig angesetzte, pauschale Wertabschlag führt zu vielen Überbewertungen und damit zu einer Vielzahl von Einzelwertgutachten, Rechtsbehelfen und hohem Verwaltungsaufwand. Dadurch wird der mit dem Verzicht auf eine allgemeine Neubewertung verbundene erhebliche Vereinfachungseffekt teilweise wieder zunichte gemacht.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist es zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland unabdingbar, Gewerbetreibende, Freiberufler sowie Land- und Forstwirte von der ertragsunabhängigen Vermögensteuer zu entlasten. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Beibehaltung der Vermögensteuer wirkt wirtschaftspolitisch nachteilig für Wachstum und Investitionen.

Bei einem Wegfall nur der betrieblichen Vermögensteuer müßte von einer künftig verfassungsrechtlich nur noch eingeschränkt zulässigen Restvermögensteuer ausgegangen werden. Im Interesse der Steuervereinfachung hält die Bundesregierung deshalb die rechnerische Zusammenfassung der „privaten" Vermögensteuer mit der Erbschaft- und Schenkungsteuer für die bessere Lösung. Damit wird zugleich die Einführung der Vermögensteuer in den neuen Ländern vermieden.

Im Gegensatz zu der vom Bundesrat vorgeschlagenen Beibehaltung der Vermögensteuer und der Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungsteuer entspricht das Konzept der Bundesregierung deutlich besser den Anforderungen an ein modernes, sozialverträgliches Steuerrecht.

Zu Nummer 2

Der Vorschlag wird geprüft.

Zu Nummer 3

Der Vorschlag wird geprüft.

Zu Nummer 4

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu Nummer 5

Auch nach Auffassung der Bundesregierung darf der Abbau des Solidaritätszuschlags nicht zu einer Beeinträchtigung des auch weiterhin notwendigen Finanztransfers in die neuen Bundesländer führen. Im übrigen wird auf die Begründung zu Nummer 6 verwiesen.

Zu Nummer 6

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Auffassung, daß sich die Länder an der Rückführung des Solidaritätszuschlags durch Rückgabe von Umsatzsteuerpunkten an den Bund zu beteiligen haben.

Der Bund hat im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms ab 1995 sieben Umsatzsteuerpunkte an die Länder zur Anhebung der Steuerkraft der neuen Länder auf 92 v. H. des Länderdurchschnitts über den horizontalen Umsatzsteuerausgleich abgegeben. Das Ausmaß der übertragenen

Umsatzsteuerpunkte orientierte sich an dem damals geschätzten erforderlichen Volumen zur Vorabauffüllung der Steuerkraft der neuen Länder. Wie sich auch aus dem Vorblatt des Gesetzentwurfs des Bundesrats zur Neuregelung des Finanzausgleichs (BR-Drucksache 163/93/Beschluß) vom 26. März 1993 ergibt, wurde von den Ländern damals anerkannt, daß zur Vorwegauffüllung nicht benötigte, vom Bund bereitgestellte Umsatzsteuermittel und die damit bei den alten Ländern anfallende Überfinanzierung an den Bund zurückzugeben sind.

Nach heutigem Datenstand muß danach der Länderanteil an der Umsatzsteuer 1997 um 0,5 v. H. und 1998 um 0,8 v. H. gesenkt und der Bundesanteil entsprechend erhöht werden, damit der Bund die ihm zurückzugebenden Mittel zur Senkung des Solidaritätszuschlags einsetzen kann.

Im übrigen ist die Haushaltslage des Bundes erheblich angespannter als die der Länder und Gemeinden, wie sich auch an den Defizitquoten des Jahres 1996 eindeutig zeigt.

Die Bundesregierung hält eine zeitliche Verschiebung der Anhebung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags für erforderlich. Die hierdurch entstehende Entlastung muß sich wie die gesetzlich festgelegten Belastungen auf die Ebenen gemäß des für den Familienleistungsausgleich festgeschriebenen Lastentragungssatzes von 74 v. H. Bund und 26 v. H. Länder verteilen. Die Entlastung der staatlichen Ebenen verteilt sich jedoch ohne Korrektur gemäß der Anteile am Aufkommen der Einkommensteuer zu 42,5 v. H. auf den Bund und zu 57,5 v. H. auf die Länder (einschließlich Gemeinden). Um das für den Familienleistungsausgleich festgeschriebene Lastentragungsverhältnis zwischen den Ebenen zu gewährleisten, ist somit die Übertragung von 0,5 Umsatzsteuerpunkten notwendig.

Zu Nummer 7

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu Nummer 8

Der Vorschlag wird geprüft.

Zu Nummer 9

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Die Bundesregierung hält es für notwendig, Existenzgründer insbesondere bei der Finanzierung künftiger Investitionen zu unterstützen. Die vorgesehene Maßnahme ist ein Beitrag, den Fortbestand neuer Unternehmen zu sichern.

Zu Nummer 10

Der Vorschlag wird geprüft.

Zu Nummer 11

§ 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG gilt bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft bereits jetzt nur sehr eingeschränkt. § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG ist nach dem BMF-Schreiben vom 31. Oktober 1995 (BStBl I S. 703) bei in Mitunternehmerschaft geführten Betrieben zwar grundsätzlich anzuwenden. Tätigkeiten, die die Voraussetzungen der Vereinfachungsregelungen der Verwaltung erfüllen, gelten dabei aber als land- und forstwirtschaftlich.

Zu der Frage der betriebsnotwendigen Beteiligung von Gesellschaften bürgerlichen Rechts an gewerblich tätigen Personengesellschaften ist inzwischen das BMF-Schreiben vom 13. Mai 1996 (BStBl I S. 621) ergangen. Danach ist zur Vermeidung einer Abfärbung durch die Beteiligung an einer gewerblich tätigen Personengesellschaft die Gründung einer Schwestergesellschaft nicht erforderlich. Es reicht aus, wenn die Beteiligung von einem, mehreren oder allen Gesellschaftern persönlich gehalten wird. Damit können nicht hinnehmbare steuerliche Belastungen der Land- und Forstwirtschaft vermieden werden.

Zu Nummer 12

Der Vorschlag wird geprüft.

Zu Nummer 13

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Eine Verschiebung der Anhebung des Grundfreibetrags, des Kindergelds und Kinderfreibetrags um ein Jahr von 1997 auf 1998 ist auch nach dem Kompromiß über die Erhöhung der Sozialhilfe verfassungsrechtlich vertretbar. Zwar ist die Höhe dieser Beträge an das Sozialhilfeniveau gekoppelt. Der durchschnittliche Sozialhilfebedarf ergibt jedoch u. a. wegen der verschiedenen möglichen Berechnungsmethoden nur einen Richtwert und keine strikte Vorgabe für den Steuergesetzgeber (BVerfGE 91, 93 [114]). Vor diesem Hintergrund ist eine geringfügige Unterschreitung des durchschnittlichen Sozialhilfebedarfs für ein Jahr verfassungsrechtlich hinnehmbar.

Zu Nummer 14

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Die Bundesregierung hält an der geltenden gesetzlichen Regelung fest. Danach unterliegen bei körperschaftsteuerlichen Organschaftsverhältnissen mit einer natürlichen Person oder einer Personengesellschaft als Organträger die von der Organgesellschaft erwirtschafteten gewerblichen Einkünfte zu Recht der Tarifbegrenzung des § 32c EStG. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Organgesellschaft rechtfertigt es, die Tarifbegrenzung des § 32c EStG beim Organträger in Fällen der Organschaft mit Gewinnabführung auf das von der Organgesellschaft erwirtschaftete Einkommen zu erstrecken.

Zu Nummer 15

Der Vorschlag wird geprüft.

Zu Nummer 16

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Um das arbeitsmarktpolitische Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen zu erreichen, hält es die Bundesregierung für erforderlich, die Arbeitgeber von bürokratischen Aufgaben zu befreien. Dies rechtfertigt auch eine gewisse Komplizierung, die für die Finanzverwaltung mit der steuerlichen Erfassung der Arbeitslöhne in der Einkommensteuerveranlagung verbunden sein kann. Die Befreiung von lohnsteuerlichen Arbeitgeberpflichten gilt für Beschäftigungsverhältnisse mit Arbeitslöhnen oberhalb der sozialversicherungsrechtlichen Geringfügigkeitsgrenze, weil bis zu dieser Grenze die Lohnsteuer relativ einfach nach § 40a EStG pauschal erhoben werden kann und die Aufnahme rentenversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden soll.

Die Entlastung wird den Privathaushalten gewährt. Diesen fehlen in der Regel die zur Erfüllung von Arbeitgeberpflichten erforderlichen Einrichtungen. Eine Berufungsgefahr ist deshalb kaum erkennbar.

Zu Nummer 17

Die Bundesregierung hat den Vorschlag geprüft.

Die Anhebung der Grenze nach § 41a Abs. 2 Satz 2 EStG von 1 200 DM auf 2 400 DM würde im Vergleich zur Anhebung von 1 200 DM auf 1 600 DM zu einem Anstieg der Steuerausfälle um mehr als das Dreifache führen. Dies läßt die angespannte Haushaltslage trotz der wünschenswerten stärkeren Vereinfachungswirkung nicht zu.

Zu Nummer 18

Der Vorschlag wird geprüft.

Die Bundesregierung überlegt, das im Gesetzentwurf vorgesehene Veranlagungsverfahren durch ein vereinfachtes Erstattungsverfahren zu ersetzen.

Zu Nummer 19

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Der Wegfall der Sonderabschreibungen für Schiffe und Flugzeuge ist ein wichtiger Bestandteil der von der Bundesregierung beschlossenen Sparmaßnahmen.

Zu Nummer 20

Der Vorschlag wird geprüft.

Zu Nummer 21

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Maßnahmen zur Verbesserung der Risikokapitalausstattung der Unternehmen stehen im Zusammenhang mit Überlegungen zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland und sollten ggf. einem besonderen Gesetzgebungsverfahren vorbehalten bleiben.

Zu Nummer 22

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu Nummer 23

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu Nummer 24

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Bereits im Gesetzgebungsverfahren zum Zinsabschlag wurde von einer entsprechenden Regelung bewußt abgesehen. Gegen den Vorschlag spricht, daß

- die Belastung mit Körperschaftsteuer zur Sicherstellung der Besteuerung ausreicht,
- Aktienfonds von den Anlegern nur verhalten angenommen werden, obwohl sie volkswirtschaftlich sinnvoll sind und dem eigentlichen Grundgedanken des Investmentsparens entsprechen,
- eine zusätzliche Belastung mit 25 v. H. zu keinem ins Gewicht fallenden Steuermehraufkommen führt.

Hinzu kommt, daß mit der Erhebung von Kapitalertragsteuer eine erhebliche Komplizierung des Erstattungsverfahrens verbunden wäre. Da Investmentfonds regelmäßig sowohl zinsabschlagpflichtige (30 v. H.) als auch der „alten" Kapitalertragsteuer (25 v. H.) unterliegende Kapitalerträge erzielen, würde die Pflicht zum Einbehalt von Kapitalertragsteuer zu einem zweigleisigen Erstattungsverfahren führen. Für Erträge, die mit 30 v. H. Zinsabschlag belastet sind, wäre ein Antrag an die Kapitalanlagegesellschaft zu stellen, für Erträge, die mit 25 v. H. Kapitalertragsteuer belastet sind, dagegen ein Antrag an das Bundesamt für Finanzen. Dies könnte vor allem Steuerausländer vom Erwerb von Anteilsscheinen an deutschen Fonds abhalten.

Zu Nummer 25

Der Vorschlag wird abgelehnt.

Die Frage ist von der Bundesregierung bereits geprüft worden. Dabei ist die Europäische Kommission eingeschaltet worden. Die Kommission hält eine Steuerbefreiung der Umsätze der Hochschulen aus Forschungstätigkeit mit den gemeinschaftsrechtlich bindenden Vorschriften der 6. EG-Richtlinie des Rates zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern nicht für vereinbar. Sie lehnt auch eine Sondermaßnahme nach dieser Richtlinie ab. Die obersten Finanzbehörden der Länder sind über die ablehnende Haltung der Europäischen Kommission mit Schreiben vom 12. Mai 1995 unterrichtet worden.

Zu Nummer 26

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu Nummer 27

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu Nummer 28

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung würde zu einer zeitlich begrenzten Einschränkung des vorläufigen Rechtsschutzes führen, da nach Wirksamwerden der Jahressteuerfestsetzung bis zur Entscheidung in der Hauptsache kein vorläufiger Rechtsschutz hinsichtlich der angerechneten Steuerbeträge gewährt werden könnte. Allerdings ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine durch die neue BFH-Rechtsprechung bedingte zusätzliche Arbeitsbelastung in dem von den Ländern geschätzten Umfang nicht hingenommen werden kann. Sie wird daher im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens unter Berücksichtigung ggf. schon vorliegender Erfahrungen aus der Verwaltungspraxis prüfen, wie diese Folgen vermieden werden können.

Zu Nummer 29

Der Vorschlag wird geprüft.

Zu Nummer 30

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu Nummer 31

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu Nummer 32

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu Nummer 33

Die Bundesregierung hat mit dem Entwurf eines Jahressteuergesetzes 1997 ein Gesamtkonzept zur Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Privathaushalten vorgelegt. Arbeitskräfte, die von Dienstleistungsagenturen vermittelt werden, sind von dem Konzept der Bundesregierung, das auch ein Haushaltsscheckverfahren enthält, abgedeckt.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Bundesrates zum Haushaltsscheckverfahren nicht. Sie begrüßt jedoch, daß auch der Bundesrat Vereinfachungen des Meldeverfahrens für Beschäftigungen im Privathaushalt für wünschenswert hält. Die Bundesregierung wird deshalb im weiteren Gesetzgebungsverfahren – auch in Abstimmung mit den beteiligten Sozialversicherungszweigen – prüfen, ob und inwieweit das vorgesehene Verfahren ohne den Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen noch bürgerfreundlicher gestaltet werden kann.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333